

Der zweite Bundeskongress politisch verfolgter Frauen der SBZ/DDR-Diktatur in Halle/Saale hat erneut Zeitzeuginnen, Politikerinnen, Forscherinnen und Berater zusammengeführt. Vorträge über die Haftstätten Roter Ochse und Hohenleuben, über Traumafolgestörungen, Zersetzung und Resilienz zeigten, dass auch mehr als 30 Jahre nach dem Fall der Mauer viel Gesprächsbedarf besteht. Die Aufarbeitung des DDR-Unrechts ist wichtiger denn je, damit die Generation der unter Dreißigjährigen erfährt, wie zerstörerisch die Willkür einer Diktatur auf Menschen wirkt.



demokratieverlag

ISBN 978-3-910685-01-7

Kooperationspartner



Forum für politisch verfolgte
und inhaftierte Frauen
der SBZ/SED-Diktatur e.V.

Gefördert von



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Verronnene Zeit – 2. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und der DDR

UOKG 
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.



Verronnene Zeit

Aufklärung, Aufarbeitung, Netzwerke

*2. Bundeskongress politisch verfolgter
Frauen in der SBZ und der DDR*

6.–8. Oktober 2023

Franckesche Stiftungen zu Halle



Verronnene Zeit – Aufklärung, Aufarbeitung, Netzwerke

2. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und der DDR

6.–8. Oktober 2023

Franckesche Stiftungen zu Halle

Verronnene Zeit

Aufklärung, Aufarbeitung, Netzwerke

2. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und der DDR

6.–8. Oktober 2023
Franckesche Stiftungen zu Halle



Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
[Hrsg.]

Herausgegeben durch die Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Redaktion

Elske Brault, Sandra Czech

Herstellung

Satzherstellung Neymanns

www.satzherstellung.com

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Das gesamte Projekt, einschließlich Druck, wurde gefördert durch die
Bundesbeauftragte für Kultur und Medien.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Coverfoto

Franckesche Stiftungen, Christoph-Lucas-Hütter, ©UOKG.

© 2024 Demokratieverlag D.V. UG Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Bezug über

Geschäftsstelle der UOKG

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel.: +49 30 55 77 93 51

E-Mail: info@uokg.de

Info

www.uokg.de

www.facebook.com/UOKGeV/

YouTube: UOKGNews

ISBN 978-3-910685-01-7

Schutzgebühr: 3,- €

Spenden bitte auf das Konto des Forums für politisch verfolgte
und inhaftierte Frauen der SBZ/SED Diktatur e.V.

Berliner Sparkasse

IBAN: DE 90 1005 0000 0190 8654 31

BIC: BELA2333

Inhaltsverzeichnis

Vorworte

Dieter Dombrowski	7
Sybille Krägel.....	9

Grußworte

Anneheide von Biela Stellvertretende Direktorin der Franckeschen Stiftungen e.V.	12
Claudia Roth Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	14
Reiner Haseloff Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.....	16
Dieter Dombrowski Vorsitzender der UOKG e.V.	17
Konstanze Helber Gründerin und 1. Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.....	20
Birgit Neumann-Becker Landesbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt für die Opfer der SED-Diktatur	23
Frank Ebert Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.....	27

Einführung

Impulsvortrag von Evelyn Zupke	30
Das Schweigen brechen – den Opfern helfen Konstanze Helber, Heike Brehmer, Linda Teuteberg, Evelyn Zupke, Birgit Neumann-Becker	36
Einführung in den zweiten Kongresstag Isabel Fannrich-Lautenschläger	52

Vorträge

Roter Ochse – Strafvollzugs- und MFS-Untersuchungshaftanstalt – Niklas Poppe.....	53
Hohenleuben – Frauen- und Jugendgefängnis 1934–1989 – Stefanie Falkenberg	64
Zeitzeuginnen-Podium zu Haft und Zwangsarbeit in der DDR – Irmgard Sinner, Kerstin Seifert, Anne Hahn.....	78
„Frauen für den Frieden“ in Halle – Brunhild Köhler.....	94
Zeitzeuginnen-Podium zu Widerstand von Frauen in der DDR – Brunhild Köhler, Birgit Neumann-Becker.....	104
Körperliche und psychische Folgen politischer Haft – Tolou Maslahati	111
Zersetzung – Körperliche und psychische Langzeitfolgen von Zersetzungsmaßnahmen – Anne Maltusch	130
UOKG-Projekt „Vergessene Kinder“ – Sandra Czech.....	150
Rehabilitierung: § 249 StGB/DDR – Michael Körner	168
Resilienz / Widerstandsfähigkeit – Heide Glaesmer	183

Ausklang

Predigt von Birgit Neumann-Becker.....	201
Führung durch den Roten Ochsen	206
Netzwerke schaffen	209
Fotoaktion von André Wagenzik	213
Schlusswort von Konstanze Helber	217
Resolution.....	219
Abschiedsworte von Dieter Dombrowski.....	221

Organisation	224
---------------------------	------------

Vorwort

Dieter Dombrowski
Bundsvorsitzender der UOKG

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

noch vor ein paar Jahren war es nicht denkbar, dass sich ein mehrtägiger Kongress ausschließlich den Frauenschicksalen in der DDR widmen könne. Die Leidenswege der vielen inhaftierten Frauen aufzuarbeiten, aber auch all den nichtinhaftierten Ehefrauen, Müttern und nicht Angepassten in der DDR eine Plattform zum Austausch zu geben, ist uns ein großes Anliegen. Das rege Interesse und die zahlreiche Teilnahme am zweiten Bundesfrauenkongress bestätigen, dass hier eine Leerstelle erfolgreich besetzt wurde.

Mit dem Titel „Verronnene Zeit – Aufklärung, Aufarbeitung, Netzwerke“ führte die UOKG vom 6. bis 8. Oktober 2023 in Halle den zweiten Bundesfrauenkongress durch.

Die Frauenstrafvollzugsanstalt und das MfS-Untersuchungsgefängnis „Roter Ochse“ in Halle waren für die dort inhaftiert gewesenen Frauen mit leidvollen Erfahrungen verbunden, denen sich einige, aber nicht alle Anwesenden erstmalig nach Jahrzehnten vor Ort wieder stellten. Viele Frauen haben viel riskiert und mussten umso mehr ertragen, um ihren Wunsch nach einem Leben in Freiheit und Selbstbestimmung umzusetzen.

Während des Kongresses konnten sich die betroffenen Frauen wie auch die interessierten und engagierten Menschen in den Institutionen der Aufarbeitung und der Beratung über die Haftbedingungen und die Haftzwangsarbeit in den Frauengefängnissen in Halle und Hohenleuben informieren. Der Fokus des weiblichen Widerstandes in der DDR wurde dabei auf die „Frauen für den Frieden“ erweitert und am Beispiel der Halleschen Gruppe dargestellt. Anknüpfend an den ersten Frauenkongress haben zahlreiche Fachvorträge neue

Erkenntnisse zu den Themen der Traumafolgestörungen, der Methode der Zersetzung, der Resilienz und der Kriminalisierung mittels des Paragraphen 249 StGB/DDR gebracht.

Ich hoffe und denke, dass all diese Frauen, die unter der SED-Diktatur in verschiedenster Weise leiden mussten, während des Kongresses auch Kraft schöpfen konnten. Besonders beeindruckt hat mich, dass viele betroffene Frauen von ihren interessierten Kindern unterstützend begleitet wurden.

Wir danken allen Referentinnen und Referenten, allen Mitwirkenden für ihre aufwendige Mitarbeit. Weiterhin danken wir unserem Kooperationspartner, dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur, und für die umfangreiche Unterstützung der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Birgit Neumann-Becker während der Vorbereitung und der Durchführung des Kongresses. Auch danken wir insbesondere Claudia Roth in ihrer Funktion als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die die Veranstaltung finanziell förderte und somit erst ermöglichte.



Franckesche Stiftungen

Vorwort

Sybille Krägel

Mitglied des Forums politisch verfolgter und

inhaftierter Frauen der SBZ/SED-Diktatur;

Interessengemeinschaft NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945

Der zweite Kongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und der DDR war ein wichtiges Signal in einer von Männern dominierten Aufarbeitungsszene. Das wurde mir noch einmal verdeutlicht, als auf einer Versammlung ein teilnehmender Mann – ehemaliger Stasi-Häftling – sein persönliches Begehren vorbrachte, dass „aus Gründen der Ausgewogenheit“ doch auch ein Bundesmännerkongress organisiert werden müsse.

Eine Reihe kompetenter Frauen war jedenfalls initiativ und hat bereits einen zweiten Bundes-Frauen-Kongress erfolgreich auf den Weg gebracht. Das war wichtig, weil nämlich Frauen bisher unterrepräsentiert waren in der öffentlichen Wahrnehmung. Dieser zweite Frauen-Kongress fand in Halle/Saale statt im Oktober 2023. Der Kongress war sehr gut besucht, Frauen konnten sich in großer Runde austauschen, von Möglichkeiten zur Traumabewältigung erfahren und Freundschaften wieder auffrischen.

Mindestens 30.000 Frauen wurden in der SBZ/DDR politisch verfolgt und inhaftiert, von ihren Familien getrennt, in NKWD-Stasi-Gefängnissen gedemütigt, misshandelt, ausgebeutet, verleumdet, mit Kriminellen zusammengesperrt. Kinder wurden ihnen entzogen und sogar zwangsadoptiert, schwerste Zwangsarbeit wurde ihnen zugemutet, ganz junge Frauen in sogenannte „Tripperburgen“ eingesperrt. Sogar Stasi-Spitzel wurden in Zuchthäusern unter Häftlingen installiert. Auch Menschenhandel wurde mit ihnen getrieben: aus dem Gefängnis an den „Westen“ verkauft. Eigentlich gab es nichts, was es nicht gab. Zu all dem hatten sie zu schweigen! Bei Entlassung

wurde den Frauen eingeschärft: kein Wort zu den Haftbedingungen zu erzählen oder gar zu veröffentlichen.

Ein Staat, der sich demokratisch ausgab, der Menschen an die „Freunde“ auslieferte, der Menschenhandel mit Häftlingen betrieb, indem er diese an die „BRD“ für viel Geld verhökerte, sogar Kinder und Jugendliche in Zuchthaus-ähnlichen Heimen und Arbeitslagern wegspernte, der moralische und soziale Werte dermaßen mit Füßen trat, kann nur an der untersten Stufe menschlicher Werte rangieren. Dieser Staat DDR hat sich den Untergang selbst beschert. Am Ende hatte er unzählige traumatisierte Menschen produziert, die sich 1989 gegen ihn aufrichteten, auf die Straße gingen und diese Regierung mit dieser Staatssicherheit hinwegfegten.

Einige Frauen konnten erstmalig auf dem Kongress in Halle über ihre schwerste Zeit sprechen. So konnte sich manch jahrelang eingeübte seelische Verkrampfung endlich lösen, da man andere Frauen traf, die Ähnliches erlebt hatten. Man war nicht mehr allein, und der „neblige verdrängte“ Seelen-Zustand hatte eine Bezeichnung: Trauma!

Eine ältere Zeitzeugin hatte negative Empfindungen ihrer Zeit in der Haftanstalt „Roter Ochse“ erstaunlicherweise ausblenden können. Sie berichtete von „netten, hilfsbereiten, freundlichen Wärterinnen“, bis die sie begleitende Tochter sich meldete und den Gefängnis-Alltag korrigierte, wie er wirklich war. Die Frau hatte zu ihrem Schutz die schreckliche Zeit verdrängt und in Eigentherapie die wenigen angenehmen Erlebnisse strategisch in den Vordergrund geschoben.

Bislang wurde hauptsächlich über Männerschicksale gesprochen und geforscht, während Frauen sich aus vielleicht falsch verstandener Scham nicht zu Wort meldeten, sich nicht in den Vordergrund drängen mochten, die Familie schonen wollten oder negative Reaktionen erfahren hatten, wenn sie über ihre Verfolgungsprobleme sprachen. Es ist so wichtig, dass endlich Frauenschicksale in der Öffentlichkeit

bekannt gemacht werden, und dass vor allem Frauen unter- und miteinander reden können. Eine hervorragende Möglichkeit besteht auf solchen Versammlungen und Kongressen.

Fast alle in dieser Broschüre abgedruckten Reden und Vorträge wurden mündlich gehalten und im Nachhinein in eine Textform gebracht.

Wir freuen uns auf einen dritten Kongress 2025!



Freylinghausen-Saal



Anneheide von Biela
Stellvertretende
Direktorin der Franckeschen
Stiftungen e.V.

Sehr geehrte Engagierte in Gesellschaft und Politik,
sehr geehrte Zeitzeuginnen, Zeitzeugen und Interessierte,
ganz herzlich begrüße ich Sie hier im Freylinghausensaal
der Franckeschen Stiftungen!

Sie sind hier, in den Franckeschen Stiftungen, an einem Ort, der vor 325 Jahren aus bürgerschaftlichem Engagement entstanden ist, weil der Gründer, August Hermann Francke, sich mit den Verhältnissen seiner Zeit nicht abfinden wollte.

Er wollte die Welt verändern – und er wollte dies tun, in dem er Kindern aus allen Bildungsschichten Glauben und Bildung zugänglich machte. In der Schulstadt, die dabei entstand und in deren geistigem Zentrum wir uns im Freylinghausensaal befinden, flossen verschiedene Bildungsinnovationen der Zeit zusammen: das individuelle Talent eines Kindes war wichtiger als seine Herkunft, Bildung wurde durch Anschaulichkeit vermittelt und es gab eine praxisorientierte Lehrerausbildung. So entwickelten sich auf diesem Gelände beispielsweise die Realschulbildung und der erste Schulgarten in Deutschland.

Um all dies zu ermöglichen und weiterzuentwickeln, entstanden nicht nur Wirtschaftsbetriebe, sondern auch ein weltweites Netzwerk, das bis heute lebendig ist.

Heute, 325 Jahre später, befinden wir uns in einem modernen Bildungskosmos, in dem Kultur, Bildung, soziales Engagement und Wissenschaft zusammenfließen. Dabei geht es uns immer noch darum, Bildung für alle zugänglich zu machen, unabhängig von der Herkunft. Dies ist nur möglich, weil es zur Wendezeit wiederum Menschen mit ihrem Engagement gab, die den Erhalt und die Wiederbelebung der Franckeschen Stiftungen ermöglicht haben – nicht nur durch die Rettung und Sanierung der Gebäude, sondern auch durch das Gestalten der Arbeit, die darin geschieht. Dies geht von der Kita bis zum Pflegeheim, vom Sportverein bis zum Wissenschaftsbetrieb, von der musikalischen Bildung bis zu aktuellen Kulturangeboten.

Es freut uns, dass Sie diesen besonderen Ort für Ihren Bundeskongress gewählt haben. Kommen Sie gern auch mit Ihren Familien wieder, unsere Jahresausstellung, die Dauerausstellungen, die Kunst- und Naturalienkammer und die Historische Bibliothek sind immer einen vertieften Blick wert.

Für die kommenden Tage wünsche ich Ihnen eine gewinnbringende Zeit bei uns, Sie sind uns herzlich willkommen!

Anneheide von Biela, Stellvertretende Direktorin, 6. Oktober 2023

www.francke-halle.de



Videobotschaft Claudia Roth
Beauftragte der Bundes-
regierung für Kultur und
Medien

Sehr geehrte, liebe Teilnehmer und Teilnehmerinnen
des Kongresses,

Wissen um Geschehenes und Sichtbarkeit der Betroffenen und Opfer sind in der Aufarbeitung unserer Vergangenheit absolut zentral. Wir haben ein Bewusstsein dafür zu schaffen, was Repression in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR konkret bedeutete. Es geht darum, was Sie, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, selbst erlebt und selbst erlitten haben.

Bei meinem Besuch in der Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck im November 2022 konnte ich mit einigen Zeitzeuginnen sprechen. Sie haben mir sehr emotional sehr persönliche Einblicke in bestürzende, erschütternde Schicksale und die grausame Repression gewährt. Ihre Geschichte und Geschichten brauchen Sichtbarkeit und ein öffentliches Forum, damit wir verstehen können, was es heißt, wenn Ideologie über die Menschlichkeit siegt.

Vielen vielen Dank an die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, dass Sie nun nach der Zwangspause durch die Coronapandemie zum zweiten Mal diesen so wichtigen Kongress politisch verfolgter Frauen ausrichten. Sie tragen damit dazu bei, unser Bild über die damaligen Geschehnisse und das damalige

Unrecht zu vervollständigen und Verständnis dafür zu schaffen, welche Folgen das Erlebte bis heute hat, für Sie selbst, aber auch für uns als Gesellschaft. Die auf Ihrer letzten Tagung beschlossene Abschlussresolution gibt Aufschluss darüber, welche Themen Sie bewegen, welche Themen wir in Politik und Gesellschaft im Blick behalten müssen. Es geht um mehr Forschung, es geht darum, Erinnerungsorte wie die Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck auszubauen und noch stärker in das Erinnerungskulturelle Bewusstsein zu rücken. Und es geht darum, das Wissen um das vielfache und vielfältige Unrecht und die Gewalttätigkeit im Namen der kommunistischen Ideologie den nachfolgenden Generationen zu vermitteln.

Ich freue mich sehr, dass Sie nun wieder zusammenkommen können, um einen wichtigen Beitrag bei dieser Arbeit zu leisten. Und ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen einen erfolgreichen Kongress und sehr gute Gespräche.



Videobotschaft
von Dr. Reiner Haseloff
Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die DDR-Diktatur liegt mehr als 30 Jahre zurück. Manche Wunden der damaligen Zeit sind trotzdem immer noch nicht verheilt und werden es wohl auch nie tun. Gewalt- und Unrechtserfahrungen in der DDR prägen Biografien in ganzen Familien. Viele der Betroffenen sind Frauen, von denen manche damals schon Kinder hatten. Für die Kinder waren die Mütter verschwunden, als sie inhaftiert wurden, und nicht mehr dieselben, als sie zurückkamen. Das Leid war nicht zu Ende, als es die DDR und die politische Verfolgung nicht mehr gab. Die psychischen Folgen sind bis heute eine große Belastung.

Der so wichtige Austausch der Betroffenen kommt nicht automatisch zustande. Dazu bedarf es des Engagements der Opferverbände. Ich danke allen Beteiligten und begrüße, dass Sie sich zu Ihrem zweiten Bundeskongress versammeln. Das Schicksal der betroffenen Frauen und ihrer Familien muss Eingang finden in unsere gemeinsame Erinnerungskultur. Nicht nur im Osten Deutschlands, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Dazu tragen Sie mit Ihrem Kongress bei, auch indem Sie Betroffenen anbieten, sich als Zeitzeuginnen einzubringen. Auch das Vorhaben, einzelne Frauen zu porträtieren, trägt dazu bei, die Problematik in der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Ich wünsche Ihrem Kongress in den Franckeschen Stiftungen zu Halle einen guten Verlauf!



Dieter Dombrowski
Vorsitzender der UOKG e.V.

Meine Damen und Herren, liebe Evelyn Zupke, liebe Linda Teuteberg, liebe Frau Neumann-Becker, liebe Frau Helber, sehr geehrter Frank Ebert, seien Sie alle herzlich begrüßt!

Meine Aufgabe als Vorsitzender der UOKG bei diesem Kongress ist nicht groß. Ich habe die Aufgabe, Sie zu begrüßen, denn das, was ich leisten konnte, ist im Vorfeld geschehen. Alles andere, was jetzt folgt, ist verabredet, besprochen und wird hoffentlich auch funktionieren. Ich möchte aber nochmal zum Ursprung dieses zweiten Kongresses zurückkommen, nämlich zu dem ersten Kongress, den wir vor zwei Jahren in Stollberg veranstaltet haben. Damals haben wir zusammen mit dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der DDR gesagt, wir wollen versuchen, nicht nur jene Frauen, die in Haft waren, sondern auch die Frauen, die in der DDR unter anderen Repressionen haben leiden müssen, zusammenzuführen und ihnen Mut zu machen. Es geht bei diesem Kongress aus meiner Sicht nicht nur darum, vielleicht neue Erkenntnisse zu gewinnen, sondern es geht auch darum, das Gefühl bei den Frauen zu stärken, dass sie nicht alleine sind, dass sie in Gemeinschaft sind, dass es andere gibt, mit denen man sich austauschen kann. Daraus kann man Kraft schöpfen. Denn das, was die Frauen in Hoheneck durchgemacht haben, ist das eine. Aber es gibt auch das andere:

diejenigen, die nicht inhaftiert waren, die sich auseinandersetzen mussten mit der Staatsmacht, mit Kolleginnen und Kollegen auf der Arbeit, die vielleicht ausreisen wollten und dort Spießruten laufen mussten, all das gehört ja mit dazu, auch der Ärger in Schulen und Kindergärten, mit den Lehrerinnen und Erziehern.

Wenn die Eltern eine ablehnende Haltung zum Staat hatten, wurde das auch an den Kindern ausgelassen. Die kamen dann weinend nach Hause und erzählten, der Lehrer habe gesagt, du musst dich gar nicht mehr melden. Und da mussten die Eltern dann trösten und sagen, sei nicht traurig, es liegt nicht an dir. Das alles ist belastend.

Ich habe gerade auf der Herfahrt hier nach Halle mit einer Dame gesprochen, die jetzt auch hier im Saal ist. Sie sagte, wenn man älter ist, kommen die Dinge einfach lebendiger wieder hoch. Man erinnert sich öfter und drängender, das ist ein ganz natürlicher Prozess. Es ist also nicht irgendwie erledigt und auch nicht vergessen. Wenn man so im Tagesgeschäft ist, im Hamsterrad, dann hat jeder sein Tun. Aber wenn man ein bisschen mehr zur Ruhe kommt, dann kommen diese Dinge alle wieder zu einem zurück, und die sollen eben nicht vergessen werden. Und deswegen betone ich noch einmal, mir geht es nicht darum, neue Erkenntnisse zu gewinnen, sondern mir geht es darum, Gemeinschaft zu stärken und Mitstreiter zu finden. Das, was wir hier gemeinsam tun, geht nie, ohne dass uns andere unterstützen.

Claudia Roth hat als Bundesbeauftragte für Kultur und Medien dafür gesorgt, dass dieser Kongress überhaupt stattfinden kann. Wenn wir am Ende dieser Veranstaltung, am Sonntag, gemeinsam entscheiden können, ob wir in zwei Jahren wieder einen machen wollen, werden wir das sofort weitertragen und erneut um Unterstützung bitten. Ich bedauere es sehr, dass gerade heute Katrin Budde nicht hier sein kann. Wenn sie nicht kommen kann, dann sind das gewichtige Gründe, sie gehört zur festen Bank unserer Unterstützerinnen, die immer ein offenes Ohr für uns haben. Da spielt es keine Rolle, in welcher Partei jemand ist oder wo er gerade eine Funktion hat,

dieses Engagement ist eine persönliche Angelegenheit. Abgeordnete, die sich hierherbemühen, die schneiden sich die Zeit dafür aus den Rippen, die haben wirklich viel zu tun. Daher ist mir sehr daran gelegen, einen Dank auszusprechen an jede und jeden, der sich diese Mühe macht und unterstützt bei all den Themen, die Abgeordnete auch so bewegen, wo sie meinen, die lösen zu können oder lösen zu müssen – bei den ganz großen Dingen klappt das ja in der Regel nicht, weil zu viele daran beteiligt sind.

Auch dass Evelyn Zupke als Bundesbeauftragte unser Sprachmittler ist in den Politischen Raum, das macht die Arbeit für uns zumindest ein wenig leichter, weil sie eben besseren Kontakt hat in die Ebenen hinein, die mitentscheiden und mithelfen können. Von daher freuen wir uns auf diese Veranstaltung, und mir persönlich ist es ein großes Anliegen, die Frauen aus der DDR, die dort schwer arbeiten mussten wie die Männer auch, die aber darüber hinaus noch viele andere Aufgaben hatten, nicht zu vergessen. Alle meine drei Schwestern waren politisch inhaftiert, zwei davon in Hoheneck, eine in Hohenschönhausen und dann in Rummelsburg, ein paar Brüder auch noch. Von daher kann ich dieses Thema gut beurteilen, und ich finde, das, was die Frauen damals geleistet haben und was sie heute leisten, verdient Dank und Anerkennung und Unterstützung in jeder Weise.



Konstanze Helber
Gründerin und
1. Vorsitzende des Forums
für politisch verfolgte und
inhaftierte Frauen der
SBZ/SED-Diktatur e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre zahlreiche Teilnahme an diesem zweiten Bundesfrauenkongress zeigt Ihr großes Interesse für unsere Themen. Anknüpfend an den ersten Bundesfrauenkongress 2021 in Stollberg/Hoheneck wollen wir unter dem Leitmotiv „Verronnene Zeit – Aufklärung, Aufarbeitung, Netzwerke“ weiter über die Repressionen in Haft, Beruf und Alltag aus der weiblichen Perspektive sowie über den dazugehörigen Stand der Aufarbeitung informieren. Zusätzlich möchten wir mit dem zweiten Bundesfrauenkongress hier in Halle die Vernetzung der Betroffenen untereinander und den Austausch zu Aufarbeitungsangeboten weiter befördern.

Unter den Teilnehmenden sind viele Frauen, die einst in der SBZ und DDR politische Verfolgung, Zersetzungsmaßnahmen und Inhaftierung erfahren haben. Dass sie heute hier sind, ist nicht selbstverständlich. Viele der Frauen können und konnten bisher nicht über das an ihnen verübte Unrecht kommunistischer Gewaltherrschaft reden. Weder in der Familie noch im Freundeskreis und schon gar nicht in der Öffentlichkeit. Deshalb erlaube ich mir, als Betroffene, alle meine Leidensgefährtinnen ganz herzlich zu begrüßen, und schließe alle ein, die wegen ihres hohen Alters oder ihres Gesundheitszustandes nicht hier sein können. Wir freuen uns auch über die

Teilnahme derer, die indirekt Betroffene und Nichtbetroffene sind und begrüßen sie herzlich.

Schon bei der Vorbereitung des Kongresses kam ich immer wieder in persönlichen Kontakt mit den Frauen. Das Schweigen zu brechen, über die unglaublichen Erlebnisse ihrer Repression zu erzählen, und sich mit Betroffenen auszutauschen, die ähnlich traumatische Erlebnisse hatten, brachte mancher Frau den Entschluss, sich zu diesem Bundesfrauenkongress anzumelden.

Das ist bemerkenswert und mutig.

Das Engagement unseres Dachverbandes UOKG hat den Weg gebahnt, gemeinsam mit uns, dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur, diesen Kongress zu gestalten und durchzuführen.

Nach 33 Jahren der Wiedervereinigung Deutschlands wollen wir über unser Schicksal öffentlich sprechen und über die daraus resultierenden Folgen miteinander ins Gespräch kommen.

Der Kongress soll die Rolle der Frau als eigenständige Subjekte, sowohl als Betroffene politischer Repression als auch des Widerstandes, anhand individueller Schicksale weiterführend vertiefen. Bereits der erste Frauenkongress 2021 hat gezeigt, dass durch das persönliche Kennenlernen und den intensiven Austausch die Vernetzung der betroffenen Frauen untereinander zur gegenseitigen Unterstützung genutzt wurde und somit in einigen Fällen eine Erleichterung und Verbesserung der individuellen Lage mit sich brachte. Die gewählten Themenschwerpunkte sind vielfältig und werden für Diskussionen sorgen. Wichtiger Bestandteil des Kongresses wird es wieder sein, Kontakte zu knüpfen, um sich direkt untereinander austauschen zu können. Wir wollen auf bisher unzureichend gelöste Probleme hinweisen und gemeinsam Lösungsvorschläge erarbeiten.

Am Ende des ersten Bundesfrauenkongresses 2021 wurde eine 16-Punkte-Resolution verabschiedet und an die politischen Ver-

antwortlichen in Bund und Ländern gerichtet. Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wurden aufgefordert, diese 16 Forderungen in der nächsten Wahlperiode in den Aufgabenkatalog aufzunehmen. Die Resonanz war sehr spärlich, aber nicht hoffnungslos. Welche unserer Forderungen an die politischen Entscheidungsträger sind noch unbeantwortet? Wir werden in den nächsten zwei Tagen ausreichend Gelegenheit finden, uns dazu auszutauschen. Beteiligen Sie sich unbedingt alle mit Ihren Fragen, Anregungen und Vorschlägen.

Die Haftfolgeschäden, die Zwangsarbeit, die bundeseinheitlichen Lehrpläne, Beratungsstellen für das ganze Bundesgebiet, der bundesweite Härtefallfonds, die Ausbildung angehender Juristen zur Rechtsgeschichte der DDR und die Anerkennung der Kinder politisch verfolgter und inhaftierter Betroffener des SED-Regimes. Diese Forderungen, die wir hier zur Sprache bringen, können wir dann gebündelt an die politischen Entscheidungsträger senden. Nutzen wir diese Gelegenheit, unsere zweite Resolution auf den Weg zu bringen.

Ich wünsche uns allen einen ergebnisreichen, interessanten und guten Kongressverlauf und schließe mein Grußwort mit den Worten der Filmemacherin Alexandra Pohlmeier zum Thema „Frauen im Widerstand“: „Und draußen fliegt die Zeit vorbei“. Es ist genug Zeit „verronnen“ und das Schweigen kann durch Reden und Zuhören gebrochen werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Birgit Neumann-Becker
Landesbeauftragte des Landes
Sachsen-Anhalt für die Opfer
der SED-Diktatur

Herzlich willkommen in Halle an der Saale! Ich freue mich sehr, dass der zweite Bundeskongress hier in dieser wunderbaren Stadt stattfindet. Und Frau von Biela, Sie haben völlig Recht, die Franckeschen Stiftungen vor 35 Jahren waren ein Trauerspiel von Grauheit, Morbidität und Zerfall.

Ich begrüße Sie hier in dieser Stadt, die einiges an Spuren gerade bei Frauen hinterlassen hat in der Zeit der DDR, sowohl im Hinblick auf die politische Verfolgung von Frauen als auch im Hinblick auf den Umgang mit Frauen in der DDR. Ich möchte dazu einige Punkte nennen und mich ganz konkret hier auf Halle beziehen, weil Sie die Stadt als Tagungsort gewählt haben. Wir haben hier in Halle mit dem Roten Ochsen eines der größten Frauengefängnisse der DDR, in denen Frauen auch als politische Häftlinge inhaftiert waren. Dieses ehemalige Frauengefängnis in Halle ist heute noch in Betrieb und ein Teil davon – die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit – ist eine Gedenkstätte, in der an die Opfer beider Diktaturen erinnert wird. Der Rote Ochse ist in der Zeit des Dritten Reichs eine Hinrichtungsstätte gewesen, in der auch Frauen hingerichtet worden sind. Wenn dereinst die Pläne des Deutschen Bundestages realisiert sein werden, das Stasiunterlagen-Archiv umzubauen, und wenn die jetzt noch in einem Teil der Gebäude des Roten Ochsen untergebrachten Strafgefangenen in einen Neubau umgezogen sein

werden, dann wird die Gedenkstätte erweitert. Dann soll in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) auch das Thema des Strafvollzugs für Frauen in der DDR stärker beleuchtet werden. Das ist im Moment dort ein eher marginales Thema. Mir ist es sehr wichtig, dass das dann viel, viel stärker mit reflektiert wird, dass gezeigt wird, was es für Frauen bedeutete, im DDR-Strafvollzug zu sein.

Das zweite Thema, das uns hier in Halle sehr beschäftigt hat in den vergangenen Jahren, ist die Problematik der geschlossenen venerologischen Stationen: Eine besonders perfide Art, Frauen zu unterdrücken, indem man behauptete, sie hätten eine Geschlechtskrankheit gehabt. Wir haben durch Forschung gezeigt und 2014 veröffentlicht, dass dies Formen von Disziplinierung waren. Nur ungefähr ein Drittel der dort eingewiesenen Frauen hatte überhaupt eine Geschlechtskrankheit, den anderen ist rechtsstaatswidrig ihre Freiheit entzogen worden. Ich bin wirklich froh, dass es mit dieser Forschung und nach Gesprächen mit der Politik gelungen ist, einen Weg zu finden, dass die betroffenen Frauen seitdem auch strafrechtlich rehabilitiert werden können.

Ein weiteres Thema gilt es, auch hier in Halle zu platzieren, die kontaminierte Anti-D-Immunprophylaxe. Mehrere tausend Frauen erkrankten 1978/79 an Hepatitis C, weil sie nach einer Geburt, einer Fehlgeburt oder einem Schwangerschaftsabbruch ein verunreinigtes Medikament verabreicht bekamen. Dieses Medikament sollte sie eigentlich schützen: Schützen vor einer lebensbedrohlichen Abstoßungsreaktion des Blutes bei einer Rhesusfaktor-Unverträglichkeit von Mutter und Kind. Die betroffenen Frauen, und hier sind naturgemäß nur Frauen betroffen, sind nicht Opfer persönlicher politischer Verfolgung geworden, aber sie sind Opfer der politischen Umstände geworden. Es war bekannt, dass zwei Blutspender, deren Blutplasma zur Herstellung dieses medizinischen Präparates verwendet worden war, an Hepatitis erkrankt waren. Man wollte aber nicht die betroffenen Chargen wegwerfen und es gab den Beschluss, das Präparat keinesfalls aus dem Westen gegen Devisen einzukaufen: Eben dieses Serum, das man dann injiziert hat, wenn

eine Mutter mit einer Rhesus-negativen Blutgruppe ein Rhesus-positives Kind erwartete. Das war eine große Gefährdung für Mutter und Kind bei einer Schwangerschaft. Weil man nun dieses Medikament nicht gegen Devisen einkaufen wollte, suchte man den Fehler in der DDR-Produktion zu vertuschen, durch Nachlässigkeit breitete sich die Verunreinigung innerhalb der Chargen weiter aus, und man injizierte mehreren tausend Frauen ein mit Hepatitis infiziertes Präparat. Viele der Frauen sind schwer erkrankt, sie waren oft durch Krankenhausaufenthalte Wochen und Monate von ihren Neugeborenen getrennt, und sie kämpfen bis heute darum, dass sie hier entsprechend Anerkennung und Unterstützung erfahren. Auch das haben wir hier in Sachsen-Anhalt aufgearbeitet, und die Frauen, die betroffen sind von dieser kontaminierten Anti-D-Immunprophylaxe, betreuen und begleiten wir mit Gesprächsgruppen und auch in ihrem Austausch mit dem Bundesgesetzgeber.

Ein anderes Thema, das wir jetzt noch einmal ganz aktuell hier in Halle aufgegriffen sehen, das ich auf verschiedene Weise unterstütze, ist das Thema der Jugendhäuser. Wir hatten hier in Halle bis 1989 ein großes Jugendhaus, also eine Jugendhaftanstalt, und wir wissen bis heute recht wenig gesichert über die Zustände und Umstände, unter denen die Jugendlichen dort lebten und behandelt wurden. Das Leid dieser Jugendlichen von damals wird bis heute nicht angemessen gewürdigt. Sie erlebten Gewalt und Vernachlässigung. Der Zeitgeschichten e.V. Halle publiziert in Kürze zum Jugendhaus Halle und seiner historischen Entwicklung und Funktion. In einer zweiten Publikation, die in Vorbereitung ist, geht es viel stärker um die medizinische, pädagogische, hygienische Situation für diese Jugendlichen in den Jugendhäusern Halle und Dessau.

Also, wir haben hier eine Stadt, in der eine ganze Bandbreite politischen Unrechts verübt wurde, das wir versuchen, aufzuarbeiten, um den Betroffenen, denen von politischer Gewalt und Willkür Betroffenen, zu helfen und ihnen auch die Unterstützung zu geben, die sie brauchen, um dann auch juristisch durchzudringen. Und ich freue mich deshalb sehr, weil wir hier so viele Frauenthemen haben

in Halle, dass Sie sich dazu entschlossen haben, den Frauenkongress hier in Halle zu veranstalten. Da freue ich mich wirklich ganz außerordentlich drüber, weil diese historische und juristische Würdigung auch der besonderen Schicksale von Frauen in Haft und in Repression, Frank Ebert hat es gerade schon etwas genauer ausgeführt, wichtig ist und aus meiner Sicht an vielen Stellen noch zu wenig greift. Die Frauen waren eigentlich immer einer männlichen Gewalt ausgesetzt gewesen, mit beruflichen Benachteiligungen, mit besonderen Verletzungen, mit Sexismus, mit Beschämung, mit Angst und mit Zersetzung. Aber Frauen sind nicht nur die Opfer dieser politischen Diktatur gewesen, sondern sie haben sich auch ganz aktiv beteiligt, um Dinge zu verbessern, Offenes anzusprechen, und deshalb ist es sehr wichtig, dass wir auch diesen Teil hier im Frauenforum zur Sprache bringen.

Ich hoffe sehr und wünsche diesem Kongress, dass der Austausch dazu gelingt, über die verschiedenen Formen des Widerstands in der DDR sich auszutauschen, sich gegenseitig zu bestärken und sich miteinander auf den Weg zu begeben. Seien Sie sehr herzlich willkommen in Halle, und ich freue mich sehr auf diesen Kongress!

Frank Ebert
Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur



Sehr geehrte Vorrednerinnen und Vorredner, liebe Teilnehmerinnen, bitte fühlen Sie sich alle korrekt angesprochen.

Ich versuche mich kurz zu fassen, schließlich sollen beim Frauenkongress vor allem **Ihre** Erfahrungen im Mittelpunkt stehen.

„Keine großen Sprüche! Vier Jahre Trennung sind genug!“

– forderte Jutta Fleck nach einem gescheiterten Fluchtversuch, 2-jähriger Haft und Freikauf in den Westen, während das SED-Regime ihre Töchter in der DDR festhielt.

„Vier Jahre Trennung sind genug!“ – Dieser Satz verweist auf die **„verronnene Zeit“**, die nicht nur eine Trennung für Mütter und ihre Kinder bedeutete, sondern auch eine **Lebenszeit** in Haft statt in Freiheit oder die lange Zeit im Kampf um Rehabilitierung und Entschädigung und vieles mehr. Hier eine einzige Frau hervorzuheben, wird der Bandbreite an Einzelschicksalen natürlich überhaupt nicht gerecht. Politisch verfolgte Frauen in der SBZ und DDR verbindet jedoch, dass sie verfolgt wurden, weil sie **einfachste Menschenrechte** einforderten. Und das taten sie auf vielfältigste Weise!

Frauen

- gehörten Anfang der 50er Jahre Widerstandsgruppen wie in Werder und Werdau an, die gegen die **Scheinwahlen** und **Terror** protestierten,

- organisierten Hungerstreiks wie im Frauenzuchthaus Hoheneck 1953,
- protestierten gegen den Einmarsch in die CSSR 1968,
- prägten die Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung,
- oder klärten über sexualisierte Gewalt in der DDR auf

um nur **einige** Beispiele zu nennen.

Manche Aktionen und Protestgruppen sind deutlich bekannter als andere. Dieser Bundeskongress ist unter anderem wichtig, um den mutigen Widerstand von Frauen in der SED-Diktatur und die brutale sowie folgenschwere Repression gegen sie bekannter zu machen.

Gerade wenn in aktuellen Diskussionen über das Leben in der DDR der Diktaturcharakter des Systems und der Alltag voneinander getrennt und die vielseitigen Betroffenenchicksale in den Hintergrund gedrängt werden, müssen wir **widersprechen!** Wir müssen vermitteln, was es im Alltag bedeutete, zu widersprechen, sich **nicht** zu fügen – beispielsweise auch, wenn man einen Ausreiseantrag gestellt hatte.

Um das nachhaltig tun zu können, braucht es **beständig gesicherte Erinnerungsorte**, die Oppositionsgeschichten und Haftschicksale vermitteln. Die Arbeit im **Roten Ochsen** steht exemplarisch für gute Vermittlungsarbeit. Die Entwicklung der Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck muss mit Nachdruck vorangetrieben und ihre **Finanzierung dauerhaft** abgesichert werden! Es ist wichtig, gerade an solchen Orten der Repression über eben diese zu informieren. Um aber auch die Werte und die Geschichte des Widerstandes von Frauen in der SBZ und DDR dauerhaft **in der deutschen Erinnerungskultur zu verankern**, gilt es, das vom Deutschen Bundestag beschlossene *Forum Opposition und Widerstand* zügig zu realisieren. An einem solchen Ort soll und kann gebührend gewürdigt werden, wie sich die Frauen dem Regime entgegenstellten und welche **Risiken** sie dabei eingingen. Wie bei **Jutta Fleck**, nutzte das SED-Regime unter anderem auf perfide Weise die Bindung zwischen Mutter und Kind. Kinder wurden häufig als „**Pfand**“ von ihren Müttern separiert, zum Beispiel in ein Heim für Schwererziehbare gesteckt und zurückbehalten. Frauen mussten bei dem, was sie **taten**,

dem, wofür sie **einstanden**, die Risiken deshalb besonders intensiv abwägen.

Ihr Mut und ihre Entschlossenheit können nicht genug wertgeschätzt werden. Um das zu tun, müssen wir mehr **erfahren**, mehr **dokumentieren**, mehr miteinander sprechen – auch auf diesem Kongress. Wichtig dafür ist auch, dass sie die **Beweise** aufheben, sie in Archive geben, damit auch spätere Generationen die Chance haben, **Ihre** Perspektive kennenzulernen und nicht nur die der Stasi- und Parteiakten.

Es liegt auch an **Ihnen**, dass ihre Geschichte nicht in Vergessenheit gerät!



**Impulsvortrag
von Evelyn Zupke**
Beauftragte für die Opfer
der SED-Diktatur beim
Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Frau von Biela, sehr geehrte
Bundestagsabgeordnete, liebe Heike Brehmer,
liebe Linda Teuteberg, liebe Birgit Neumann-Becker,
lieber Frank Ebert, liebe Konstanze Helber,
lieber Dieter Dombrowski,

und vor allem:

liebe Teilnehmerinnen des zweiten UOKG-Frauenkongresses!

„Zweiter Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und
DDR.“

Das hört sich so selbstverständlich an.

„Zweiter Bundeskongress politisch verfolgter Frauen“ – Für mich ist
dieser Kongress nicht selbstverständlich. Dass die Frauen, die in der
Diktatur gelitten haben, sich vernetzen. Dass die Frauen aufstehen
und deutlich auf ihre Situation hinweisen. Selbstverständlich ist all
dies nicht. Es erfordert Mut. Und es fordert Entschlossenheit. Ich
bin Ihnen umso dankbarer, dass so viele von Ihnen diesen Mut und
diese Stärke aufbringen. Dass sie über das berichten, was sie in der
DDR erlebt haben. Über die Repression. Über das Leben in Angst.
Und darüber, wie diese Erfahrungen sie selbst und ihre Familien bis
heute begleiten.

Gerade die Gespräche mit Ihnen zeigen mir, dass der Blick auf die Repression und die politische Haft, insbesondere von Frauen, heute noch immer viel zu einseitig ist. Der Konflikt mit dem Staat. Die Inhaftierung. Und schließlich: die Freiheit. Eine Geschichte mit Happy End.

Die Realität von vielen tausenden Frauen ist bis heute jedoch eine andere. Als 2011 der damalige Bundespräsident Christian Wulff das Frauenzuchthaus Hoheneck besuchte, berichtete eine ehemalige politische Gefangene ihm von der Beziehung zu ihrem Sohn. „Nur weil du in den goldenen Westen wolltest, gab es niemanden, der mich im Kinderheim zugedeckt hat, als ich gefroren habe.“ Mir fällt es schwer diese Geschichte zu erzählen, weil sie mich immer wieder trifft. Diese Worte des Sohnes an seine Mutter zeigen uns, wie weit der Schatten der Diktatur reicht.

Wenn wir uns heute mit dem Unrecht in der DDR auseinandersetzen, dann geht es dabei eben nicht um etwas, was lange vergangen ist. Es geht um Menschen. Menschen, die bis heute unter dem Erlebten leiden. Ich sehe es als unsere gemeinsame Aufgabe, dass wir als demokratische Gesellschaft diesen Menschen, die in der DDR für Freiheit, Selbstbestimmung und Bürgerrechte gekämpft und damit den Weg zur Friedlichen Revolution geebnet haben, dass wir diese Menschen so unterstützen, dass sie in unserer heutigen Demokratie ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie beim letzten Frauenkongress in Stollberg, aber auch dieses Jahr hier in Halle, Ihre Forderungen an die Politik formulieren. Ich bin Heike Brehmer und Linda Teuteberg dankbar, dass sie beide heute hier sind. Wenn wir uns der Frage „Was muss für die Opfer geleistet werden?“ nähern, ist es mir besonders wichtig, dass wir eines immer wieder berücksichtigen: Für den Prozess der Aufarbeitung der Diktatur und der Unterstützung der Opfer gab es kein Vorbild. Es gab keine Blaupause, an der man sich hätte orientieren können.

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten wurde viel für die Opfer erreicht. Insbesondere die Rehabilitierungsgesetze sind ein Anker für

die Betroffenen. Das Unrecht, das die Diktatur den Opfern zugefügt hat, wird in der Demokratie gelindert. Bei der letzten Überarbeitung der Gesetze in 2019 wurden mit der Entfristung der Antragstellung, mit der Reduzierung der Mindesthaftzeit zur Gewährung der Opferrente und mit der Einführung der Einmalzahlung für Zersetzungsoffer wichtige Akzente für die Opfer gesetzt.

Aber all das Erreichte darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch heute noch vor großen Herausforderungen stehen. Herausforderungen, die vor zwanzig oder dreißig Jahren eben nicht vorhersehbar waren. Herausforderungen, für die unsere bisherigen Instrumente zur Unterstützung der Opfer leider nicht geeignet sind.

Ich möchte daher sehr gerne einen Punkt ganz besonders aufgreifen. Einen Punkt, der mich in meiner Arbeit als Opferbeauftragte des Bundestages tagtäglich begleitet. Die gesundheitliche Situation vieler Frauen, die unter Repression leiden mussten, ist heute mehr als beunruhigend. Frau Maslahati von der Charité wird uns aus ihrer aktuellen Forschung hierzu morgen noch Genaueres berichten. Die traumatischen Erlebnisse von Haft und Erniedrigung. Von Kindesentzug und Zwangsarbeit. Sei es in Hoheneck, in Hohenleuben, im Roten Ochsen oder an vielen weiteren Orten der Repression. Diese Erlebnisse holen die Frauen oft erst nach Jahrzehnten wieder ein: Schlafstörungen, Angstzustände, körperliche Leiden. All das wird zu Begleitern des täglichen Lebens. Diese Frauen brauchen Hilfe. Und diese Frauen suchen Hilfe.

Die meisten von ihnen jedoch scheitern auf ihrem Weg der Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden. Ohne Anerkennung keine Hilfe. Wie es sich für die Opfer anfühlt, im jetzigen Anerkennungssystem zu scheitern, durfte ich bei einer Betroffenen aus Baden-Württemberg erleben. Als junge Frau entschied sie sich nach langem Ringen, die DDR zu verlassen, und stellte einen Ausreiseantrag. Dass sie einer Freundin im Westen von ihrem Wunsch berichtete, wurde ihr zum Verhängnis. Für „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ wurde sie zu 20 Monaten Haft verurteilt. Einschüchterungen, Zwangsarbeit,

Demütigungen, ja sogar Zwangsuntersuchungen durch einen Frauenarzt musste sie auf ihrem Leidensweg durch die DDR-Gefängnisse ertragen. Schließlich wurde sie aus dem Gefängnis entlassen und konnte ein halbes Jahr später ausreisen.

Angekommen im Westen, ließen die traumatischen Erlebnisse aus der Haft sie nicht los. Mit den Jahren wurde es sogar immer schlimmer. Panikattacken, Schlaflosigkeit und Angstzustände. Jeden Tag aufs Neue. 2006 stellt sie ihren ersten Antrag auf Anerkennung eines Haftfolgeschadens – und scheiterte. Über Jahre kämpfte sie weiter und zog vor die Gerichte. Nach 8 Jahren, 2014, gab es endlich Licht am Ende des Tunnels. Im Rahmen eines Vergleiches wurde ihr schließlich ein niedriger Grad der Schädigung zugesprochen und damit der Zugang zu Leistungen gewährt. Endlich ein Teilsieg für die Betroffene, würde man denken.

Drei Jahre später jedoch, 2017, bekam sie erneut Post vom Amt. Bei erneuter Überprüfung des Schädigungsgrades habe man festgestellt, hieß es in dem Schreiben, dass andere, aktuellere Ereignisse in ihrem Leben sich negativ auf ihre Psyche ausgewirkt haben müssten. Ihre Scheidung und der Verkauf des Eigenheims seien die Hauptursache für ihre psychischen Probleme und nicht die Monate in den Gefängnissen einer Diktatur. Der Grad der Schädigung wurde wieder auf null gesetzt und der Zugang zu den Leistungen verwehrt.

Seitdem kämpft die Betroffene weiter. Sie kämpft nicht nur darum, dringend benötigte Leistungen zu erhalten. Sondern sie kämpft vor allem um Gerechtigkeit und auch um ihre Glaubwürdigkeit.

Für mich ist dieses Beispiel symptomatisch. Über Jahre schon kämpfen die Opferverbände, die Landesbeauftragten und viele in der Politik dafür, dass die Anerkennungsquoten bei den Anträgen von SED-Opfern auf Beschädigtenversorgung endlich besser werden. In den letzten 30 Jahren haben Bundestag und Bundesrat Prüfungen für Verbesserungen und einzelne Veränderungen am bestehenden Anerkennungssystem beschlossen. Leider führte keine dieser Bemühungen zum Erfolg.

Heute müssen wir uns eingestehen, dass das bisherige Anerkennungssystem gescheitert ist. Was wir brauchen, ist eine Neu-Orientierung. Weg von der Ermessensentscheidung des einzelnen Sachbearbeiters! Was wir brauchen, ist ein Verfahren, bei dem anhand klar definierter Kriterien entschieden wird! Ich habe dem Bundestag hierfür einen ganz konkreten Vorschlag vorgelegt.

Wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Mein Vorschlag hat sich bewährt. Er orientiert sich an den Regelungen im Soldatenrecht. Hier hat man vorgemacht, wie anhand von klar definierten Kriterien die Kausalität zwischen dem schädigenden Ereignis und dem heutigen psychischen Gesundheitsschaden vermutet wird. Für Opfer der SED-Diktatur können wir die schädigenden Ereignisse klar benennen und belegen: Sei es politische Haft oder seien es Zersetzungsmaßnahmen. Ebenso klar kennen wir die heutigen Krankheitsbilder, wie die Posttraumatische Belastungsstörung.

Ich wünsche mir, dass das, was der Bundestag vor Jahren aus Gründen der besonderen Fürsorge für die Soldatinnen und Soldaten möglich gemacht hat, dass das der Bundestag auch für die Opfer der SED-Diktatur auf den Weg bringt. Die Zusage, die das wiedervereinigte Deutschland vor über 30 Jahren den Opfern der SED-Diktatur im Einigungsvertrag gemacht hat, diese Zusage, dass die Opfer des SED-Unrechts-Regimes rehabilitiert und entschädigt werden, sie gilt für mich auch nach über 30 Jahren unverändert. Diese Zusage drückt für mich die besondere Fürsorge aus, die die Politik und wir als Gesellschaft gegenüber den Opfern haben.

Ich bin dankbar, dass der Deutsche Bundestag vor wenigen Monaten zum 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes eben nicht nur der Opfer des 17. Juni gedacht und an den jahrzehntelangen Widerstand in der DDR erinnert hat. Der Bundestag hat zum Jahrestag auch einen grundsätzlichen Beschluss zur besseren Unterstützung der Opfer gefasst. Das Parlament sieht, wie wir, Handlungsbedarf, um die Lage der Opfer weiter zu verbessern. So hat der Bundestag in seinem Beschluss beispielsweise die Bundesregierung ganz

konkret aufgefordert, den schon im Koalitionsvertrag vorgesehenen bundesweiten Härtefallfonds nun endlich einzurichten. Ich habe als Opferbeauftragte des Bundestages schon im letzten Jahr den unterschiedlichen Ministerien ein konkretes Konzept vorgelegt, wie ein solcher Fonds gestaltet werden kann. Hier erwarte ich in den nächsten Wochen eine Entscheidung der Bundesregierung, welches Ministerium die Verantwortung für Fonds übernimmt, damit die Arbeit beginnen kann.

Ein wichtiger Punkt ist die weitere Überarbeitung der Rehabilitierungsgesetze. Hier hat der Bundestag in seinem Beschluss die Regierung aufgefordert, bei der anstehenden Überarbeitung die Impulse der SED-Opferbeauftragten zu berücksichtigen. Meine Zielrichtung ist hierbei klar! Verbessern wir die soziale Lage der Opfer. Schließen wir Gerechtigkeitslücken in den Reha-Gesetzen. Und schaffen wir endlich ein einfaches und gerechtes System zur Anerkennung der Gesundheitsschäden.

Für mich ist dieser Beschluss des Bundestages ein wichtiges Signal in Richtung der Opfer. Ein Signal insbesondere auch an die Heldinnen von Hoheneck und Hohenleuben, dem Roten Ochsen und den weiteren Haftanstalten. Ein Signal an all die tausenden politisch verfolgten Frauen.

An die Frauen, die in der Diktatur nicht klein beigegeben haben. Und die für ihr widerständiges Verhalten einen hohen Preis zahlen mussten. Es sind diese Menschen, die mit ihrem Mut ganz maßgeblich den Weg zur Friedlichen Revolution und zur Deutschen Einheit geebnet haben. Bessere Botschafterinnen für den unschätzbaren Wert unserer heutigen Demokratie im wiedervereinigten Deutschland als sie, die politisch verfolgten Frauen, kann es für mich nicht geben.

Ja. Eine Diktatur mit den Mitteln des Rechtsstaats aufzuarbeiten, ist nicht einfach. Für mich ist es jedoch eine Investition in das Fundament unserer Demokratie.

Vielen Dank!

Podium

Das Schweigen brechen – den Opfern helfen

Mit

Konstanze Helber, Forum für politisch verfolgte
und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur

Heike Brehmer, CDU-Bundestagsabgeordnete

Linda Teuteberg, FDP-Bundestagsabgeordnete

Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur

Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Gesprächsleitung)



(v.l.n.r.): Heike Brehmer, Linda Teuteberg, Birgit Neumann-Becker, Konstanze Helber, Evelyn Zupke

Birgit Neumann-Becker: Ich darf kurz vorstellen hier auf diesem Podium: Heike Brehmer, direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie haben Ihren Wahlkreis in Sachsen-Anhalt, im Harz, und deshalb freut es mich immer wieder, Sie zu sehen. Sie sind dort engagiert unter anderem im Bereich der Erinnerungspolitik, der Aufarbeitung, und wir haben hier schon viele gemeinsame Veranstaltungen gemacht zum Thema der innerdeutschen Grenze und der deutschen Teilung. Sie sind in Staßfurt geboren, Sie waren lange in der Kommunalpolitik tätig und sind 1989 in die CDU eingetreten, in jener Zeit also, als sich die DDR ihrem Ende näherte. Sie sind stellvertretende Landesvorsitzende, Mitglied im Ausschuss für Tourismus, das ist für uns nicht unwichtig, und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales und für Umwelt und Naturschutz. Seien Sie uns ganz herzlich willkommen!

Frau Konstanze Helber, wir haben ein Zitat von Ihnen, als 1989 die Mauer fiel. Da haben Sie gesagt: Ich dachte, jetzt geht diese DDR unter und meine Geschichte zu Hoheneck mit ihr. Das ist so eine doppelte Botschaft: Es war gut, dass die DDR weg ist, aber nicht zugleich ihre ganze Geschichte. Dieser Gedanke hat Sie begleitet bis heute. Sie sind in Camburg an der Saale geboren, in Thüringen. Sie sind Kinderkrankenschwester geworden, nachdem Sie keine Zulassung zum Abitur bekommen hatten, und Sie sind nach einem missglückten Fluchtversuch verurteilt worden nach § 213 zu drei Jahren und drei Monaten Haft. Sie waren in Hoheneck inhaftiert, sind freigekauft worden nach Westdeutschland, sind nach Baden-Württemberg gekommen, und Sie haben dort begonnen, sich mit Erinnerungsarbeit zu beschäftigen. Sie haben den Süddeutschen Freundeskreis der Hoheneckerinnen gegründet. Ich weiß, dass Sie da eine ganz aktive Zeitzeugin sind. Seit 2019 sind Sie Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen e.V. mit Sitz in Berlin, und Sie sind Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland.

Frau Linda Teuteberg, seien Sie uns auch willkommen! Sie sind in Königs Wusterhausen geboren, und zu Ihnen habe ich auch ein Zitat.

Sie haben in einem Beitrag zu 30 Jahren Deutsche Einheit geschrieben: „Wir dürfen die Erzählung zur DDR und auch zu den Parteien in der DDR nicht der Linken überlassen.“ Das ist ein Statement! Sie sind Juristin, Sie sind bei den Jungen Liberalen eingetreten, sind schon ziemlich lange Mitglied der FDP. 2009 sind Sie Mitglied des Landtags in Brandenburg geworden und 2017 in den Deutschen Bundestag gewählt worden, Sie sind jetzt also in ihrer zweiten Legislaturperiode als Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie sind Mitglied im FDP-Bundesvorstand, nehmen viele wichtige Termine und Aufgaben innerhalb der Partei wahr, und ich bin Ihnen für Ihre Teilnahme heute ganz besonders dankbar, weil ich weiß, dass Sie hier teilnehmen zu Ungunsten eines anderen wichtigen Termins in Ihrem Wahlkreis.

Evelyn Zupke hat gerade schon das Impulsreferat gehalten: Sie ist die erste Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur seit dem Jahr 2021. Im Zusammenhang mit der Auflösung des Stasiunterlagen-Archivs oder genauer dessen Zuordnung zum Bundesarchiv ist vom Deutschen Bundestag diese Institution geschaffen worden. Eine Position, die sich der Situation der von Unrecht Betroffenen annehmen soll, und das tut Evelyn Zupke mit allem Engagement. Sei uns herzlich willkommen!

Ich möchte gerne die erste Frage an Sie, Frau Helber, richten. Wir sind hier beim zweiten Frauenkongress, beim zweiten Kongress der in der SED-Diktatur verfolgten Frauen. Da ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, welcher Impuls dazu geführt hat, das Frauenforum zu gründen, und welche Zielsetzung oder welche Absicht Sie damit verbinden.

Konstanze Helber: Das Frauenforum für politisch Verfolgte ist nicht nur für die SED-Opfer, sondern geht weit zurück in die SBZ. Das ist uns ganz wichtig, weil da die Erinnerungskultur ebenso wichtig ist und in die Öffentlichkeit muss. Die Betroffenen der SBZ- und der SED-Diktatur sind wie die Glieder einer Kette, das eine hat sich an das andere angeschlossen. Und wie ist es dazu gekommen, dieses Frauenforum zu gründen? Also es war eine Intention von meiner

Seite aus. Ich habe die Interessensgemeinschaft der Hoheneckerinnen in Süddeutschland gegründet, darin waren nur Hoheneckerinnen, mit denen ich ins Gespräch kam und woraus eine große Gemeinschaft entstanden ist. Aber dann kamen Frauen, die in unserer Verbändezeitung gelesen hatten, dass es solch eine Interessensgemeinschaft gibt, die aber beispielsweise in Hohenleuben inhaftiert waren oder in Dessau oder aber Zersetzungsoffer waren. Die haben immer gefragt, ob sie sich uns anschließen können, und irgendwann ist das zu viel geworden.

Und da hab ich gesagt, na ja, dann müssen wir uns was überlegen. Und da hat natürlich die UOKG ganz großartig mitgeholfen. Uns wurde klar: Wir brauchen einen Verein, der alle Frauen bundesweit erreicht, die irgendwo in irgendeiner Weise Repressionsopfer geworden sind und großen Gesprächsbedarf haben, aber den nirgendwo anbringen können. Zum Teil wohnen sie verstreut im Bundesgebiet, im tiefsten Schwarzwald oder in der Pfalz, und ganz wenig Frauen stammen da aus dem Osten. Also die Ostfrauen waren so allein zwi-



Birgit Neumann-Becker, Konstanze Helber, Evelyn Zupke

schen lauter Westfrauen, und ich habe beschlossen, da muss was passieren. Wir sind es dann angegangen, ein Frauenforum zu gründen, ein Frauenforum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der Diktatur, und das ging auch ganz gut mit der Gründung, aber dann kam Corona. Trotzdem haben wir das ziemlich gut geschafft, diesen Verein lebendig zu machen, und wir sind mit den Frauen ins Gespräch gekommen trotz dieser widrigen Umstände. Wir haben uns die Geschichten angehört: Was ist da passiert und was können wir für die Frauen tun? Und dann haben wir gemerkt, alle Frauen, die irgendwo unter politischen Repressionen gelitten haben, haben eine spezielle Leidensgeschichte, und das muss man öffentlich machen. So ist das Forum immer mehr gewachsen. Das Forum und mit ihm die speziellen Geschichten der Frauen: Die Haftfolgeschäden, die zwangsadoptierten Kinder. Es gibt Frauen, die wirklich am Rande des Existenzminimums stehen, weil sie seit Jahren kämpfen um die Anerkennung ihrer Haftfolgeschäden und ganz viel Geld da reinstecken. Manche kommen immer wieder an die falschen Gutachter, an die falschen Ärzte. Immer wieder wird ihnen gesagt, sie haben keine posttraumatische Belastungsstörung, das kommt alles aus der Kindheit.

Das war für uns das Zeichen: Wir müssen diese Frauen in die Öffentlichkeit bringen. Aber wie in die Öffentlichkeit bringen? Das geht ja nur durch Reden. Deswegen hieß der erste Frauenkongress „Das Schweigen brechen“. So ist das ins Laufen gekommen, und unser Ziel ist, noch mehr Frauen zu erreichen, um noch mehr fundiertes Wissen zu bekommen und das dann auch weiterzugeben in Form von Kongressen oder Symposien. Vor allem wollen wir die Politik erreichen, die Landes- und Bundespolitik, in einer Form wie zum Beispiel jetzt, wo Sie, Frau Brehmer und Frau Teuteberg, hier teilnehmen. Vielen Dank, dass Sie sich dafür interessieren und dass wir dann unsere Forderungen, das klingt für mich immer so streng das Wort, dass wir Ihnen auch mal aufzählen können, was uns wichtig ist, was uns bewegt, und dass wir darüber reden und diskutieren können. Und klar, Forderungen sind immer erstmal viele, aber man

muss sich dann auf das Wesentliche beschränken, und das tun wir. In den nächsten zwei Tagen werden wir versuchen, unsere Themen und das, was uns bewegt, zu erklären und präsent zu machen. Wir haben alle ein Recht darauf, gehört zu werden und gesehen zu werden und zur Sprache zu kommen. Das ist unser Ziel.

Birgit Neumann-Becker: Frau Teuteberg! Meine zweite Frage möchte ich gerne Ihnen stellen. Wir sind heute kurz nach dem dritten Oktober, und wir haben uns ganz zufällig in Hamburg getroffen nach der Festveranstaltung zum Tag der deutschen Einheit. Dort in der Elbphilharmonie und vorher im Michel haben wir gute Reden gehört, finde ich. Und ich habe es so erlebt, dass dieses Fest der deutschen Einheit zur Kenntnis genommen wird wie: Na ja, dieses größere Deutschland hat jetzt was mit denen zu tun, die dazugekommen sind. Die Festveranstaltung bewusst durch die Bundesländer zu tragen, diese Ausrichtung ist, glaube ich, wirklich sehr gut. Dennoch: Eine große Aufgabe ist es, dieses Thema von SED-Diktatur und SBZ-Diktatur weiterzutragen, und ich habe Sie vorhin mit diesem Zitat vorgestellt, dass wir dazu auch eine eigene, selbstbewusste Erzählung brauchen. Meine Frage an Sie ist, wie nehmen Sie das wahr? Ist diese Frage von Diktatur und Diktaturfolgen weiterhin ein politisches Thema? Wir stellen fest, dass im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Ukraine diese postdiktatorischen Situationen und das Verständnis der Vergangenheit eine Frage von innerer und äußerer Sicherheit geworden sind. Also das Wissen um das Funktionalisieren einer Diktatur führt zu einem bestimmten Verhalten. Und deshalb meine Frage an Sie nochmal, wie nehmen Sie das wahr? Ist das ein Thema, das jetzt vielleicht nochmal neu auf die Tagesordnung gekommen ist?

Linda Teuteberg: Also zunächst möchte ich kurz sagen, ich teile die Einschätzung von Evelyn Zupke, dass es keine besseren Botschafter geben kann, dafür, wie wertvoll ein Rechtsstaat und Demokratie sind, als die Frauen, die heute hier versammelt sind. Die in der DDR gelitten haben unter Repression und den aufrechten Gang versucht haben trotz dieser Unterdrückung. Deshalb ist es mir wichtig, heute hier zu



Linda Teuteberg, Birgit Neumann-Becker

sein. Und ich finde, dass diese Aufarbeitung, das Bewusstmachen, was eine Diktatur bedeutet und auch, was in unserem Land geschehen ist unter der Diktatur und in der sowjetischen Besatzungszone, dass wir da nicht nachlassen dürfen, denn es gibt eher Tendenzen, dies alles wieder zu verharmlosen. Deshalb ist auch das Motto hier über diesem Kongress „Wider das Schweigen“ wichtig. Der Artikel mit dem Zitat, auf das Sie Bezug genommen haben, widmete sich speziell dem Thema der Parteiengeschichte in Ostdeutschland. Wie das war mit den Blockparteien, aber auch mit der Nationalen Front. Die nämlich wurde von der SED gegründet, die SED hat andere Parteien gleichgeschaltet und in diese Nationale Front gezwungen, und dass ist keine so unwichtige Tatsache, aber heute sicher ein Randthema. Wenn Sie jedoch sehen, dass beispielsweise das Buch von Katja Hoyer „Diesseits der Mauer“, vor kurzem erschienen, und in vielen Zeitungen ist darüber berichtet worden, zu einem Bestseller wird, dann ist das ein Symptom dafür, dass manche eine Sehnsucht haben nach einer verharmlosenden Erzählung über die DDR.

Ich sag mal ein Beispiel. Jemand wie Arno Esch, das war ein junger Mann, der in Mecklenburg in der direkten Nachkriegszeit sich der Gleichschaltung durch die SED verweigert hat in der liberaldemokratischen Partei. Der hat seinen Weg nach Moskau gefunden und ist dort erschossen worden, und seine Mutter hat nie offiziell erfahren, was mit ihrem Sohn geschehen ist. Also diejenigen, die sich die Flötentöne durch die SED nicht beibringen lassen wollten in der frühen DDR, die haben dafür oft mit ihrem Leben oder mindestens mit ihrer Freiheit und Gesundheit bezahlt. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass heute Katja Kipping und andere so tun, als seien die Blockparteien das eigentliche Problem gewesen. Die Flötentöne gingen schon noch von der SED aus, und diese Ursache- und Wirkungs-Beziehung sollten wir auch nicht vergessen. Das ist mir wichtig.

Herr Dombrowski weiß das. Wir haben mal gemeinsam in einer Enquete-Kommission im Brandenburger Landtag gearbeitet, wo wir diese Dinge aufgearbeitet haben. Das steht nicht dem entgegen, auch kritisch auf manches bei den Blockparteien zu schauen, aber wir sollten eben Ursache und Wirkung auseinanderhalten. Diese Tendenzen, so zu tun, als sei die DDR doch nicht so schlimm gewesen, oder wie Günter Grass mal sagte, eine kommode Diktatur, oder als könne man den Alltag in der DDR trennen von der Unterdrückung und dem Charakter des politischen Systems, das ist eben falsch. Es gab vielfältige Formen von Unterdrückung, und diejenigen, die zum Beispiel tatsächlich Haft erlebt haben, die haben es auf eine besondere Weise erlebt. Aber auch viele andere, die nicht den Ausbildungsweg nehmen konnten, den sie wollten, oder andere Dinge im Leben nicht durften, sich nicht entfalten konnten, denen Menschenrechte vorenthalten wurden. Die haben unter diesem System gelitten, und das sollten wir einfach immer wieder in Erinnerung rufen, denn das ist wichtig, um die Freiheit zu schätzen zu wissen.

Der Wert des Rechtsstaates besteht ja, daran muss man heute oft erinnern, nicht darin, dass einem jede Entscheidung gefällt oder man jedes Gesetz optimal findet, sondern besteht insbesondere darin,

dass man vor Willkür geschützt ist, dass es auch ein paar persönliche Grundrechte gibt, in die der Staat nicht einfach eingreifen kann. Dass es bestimmte Maßstäbe gibt, an die sich auch der Staat halten muss. Was nicht heißt, dass es nicht auch mal Fehler gibt oder einem alles gefällt. Und dafür das Bewusstsein zu halten, ist, glaube ich, wichtig, und dafür muss man um Diktaturen wissen. Das ist auch etwas, das wir mit unseren osteuropäischen Nachbarn gemeinsam haben, die Diktaturerfahrung, und es gilt, sich daran zu erinnern und diese Erinnerung in dieses gemeinsame Europa einzubringen. Das ist auch für den Umgang heute mit Russland und mit autoritär geprägten Staaten wertvoll. Es sollte uns übrigens daran erinnern, dass man diejenigen, die sich in solchen Staaten auflehnen, unterstützen sollte, auch aus dem Ausland. Man sollte nicht nur den Kontakt zu den Machthabern suchen, sondern gerade denjenigen den Rücken stärken, die sich gegen Diktatoren und diktatorische Systeme auflehnen und unter ihnen leiden. Da gibt's weiterhin viel zu tun, und diese Tendenz zur Verharmlosung zeigt eben, dass es eine Daueraufgabe ist. Da dürfen wir nicht nachlassen, das müssen wir in den Schulen, in den Lehrplänen, in der Lehrerausbildung für Geschichtslehrer, aber auch in manchen verwandten Fächern viel stärker verankern.

Was ist der Charakter dieser Diktatur gewesen? Was können wir daraus für heute lernen? Das ist von enormer Wichtigkeit. Und ich kann mich da nur Frank Ebert anschließen, dass Sie Ihre Erinnerungen mitteilen sollten und Dokumente, Informationen am besten weitergeben an Archive, damit das eingehen kann in die Geschichtsschreibung. Denn ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache. Opposition, die hat in der Diktatur kein Staatstheater. Sie hat auch nicht automatisch ein Archiv, wenn Sie es nicht selbst erschaffen. Und wenn Sie über Ihre Geschichten erzählen, über Ihre Schicksale, dann ist das ein Beitrag zu unserem Gedächtnis als Land und auch als Europa, und das ist ganz, ganz wichtig, dass Ihre Schicksale und Ihre Erfahrungen in diese Geschichtsschreibung eingehen. Dankeschön!

Birgit Neumann-Becker: Frau Brehmer, an Sie möchte ich dieselbe Frage richten, nämlich: Wie kann die Erinnerung an die politische

Diktatur heute Thema in bundesdeutscher Politik sein? Sie sind uns, Frau Teuteberg und Frau Brehmer, deshalb so wichtig, weil Sie sich nicht nur am Gespräch beteiligen, sondern auch zuhören. Sie nehmen Botschaften von hier mit in Ihre Fraktionen, in das politische Gespräch, nach Berlin. Sie tragen dort etwas hin, was Sie hier aufnehmen. Wie können diese Themen Gegenstand des politischen Diskurses, der politischen Auseinandersetzung in der Gegenwart sein?



Heike Brehmer

Heike Brehmer: Vielen Dank für die Einladung. Wir diskutieren heute ein wichtiges Thema, das mehr denn je auf die Tagesordnung gehört. Alles, was Frau Teuteberg gesagt hat, kann ich dick unterstreichen. Ich bin auch in den neuen Bundesländern aufgewachsen und habe die DDR-Zeit noch erlebt. Und stelle fest, dass mittlerweile eine Verklärung eintritt. Viele Bürger sagen, so schlimm war es doch gar nicht. Heute fühlen sich viele Bürger in der Gesellschaft allein gelassen mit ihren Problemen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Oft hört man

den Spruch: Zu DDR-Zeiten war vieles besser. Und das war es eben nicht!

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Es wird gern vergessen und unterdrückt, dass wir in der DDR von Stacheldraht und einer Mauer eingezäunt waren. Die Erinnerungskultur ist außerordentlich wichtig. In meinem Wahlkreis, entlang des heutigen Grünen Bandes, verlief die Grenze. Um die Erinnerungskultur wachzuhalten ist für meine Besuchergruppen ein Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Pflichtprogramm. Besonders eindrucksvoll ist die Führung durch Zeitzeugen. Meine Besucher sind dann hinterher tief betroffen und

ich höre sehr oft „Das haben wir nicht gewusst, wie schlimm es wirklich war.“ Einige Besucher können dort gar nicht reingehen, weil sie selbst viel Schlimmes erlebt haben. Wir stellen immer wieder fest, dass selbst bei denen, die inzwischen älter sind und die DDR noch erlebt haben, eine Verklärung eingesetzt hat. Das zeigt, dass das Thema auf die Tagesordnung muss. Mir liegt viel daran, dass wir an Tagen wie dem 17. Juni oder dem 13. August Veranstaltungen durchführen. Mit der Landesbeauftragten Frau Neumann-Becker habe ich mehrere Veranstaltungen zum Thema „An der Grenze erschossen“ in Erinnerung an die Todesopfer des DDR-Grenzregimes im heutigen Sachsen-Anhalt bei uns im Harz durchgeführt. Persönlich hätte ich mir mehr Teilnehmer gewünscht – auch von Zeitzeugen und Bürgern, welche die DDR und die Mauer noch erlebt haben. Es ist wichtig, dass wir die Erinnerung wachhalten.

Am 17. Juni dieses Jahres haben wir in Wernigerode eine Veranstaltung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Zeitzeugen und der Landesbeauftragten durchgeführt. Wernigerode spielte damals eine sehr große Rolle. Der Historiker Prof. Breitenborn hat dazu ein Buch verfasst. Wir wollten auch gern die Schulen einbinden. Leider wurde dies abgelehnt, weil es ein Samstag war. Wir werden nicht aufgeben und das immer wieder einfordern. Es wäre wünschenswert, dies als Pflichtthema in die Lehrpläne aufzunehmen. Dies gehört nicht nur in den neuen, sondern auch in den alten Bundesländern auf die Tagesordnung. Ebenso wichtig ist der Austausch zwischen Ost und West. Viele Bürger aus den alten Bundesländern waren noch nie in den neuen Ländern und können sich das nicht vorstellen. Die Mauer bzw. die Grenzanlagen sind an einigen Stellen noch sichtbar. Zum Beispiel bei mir im Harz in Sorge oder Abbenrode. Schautafeln erinnern ebenso daran, wo einst die Grenze verlief.

Für die politisch Verfolgten und inhaftierten Opfer aus der DDR-Zeit gibt es keinen automatischen gesetzlichen Anspruch, ihre Anliegen zu regeln. Wir sind mit dem Einigungsvertrag der Bundesrepublik beigetreten und die Bundesrepublik ist nicht automatisch Rechts-

nachfolger der DDR. Sie als Betroffene müssen das alles hart erkämpfen und deshalb sind die Gründung des Frauenforums und die Begegnungen außerordentlich wichtig. Ich bin mir sicher, dass es viele Frauen gibt, die von ihren Erfahrungen berichten könnten, sich bisher aber nicht getraut haben, das Erlebte zu schildern. Einige glauben, sie sind ein Einzelfall und selbst schuld an ihrem Schicksal. Die persönliche Begegnung und die Aufarbeitung, so wie heute hier, sollte unbedingt verstetigt werden.

Um die Erinnerungskultur wachzuhalten, müssen Bund und Länder entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen. Ich möchte dies gern unterstützen und auch dazu beitragen. In dieser Wahlperiode des Bundestages haben wir schon fast Halbzeit und es gibt bisher noch keine Gesetzesinitiativen seitens der Bundesregierung, um den Opfern weiterzuhelfen. Das ist kein gutes Signal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der DDR.

Birgit Neumann-Becker: Im deutschen Richtergesetz ist vor einiger Zeit ein Passus eingeführt worden, dass sich alle Juristinnen und Juristen, die sich in der Ausbildung befinden, vor dem ersten oder zweiten Examen mit dem Thema Justiz in Diktaturen befassen haben müssen. Obligatorisch. Dazu habe ich mich hier in Sachsen-Anhalt mit unserer Justizministerin eingehend unterhalten. Dann haben wir uns tief in die Augen geguckt und haben gesagt, genau das machen wir, darum geht es ja. Wir müssen die nächste Generation Juristen quasi imprägnieren gegen diese Versuchungen und gegen diese Auflagen, die Diktaturen mit sich bringen, dass sie immer Justiz instrumentalisieren. Ich komme gerade heute von unserem vierten Ausbildungsgang, also ab dem Jahrgang 2023 werden alle ausgebildeten Juristinnen und Juristen in Sachsen-Anhalt solche Kurse durchlaufen haben. Meine Frage an dich, Evelyn, nach dieser Vorrede ist, siehst du solche Punkte auch in anderen Berufsgruppen? Mit der Perspektive auf berufsethische Ausbildungen oder auch auf berufsbegleitende Ausbildungen, siehst du hier Punkte, die dir wichtig sind?

Evelyn Zupke: Da sehe ich eine Menge Punkte, und noch ergänzend, es gibt auch die Fortbildung der Richterinnen und Richter. Die Fortbildungsakademie der Richter hat den Aspekt ‚Unrecht als Form der Repression‘ jetzt in ihr Programm aufgenommen. Das finde ich einen wichtigen Punkt.

Ich weiß auch, dass viele Länder und Landesbeauftragte Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer anbieten, auch die Stiftung Aufarbeitung.

Da komme ich zu dem Punkt: Alle mit Menschen befassten Berufsgruppen brauchen Schulungen! Da werde ich gerne ganz konkret und komme zu meiner täglichen Arbeit. Wenn ich von Menschen, auch von Ihnen hier im Saal Berichte höre, wie sie auf Gerichten, wie sie in Behörden, in Versorgungsämtern und dergleichen behandelt werden, teilweise gar nicht aus bösem Willen, sondern weil einfach so ein unfassbares Unwissen über die Zustände in der DDR und über die Formen der Repression herrscht. Viele Mitarbeiter der zuständigen Behörden sind nicht in der Lage, eine Akte richtig zu lesen. Sie bedenken nicht, dass sie eine Haft-Akte aus einer Diktatur vor sich haben. Da mussten die Menschen unterschreiben, über ihre Haftbedingungen sprechen sie nicht, und wenn sie vom Westen freigekauft wurden, gleich gar nicht. Also die Haft-Akte ist geglättet. Und dann haben wir Gutachter, Richter die sagen, wenn in der Haft-Akte nicht steht, sie waren traumatisiert, dann waren sie nicht traumatisiert. Das erlebe ich beinahe täglich.

Jugendhilfe-Akten sind eigentlich noch ein besseres Beispiel, weil das ja keine klassischen Haft-Akten waren. Über die Haft-Akten läuft die strafrechtliche Rehabilitierung meistens ganz gut, allerdings nicht, was die Anerkennung der Gesundheitsschäden betrifft. Aber Jugendhilfe-Akten, da finde ich es immer wieder erschütternd, dass sich das Wissen noch nicht durchgesetzt hat, wie man Jugendhilfe-Akten einer Diktatur lesen muss. Die Jugendhilfe war zum Teil eben auch ein Repressionsapparat in der DDR. Sie sollte Menschen disziplinieren, sie sollte Menschen Angst machen. Da wurden Menschen, Kinder und Jugendliche, ohne Gerichtsbeschluss eingesperrt. Und

das kann man den Akten nicht entnehmen und auch hier fehlt oft das Hintergrundwissen. Das führt genau zu deiner Frage.

Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass Menschen, die mit Betroffenen von SED-Unrecht umgehen, in ihrer Ausbildung oder im späteren Beruf Informationsmöglichkeiten und Schulungsangebote erhalten. Hier denke ich beispielsweise auch an ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen. Ich bin als SED-Opferbeauftragte beispielsweise mit großen Trägern von Sozialen Diensten, konkret mit Diakonie und Caritas, im Gespräch, um verschiedene Möglichkeiten auszuloten und ein Programm zu entwickeln.

Daneben bräuchte es auch bessere Beratungsmöglichkeiten in Westdeutschland. Auch dort muss es Anlaufstellen geben, die in der Lage sind, Auskunft zu geben und den Menschen weiterzuhelfen. Hierfür wird gerade ein Schulungskonzept entwickelt mit Modulen zur Sensibilisierung von Mitarbeitern, über juristisches Basiswissen oder um als Lotsenfunktion zu bestehenden Beratungsstellen und Unterstützungsangeboten dienen zu können. Alle Menschen, die mit Menschen zu tun haben, ob in Ost oder West, sollten wissen, dass es eine Diktatur gegeben hat. Eine SBZ- und DDR-Diktatur, in der Menschen gelitten haben und unter deren Folgen Menschen immer noch leiden. Viele von ihnen werden – Gott sei Dank – noch lange leben, nämlich die Generation der Heimkinder. Das ist eine große Gruppe, die immer noch nicht deutlich erfasst und im Geist der Gesellschaft noch nicht richtig angekommen ist. Gerade der politische Charakter der Jugendhilfe, wie sie als Repressionsarm der SED in diese Gruppe hineinwirkte, wird häufig nicht gesehen.

Birgit Neumann-Becker: Ich versuche, es nochmal zusammenzufassen. Wir beide sind Mitglied eines Fachbeirates in einem Forschungsprojekt für gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht. Dort ist eine Beratung, also eine Fortbildung für Menschen, die Beratungsarbeit machen, implementiert. Ein Gedanke dabei ist, zu gucken, wie kann man solche Fortbildung für Beraterinnen und Berater auch in Westdeutschland machen, und das möglichst zielgerichtet, sodass dort mit dem Thema umgegangen werden kann.

Denn es gab viele tausend Menschen, insgesamt zweieinhalb Millionen, die übersiedelt sind und die ihre Geschichte mitgenommen haben nach Westdeutschland.

Frau Helber, es ist der zweite Kongress, und es sind hier viele Frauen versammelt, die auf ganz unterschiedliche Weise sich entweder politisch engagiert haben und dann Repressionen erlitten haben oder politisiert Repressionen erlitten haben. Wie ist Ihre Erwartung an diesen Kongress? Was möchten Sie gerne? Welches Signal soll von hier ausgehen?

Konstanze Helber: Das Ziel ist, dass die Frauen, die hierhergekommen sind, und wirklich einige sind gekommen, die hätten sich das, glaube ich, nicht vorstellen können, dass sie hier sitzen. Und ich sage nochmals vielen, vielen Dank an Euch, die Ihr hier seid, die Ihr so mutig seid und bemerkenswert und redet und ins Reden kommen werdet. Unser Ziel ist, redet alle auf sensible Weise in einem geschützten Rahmen. Wir sind unter uns, und wir können uns verständigen, das ist unser Ziel!

Wir können uns vernetzen und wir können uns selbst stärken, dass wir nicht in eine Verbitterungsstörung fallen, sondern wirklich keine Angst mehr haben zu reden. Auf dass alle reden können, egal welcher Repression sie ausgesetzt waren. Sie werden gehört, hier gehört. Und vielleicht werden sie dann auch mutiger und erzählen es in der Öffentlichkeit, das ist ja unser aller Anliegen. Vielleicht werden sie sogar zur Zeitzeugin in Schulen oder Institutionen. Mir ist es so gegangen, ich habe 25 Jahre lang geschwiegen, und irgendwann war der Tag da, wo ich nicht mehr geschwiegen habe. Wo ich mich mit der Sache auseinandergesetzt habe, mit meiner Geschichte. Da habe ich natürlich gemerkt, ja die vielen Frauen, wo sind sie alle? Dann habe ich angefangen, wirklich buchstäblich zu suchen, und hab die Frauen gefunden und habe sie versucht zu treffen in einem schönen Rahmen. Und sie haben angefangen zu erzählen, und das hat sich dann so fortgesetzt. Viele sind wirklich erleichtert, darüber zu erzählen, und das ist auch gut. Sie haben keine Angst mehr vor der

Öffentlichkeit. Das ist unser Ziel, dass eben die Frauen, natürlich nur wenn sie möchten, ihre Geschichte weitergeben und gehört werden und sich auch nichts mehr gefallen lassen. So nach dem Motto: Was erzählst du denn da? Das kann man ja gar nicht glauben. Mir ist das so gegangen. Alle haben weggehört, und da habe ich gesagt, weghören gibt's nicht mehr, wegschauen schon gar nicht, und so hat sich das aufgebaut. Ich denke, wir haben uns alle so gefunden, und wir nehmen uns gegenseitig mit, und das ist was Gutes, sonst würden wir hier nicht den Kongress machen. Also ich finde wichtig, auch jetzt in den nächsten zwei Tagen: Sprecht untereinander miteinander übereinander. Fragt euch: Wie soll es weitergehen? Bringt eure Ideen mit in unser Forum rein. Der nächste Kongress kommt garantiert.

Einführung in den zweiten Kongresstag

Isabel Fannrich-Lautenschläger

Isabel Fannrich-Lautenschläger ist freiberufliche Journalistin. Sie berichtet über den Umgang mit Zeitgeschichte, insbesondere die DDR-Zeit, über Menschenrechte und deren Verletzung sowie über sozialwissenschaftliche Forschungen. Neben ihrer Arbeit für den Deutschlandfunk und im Bereich Wissenschaftskommunikation moderiert sie Veranstaltungen zum Umgang mit der DDR-Geschichte.

Ich war schon beim UOKG-Frauenkongress in Hoheneck dabei und bin seit vielen Jahren mit dem Thema befasst. Ich möchte gerne noch etwas zum Kongress-Motto anmerken: ‚Verronnene Zeit‘! Gestern bezog der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert dies auf die Zeit der politischen Verfolgung. Das fand ich interessant, weil ich vorher dachte, es geht eigentlich um die Zeit seit der Verfolgung, also die Zeit des Wartens auf Rehabilitierung und Entschädigung, die Zeit des sich Herumschlagens mit gesundheitlichen Folgeschäden. Ich denke jetzt, es ist beides.

Wie in Hoheneck vor zwei Jahren geht es auch auf diesem Kongress wieder darum, das Schweigen zu brechen und sich zu vernetzen. Dazu möchte ich kurz etwas erzählen: Vor einigen Wochen habe ich einen Betroffenen von Zwangsadoption interviewt, und das hat mich sehr berührt. Er war im Alter von drei Jahren in eine andere Familie gegeben worden und hat deshalb heute mit einer posttraumatischen Belastungsstörung zu kämpfen. Heute ist der Mann erst 50 Jahre alt. Das zeigt, wie wichtig und brennend dieses Thema immer noch ist. Es gibt Menschen, die noch viel Zeit vor sich haben, und deshalb möchte ich Sie alle ermutigen, nach den Vorträgen und Podiumsdiskussionen Fragen zu stellen und sich mit Kommentaren zu beteiligen – also das Schweigen zu brechen.

Roter Ochse

Strafvollzugs- und MfS-Untersuchungshaftanstalt



Niklas Poppe

Historiker und Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE

Wir beschäftigen uns in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) mit zwei verschiedenen Zeitabschnitten: Der Zeit von 1933 bis 1945 und später dann ab 1945 bis 1989 mit der Nutzung als NKWD-Gefängnis und Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit. Das Thema Frauenstrafvollzug ist bei uns sehr unterrepräsentiert. Das hat zwei Gründe:

- Einerseits, wenn sie auf diesem Luftbild den eigentlichen Haftkomplex erkennen, sehen Sie diese großen vier Hafthäuser. Die heutige Gedenkstätte ist direkt daneben, also links daneben, unten, etwas versetzt. Somit hatte die heutige Gedenkstätte als historischer Ort mit dem Frauenstrafvollzug nichts zu tun. Dieses Gebäude diente als Vernehmungsgebäude des Ministeriums für Staatssicherheit und hat der Form nach dadurch eine gewisse historische Trennung. Das ist der eine Grund.
- Der zweite Grund ist sicherlich auf die Historie selbst zurückzuführen, wie Gedenkstätten in den 90er Jahren entstanden und konzipiert worden sind.



Nichtsdestotrotz ist es uns ein Wunsch, das Thema Frauenstrafvollzug in naher Zukunft besser zu beleuchten, auch aufgrund der Tatsache, dass der Rote Ochse als Haftort für Frauen in der DDR eine große Bedeutung hatte, allein was die Anzahl der Inhaftierten angeht. Insofern ist das eine Aufgabe, die wir uns selbst stellen, in Zukunft dort besser Auskunft geben zu können. Das, was wir bisher haben, kann ich Ihnen heute präsentieren. Ich hoffe, einige Auskünfte geben zu können einerseits über die Inhaftierten, also die Belegung, Anzahl, den Punkt Zwangsarbeit in der Strafvollzugseinrichtung, andererseits aber auch die Zusammensetzung der verschiedenen Gruppen. Da sind wir allerdings noch am Anfang.

Bei dem Thema Roter Ochse als Frauenstrafvollzugsanstalt ist die Gebäudestruktur imminently wichtig. Es ist eine Zweiteilung vorhanden gewesen von 1954 bis 1989/90, und ich werde kurz erläutern müssen, wie das mit dem Frauenstrafvollzug baulich funktionierte. Zudem möchte ich einen kleinen Input geben zu den bisherigen Erkenntnissen, die Zahl der Inhaftierten und ihre Zusammensetzung betreffend. Das gilt jetzt erstmal nur für die 50er Jahre. Wir gehen da chronologisch vor, das heißt, die Karteien aus den 50er Jahren bis

in die 80er Jahre hinein müssen erschlossen werden. Das sind viele tausend Karteikarten, die systematisch erschlossen werden müssen. Wir haben uns vor einigen Jahren dazu entschieden, vorrangig die aufgrund politischer Strafrechtsparagrafen Inhaftierten namentlich zu ermitteln mit allerlei Daten, die wir aus diesen Karteien gewinnen können, und sie in einer Datenbank zu erfassen. Das bedeutet automatisch, dass andere Betroffene zunächst nicht berücksichtigt werden, weil wir uns nur schrittweise vorarbeiten können.

Das Thema Zwangsarbeit wird hier auch nur angeschnitten. Ich kann bereits so viel sagen: Das „Arbeitserziehungs-Kommando“ Halle, wie es zuletzt hieß, hatte eine große Bedeutung für den Bezirk, was den Arbeitseinsatz anbelangt. Das wird an verschiedenen Stellen deutlich. Ich stelle einfach prominente Betriebe vor beziehungsweise zahlenmäßig besonders wichtige.

Dann zu guter Letzt noch ein Punkt zum Ministerium für Staatssicherheit und dessen Untersuchungshaftanstalt, die sich auf dem Gelände befand, im Kontext von der Inhaftierung von Frauen. Das wird morgen nochmal explizit Thema werden, wenn einige von Ihnen zu uns in die Gedenkstätte kommen werden. Ich berichte Ihnen hier also zunächst über den Roten Ochsen als Einrichtung des Frauenstrafvollzugs in Halle und gebe zum Abschluss einen kleinen Einblick in das Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit.

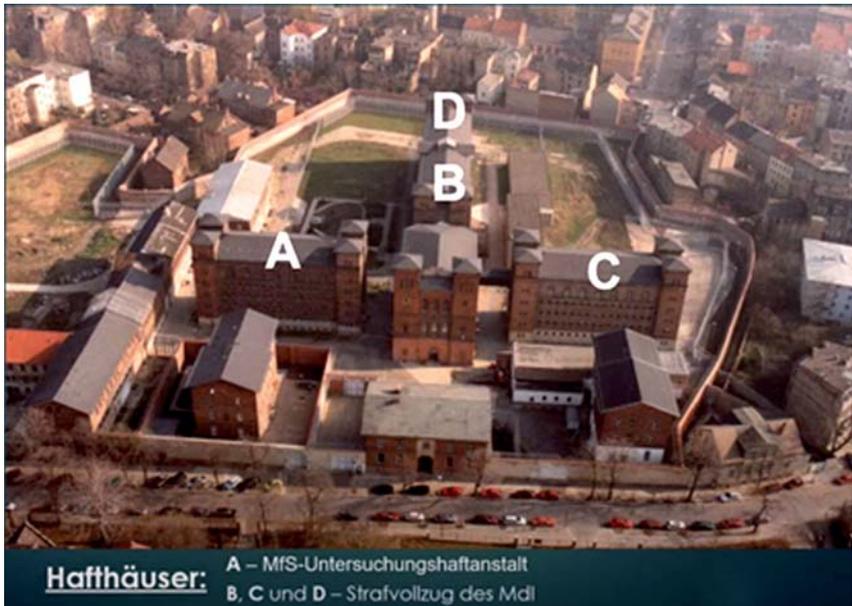
Baugeschichte der Haftanstalt

Die Geschichte der Haftanstalt Roter Ochse ist bedeutend länger als die der SBZ und DDR: Die Gebäude wurden im 19. Jahrhundert konzipiert, im Jahr 1842 eröffnet. Wie viele andere Gefängnisse zu dieser Zeit auch nach einem spezifischen Modell: Einzelhaft für jeden, keinen Kontakt zu niemandem, selbst während der Zwangsarbeit, selbst während des Kirchgangs, der einmal in der Woche, am Sonntag, stattfinden musste. Ich betone, das war das Konzept im Staat Preußen: Keinen Kontakt zu niemandem.

Die bauliche Struktur ist heute noch die gleiche, muss man dazu sagen. Das ist auch ein bisschen das Problem für die Haftanstalt, die heute nach wie vor auf dem Gelände existiert: Die Unterbringung von Inhaftierten, allein was die Mindestgröße, die Anzahl der Quadratmeter pro Zelle anbelangt, ist nicht mehr zeitgemäß und entspricht nicht modernen Standards. Für uns als Gedenkort ist vor allem die Zeit ab 1933 wichtig, da wir das Thema politische Justiz in den Vordergrund stellen. Ab 1933 sind logischerweise vor allem Menschen mit politischem Hintergrund, die in Gegnerschaft zu den Nazis waren, inhaftiert worden.

Den spannenden Übergang zum russischen Besatzungsregime lasse ich hier weg, um sofort auf das zu sprechen zu kommen, was Sie in erster Linie interessiert: Die Staatssicherheit hat das Gelände 1950 bereits teilweise und 1952 dann komplett übernommen und hat erstmal versucht, diesen großen Haftkomplex mit vier Haftgebäuden in Gänze zu nutzen. Das ist nicht gelungen, beziehungsweise waren die Gebäude an sich zu groß. Die Belegungsanzahl gab das nicht her, und so ist das Ministerium des Inneren auf das Gelände gekommen und hat den Großteil des Komplexes übernommen, nämlich drei der vier Haftgebäude, und das auch bis zum Ende mit einer recht hohen Belegungsanzahl. Wir als Gedenkstätte existieren seit 1996, und die Dauerausstellung bei uns ist schon seit 2006 zu sehen, wirkt aber noch recht aktuell, würde ich meinen. Sie können sich davon morgen selbst überzeugen.

In der Luftaufnahme von oben ist die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, angesiedelt im Gebäude A, zu sehen. Daneben befand sich der Frauenstrafvollzug ab 1954, für den das Ministerium des Inneren zuständig war, in den Gebäuden D, B und C. Untersuchungshaftanstalt des MfS und Frauenstrafvollzug des Mdl waren also räumlich getrennt. Das Hauptgebäude befand sich in der Mitte, der Bereich des MfS war strikt getrennt vom Mdl-Bereich. Kontakt zwischen den Inhaftierten wurde, wenn möglich, verhindert. Dafür sorgte eine Mauer, die vom Hauptgebäude abging und das Gelände in einen Bereich des Ministeriums für



Staatsicherheit einerseits und einen Bereich des „gewöhnlichen“ Frauenstrafvollzugs andererseits unterteilte.

Wir haben leider wenig Bilder aus dem Strafvollzug. Wir müssen uns prinzipiell auf viele Akten der Abteilung XIV des Ministeriums für Staatssicherheit stützen. Das bedeutet, unsere Quellen wurden von den Tätern erstellt, nicht von den Opfern, die dazu keine Möglichkeit hatten. Das Ministerium für Staatssicherheit wiederum fertigte die Fotos an, um die Verhältnisse im zum Mdl-Bereich zugehörigen Strafvollzug zu kontrollieren und zu dokumentieren. Es ging bei dieser Dokumentation nicht darum, menschenwürdige Bedingungen für die Inhaftierten sicherzustellen, sondern das Ministerium für Staatssicherheit wollte seine Machtposition als oberstes Kontrollorgan sichern. Das MfS wollte in Erfahrung bringen, was drüben in der Haftanstalt passiert, wie die Belegungsanzahl ist und dergleichen, und diese Bilder und Aktenbestände sind Grundlage für das Wenige, was wir bisher haben.



Aufbau SIVE Halle (Planungen für das Jahr 1967):

Verwahrhaus 1: ca. 70 U-Häftlinge und 140 Strafgefängene im Kellergeschoss, 260 Strafgefängene in weiteren Etagen

Verwahrhaus 2: 260 Strafgefängene

Funktionsräume: zwei Speisesäle, zwei Schulungsräume, zwei Kulturräume, Bäckerei

Produktionsräume auf 1160m² für max. 225 Arbeiterinnen im Schichtsystem

„Bildungsangebot“: Einführung von Zirkelarbeit wie Zuschneiden, Säuglingspflege, Kosmetik

Arrestzellen waren auch vorhanden im Keller des Hauses 1 vor allem. 1967 wurde eine große Umbaumaßnahme geplant. Sie sehen hier auf dem Bild die Gesamtanzahl von etwa 400 Häftlingen im Haus 1. Auch hier sind schon Untersuchungshäftlinge mitgedacht.

Dieser Umstand berührte immer wieder den Frauenstrafvollzug, die Strafvollzugseinrichtung in Halle: Der Untersuchungshaftvollzug der Volkspolizei in Halle war konsequent überlastet, ständig überbelegt. Es gab teilweise 140- oder 150-prozentige Auslastung, weil das Gefängnis in der kleinen Steinstraße Ecke Hansering baulich nicht dafür geeignet war, eine größere Anzahl Untersuchungshäftlinge einzusperren. Auch dieses Gebäude war 1842 in ähnlicher Struktur erbaut worden wie der Rote Ochse, und dementsprechend gab es bis zuletzt die Problematik: Wohin mit den Untersuchungshäftlingen der Volkspolizei?

Man hat immer wieder versucht, den Roten Ochsen einzubinden. Teilweise wurden genau in dieser Phase um 1967 Überlegungen angestellt, das Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit zu nutzen als alleinige Untersuchungshaftanstalt der Volkspolizei und, weil das immer noch nicht genügte, zusätzlich noch einen Teil des Gebäudekomplexes des Ministeriums des Inneren. Die Staatssicherheit sollte dafür ausgesiedelt werden nach Halle Neustadt,

wo die neue Bezirkszentrale des MfS gebaut worden ist und sich jetzt in der Blücherstraße das Stasi-Unterlagenarchiv befindet. Im Kontext dieses Neubaus und Umzugs wollte man im Roten Ochsen den Untersuchungshaftbereich der Volkspolizei erweitern.

Allerdings variierten die Belegungszahlen von weiblichen Häftlingen über die Jahrzehnte. Hier, 1967, sind die Produktionsräume relativ groß mit 225 Arbeiterinnen im Schichtsystem ausgewiesen, das wird in den 80er Jahren noch deutlich mehr werden. In den 80er Jahren waren es im Haftkomplex etwa 1.500 Häftlinge, die innerhalb des Roten Ochsen für das Arbeitserziehungskommando Halle Zwangsarbeit leisten mussten. Die Mehrheit der weiblichen Häftlinge war im Haftvollzug untergebracht und arbeitete auch dort, Außeneinsätze waren selten.

Was die Entwicklung der Belegungszahl angeht, so sind die Zahlen für die 50er Jahre bisher nicht erschlossen worden. Wir haben da nur Zahlenangaben für einen bestimmten Stichtag, demnach waren zwischen 1.000 und 1.400 Inhaftierte pro Jahr im Frauenstrafvollzug. Insgesamt stieg die Zahl der Inhaftierten bis in die 70er Jahre rapide, auch wenn es immer mal wieder aufgrund von Amnestien zu Entlassungen kam oder der Strafvollzug sich nicht wie geplant mit Zwangsarbeit in den Betrieben durchführen ließ. Es gab Probleme, die Zahl von Häftlingen, die man für den Roten Ochsen als Maximalbelegung eigentlich ausgemacht hatte, in Halle beziehungsweise im Bezirk unterzubringen und dort arbeiten zu lassen. Das wurde immer wieder zum Problem, denn die Inhaftierten mussten aus der Perspektive des Haftregimes Arbeit leisten, Zwangsarbeit leisten, und das war aufgrund der Kapazität der Betriebe teilweise nicht möglich.

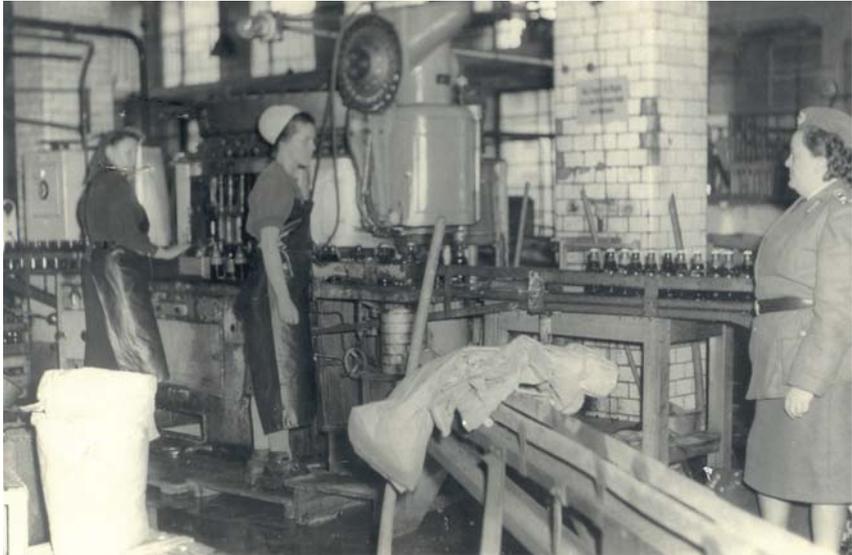
Allein die Auslastung betreffend waren die Umstände 1961 mit etwas unter 400 Inhaftierten recht komfortabel, eine Strafvollzugsbeamtin oder ein Strafvollzugsbeamter kam auf zwei Inhaftierte. Schon 1962 jedoch war das Verhältnis eins zu sechs, entsprechend wurden auch die Haftumstände schlechter. 1967 wurden dann die

für das Gefängnis wichtigen Umbaumaßnahmen begonnen, im Zuge dieser Umbaumaßnahmen konnte man den Roten Ochsen als Frauenstrafvollzugsanstalt in den 70er Jahren mit einer viel höheren Belegung ausstatten. Es wurden von da ab viel mehr Frauen inhaftiert, 1.500 allein im Arbeitserziehungskommando. Das schaffte man, indem man vor allem Funktionsräume aufbrach, also beispielsweise Kleiderkammern umformte zu Hafträumen, um dort möglichst viele Inhaftierte unterzubringen.

Mitte der 70er Jahre war die Auslastung noch bei etwa 75 Prozent. Die große Amnestie 1972 kurz nach dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker an der Spitze der SED brachte zunächst mal eine deutliche Entlastung: Es war nur noch eine sehr geringe Anzahl von Häftlingen im Roten Ochsen. Aber das dauerte nicht lange an, innerhalb von drei Monaten war tatsächlich wieder eine fast komplette Auslastung erreicht. Und diese Zahlen stiegen bis in die 80er Jahre. Insgesamt kann man sagen, dass der Rote Ochse nach Hoheneck zu den größten Frauenhaftanstalten der DDR gehörte. Ungefähr ein Drittel der Häftlinge waren politische Häftlinge, wobei wir auch Graubereiche wie den Paragrafen 249 zu erfassen versuchen. Typische Haftgründe im Kalten Krieg waren Spionage und verbotene Westkontakte, aber auch Flucht und Passvergehen waren bereits in den 50er Jahren dabei.

Zum Thema Zwangsarbeit, von der im gesamten Bezirk Halle durch dort ansässige Strafvollzugseinrichtungen (z.B. auch JH Halle, Raßnitz, Naumburg, Thale, Dessau, Bitterfeld, Volkstedt u.a.) bis zu 49 Betriebe gleichzeitig profitierten, werde ich einige Beispiele anführen. Die Frauenstrafvollzugseinrichtung in Halle hatte im Bezirk dabei mit Abstand die meisten Vertragspartner und damit Betriebe, in denen Inhaftierten arbeiten mussten.“

- Im Brauhaus Halle wurde das Meisterbräu-Bier ab den 60er Jahren, vielleicht auch schon früher, mithilfe von Gefangenen gebraut und abgefüllt. Vor allem zum Abfüllen und auch Säubern der Flaschen wurden die Inhaftierten eingesetzt und mussten immer als



Abfüllung im Brauhaus, Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE.

Außenkommando arbeiten. Das Brauhaus war ein relativ kleiner, aber prominenter Betrieb und zudem einer der ältesten Betriebe, die Zwangsarbeit nutzten.

- Nicht ganz so prominent, aber vielleicht auch bekannt ist der Seifenhersteller Patina. Von Anfang der 60er Jahre bis mindestens 1985 waren Häftlinge bei der Verpackung von Seifen für den Export in den Westen eingesetzt. Konstant waren zwanzig bis vierzig inhaftierte Frauen im Einsatz, sie verpackten die Seifen in den Arbeitsräumen unter dem Dach der Haftanstalt. Diese Räume gibt es bis heute, sie werden aktuell nicht genutzt. Der Arbeitseinsatz für den Westexport hatte immerhin so große Bedeutung, dass Patina darauf hinwies, die „Kündigung der Vereinbarungen würde volkswirtschaftlichen Schaden verursachen“.
- Letztlich war der größte Betrieb, der relativ spät einstieg, die VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“ Weißenfels mit mindestens 600 Frauen aus dem Strafvollzug in Halle. Sie arbeiteten von Mitte der 70er Jahre bis mindestens 1985 hinter den Mauern des



Produktionshalle mit Näherinnen, Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE.

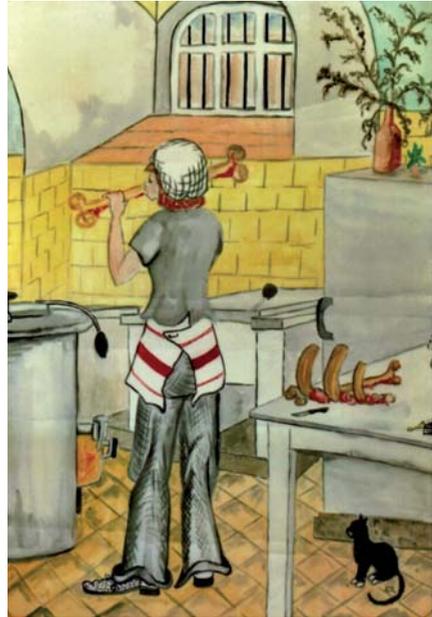
Roten Ochsen, in den Arbeitsräumlichkeiten. Ursprünglich waren die Arbeitsräume konzipiert für 250 Arbeiterinnen, zur Schuhproduktion waren dort nun 600 Frauen beschäftigt im Schichtsystem. Aufgrund dieser Belegungsstärke wurde nun auch der Arbeitsbereich des Roten Ochsen unter den Dächern der Verwahrhäuser „VEB Schuhkombinat Banner des Friedens, Werk Halle“ genannt. Das Ministerium des Inneren bezeichnete in seiner internen Bewertung die Herstellung von Schuhschäften als die anstrengendste, komplizierteste Arbeit. Der einzige Bildausschnitt, den wir dazu haben, zeigt den Arbeitsbereich mit Propagandaflagge und mit Frauen, die dort Zwangsarbeit leisten mussten.

Zum Schluss noch ein paar Informationen zur Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit auf dem Gelände des Roten Ochsen. Auch dieser Haftkomplex gehörte zu den größeren Untersuchungshaftanstalten der Staatssicherheit in der DDR mit etwa 9.700 Personen, die dort bis 1989 inhaftiert waren. Davon waren 1.600 Frauen, die zum Großteil nach der Untersuchungshaft zur regulären Haft nach Hoheneck kamen. Erst ab den 70er Jahren haben

wir genaue Zahlen, ab diesem Zeitpunkt war es etwa ein Drittel der weiblichen Strafgefangenen, die vom Roten Ochsen aus nach Hoheneck kamen.

Einige wenige Häftlinge aus dem Bereich des Strafvollzuges Halle mussten im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit arbeiten. Das Bild ist die nach der Haft angefertigte Zeichnung einer Inhaftierten. Sie musste als Teil des Strafgefangenen-Arbeitskommandos in der Küche arbeiten, zudem auch in der Wäscherei. Aus den Todeszellen der Nazis hatte die Staatssicherheit eine Küche gemacht und aus der ehemaligen Hinrichtungsstätte der Nazis eine Wäscherei. Dort sollten die inhaftierten Frauen arbeiten.

Insgesamt ist zu betonen, dass gerade gegen Ende der 80er Jahre die meisten Frauen, die bei der Staatssicherheit im Roten Ochsen inhaftiert waren, wegen Republikflucht ins Gefängnis gekommen waren.



Zeichnung einer ehemaligen Gefangenen: Küchenarbeit. Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE.

Hohenleuben

Frauen- und Jugendgefängnis 1934-1989

Stefanie Falkenberg
Thüringer Archiv
für Zeitgeschichte
„Matthias Domaschk“,
DENKOrte Thüringen



Ich möchte Ihnen heute einen kurzen historischen Einblick in die Geschichte des Haftortes Hohenleuben geben. Mein Vortrag hat Werkstattcharakter, ist also ein momentaner Stand der Auswertung der bisher eingesehenen Quellen.

Quellenlage und Forschungsstand

Bislang waren nur wenige Fakten zum Haftort Hohenleuben im behandelten Zeitraum bekannt. Die Quellenlage würde ich als sehr gut bezeichnen. Zum Haftort Hohenleuben liegen Dokumente im Bundesarchiv, im Stasi-Unterlagen-Archiv, in den Thüringer Staatsarchiven Rudolstadt und Greiz, im Landeskirchenarchiv Eisenach und im Archiv der JVA Hohenleuben, die ich für diesen Vortrag analysiert habe. Zudem konnte ich mit Zeitzeuginnen sprechen und mit ehemaligen Bediensteten. Die eingesehenen Dokumente bringen neue Fakten und stützen die Aussagen der Zeitzeuginnen.

Geschichte des Haftortes

Der Ort Hohenleuben liegt im Osten Thüringens, im Landkreis Greiz, und ist seit Jahrhunderten aufs Engste verbunden mit der gleich-

namigen Gefängnis-Anstalt. Quellen belegen erste Gefängniszellen im Hohenleubener Schloss bereits im 18. Jahrhundert, als hier der Sitz des Amtsgerichts war.

Der Status der Anstalt wechselte im von mir untersuchten Zeitraum von 1934-1989 insgesamt elfmal, weswegen ich ganze Jahrzehnte zum Haftort heute nur fragmentarisch skizzieren kann und zeitliche und thematische Schwerpunkte gewählt habe.

1936 »Frauenanstalt des Landes Thüringen für weibliche Gefängnis- und Zuchthausgefangene«

Am 15. Mai 1936 wurde in einem neben dem Amtshaus errichteten Zellengebäude die »Frauenanstalt des Landes Thüringen für weibliche Gefängnis- und Zuchthausgefangene« in Betrieb genommen. Die Belegungskapazität lag bei 120 Personen.

1937 »Frauenjugendgefängnis«

Nur ein Jahr später wurde die Anstalt zum „Frauenjugendgefängnis“ umgewandelt und nahm Minderjährige bis zu 21 Jahren auf. Die Belegungskapazität lag jetzt bei 90 Personen.



Haftzelle in Hohenleuben. Foto von 1990, Quelle: Bundesarchiv

Ab 1942 stieg die Belegung rasant an und 240 Jugendliche mussten in großen umgebauten Arbeitssälen untergebracht werden. Die Zustände waren katastrophal. 30 bis 50 „Jugendliche wurden in Arbeitssälen zusammengestopft, eine auf dem Anstaltsgelände aufgestellte Baracke wurde für die Tagesarbeit benutzt“, berichtete die nach Kriegsende eingesetzte neue Leiterin der Anstalt in einer schriftlichen Stellungnahme 1947.

In der Nacht vom 15. auf den 16. April 1945 besetzten amerikanische Soldaten die kleine Stadt. Alle im Gefängnis Inhaftierten wurden ohne Ausnahme freigelassen. Im Sommer 1945 erfolgte in Thüringen der Besatzungswechsel und die Sowjetische Militäradministration nahm ihre Verwaltungstätigkeit auf.

In Hohenleuben wurde das Personal im Rahmen der „Entnazifizierung“ durch die sogenannten „Reinigungsausschüsse“ fast bis auf null dezimiert.

1946 »Frauenstrafanstalt des Landes Thüringen«

Wie überall im zerstörten Deutschland mangelte es in den Nachkriegsjahren auch in der »Frauenstrafanstalt des Landes Thüringen« an allem. Das Gefängnis hatte nach 1945 mit eklatanten Hygiene- und Versorgungsproblemen zu kämpfen, die in der „Winterkrise“ 1946 gipfelten, als ungewöhnlich kaltes Wetter und ein Engpass in der Kohleförderung zusammentrafen.

Die allgemeine Notlage spiegelte sich auch in den Zahlen der Kriminalitätsentwicklung wider. So nahmen Diebstahl, Hehlerei, Schwarzhandel und Betrug den größten Anteil der Delikte ein. Die Frauen waren für Hilfsarbeiten für die Bevölkerung in Hohenleuben und teils für schwere körperliche Aufgaben eingeteilt, mussten Holz schlagen im Wald und Kriegstrümmer beseitigen. Zudem führten die Strafgefangenen Aufträge für Handarbeiten für die Bevölkerung aus, stopften und nähten Puppen, nagelten Holzschuhe. Sie knüpften und zupften Papierfäden aus oder waren tätig in der Küche, Waschküche oder im anstaltseigenen Garten.

Die Freizeitgestaltung der Frauen belief sich auf sonntägliches Rundfunkhören, Singen und Bücherlesen in Bibliotheksbüchern.

1954 »Jugendhaus für weibliche Jugendliche«

Im Sommer 1954 wurde die Anstalt ein „Jugendhaus“. Für die nächsten zehn Jahre wurden in Hohenleuben ausschließlich zu Freiheitsstrafen verurteilte Jugendliche eingewiesen. Der Großteil von ihnen besuchte gerade einmal die 6. und 7. Klasse, „auch gibt es Jugendliche aus der 5. Klasse und aus der Hilfsschule“, hieß es in einem Jahresbericht zur Analyse des Schuljahres.

Tagesablauf

Die Jugendlichen waren nach Kategorien in Erziehungsgruppen eingeteilt. 1963 waren es drei Erziehungsgruppen sowie zusätzlich eine „Zugangsgruppe“, vermutlich im „Zugangsarrest“.

Der Tagesablauf im Jugendhaus war stark reglementiert und straff durchorganisiert. Morgenappell, Unterricht, Arbeit, Gruppenstunden, Hausarbeiten und Zirkeltätigkeiten ließen den Mädchen kaum freie Zeit. Ein Tagesablauf aus dem Jahr 1963 zeigt knapp 20 minutiös geplante Ereignisse. „Unorganisierte“ Freizeit kam nicht vor. Zudem war der Haftalltag der Jugendlichen geprägt von Kontrolle und Schikanen und deutlich erkennbar an militärische Rituale angelehnt. Die Kinder und Jugendlichen erhielten Befehle in einer einheitlichen Kommandosprache und mussten zu täglichen Morgen- und Mittagsappellen antreten.

Unterricht

Unterrichtet wurden die Jugendlichen seit 1955 in der anstaltseigenen Berufsschule an zwei Wochentagen. Die Lernbedingungen waren äußerst schlecht. Im Jahresbericht zur Analyse für das Schuljahr 1963 wurde im achten Jahr in Folge der Zustand der Schule beanstandet. Gemeint sind 118 Unterrichtsstunden, die bei Raumtemperaturen zwischen 10 und 14 Grad gehalten wurden.



Berufsausbildung im alten Schloss. Quelle: JVA Hohenleuben.

Arbeitseinsatz

An vier Wochentagen einschließlich sonnabends waren die Jugendlichen zum Arbeitseinsatz verpflichtet. Seit 1954 nähten sie an alten Nähmaschinen aus Resten Kinderkleider und Kleider für Erwachsene für das Volkseigene Bekleidungswerk in Pausa oder arbeiteten für den VEB Zeulenrodaer Seifenfabrik. 1955 und 1956 kamen weitere „Arbeitseinsatzbetriebe“ hinzu. Für den VEB Gummistrickwerke Zeulenroda fertigten die Jugendlichen Artikel für Polikliniken und Krankenhäuser. 1956 erhielt das Jugendhaus einen Großauftrag: Aus 24.000 Metern Stoff mussten die Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten Bezüge für 6.000 Luftmatratzen für das 2. Deutsche Turn- und Sportfest fertigen.

1963 arbeiteten die jugendlichen Strafgefangenen 45 Stunden pro Woche. Bei Arbeitsverweigerung oder sonstigem „aufmüpfigen Verhalten“ drohte strenger Arrest. In einem Quartalsbericht aus dem Jahr 1957 hieß es: „12 Tage strenger Arrest für Jugendliche, wegen

Beleidigung der Anstaltsleitung und der Erzieher“ oder „12 Tage strenger Arrest für Jugendliche, die aus Gefühl des Trotzes und der Auflehnung heraus die Arbeit verweigerte.“

1965 »Arbeitserziehungskommando«

1962 begann in Hohenleuben die Umprofilierung zum Arbeitserziehungskommando. Bis 1970 waren jetzt wieder ausschließlich erwachsene Frauen im „allgemeinen Vollzug“ untergebracht. Die Frauen, die jetzt nach Hohenleuben kamen, wurden zumeist wegen „Verstößen gegen die sozialistische Arbeitsmoral“ und ab 1968 wegen „Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch Asoziales Verhalten“ mit „Arbeitserziehung“ (AE) bestraft.

Die häufigsten Straftaten neben Diebstahl und Passvergehen nannten sich jetzt „Landstreicherei“, „Arbeitsbummelei“ (AB), „Arbeitserziehung“ (AE) und die „Verbreitung von Geschlechtskrankheiten“ (GEKRA). Die Insassen in Hohenleuben hießen von nun „Arbeits-scheue Elemente“ (AE) und «Arbeitspflichtige» (AP).

Arbeitseinsatz

Mit Einführung des „Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetzes“ (SVWG) im Januar 1968 waren alle arbeitsfähigen Strafgefangenen zur „Arbeitsleistung verpflichtet“. In Hohenleuben mussten sie in der Produktion des VEB Keramische Werke Hermsdorf (KWH) arbeiten. Die Werkstätten befanden sich auf dem Gefängnisgelände im Alten Schloss. Gearbeitet wurde im Schichtbetrieb. Die Frauen mussten Röhrchenkondensatoren und Zündwiderstände fertigen und kleine Teile für die Rundfunkindustrie löten. Im März 1964 lag die Normerfüllung bei 45.000 Einzelteilen. Im Juni desselben Jahres schon bei 172.000 Einzelteilen.

Von ihrem Lohn blieb den Arbeitspflichtigen kaum etwas. Sie hatten monatliche Verpflichtungen zu leisten, wie Mieten und Zahlungen für Strom, oder mussten für Unterhalts- oder Heimkosten ihrer Kinder aufkommen.

Strafgefangenenkartei – Haftbedingungen im Spiegel der Akten

An dieser Stelle möchte ich einen Exkurs über eine besondere Archivquelle einfügen, die ich im Staatsarchiv in Rudolstadt einsehen konnte. Die sogenannte „Strafgefangenenkartei“ des Ministeriums des Innern (MDI) dokumentiert in neun Filmen, auf 27.000 Blatt die Haftzeit einer jeden Frau und Jugendlichen, die zwischen 1961 und 1968 in Hohenleuben inhaftiert war.

Die Aufzeichnungen in den Gefangenenunterlagen gewähren tiefe Einblicke in die Arbeit des Organs Strafvollzug. Sie zeugen von Suiziden und Suizidversuchen, von Zwangsernährung, dem Vollzug von Arbeitserziehung trotz schwerer Erkrankungen oder der Ausübung sexueller Gewalt gegen Frauen mittels medizinisch unbegründeter gynäkologischer Zwangsuntersuchungen.

Ein Facharzt für Psychiatrie beschrieb nahezu menschenverachtend seine Patientin als: „asoziale, triebhaft hemmungslose, haltlose, zum Alkohol neigende Psychopathin“, die eine „auffällige Gleichgültigkeit gegenüber ihrem sozialen und beruflichen Versagen“ an den Tag lege.

Zwei Beispiele aus den Akten

Generell wurde den Arbeitspflichtigen bei Erkrankung Täuschung unterstellt, um sich dem Arbeitseinsatz zu entziehen.

Der Aufnahmebogen einer 19-jährigen Jugendlichen zeigt, dass sie im Juni 1965 wegen „Arbeitsbummelei“ zu 1 Jahr und 6 Monaten Arbeitserziehung verurteilt wurde. Auf der rechten Seite des Bogens sind die Verlegungen der jungen Frau seit Antritt ihrer Strafe zu sehen. Diesen Aufzeichnungen zufolge war sie innerhalb der ersten 6 Monate drei Mal in das Haftkrankenhaus in Meusdorf bei Leipzig verlegt worden. Im „Aufnahmeuntersuchungsbefund“ ist vermerkt, dass die Arbeitspflichtige unter schwerer Gastritis und seit ihrer Kindheit an einem Herzfehler litt.

Sie wog bei der Aufnahme 51 Kilogramm, am Tage ihres Haftaustrittes nur noch 42 Kilogramm, das kann man auf dem „Entlassungsbefund“ sehen. Als sie wiederholt wegen einer Gallenkolik ins Haftkrankenhaus eingewiesen wurde, unterstellte ein Arzt der apathischen Patientin, ihre Brechanfälle und die Gewichtsabnahme seien psychischer Natur. Daraufhin wurde ihr die Bettruhe strikt untersagt und mit zwangsweiser Fütterung gedroht. Ihr wurden Sedativa verabreicht. Und sie wurde wiederholt in den Arbeitsprozess eingegliedert.

Zusätzlich belastend für strafgefangene Mütter waren der Kindesentzug und der Umstand, dass sie ihre Kinder nicht sehen durften. Die Gefangenenkartei des MdI belegt Zwangseinweisungen betroffener Kinder in Kinderheime, Jugendwerkhöfe oder Heilanstalten, wenn Großeltern die Pflege der Kinder nicht übernehmen konnten oder durften. Geschwisterkinder wurden bewusst getrennt, indem man sie in verschiedenen Heimen unterbrachte. Zahlungskarten in der Kartei vermerkten monatliche Zahlungen an das Heim, in welchem das Kind der Strafgefangenen untergebracht war. Diese Kinder bilden noch einmal eine eigene Opfergruppe.



Einweisung einer neuen Jugendlichen durch den Erzieherrat. Quelle: JVA Hohenleuben.

Auch schwangere Frauen wurden zu Arbeitserziehung in Hohenleuben verurteilt. Fiel die Geburt in die Haftzeit, wurden sie im zuständigen Haftkrankenhaus entbunden. Die Säuglinge wurden nach kurzer Zeit abgestillt und nach Ablauf des sechswöchigen Mutterschutzes in Säuglingsheime verlegt.

1977 »Jugendhaus Hohenleuben«

Unter dem 1977 erlassenen Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz wurde Hohenleuben wieder „Jugendhaus“. Jetzt war die Strafzeit nicht mehr variabel je nach Stand des erreichten Erziehungserfolges festgelegt, sondern wurde nach dem vom Gericht verhängten Strafmaß vollzogen. Vorzeitige Entlassungen waren möglich, wenn die Einschätzungen vom Jugendhaus und vom Gericht übereinstimmten.

1970 wurden in Hohenleuben Erzieherräte eingerichtet. Sie bestanden aus Erzieher, Lehrmeister und Klassenlehrer der jeweiligen Erziehungsgruppe und wurden im Vollzugsdienst zur verstärkten Umsetzung der Erziehungsarbeit eingesetzt.

Neubaukomplex: Verwahrhaus und Produktionsgebäude

Das alte Zellenhaus in Hohenleuben war langanhaltend überbelegt. Auch die Produktion sowie die Lehrausbildung fanden noch



„Gefangenengeld“, Wertgutschein.

Quelle: Kerstin Seifert.

immer in den auffälligen Räumen im Alten Schloss statt. Daher wurden 1982 ein neues Verwahrhaus und ein modernes Produktionsgebäude errichtet. Auf fünf Etagen mit je 120 Strafgefangenen pro Etage betrug die neue Verwehrrkapazität 600 Strafgefangene. 16 Frauen in einer Zelle mit 8 Doppelstockbetten, 1 Nasszelle, 4 Toiletten, 4 Waschbecken, Spind für persönliche Dinge. Laut Zeit-

zeugenaussagen gab es auch Acht-Personen-Zellen mit je 4 Doppelstockbetten.

Aufgrund fehlender Auslastung sollten 1983 zu den 200 Jugendlichen weitere 400 erwachsene weibliche Strafgefangene nach Hohenleuben verlegt werden. Männliche erwachsene Strafgefangene, im Schnitt 20-34 Personen, waren in Hohenleuben ab den frühen 1980er Jahren in den Akten vermerkt. Sie mussten Bauarbeiten ausführen oder arbeiteten als Hausarbeiter, getrennt von den Frauen, im „Alten Verwahrhaus“. Die Bezeichnung „Jugendhaus“ blieb bis 1989/90 erhalten.

Berufsausbildung und Arbeitseinsatz der Jugendlichen Strafgefangenen

Die Berufsausbildung der Jugendlichen wurde ab 1984 in der 5. Etage im neuen Produktionsgebäude eingerichtet. Die Ausbildung zur Näherin erfolgte im Normalschichtbetrieb für den VEB Bekleidungswerke herdas. Zusätzlich arbeiteten Jugendliche im „Außenarbeits-einsatz“ (AAE) im 20 Kilometer entfernten Pausa für den AEB VEB Wäscheunion Elsterberg. Hier mussten sie den Versand der Taschentücher vorbereiten, die zuvor von den erwachsenen Strafgefangenen in Hohenleuben produziert worden waren.

Arbeitseinsatz der erwachsenen Strafgefangenen im Jugendhaus

Die erwachsenen Strafgefangenen, die je nach Haftkategorie in Brigaden eingeteilt waren, arbeiteten hauptsächlich für die zwei Arbeitseinsatzbetriebe AEB VEB Wäscheunion und VEB Raumleuchten in der 2., 3., und 4. Etage des Produktionsgebäudes. Der Großbetrieb AEB VEB Wäscheunion mit Sitz in Mittweida wurde 1971 durch Zusammenschluss verschiedener Betriebe gegründet und war größter Bettwäscheproduzent der DDR mit insgesamt 6.000 Beschäftigten.

Im Jugendhaus Hohenleuben installierte der VEB Wäscheunion Elsterberg 1982 für den Export eine komplett neue Fertigungslinie für



6 Stück original verpackte Taschentücher. Quelle: Sammlung Stefanie Falkenberg.

Damen- und Herrentaschentücher und Bettwäsche. Die Maschinen und die Anlagen stammten aus westdeutscher Produktion. Das Personal für die Anleitung der Gefangenen wurde eigens dafür in Hohenleuben angesiedelt und blieb in der Regie des Arbeitseinsatzbetriebes.

Gearbeitet wurde in der Näherei zunächst im Zwei-Schicht-System, mit wöchentlich wechselnden Früh- und Spätschichten. Bei Schichtbeginn wurde jeder Strafgefangenen, die zur Arbeit an der Nähmaschine eingeteilt war, eine Schere und ein Nahtauftrenner ausgehändigt. Täglich vor Schichtbeginn erfolgte die Mitteilung der zu erfüllenden Tagesnorm. Zeitzeuginnen berichteten von 750 bis 1.000 Taschentüchern, die sie in einer Schicht nähen mussten.

Die Arbeit bestand darin, hochwertige Stoffe durch Pfalzen und Umnähen zu Taschentüchern zu nähen. Andere Brigaden waren für den

Zuschnitt der Stoffe zuständig. Ein Punktesystem für Vergünstigungen versprach den Frauen bei Erfüllung der Normen die Zuteilung von mehr Kaffee, von Strumpfhosen im Gefängnisladen und auch die Zuteilung von mehr oder eben keinen Paketscheinen. In den Akten hießen diese Vergünstigungen „moralische und materielle Leistungsstimulierungen“.

Bei strikter Einhaltung der Hausordnung, beim aktiven Mitwirken in der Brigade und bei absoluter Einhaltung der Ordnung und Disziplin, wurden die Wochenbesten ausgezeichnet, erhielten die Genehmigung zum Tragen eigener Kleidung oder verdienten sich die Erlaubnis zur „erweiterten Ausgestaltung der Verwahrräume“. Eine Zeitzeugin hat mir erzählt, dass solche Zugeständnisse unter den Frauen häufig zu schlimmen Auseinandersetzungen führten; da gab es Schlägereien, wenn es um das Auslegen von kleinen Tischdecken im Verwahrraum ging.

Verweigerungen

Über alle Jahre sind in den Akten Arbeitsverweigerungen, Hungerstreiks, Arbeitsniederlegungen oder Meutereien notiert. Eine Zeitzeugin berichtete, sie habe bewusst langsam gearbeitet, um die Norm nicht zu schaffen. Sie als „Politische“ wollte die SED-Diktatur bei der Erwirtschaftung von Devisen in keinem Falle noch unterstützen. Andere „Politische“ wiederum, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, gaben sich extra Mühe, um sich die Chance zur Verlegung auf das „Sonderdokument“ nicht zu vergeben.

Haftgemeinschaft und Umgang mit Strafgefangenen der „besonderen Kategorie“ in den späten 1980er Jahren

Ich möchte gerne noch etwas zur Situation in der Haftgemeinschaft in den 1980er Jahren sagen. Viel Anlass für Auseinandersetzungen und Missgunst lieferte die ungleiche Bezahlung der Brigaden. Die Brigade VEB Leuchtenbau verdiente 1989 zwischen 50 bis 70 Prozent mehr als die Strafgefangenen, die für den VEB Wäscheunion

arbeiten mussten. Auch die fragwürdige Auszahlungspraxis der Löhne durch den VEB Wäscheunion verschärfte die Auseinandersetzungen in der Haftgemeinschaft.

In einer Information des Ministeriums für Staatssicherheit heißt es treffend:

Bei Zuverlegung ins Jugendhaus erhalten die Strafgefangenen einen Kassenvorschuss von 10 bis 20 Mark. Die Auszahlung des ersten Lohnes erfolgt laut Aussage der verantwortlichen Kader „verwaltungsbedingt“ erst nach durchschnittlich 6–8 Wochen. Für diesen langen Zeitraum ist der Kassenvorschuss allerdings nicht ausreichend. Die Strafgefangenen borgen sich Geld bei anderen Strafgefangenen und geraten in ein Abhängigkeitsverhältnis. Der Verdienst wiederum reicht nicht aus, um den Kassenvorschuss zu tilgen. Viele Strafgefangene geraten durch die noch offenstehenden „Schulden“ bei den anderen Strafgefangenen in einen „unlösbaren Teufelskreis“.

1986 war das Jugendhaus Hohenleuben eine Strafvollzugseinrichtung der Kategorie III, erleichterter Vollzug. Die Frauen saßen ein wegen „allgemeiner Kriminalität“. Oder wegen „Staatsfeindlicher Hetze“, „Staatsfeindlicher Kontaktaufnahme“, „Ungesetzlichem Grenzübertritt“, „Staatsverleumdung“, oder sie hatten einen Ausreiseantrag gestellt. Diese Frauen waren der „besonderen Kategorie“ zugeteilt. Vor ihrer Einweisung waren sie ausschließlich durch das MfS bearbeitet worden und auch während ihrer Haftzeit durch das MfS „gesichert“. Im Schnitt befanden sich 90 weibliche Strafgefangene dieser Kategorie in Hohenleuben.

Nach der Amnestie 1987 gab es einen sprunghaften Anstieg der nach Paragraf 213 (Republikflucht) Verurteilten. 1988 waren 60 Prozent der Strafgefangenen Republikflüchtige. *„Die Motive dazu waren zum größten Teil die offizielle Absage auf gestellte Übersiedlungsanträge. Diese Strafgefangenen erkannten ihre Straftat nicht als solche an, bereuten diese nicht, da sie keinen anderen Ausweg sahen, als die DDR durch Grenzverletzung zu verlassen.“*

Weiter kamen nun nach Hohenleuben auch vorbestrafte bzw. Rückfalltäterinnen. Ihre Hafterfahrungen, die sie mitbrachten, veränderten das Klima und hatten großen Einfluss auch auf die „Politischen“, die jetzt, so heißt es in einem MfS-Bericht, „*durch Erziehungsunwilligkeit, mangelnde Bereitschaft in Maßnahmen des Vollzuges und des Arbeitseinsatzes*“ auffielen.

Bis 1988 trat die Gruppe der „Politischen“, Brigade V, beim Durchsetzen von Forderungen geschlossen auf. 1989 berichtete das MfS von einer Spaltung der Gruppe in die sogenannten „*Regime-Verbesserer*“ und die sogenannten „*Verblendeten*“, also die Paragraf-213er. Einigkeit und geschlossenes Auftreten der Strafgefangenen gab es nicht mehr. Gehässigkeit, Neid und abwertende Äußerungen waren zwischen diesen beiden Gruppen in der Brigade vorherrschend.

JVA Hohenleuben ab 1990

Das Gefängnis Hohenleuben ist bis heute in Betrieb und Justizvollzugsanstalt für männliche Erwachsene und Untersuchungsgefangene. Es verfügt über 340 Haftplätze. 2024/25 soll die JVA Hohenleuben geschlossen werden. Dann zieht der Anstaltsbetrieb nach Zwickau in das derzeit entstehende Großgefängnis für Sachsen und Thüringen.

Zeitzeuginnen-Podium

Haft und Zwangsarbeit in der DDR

Mit

Irmgard Sinner, inhaftiert 1979–1981 im Roten Ochsen, Halle

Kerstin Seifert, inhaftiert 1985/86 in Hohenleuben

Anne Hahn, inhaftiert 1989 in Hohenleuben

Moderation: Isabel Fannrich-Lautenschläger



(v.l.): Isabel Fannrich-Lautenschläger, Kerstin Seifert, Irmgard Sinner.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ich freue mich, jetzt hier auf dem Podium drei Zeitzeuginnen begrüßen zu können: Eine aus dem Roten Ochsen, Irmgard Sinner, und zwei aus Hohenleuben, Kerstin Seifert und Anne Hahn.

Irmgard Sinner wurde 1928 in Bartenstein geboren, das heute zum Gebiet Polens gehört, sie ist jetzt 95 Jahre alt. Sie war Musiklehrerin

und arbeitete mit im Geschäft ihres Mannes in Rostock, der Mann war Goldschmied. Er hat aber Ware auch schwarz verkauft an Besucher aus dem Westen, und so kam es, dass beide 1979 verhaftet wurden und in der Untersuchungshaft in Rostock, dann in Greifswald gelandet sind. Sie, Frau Sinner, kamen danach zur Verbüßung Ihrer Haftstrafe in den Roten Ochsen, Ihr Mann kam nach Brandenburg. Sie wurden 1981 entlassen, er 1982. Was ich besonders interessant fand: Sie konnten ihn während der Haftzeit auch besuchen. Das wusste ich gar nicht, dass es diese Möglichkeit gab.

Kerstin Seifert, ich freue mich sehr, dass auch Sie da sind. Sie waren in Hohenleuben inhaftiert. Sie sind 1964 in Rostock geboren worden, mit 19 Jahren begannen Sie eine Beziehung zu einem Freund im Westen. Eine besonders bittere Geschichte, wie Sie mir erzählt haben, weil das natürlich nicht erlaubt war. Ihr Freund durfte nicht mehr einreisen, und Ihnen wurde der Ausweis und damit ebenfalls die Bewegungsfreiheit weggenommen. Sie haben Ausreisanträge gestellt und Briefe in den Westen geschrieben, ans innerdeutsche Ministerium, was natürlich von den DDR-Behörden nicht unbemerkt blieb und zu Überwachungs- und Zersetzungsmaßnahmen führte. Sie haben sich mit Eingaben gewehrt und wurden daraufhin zu einer Haftstrafe von anderthalb Jahren verurteilt. Zehn Monate davon haben Sie in Haft verbracht, den größten Teil in Hohenleuben, bis Sie freigekauft wurden. Sie wollten eigentlich schon beim ersten Frauenkongress mit dabei sein auf dem Podium, und da ging es noch nicht, Sie waren innerlich noch nicht so weit. Deshalb freue ich mich besonders, dass Sie es jetzt schaffen, vielen Dank. Bei Ihnen läuft gerade beim Sozialgericht ein Antrag auf Anerkennung der gesundheitlichen Folgeschäden Ihrer Verfolgung und Haft, und das ist auch eine langwierige Geschichte. Seit 2010 versuchen Sie das, und Sie sind wegen ihrer posttraumatischen Belastungsstörung auch immer wieder in Behandlung.

Anne Hahn, Sie wurden 1966 in Magdeburg geboren und haben sich engagiert in der Punkszene, haben da auch Konzerte organisiert.

Deshalb sind Sie ins Visier der Stasi geraten. Sie haben Ihren Studienplatz an der Humboldt-Universität verloren und sind dann 1989, kurz vor Ende der DDR, verhaftet worden, und zwar wegen eines Fluchtversuchs an der sowjetisch-iranischen Grenze. Nach Verhören in Hohenschönhausen und in Magdeburg sind Sie zur Verbüßung Ihrer Haftstrafe nach Hohenleuben gekommen. Dort waren Sie noch zwei Monate bis zur Amnestie. In den 90er Jahren haben Sie unter anderem Kunstgeschichte studiert an eben jener Humboldt-Universität, die nun unter neuer Leitung stand. Seitdem arbeiten Sie als Autorin und schreiben Sachbücher und Romane. Ihre Erfahrungen haben Sie in Romanen wie „13 Sommer“ niedergelegt. In Ihren Sachbüchern beschäftigen Sie sich mit Subkulturen in der DDR, zum Beispiel mit Fußball und der linken Szene in der DDR. Ihr neuestes Buch, mit dem Sie zurzeit auf Lesereise sind, heißt: „Anne Hahn träumt Christian Beck“ – das ist der legendäre Spieler des FC Magdeburg.

„Das Schweigen brechen“ hieß der erste Bundesfrauenkongress, und Sie tun das alle drei, weil Sie als Zeitzeuginnen arbeiten oder Ihre Erfahrungen verschriftlicht haben. Schließlich ist es wichtig, dieses Wissen auch an andere Beteiligte und an jüngere Generationen zu vermitteln. Was haben Sie in Ihrer Haftzeit als besonders hart empfunden? Vielleicht könnten Sie alle drei ein Beispiel nennen. Ich würde gerne mit Frau Sinner anfangen.

Irmgard Sinner: Ich durfte vom Roten Ochsen aus meinen Mann in Brandenburg besuchen, und da merkte ich, ich bin wegen Aussagen meines Mannes in Haft gekommen, und ihm ging es vergleichsweise großartig in Brandenburg. Dort durfte er nämlich in einer Werkstatt des Haftleiters arbeiten und machte Schwarzarbeiten als Goldschmied. Das muss man sich mal vorstellen, wenn man wegen unachtsamer Aussagen anderer in Haft gekommen ist wie ich: Ich habe meinem Mann vor der Haftzeit gesagt, hör endlich auf, als Goldschmied Schwarzarbeiten zu machen.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Das war der Grund für die Verhaftung, aber was war Ihre schlimme Hafterfahrung, wie muss man sich

eine Haft wegen eines Devisenvergehens vorstellen?

Irmgard Sinner: Es ging mir ganz dreckig im Roten Ochsen. Ich habe einen niedrigen Blutdruck und musste im Drei-Schicht-System für den VEB Banner des Friedens Turnschuhe nähen, in einer großen Halle, in der man nicht einschlafen konnte. Aber ich schlief an der Nähmaschine ein, besonders bei der Nacharbeit. Es war grauenvoll!



Irmgard Sinner

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Danke, das ist prägnant. Wir haben auch die Fotos gesehen von diesen großen Produktionshallen. Frau Seifert, was würden Sie denn gerne vermitteln?

Kerstin Seifert: Bei den schlimmen Erlebnissen weiß ich ehrlich gesagt nicht, wo ich anfangen soll, aber ich nehme mal ein Beispiel heraus, was ich symptomatisch finde für die gesamte Haftzeit in Hohenleuben. Und zwar wie jeglicher geringste Widerstand oder jegliche Verbindung mit anderen bekämpft wurde. Wir mussten ebenfalls im Drei-Schicht-System nähen, 1.000 Taschentücher am Tag, die Norm war für mich nicht zu schaffen. Es war sehr anstrengende Arbeit, und ich wurde auch unter Medikamente gesetzt. Ich bekam Sedativa, um die Arbeit irgendwie auszuhalten, und bin dann regelmäßig an der Nähmaschine umgefallen, weil ich einfach nicht mehr konnte und der Körper schlapp gemacht hat. Da ist nie viel passiert. Ich wurde hinausgetragen auf der Trage, Blutdruck wurde gemessen, und dann durfte ich mal ausruhen, ein, zwei Tage, um hinterher wieder weiterzuarbeiten.

Und irgendwann, als das passierte, gab es eine junge politische Mitgefangene, die ist aufgesprungen, was ja verboten war. Man durfte nicht während der Arbeit den Platz verlassen oder aufhören zu arbeiten. Sie ist aufgesprungen und hat gesagt: „Merkt ihr denn nicht, dass sie nicht mehr kann, warum tut denn hier keiner was? Alle gucken nur zu!“ So hat sie sich aufgelehnt, dann wurde sie zusammengeprügelt, weggebracht und war mehrere Tage verschwunden. Das ist etwas, was ich immer noch mit mir rumtrage.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ja, das kann ich gut verstehen, danke. Frau Hahn.

Anne Hahn: Ich würde das für mich ein bisschen allgemeiner fassen wollen. Wenn ich mit Jugendlichen spreche, komme ich eher irgendwann drauf zu sagen: Leute, guckt mal, was ihr habt, ihr lebt in der Demokratie, ihr kommt nicht ins Gefängnis, weil ihr von Land A nach Land B wollt, oder werdet verhaftet, weil ihr mit Spraydosen irgendwas an die Wand sprüht, wie Leute aus meinem Bekanntenkreis. Das ist ein hohes Gut, dass wir in einem Land leben, wo man reisen kann und sich entfalten kann, was leider nicht allen Menschen auf der Welt so geht. Da rede ich eher drüber mit den Jugendlichen, sensibel zu bleiben für die Schicksale anderer, denen es vielleicht heute ähnlich geht auf der Welt. Außerdem, dass man auf sein Bauchgefühl hören soll, also dass man, ich habe das mitgenommen aus dieser Zeit, eben nicht Befehlen blind gehorcht. Dass man Vorgesetzte erstmal als Menschen sieht und nicht als Befehlsgeber, denen ich gehorchen muss. Ich kann sowieso nicht unter Chefs arbeiten, das ist mir geblieben. Also, so rede ich eher mit den Jugendlichen: vertraut euch selbst und eurem Bauchgefühl und nehmt nicht alles als gegeben hin.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Sie sitzen jetzt alle drei hier und haben es geschafft, Ihre Geschichte zu erzählen. Das war wahrscheinlich für Sie alle drei ein hartes Stück Arbeit, bis Sie jetzt hier sitzen. Könnten Sie bitte schildern, wie Sie das geschafft haben? Sie können sich auch gerne gegenseitig ergänzen oder unterbrechen.

Irmgard Sinner: Ich habe es geschafft über meine Tochter. Ich weiß, dass ich oft in Halle war und immer wieder den Roten Ochsen besucht habe. Wir gehen ja morgen wieder in die Haftanstalt. Ich gehe in Freuden dorthin, weil die Geschichte meines Vaters dort aufgearbeitet ist. Und ich wäre froh, Sie würden das nächste Mal meine Tochter einladen und nicht mich, hierher zu kommen.



Isabel Fannrich-Lautenschläger: Das ist für den dritten Frauenkongress sicher eine gute Idee, mal die Kinder aufs Podium zu holen.

Irmgard Sinner: 1953, da war der Aufstand in Berlin, da haben mein Mann und ich beschlossen zu heiraten, ausgerechnet '53. Dann blieb ich bei ihm in Rostock, und meine ganze Familie war von Berlin über Halle nach dem Westen geflüchtet, und ich war die Einzige von den alten Familienmitgliedern, die in Rostock blieb. Ich habe wiederum meinem Mann beigestanden, der noch am 20. April 1945 sein rechtes Bein verloren hatte auf den Seelower Höhen vor Berlin. Also, ich habe eine sehr bewegte Vergangenheit. Mein Taufvers aus Königsberg aus dem 1. Mose Buch lautet: „Ich will dich segnen und

du sollst mein Segen sein.“ Und mein Leitspruch aus Schwerin von Bischof Dr. Heinrich Rathke ist „Vertrauen – wagen“. Ich danke sehr, dass ich heute hier sein kann.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Frau Sinner hatte auch Ihren Leitspruch gesagt: Vertrauen wagen, das fand ich sehr passend. Frau Seifert! Was hat Ihnen geholfen, jetzt hier heute zu sitzen?

Kerstin Seifert: Ich habe sehr spät erst angefangen, die eigene Geschichte zuzulassen, also ich habe sie mir irgendwann selbst nicht mehr so richtig geglaubt. Ich denke, das war Verdrängung, Scham, Schuld. Da kam sehr viel zusammen, und noch hinzu das Gefühl, nicht anders sein zu wollen, nicht ausgegrenzt zu werden. Dass ich heute hier sitzen kann, ist das Ergebnis eines Entschlusses, des Entschlusses, die eigene Biografie anzunehmen, aufzuarbeiten und auch irgendetwas weiterzugeben, weil ich glaube, wir können allein nicht heilen, sondern wir brauchen die Gemeinschaft.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ihr Sohn sitzt auch im Publikum. Das finde ich wunderbar, wenn die Kinder mitkommen. Frau Hahn, ist es bei Ihnen das Schreiben, das Ihnen ermöglicht, Ihre Geschichte so positiv zu bearbeiten und wegzustecken?

Anne Hahn: Ja, ich denke schon. Ich habe aber auch von Anfang an drüber gesprochen, also mit Freunden, Verwandten, ob sie es



Anne Hahn

hören wollten oder nicht. Die mussten sich das immer wieder anhören, und dann habe ich irgendwann gedacht, jetzt schreibe ich das mal auf. Es ging aber gar nicht so schnell. Ich habe sieben Jahre drüber nachgedacht, wie. Meinen ersten Roman, der jetzt als „Gegenüber von China“ beim Ventil Verlag nochmal erschienen ist, den habe ich in zwei Jahren geschrieben, also insgesamt neun

Jahre gebraucht. Ich habe meine Geschichte in drei Mädchen aufgespalten, die verschiedene Wege gehen, was ich aber auch alles so hätte sein können, Karriere machen oder depressiv werden. Ich glaube, ich bin es nicht geworden, habe auch nie eine Therapie machen müssen zum Glück, weil ich geschrieben und geredet habe.

Nach zehn Jahren ungefähr, so lange habe ich schon gebraucht als Abstand, bin ich wieder in die Haftanstalten gegangen, bin in allen gewesen, allen vier, wo ich war. Ich habe auch in Hohenleuben in der noch aktiven Haftanstalt gelesen. Das war eigentlich so die härteste Erfahrung, in dem bestehenden Männerknast eingeschlossen zu werden und da drin zu lesen. Ich bin aber auch oft in andere Gefängnisse gegangen. In Berlin gibt es viele Theaterprojekte, die so etwas machen, und ich muss mich dann immer ein bisschen überreden: Gehe ich da jetzt hin und lasse mich einschließen oder nicht? Das hat aber auch geholfen, jedes Mal ein Stück, habe ich den Eindruck.

In Magdeburg in der Gefangenensammelstelle, das war so die Untersuchungshaft der Volkspolizei, das ist wahrscheinlich auch allen anderen so gegangen, dass man nochmal irgendwo geparkt wurde, bevor man in die Strafvollzugsanstalt kam. Da war man mit Kriminellen zusammen, und diese Haftanstalt wurde erst vor ein paar Jahren geschlossen, 2015, glaube ich, da haben die ein Kunstprojekt ausgerufen, und da habe ich angefangen zu zeichnen. Das hat mir auch sehr geholfen. Das habe ich Konstanze Helber jetzt auch übergeben für die nächste Publikation: Wie Ratten in den Rohren krabbeln oder wie ein Miezenteller aussah, wer sich an sowas noch erinnert, die Liebeshäppchen, das habe ich alles mal gezeichnet zu kleinen Textstücken aus meinem ersten Roman und das dann ausgestellt in einer Zelle. Ich habe da so durchsichtige Pergamentbögen drüber gehängt, und man sah unten drunter die Striche und die anzüglichen Zeichnungen der Gefangenen. Das war ein Triumph!

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Zeichnen ist eine Methode, zum Beispiel bei der Beratungsstelle Gegenwind, da kann man hin und



(v.l.): Isabel Fannrich-Lautenschläger, Kerstin Seifert, Irmgard Sinner, Anne Hahn.

in Gruppen zeichnen. Das scheint auch eine Verarbeitungsmethode zu sein. Welche Rolle spielt denn bei Ihnen drei der Austausch unter ehemaligen Mitinhaftierten oder auch mit anderen Inhaftierten überhaupt. Spielt das eine Rolle?

Irmgard Sinner: Für mich spielt eine ganz große Rolle, dass ich Edda Ahrberg kennenlernte und dadurch oft in den Roten Ochsen kam. Sie hat ein Buch aufgeschrieben: „*In zwei Diktaturen. Eine Familie zwischen Anpassung und Selbstbehauptung*“. Die Arbeit daran endete irgendwann, und das ist auch gut so. Mein Leben begann neu mit der Arbeit an diesem Buch. Frau Ahrberg traf ich vor Kurzem in Schwerin wieder, und sie hat mir diese Veranstaltung empfohlen. Dadurch bin ich hierhergekommen.

Ganz wichtig wurde für mich: Mein Mann ist ab dem Oberschenkel amputiert gewesen, aber er lernte wieder gut laufen mit einer ganz schlechten Prothese. Er lernte gut tanzen, da er, bevor er in den Krieg eingezogen worden war, drei Tanzstunden umsonst hatte, weil damals Männer fehlten. Ich habe aber nie eine Tanzstunde besucht, weil ich, aus Königsberg stammend, auf Flucht war. Mein Mann hat

immer mit anderen getanzt, nur nicht mit mir. Ich konnte nicht tanzen. Aber mit 60 Jahren habe ich in Lübeck den Seniorentanz kennengelernt, und ich tanze heute sehr gerne zweimal die Woche mit.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Okay, aber ich hatte ja auch noch nach den Mitinhaftierten gefragt oder den anderen Inhaftierten. Haben Sie da Kontakte zu Frauen, wie sie hier im Raum sitzen? Hat Ihnen das geholfen, dass Sie Kontakte hatten, oder hatten Sie gar keine Kontakte?

Irmgard Sinner: Doch, ich kenne viele, die ich hier schon auf anderen Veranstaltungen kennengelernt habe, aber ich vergesse die Namen. Ich bin 95 Jahre alt.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Vielleicht können Sie beide jetzt noch sagen, welche Rolle das bei Ihnen spielt.

Kerstin Seifert: Für mich spielte das erste Zusammentreffen mit ehemaligen Häftlingen eine große Rolle. Ich würde sagen, das war so etwas wie das Licht am Ende des Tunnels. Ich kann mich noch gut erinnern, ich habe mich getraut, Konstanze Helber anzurufen. Es ging um den ersten Bundesfrauenkongress, und ich war total aufgeregt. Ich hatte das mit meiner Therapeutin vorher alles durchgeplant, das mit dem Bauchgefühl und wann ich auflege, also es waren viele Ängste da.

Und dann war die Konstanze so nett am Telefon, und ich habe so geweint! Ich habe bestimmt eine halbe Stunde erstmal nur geweint, weil ich mich darüber gefreut habe, dass da jemand ist, der das kennt, wie es mir geht, und für den ich nicht so ein Alien bin. Also ich fühlte mich so ein bisschen verloren und bin jetzt sehr froh über diese Kontakte im Frauenforum, in das ich auch eingetreten bin. Das finde ich wichtig. Also wenn man mitmacht und gestaltet, dann hat man ein bisschen etwas in der Hand. Es geht für mich in großen Teilen darum, rauszukommen aus dieser Ohnmacht und der Hilflosigkeit, hin zur Selbstwirksamkeit und Selbstbestimmtheit, weil das Gefühl von Ohnmacht eben das ist, was die Probleme macht.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Können Sie vielleicht noch sagen, weil die Frauen ja übers Land verteilt sind, also die Frauen, die im Frauenforum engagiert sind, wie halten Sie da den Kontakt?

Kerstin Seifert: Vorwiegend telefonisch. Das gute alte Telefon, weil ich glaube, nichts ist besser als Sprache. Mit der Sprache können wir einander, kann man auch den anderen irgendwie erreichen. Also mir hilft es am besten.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Also eher das Zweier-Gespräch am Telefon.

Kerstin Seifert: Ja, eher das Zweier-Gespräch.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Das ist vielleicht eine Ermutigung an andere, es auch zu versuchen. Danke.

Irmgard Sinner: Und ich bin froh, dass ich hier im Saal eine Frau kennengelernt habe, die jetzt zu mir kommen will und mein ganzes Kuddel-Muddel aufarbeiten will. Besser kann es mir nicht gehen!

Anne Hahn: Ich habe da andere Erfahrungen gemacht. Als ich mein erstes Interview in Hohenschönhausen abgegeben habe und da mal eingeladen war, habe ich auf dem Podium schlechte Erfahrungen gemacht. Ich wurde von älteren Gefangenen, die in den 50er Jahren dort waren, sehr gemobbt: Ich sei zu lustig, hätte überhaupt nur ein halbes Jahr gesessen, was ich denn da wolle? Und da habe ich irgendwann gesagt, ach Leute, macht euren Scheiß allein! Das brauche ich nicht.

Ich habe mich dann eher darauf konzentriert, Führungen zu machen, zu schreiben und mit Jugendlichen zu reden. Diese Gespräche finde ich bis heute sehr ergiebig, weil die Jugendlichen vorurteilsfrei sind. Die hören sich die Geschichte an, sitzen da mit offenem Mund, Punk, Knast, Studienplatz weg, und reden offen mit mir, ohne geprägt zu sein. Also in Eberswalde kam mal die Wortmeldung: Meine Eltern haben immer gesagt, die DDR war toll. Ich fang gerade an, anders darüber zu denken. Danke, dass Sie hier sind. Aber ansons-

ten sind die eigentlich sehr unbelastet. Und jetzt hier mit Ihnen, das ist wirklich eine nette Runde. Danke, dass ich hier sein darf. Da habe ich schon andere Gespräche geführt, und vielleicht ergibt sich auch noch was Neues, aber das ist für mich noch neu.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Danke für den Aspekt. Auch das ist wichtig, wie ehemalige Inhaftierte miteinander umgehen und welche Konkurrenzen es da gibt. Jetzt würde ich gerne öffnen ins Publikum, falls es da Fragen gibt oder Anmerkungen, die dann aber bitte nicht zu lang werden.

Cornelia Schneider: Ich war auch in Haft gewesen, 27 Monate in Halle. Und mit den Schuhen, das kann ich nur bestätigen. Wir haben die Turnschuhe genäht, wir haben Mokassins geflochten, uns sind die Hände bald abgefault, und im Nachhinein hat sich rausgestellt, dass diese Turnschuhe, ich habe da die Riemchen aufgenäht, dass die für die Firma Adidas waren, und das hat mich belastet. Ich habe meinen Kindern nie Adidas gekauft, ich habe nie Adidas angezogen, und ich werde es auch weiter nicht. Bis zur Erschöpfung haben wir gearbeitet. Wenn wir das Soll nicht geschafft haben, dann kriegten wir weniger Taschengeld zum Einkauf. Und wenn wir mal das Soll erfüllt hatten, dann mussten wir in der Küche unten im Keller, als Auszeichnung sozusagen, Kartoffeln und Möhren schälen. Das war dann eine Auszeit! Es war einfach die Hölle. Ich muss aufhören.

Christine Gropengießer: Ich wollte mal fragen, weil es auch mit dem Geld zu tun hat. Meine Mutter, die da vorne sitzt, hat ja auch diese Turnschuhe genäht. Sie hatte ganz schlimme Hände, als ich sie besucht habe. Ich habe sie gefragt, ob sie einem Arzt vorgeführt wird. Da sagte sie, das wurde sie nie. Sie hat gesagt, sie braucht kein Geld im Gefängnis und gibt das Geld, was sie verdient hat, ihren Kindern. Bei mir ist nie Geld angekommen. Es ist eine Frage, vielleicht auch an Sie, Herr Poppe, als Mitarbeiter des Roten Ochsen: Wo ist eigentlich dieses Geld versickert? Als zweites möchte ich sagen, meine Mutter ist vorhin, glaube ich, nicht zum Ende gekommen. Diese Fahrt zu ihrem Ehemann nach Brandenburg war eine Tortur. Die ging über eine

Woche, es war ein Sammeltransport. Sie ging über eine Woche, von Gefängnis zu Gefängnis. In jedem Gefängnis musste sie die Treppen schrubben und schlimme Arbeiten machen, bis der Transport dann vollständig war und er irgendwann in Brandenburg ankam. Dort hatte sie eine Dreiviertelstunde ein Gespräch mit meinem Vater. Und dann ging der Transport wieder eine Woche zurück. Sie wurde am helllichten Tag, mit Handschellen zusammengebunden, mit einer Mitgefangenen über den Hallenser Hauptbahnhof geführt. Und nicht nur über den, sondern über jeden Hauptbahnhof, an den sie ankamen. Im Grunde war dieser Besuch mehr eine Strapaze als alles andere. Das möchte ich nochmal beifügen.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Kann denn jemand die Frage gleich beantworten, wo das Geld geblieben ist?

Niklas Poppe: Ich kann jetzt nicht beantworten, wo das Geld versickert ist, was geschickt werden sollte. Aber von den Beträgen, die die Inhaftierten per Zwangsarbeit verdient haben, ist natürlich nur ein Bruchteil ausgezahlt worden. Es gab, für Halle kann ich das sagen, pro Jahr ein jeweiliges Soll, was verdient werden musste, gemäß Ministerium des Inneren, durch Haftzwangsarbeit. Das betrug in Halle Mitte der 60er Jahre etwa 800.000 Mark und hat sich, Sie haben ja die Zahlen vorhin gesehen, natürlich im Laufe der Jahre immer weiter gesteigert. Pro Wachstum des Arbeitserziehungskommandos, wie es dann am Ende hieß, hatte man ein Vielfaches von Zwangsarbeiterinnen, und diese 800.000, um das jetzt mal in Relation zu setzen, ist dann vielleicht ein Viertel von dem, was in den 70er Jahren verdient worden ist für den Staatshaushalt. Dieser geringfügige Verdienst für Inhaftierte, wo der gelandet ist, wenn Sie das an die Kinder überwiesen haben, davon habe ich leider keine Kenntnis. Vielleicht weiß das jemand anderes im Raum.

Konstanze Helber: Wenn ich das richtig verstehe, wir haben das Geld verdient, und wir mussten ja ansparen. Mütter mussten für ihre Kinder ansparen. Da weiß ich 100-prozentig, dass das Geld bei den Kindern nie angekommen ist. Ich hatte ein Sparguthaben von

330 Mark, und als ich auf Transport ging, kam einen Tag zuvor das Geld bei meiner Mutter per Post an. Sie wunderte sich: Strafvollzugsanstalt Hoheneck, 330 Mark von der Tochter. Ich wusste das ja nicht! Und irgendwann habe ich diesen Abschnitt bei meiner Mutter gefunden, als sie verstorben war. Daher weiß ich, das Geld ist da tatsächlich angekommen. Das war mein Ersparnes, ich wusste es nicht. Aber es war auch so: Irgendwann haben dann meine Schwestern mal erzählt, ja, Mutter hat das Geld von dir gekriegt, und wir durften nicht drüber reden. Also das weiß ich, und diesen Abschnitt, den habe ich noch. Für mich persönlich ist es so gelaufen. Ich war natürlich überrascht, dass ich überhaupt Geld hatte und dass das bei meiner Mutter gelandet ist. Also so ist es mir ergangen.

Edith Tust: Ja, ich habe genau zugehört. Wir haben hier noch sehr viel zu tun. Ich bitte darum, dass die Kinder der betroffenen Strafgefangenen, die widerrechtlich im Gefängnis waren, dass diese Kinder mal richtig hervorgehoben werden. Sie haben nämlich garantiert sehr gelitten. Ich weiß, wovon ich rede, weil mein Sohn selbst betroffen ist. Und da bitte ich, dass das ganz schnell aufgearbeitet wird und dass die Politik das endlich in die Hand nimmt. Die Eltern werden immer älter und versterben, die Zeitzeugen werden dann nicht mehr da sein. Aber die Kinder sind da, und da muss ein Forum organisiert werden mit den Kindern, und das muss so ergiebig aufgeschrieben werden, dass sowas nie vergessen wird.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Dankeschön. Frau Zupke wird das mitnehmen. Herr Dombrowski bitte noch.

Dieter Dombrowski: Ich möchte eigentlich nur eine Erläuterung geben zu dem, was Frau Sinner gesagt hat, dass ihr Mann in seiner Haftzeit in Brandenburg an der Havel für den Anstaltsleiter und andere dort Schwarzarbeiten hat erledigen müssen. Ich bin 1999 erstmals in den Landtag von Brandenburg gewählt worden, bin im Rechtsausschuss gelandet, und dann suchte der Rechtsausschuss jemand, der Anstaltsbeirat in der Anstalt in Brandenburg wird. Und da habe ich gesagt, dann mache ich das, ich weiß ja, wie es im Gefängnis

aussieht, wenn es auch jetzt andere Zeiten sind. Von wegen: Diese Tradition, dass Häftlinge zu DDR-Zeiten auch Schwarzarbeit gemacht haben für die Bediensteten, ist bis in die 2015er Jahre fortgeführt worden. Das hat damals einen großen Skandal gegeben. Dort haben Häftlinge, Strafgefangene, jetzt in der Demokratiezeit – die Bediensteten waren ja zu 90 Prozent dieselben wie vorher im Justizvollzug – Gartengrills, Hollywoodschaukeln, alles Mögliche gebaut, was alles dann so verschwunden ist. Also das hatte in Brandenburg/Havel eine lange Tradition, die noch 15 Jahre nach dem Fall der Mauer fortgeführt wurde und dann erst beendet wurde.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Gut, wir sind jetzt fast am Ende angelangt. Sie müssen nicht alle ein Abschlusstatement geben, aber wenn Sie noch etwas sagen möchten, dann bitte das Mikro nehmen.

Irmgard Sinner: Halle hat mich gelehrt, dass man als Strafgefangene sogar Recht bekommt. Ich habe um eine Nichtraucher-Zelle gebeten, und die wurde mir zugestanden! Aber das hätten Sie erleben sollen, dieser ganze Aufstand. Wir waren im Roten Ochsen ganz oben über dem Festsaal, und dort wurde dann eine Nichtraucher-Zelle für 20 Strafgefangene eingerichtet. Anfangs haben die anderen geraucht, sobald ich eingeschlafen war, aber es dauerte nicht lange und sie hielten sich an das Raucherverbot und wir kamen gut miteinander aus.

Anne Hahn: Heute ist der 7. Oktober. Am 7. Oktober 1989 saß ich in Hohenleuben, und wir waren aufgewühlt und aufgelöst, weil es zu spüren war, dass im Land was los ist. Immer mehr Frauen haben über ihren Besuch von draußen mitbekommen, dass es Demos gibt, dass irgendwas losgeht. Und dann haben wir beschlossen, wir Frauen beim Freigang im Hof, dass wir singen, dass wir die Internationale singen. Und das war für mich ein tolles Erlebnis, wie auf einmal 40, 50 Frauen zusammen die Internationale singen, das war im ganzen Dorf Hohenleuben zu hören. Die Wachteln haben aus den Fenstern geguckt, dachten, was ist denn jetzt los? Die Hunde haben angefangen, mitzujaulen. Es war ein tolles Gesamterlebnis, eine schicke Per-

formance, das wollte ich nur noch mitgeben. Das war ein schönes Erlebnis für mich, ein Gemeinschaftsgefühl.

Kerstin Seifert: Ich war im Vorfeld sehr aufgeregt, weil das mein erster öffentlicher Auftritt in dieser Funktion ist. Und ich wollte nur noch erzählen, dass dieser Wertgutschein, den wir gesehen haben bei dem Bericht von der Frau Falkenberg, dass ich den damals rausgeschmuggelt habe bei einem Sprecher, und zwar eingenäht in einen Winterstiefel, ohne zu wissen, dass ich den so viele Jahrzehnte später hier plötzlich an der Leinwand sehe. Also mich hat es gerade sehr bewegt.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ja, ich danke Ihnen dreien ganz, ganz herzlich, dass Sie hier waren und diese Erfahrungen mit uns geteilt haben. Ich glaube, es gibt noch so viele Geschichten zu erzählen, aber Sie haben einige davon erzählt.

„Frauen für den Frieden“ in Halle

Ein Vortrag
von Zeitzeugin
Brunhild Köhler



Brunhild Köhler ist in Halle aufgewachsen und hat dort Physik studiert. Sie arbeitete als Medizinphysikerin in der Krebstherapie. Sie war Mitgründerin der Klimaschutzgruppe „mobil ohne Auto“ und Mitglied der Widerstandsgruppe „Frauen für den Frieden“.

1968 war im Atomwaffensperrvertrag eine Obergrenze für Atomwaffen angesetzt worden. Nicht bedacht waren die Kurz- und Mittelstreckenraketen und diese weitere Eskalation, dass bis 1980 allein in der UDSSR 600 Mittelstreckenraketen, Atomwaffen-bestückt mit jeweils einer Sprengkraft von 80 Hiroshima-Bomben, standen. Das ist eine unglaubliche Anzahl. Vor diesem Hintergrund schaukelte sich die Ausstattung mit Atomwaffen in Ost und West hoch zu dem, was man Gleichgewicht des Schreckens nannte.

Der NATO-Doppelbeschluss wollte dem die Nachrüstung auf der anderen Seite entgegenstellen. Die Friedensbewegung wuchs damals in Ost und West. Es gab 1980 schon in vielen westlichen Ländern, ausgehend von einer dänischen Gruppe, diese Gruppe ‚Frauen für den Frieden‘, die sich um Aufklärung und Protest kümmerte. In der DDR begannen 1980 die Friedensdekaden. Ihr Zeichen war ein Aufnäher aus Stoff: Schwerter zu Pflugscharen. Diesen Aufnäher trug

ich damals auch. Ich war im zweiten Studienjahr hier in Halle, und mein Aufnäher machte hinreichend Ärger, weil dieses Zeichen Mitte Februar 1982 offiziell verboten wurde, man durfte das nicht tragen. Es gab genügend Restriktionen, weshalb Leute, die das trugen, richtig Ärger bekamen.

Im März 1982 verabschiedete die Volkskammer der DDR das neue Wehrdienstgesetz. Das hatte zum Inhalt, dass auch Frauen zwischen dem 18. und dem 50. Lebensjahr im Falle der Mobilmachung und im Verteidigungsfall zur allgemeinen Wehrpflicht eingezogen werden konnten und im Vorfeld gemustert wurden, einen Wehrpass bekamen. Das löste eine große Unruhe aus gerade bei Frauen, die prädestiniert waren, im Bedarfsfall als erste eingezogen zu werden, bei Krankenschwestern, Sekretärinnen, Kfz-Mechanikerinnen. Es war eine große Zahl. Diese Unruhe, diese Angst, diese innere Verweigerung, wir wollen uns dort nicht vereinnahmen lassen, wir wollen da nicht hin, die stand am Anfang des Widerstands. Aber in diesem Wehrdienstgesetz gab es Paragraphen, die auch gleich Strafandrohungen mit beinhalteten, falls man sich nicht mustern lässt, falls man sich verweigert.

In diesem Zeitraum waren es vor allem die Frauen aus Ostberlin um Bärbel Bohley, die diese Initialgeschichte in die DDR holten: Sie schrieben persönlich eigene Verweigerungen, machten eigene Eingaben gegen dieses Gesetz, sie fanden sich darin zusammen, und diese Eingaben wurden nicht beantwortet. Und in Halle war Heidi Bohley, die heute Abend leider nicht hier sein kann, die das viel schöner hätte schildern können. Heidi war durch ihre Schwägerin Bärbel in Berlin immer in diesem Kontakt, der auch uns geholfen hat, Aktionen anzufangen. Heidi holte dieses Wissen über mögliche Eingaben aus Berlin nach Halle. Auch hier in Halle gab es Personen, die das antrieb und die sich weigerten. Eine davon war Luise Kinzel, die in Halle Ärztin war und mittlerweile verstorben ist. Luise Kinzel hatte einen Bruder, der kannte Heidi Bohleys Mann, und über die Männer haben die Frauen sich ihres Beistands versichert. Sie haben versucht, ihre Ängste gegen Repressalien zu teilen oder sich wenig-

tens zu vernetzen. Immer mehr Frauen kamen dazu, erstmal nur in dem Wunsch, sich gegenseitig auszutauschen.

Gleichzeitig wurde der Alltag in der DDR immer mehr militarisiert. Mein persönliches Ereignis war, dass im Sommer 1982 in Halle auf dem Hallmarkt eine Friedensdemonstration angesetzt war von den Studenten. Die richtete sich nur gegen die Raketen auf dem westdeutschen Territorium. Ich trug ein Plakat gegen die SS-20-Stationierung auf unserem Territorium, was auch wieder hinreichend Ärger in der Physik gab. Heidi Bohley organisierte die Initiative für Halle, wir haben Mitte Oktober 1982 eine gemeinsame Eingabe an Erich Honecker geschrieben. Diese Eingabe war von 150 Frauen aus vielen Städten der DDR unterzeichnet, davon 52 aus Halle.

Die Kontakte nach Berlin waren dabei für uns sehr wichtig, weil sie Öffentlichkeit schufen, denn die Berliner Frauen hatten ein Sprachrohr durch den Grenzverkehr der Westberliner oder der Leute, die kommen wollten und noch konnten. Da gab es auch zunehmend Verhinderungen, dass jemand nicht mehr reisen durfte. Wer uns mit Materialien, Büchern und Informationen versorgte, wurde sehr schnell aufgefunden, und die bekamen einfach keine Einreisemöglichkeiten mehr. Diese Kontakte nach Berlin waren also die Möglichkeit, in einem Fall von Eskalation Öffentlichkeit zu schaffen, und das war ein sehr wichtiges Mittel, denn man fürchtete die Öffentlichkeit.

Im Frühjahr 1983 haben hier in Halle ein Theologe, ein Wasserwirtschaftler und ich die Initiative „mobil ohne Auto“ ins Leben gerufen, denn ich kam aus der ökologischen Bewegung. Das lag auch daran, dass ich meine Hintergrundinformationen aus der evangelischen Studentengemeinde, die hier sehr aktiv war, bekommen habe. Von meinem atheistischen Elternhaus wurde ich nicht unterstützt, da durfte ich nicht sagen, dass ich dahin gehe. Aber in dieser ganzen Zusammensetzung in unserer Stadt fanden sich die Leute zusammen, es fanden sich die ökologischen Leute und die Frauen, die Protest machten. Wir nahmen Kontakt auf zu jenen Menschen um Lothar Rochau, um Katrin Eigenfeld, die die offene Arbeit der Kirche in Halle-Neustadt betrieben. Lothar Rochau wurde damals verhaftet,

nachdem er gekündigt war in der Kirche. Zu diesen Verhaftungen kam am 31. August 1983 die Verhaftung von Katrin Eigenfeld, die später ein wichtiges Mitglied der Gruppe „Frauen für den Frieden“ hier in Halle wurde. Später war sie engagiert in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in Berlin, sie ist noch heute eine enge Freundin. Katrin wurde verhaftet am 31. August und saß für Wochen im Roten Ochsen in der Stasi-Untersuchungshaft und wusste nichts von unseren Protesten und unseren Initiativen draußen. Aber das vereint eben auch wieder die Leute.

Die Berliner schrieben Protestaktionen, und Ende Oktober 1983 waren Vertreter der Grünen, Petra Kelly, Gerd Bastian und Lukas Beckmann, bei Erich Honecker und sprachen diese Inhaftierungen an. Am nächsten Tag kam Katrin Eigenfeld frei. Diese Hilfe, die wir da bekamen, hat uns gestärkt, die hat uns in der Verzweiflung einen Rückhalt gegeben. Aber die Ängste wurden ebenfalls immer größer mit dem, was Katrin uns erzählte, wie die Haft ablief. Ich mag das nicht ausführen. Hier sitzen so viele, die so viel Schlimmeres erlebt haben. Uns stand immer vor Augen, dass das jederzeit eintreten könnte.

Traditionell gab es im November die Friedensdekaden für zehn Tage. 1983 haben wir da in der Pauluskirche einen „Frauen für den Frieden“-Abend zum Wehrdienstgesetz gemacht. Der nationale Verteidigungsrat der DDR hatte zwei Wochen vorher die Stationierung der atomaren Kurzstreckenraketen für die DDR beschlossen. Zwei Wochen später zog die Bundesrepublik mit der Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag nach. Es war also festgetackert. Unser Gefühl war, dass die Debatte um die Verhinderung der Nachrüstung damit erledigt ist, dass eine politische Eiszeit beginnt. Jeder, der noch an diesem Thema rührte, wurde als Staatsfeind und Störenfried gesehen. Aus der Berliner Gruppe wurden Mitte Dezember vier Frauen verhaftet, darunter Bärbel Bohley und Ulrike Poppe, sie blieben sechs Wochen in Haft. Ihre Freilassung kam unter anderem zustande, weil Proteste und Resolutionen am Rande der KSZE-Konferenz in Stockholm stattfanden. Diese Inhaftierungen, diese



Birgit Krüger, Heidi Mellenthin.

Vorgänge lösten Ängste aus und führten dazu, dass wir uns enger zusammenschlossen und häufiger trafen. In einem Abstand von 14 Tagen trafen wir uns in privaten Räumen. Im Mai 1984 begaben wir uns als kirchliche Gruppe „Frauen für den Frieden Halle“ unter das Dach der Kirche, so dass wir nun auch in Kirchenräumen Veranstaltungen machen konnten.

Im Sommer 1984 haben wir in Anlehnung an die politischen Nachtgebete von Dorothee Sölle einen Klagegottesdienst gemacht. In Berlin gab es einen, in Halle haben wir einen gemacht. Das war ein ganz besonderes Gefühl, dass plötzlich verschiedene Leute aus dem Kirchenschiff aufstanden und an das offene Mikrofon gingen und ihre Verzweiflung, ihre Hoffnung, das, woran sie leiden, öffentlich artikulieren konnten. Es ging um ganz unterschiedliche Themen. Es ging nicht nur um Abrüstung in Ost und West, es ging um die Kinder-

erziehung, um das staatliche Schulsystem. Es ging darum, wer welche Ausbildung machen kann, um die manchmal schlimme medizinische Versorgung, auch von psychisch Kranken, um Gleichgültigkeit und Angst und Werteverluste. Es wurde so viel thematisiert. Es kamen Männer, die Angst hatten vorm Armeedienst, Angst davor, an die Grenze zu müssen und einen Schießbefehl zu bekommen. Es gab Frauen, die einfach sagten: ich bin so müde, ich arbeite im Dreischicht-System, ich habe kleine Kinder, ich schaffe den Alltag nicht mehr, ich kann nicht mehr. Und es kamen Leute, die inhaftiert worden waren, die fanden dort eine Stimme. Für mich waren das Keime: wir lernten, offen zu sprechen, wir konnten unserem Schmerz und der Verzweiflung Ausdruck geben, wir konnten aber auch sagen, mit uns ist zu rechnen. Wir sind da.

Dann gab es im Herbst 1984 in Halle das erste überregionale Treffen aller Frauengruppen der DDR. Jedes Jahr gab es ein Arbeitstreffen bis 1989, zuerst in Berlin-Weißensee, danach in Leipzig, in Magdeburg, in Karl-Marx-Stadt und in Jena. Das waren immer sehr wichtige Treffen, weil wir uns gegenseitig über Themen, über Dinge informierten, die wir sonst nicht erfahren hätten. Nicht jeder hatte ein Telefon. Es war einfach schwer zu kommunizieren, mit heute überhaupt nicht zu vergleichen, wenn man an heutige Protestformen denkt. Wir brauchten diese emotionale Unterstützung in der Gruppe. Wir waren ganz unterschiedlich. In der Halleschen Gruppe waren Frauen mit und ohne Kinder, Frauen mit Partner, ohne Partner, verschiedenste Berufe: Theologinnen, Medizinerinnen, Künstlerinnen, Bibliothekarinnen und ich aus der Physik.

Im Sommer 1985 wurde der zentrale operative Vorgang „Die Wespen“ angelegt von der Staatssicherheit. Man hat also eine intensiv subversive Tätigkeit unsererseits mit hoher Gesellschaftsgefährdung proklamiert. Die Stasi versuchte ihren Auftrag ausgiebig zu erfüllen, mit Einschleusung von informellen Mitarbeitern, mit der Verhinderung unserer überregionalen Netzwerke. Man versuchte, Frauen über ihre Arbeitsstellen aus diesem Verband herauszubrechen oder bei anderen, wie mir zum Beispiel, zu verhindern, dass wir über-

haupt jemals Arbeit kriegten. Wir sollten auf keinen Fall mehr Aktionen mit Öffentlichkeitswirksamkeit außerhalb der Kirche machen können. Man sammelte Beweise für Gesetzesverstöße, für Straftatbestände, und man versuchte aufzuklären, wie gut man uns zersetzt hatte. Die Stasi suchte ständig nach Rädelsführern und Hintermännern, denn es kam in den Gedanken dieser Berichterstatter nicht vor, dass Frauen aus eigener Intention und selbstständig sich zu solcher Arbeit und zu solchen Dingen zusammenfinden konnten. Nun kam zunehmend Angst um die eigenen Kinder auf, das war jedenfalls für mich ein ganz wichtiger Punkt. Wir hatten in Halle einen Fall, dass eine Frau, die in der offenen Arbeit der Kirche tätig war, verhaftet wurde. Weil sie nicht verheiratet war, bekam ihr Freund die Kinder nicht, und die Kinder kamen in ein Heim. Aus dieser Erfahrung heraus haben mein Mann und ich in einer Nacht-und-Nebel-Aktion geheiratet, in geborgten Klamotten, und er ist nach 40 Jahren immer noch mein Partner.

Die nächste Friedensdekade kam. Diese Regelmäßigkeit war wichtig, denn die Themen erweiterten sich. Wir von der ökologischen Seite haben einen Abend gestaltet, den ich als sehr großartig erinnere. Der hieß „wir essen schon das Brot von morgen“. Wir hatten ganz viele Brote gebacken im Paulus Gemeindehaus und versuchten das zu verbreiten, was wir wussten aus den Veröffentlichungen des Club of Rome. Die „Grenzen des Wachstums“ wollten wir aufzeigen und einfach aufrütteln. In der gleichen Friedensdekade haben die „Frauen für den Frieden“ eine Aktion gemacht: „Steh auf und geh“ – der Versuch einer Ermutigung. Und da ich die Kinder hatte und nicht mehr gleichzeitig mit dem Mann zur Ökogruppe gehen konnte, bin ich zu dem Zeitpunkt in die Frauengruppe gewechselt. Das war gar nicht so einfach. Aber es klappte dadurch, dass ich Katrin Eigenfeld kannte, und man musste einen langen Atem haben. Wir trafen uns, wir machten die Friedensdekade, es ging eigentlich etwas ruhiger weiter. Wir versuchten, uns gegenseitig den Umgang mit der Angst zu nehmen. Wir haben die Bücher von Jürgen Fuchs gelesen, die Gedächtnisprotokolle und Erzählungen von Inhaftierten versucht

zu verinnerlichen, damit wir uns stark machen, wie wir mit Vernehmungen oder Haftsituationen umgehen könnten.

Und dann kam es am 26. April 1986 zum Unfall von Tschernobyl. Das hat alles wieder sehr verändert. Ich stillte noch unser zweites Kind. Ich habe über meine Sektion Physik probiert, an Messtechnik zu kommen, was aber nicht möglich war. Aber die Vernetzung mit den westlichen Grünen hat Informationen gebracht. Danach ging alles sehr schnell. Die Initiative „Frieden und Menschenrechte“ wurde in Berlin gegründet, dann die Umweltbibliothek. Durch Katrin Eigenfeld haben wir auf konspirativem Wege die „Umweltblätter“ und den „Grenzfall“, diese Zeitschriften, von denen sie vielleicht gehört haben, in Halle verteilt. Ich hatte oft fünf Exemplare, die ich irgendwie weitergeben musste, sollte, durfte, und ich war sauer auf Katrin, dass sie mir nie erzählt, wo sie die herkriegt. Sie sagte, es ist besser so, dass du das nicht weißt.

Ich habe an einer sehr bemerkenswerten Konferenz der evangelischen Akademien Erfurt teilgenommen, mit Horst Eberhard Richter: „Die Angst kann lehren, sich zu wehren“. Diese Dinge haben uns Kraft gegeben. Zum ersten Jahrestag von Tschernobyl wollten, geplant von der Umweltbibliothek in Berlin, Berliner und Hallenser von den „Frauen für den Frieden“ gemeinsam nach Prag fliegen, um sich dort mit den Charta 77-Leuten und anderen zu vernetzen. Es endete damit, dass wir unsere gekauften Flugtickets unter Stasi-Bewachung wieder zurückgeben mussten beim Reisebüro. Wir vier aus Halle bekamen Vorladungen zum Volkspolizei-Kreisamt und wurden vom visafreien Pass-Verkehr der DDR ausgeschlossen. Wir sollten an keine Grenzen mehr kommen. Wir hatten an diesem besagten Tag des Abflugs Berlin-Verbot und durften den Bahnhof nicht betreten. An dem Tag wurde mein Mann zur Fahndung ausgeschrieben, mit der Begründung, er könnte ja beim Übertritt in die Tschechoslowakei Material mitnehmen.

Es gäbe noch vieles, was zu sagen wäre. Wir haben deutlich weniger Aktionen gemacht 1988, die Zersetzung schritt schon voran. Ich wurde mit einer operativen Personenkontrolle bewacht, und die

Ausreise engster Freunde, die Verhaftung ringsum entmutigten. Die persönliche informelle Mitarbeiterin für unsere Gruppe in Halle, für die „Frauen für den Frieden“, wohnte bei uns im Nachbarhaus. Sie war immer sehr hilfreich, auf die Kinder aufzupassen, und hat in dieser Zeit Notizbücher, Post und alles protokolliert. Meinem Mann drohte die Verhaftung, weil er den Reserve-Wehrdienst verweigern wollte. Wir haben außerdem den Alltag kaum noch geschafft in einer sehr maroden Altbauwohnung mit kaputten Heizungen. Wie sollte ich die Hütte warm kriegen, wenn er im Knast sitzt? Also, ich war ganz schön breit damals. Aber wir ließen uns eben einfach diese Haltung nicht kaputt machen. In Kirchen haben wir über Vaclav Havel gesprochen und weiterhin über Tschernobyl, wir haben das Buch „Der vormundschaftliche Staat“ von Rolf Henrich vorgestellt. Und zur Friedensdekade trug ich ein Plakat mit der Aufschrift „Für einen zivilen Ersatzdienst statt Strafvollzug“ durch die Straßen.

Dann kam dieser Sommer '89. Anfang September 1989 wurde in Grünheide bei Katja und Robert Havemann der Gründungsauftrag für das Neue Forum verfasst. Ich war dazu eingeladen, aber ich saß an der Ostsee und war wieder verzweifelt, weil ich schon sehr depressiv war. Am 3. Oktober wurden die Grenzen zur Tschechoslowakei geschlossen. Am 4. Oktober durfte unsere Freundin Luise Kinzel nach zwei Jahren Wartezeit auf ihren Ausreiseantrag ausreisen. Ich sehe mich noch am Bahnhof stehen. Wir haben ihre Wohnung aufgeräumt, ich habe ihr ein Vierteljahr später Dinge gebracht nach Dortmund: Welch Wahnwitz der Geschichte! Am 9. Oktober kamen wir zu einer Schweige-Demonstration in der Marktkirche in Halle zusammen. Beim Polizeieinsatz auf dem Marktplatz wurden sehr viele Leute zugeführt, wir wurden am Ende aus der Kirche durch ein Spalier von Bewaffneten hinausgeführt. Einen Monat später fiel die Mauer.

Für mich war noch wichtig, dass wir hinterher an den Runden Tischen saßen, dass viele von uns Mitglieder des Stadtrates wurden für lange Zeit. Ab dem 12. Januar 1990 war ich als Mitglied der vom „Runden Tisch“ autorisierten Gruppe mehrere Wochen bei der

Auflösung der Bezirksdirektion der Staatssicherheit tätig. Das war mit das Schlimmste, was ich in der Zeit erlebt habe. Da habe ich mich manchmal gefragt, diese friedliche Demonstration ist über die Bühne gegangen, und ich stehe jetzt vor Tresoren voller Waffen und muss die versiegeln? Am nächsten Tag stand der junge Militärstaatsanwalt neben mir und ich sagte ihm, das Siegel zu diesem Raum ist gebrochen. Sehen Sie das nicht? Und er sagte: Bitte, formulieren Sie das nicht weiter. Das ist der Frieden, auf dem hier alles beruht, weshalb wir hier die Aufarbeitung machen können.

Zehn Jahre später haben die 30 Erstunterzeichner des Aufrufs „Neues Forum“ in der Gethsemane-Kirche in Berlin den Nationalpreis erhalten, darunter Katrin Eigenfeld. Das ist toll! Heidi Bohley hat mir vorgestern noch geschrieben, was uns damals zusammengehalten hat: „Wir wachsen, wir werden furchtloser, wir lernen, öffentlich zu reden und wissen, dass wir uns aufeinander verlassen können. Wir nehmen uns die Freiheit.“

Zeitzeuginnen-Podium „Frauen für den Frieden“ in Halle

Mit

Brunhild Köhler

Birgit Neumann-Becker

Moderation: Isabel Fannrich-Lautenschläger



Birgit Neumann-Becker, Brunhild Köhler.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Mir ist durch den Vortrag mal wieder bewusst geworden, dass viel mehr passiert ist an staatlichen Repressionsmaßnahmen, als ich vorher dachte. Selbst wenn nicht alle verhaftet wurden für Monate und Jahre lang, ist dennoch sehr viel passiert mit Stasi und Zersetzung. Sie sind unter das Dach der Kirche gegangen, um einen gewissen Schutz zu finden. Inwiefern haben das in der Gruppe eigentlich alle mitgetragen oder fanden es gut?

Birgit Neumann-Becker: Herzlichen Dank für die Frage und Danke für deinen Bericht, Brunhild. Er hat mir wieder deutlich gemacht, wie wichtig in der Gruppe „Frauen für den Frieden“ die Multiprofessionalität war. Brunhild Köhler ist Physikerin, und eine richtig gute Physikerin, die versteht, wie viel Sprengkraft diese Waffen haben, und weiß, was sie da sagt. Ich bin Geisteswissenschaftlerin. Ich verstehe das gar nicht. Ich habe nur das Bild von: das ist kreuzgefährlich! Das ist mir nochmal durch den Kopf gegangen, als du gesprochen hast: die Zusammenarbeit über Fachbereiche hinweg. Das waren alles richtig gute Fachfrauen, das waren richtig gute Ärztinnen und richtig gute Bibliothekarinnen und du als Physikerin eine richtig tolle Physikerin.

Also dieses war, glaube ich, ganz wichtig, um überhaupt in der Sache uns so deutlich äußern zu können. Im Zusammenhang mit den Strafrechtsverschärfungsgesetzen Ende der 70er Jahre nach dem KSZE-Prozess war es ja strafbewehrt, sich einfach so zu einer Gruppe mit einem Interesse außerhalb staatlicher Formen zu treffen. Deshalb schwebte über jeder Gruppe, die sich gegründet hatte, im Prinzip der Vorwurf eines verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses oder der Vorwurf von ungesetzlicher Verbindungsaufnahme, also das waren alles Paragraphen, Überschriften aus dem Strafgesetzbuch. Und im Zusammenhang mit der Verhaftung von Kathrin Eigenfeld und Lothar Rochau hier in Halle ist deutlich geworden: Das geht irgendwie so nicht, das ist viel zu gefährlich.

Das hat damals die ganze Stadt erschüttert, also den kirchlichen Bereich, den Jugendarbeitsbereich. Lothar Rochau ist dann zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Von Seiten der Kirche gab es hier in Halle einen deutlichen Einsatz des Superintendenten für ihn. Nach dem Urteil hat der Superintendent an den Staatsanwalt hier in Halle geschrieben und hat gesagt, wenn sie Lothar Rochau wegen seiner Jugendarbeit verurteilt haben, dann haben sie ihn im Grunde für das verurteilt, was unsere ganzen kirchlichen Mitarbeiter machen. Die sprechen nämlich mit jungen Leuten, die tauschen sich über Themen aus, und sie kommunizieren mit anderen. Was

eigentlich war daran jetzt staatsfeindlich? Erklären Sie uns das bitte, weil sonst hier eigentlich die ganze Pfarrerschaft mit einem Fuß im Gefängnis steht!

Deshalb war es wichtig, 1983/84 dafür zu sorgen, dass eben diese Gruppe „Frauen für den Frieden“ als Teil des evangelischen Kirchenkreises, ich glaube, an die Katholiken haben wir gar nicht so richtig gedacht, als Teil des evangelischen Kirchenkreises aufgenommen wird. Das war nicht einfach, weniger von Seiten der Frauen, sondern eher von Seiten des Kirchenkreises. Auch da werbe ich immer etwas um Verständnis, die evangelische Kirche wird nun mal von Laien geleitet. Das heißt, es lag in der Verantwortung von Laien, also von Menschen, die ganz normal im Beruf waren und Familie hatten, zu entscheiden, ob diese Gruppe, die potenziell oder doch eher ganz offen DDR-kritische Positionen vertrat und auch in der Öffentlichkeit vertreten wollte, ob die nun unter das Dach des Kirchenkreises kommen darf.

Wir haben da viel geredet. Ich erinnere mich noch sehr intensiv an Gespräche mit dem Superintendenten. Das fand ich auch spannend, so ein bisschen das zu verhandeln damals, und es wurde mit einer Stimme Mehrheit beschlossen. Das heißt, wir hatten Glück.

Wir haben uns dann in der evangelischen Marktgemeinde getroffen. Das ist diese große Kirche, die Sie sehen, wenn Sie auf dem Markt sind, und wo wir dann viele dieser Aktionen gemacht haben, die Klagegottesdienste, die Fastengottesdienste und eben auch wirklich dieses offene Mikrofon. Wir hatten das Zutrauen zu denen, die kamen – wir wussten ja gar nicht, wer kommt – dass die das gut nutzen würden. Irgendwie hatten wir das Vertrauen, dass das schon geht.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ich frage mich, wieso der Staat auf der einen Seite nicht noch repressiver gehandelt und mehr verhaftet hat, längere Haftzeiten verhängt hat? War das einfach nicht mehr die Zeit dafür, oder waren schon zu viele Gruppen im Entstehen und zugange? Und wieso haben auf der anderen Seite Sie sich trotzdem getraut, weiterzumachen? Heidi Bohley hat gesagt, sie hätte immer

wahnsinnige Ängste gehabt, denn sie war bereits älter, schon über 30, und hatte auch Kinder, was dann nochmal eine andere Situation ist.

Birgit Neumann-Becker: Tja, warum wurde nicht repressiver gehandelt? Ich glaube, einer der Gründe liegt wirklich in den Persönlichkeiten der Frauen. Luise Kinzel war eine gute Ärztin. Was hätte man denn erreicht, wenn man diese Ärztin, die hier im Land, im Umland von Halle, eine Hausarztpraxis geführt hat und allgemein anerkannt war, verhaftet hätte? Die konnte man nicht wegen politischer Sachen einfach so in Haft stecken, ohne noch mehr Unruhe zu verbreiten, sondern die Staatssicherheit hat es versucht mit Zersetzungsmaßnahmen. Man hat sehr intensiv durch Infiltration und Zersetzung versucht, den Glauben und das Vertrauen der Umgebung in diese Personen zu untergraben. Luise Kinzel wurde belegt mit Ordnungsstrafen, und zwar sehr hohen, für über 500 Mark, weil sie dieses oder jenes getan hatte, und darüber wurde dann aber auch gesprochen. Dann wurde auch der Kreisarzt darüber informiert, also diese Zersetzungsverfahren durch die Staatssicherheit wurden organisiert, um Personen erstmal langsam aus ihren Strukturen, in denen sie gelebt haben, herauszulösen.

Ich habe als Landesbeauftragte mit sehr vielen solcher Geschichten und Erfahrungen zu tun und habe vor einiger Zeit gedacht: Wir haben hier in Halle keine friedliche Revolution erlebt, jedenfalls nicht eine durchgehend friedliche Revolution, sondern das Gegenteil. Anfang Oktober gab es hier brutale Übergriffe der Polizei. Die Gruppe „Frauen für den Frieden“ war eine Wegbereiterin dieses Umsturzes und Umbruchs. Wir haben hier in Halle immer so ein Understatement. Also Leipzig, 30 Kilometer weiter, das ist eine Heldenstadt, und wir haben das eben in Halle gemacht und sprechen nicht so viel darüber.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Woran liegt das?

Birgit Neumann-Becker: Ja, wir sind so. Also ich glaube, in Halle haben wir irgendwie nicht dieses Heroische, und wir reden da auch nicht so viel drüber. Wenn man sich hier in der Stadt umguckt, wo

sind denn die Zeichen der Friedlichen Revolution? Da können Sie in der Nähe der Händelhalle eine verschämte Kerze sehen, lauter so komisches Zeug.

Deshalb habe ich gedacht, es wäre wichtig, sich nochmal die Aktenlage anzugucken, und hab einen Forschungsantrag gestellt zu unserer Gruppe „Frauen für den Frieden“ im Stasiunterlagen-Archiv. Aber ich will eigentlich auch in die anderen Archive noch schauen, vor allem in die kirchlichen Archive.

Das ist schon bestürzend, was dort zu sehen ist, zum einen die Masse an Verfahren und an operativen Vorgängen. Das ist dann die Steigerung der operativen Personenkontrolle gegen alle Frauen. Also jede Frau einzeln hatte einen operativen Vorgang, und die ganze Gruppe hatte einen operativen Vorgang, und alle Gruppen „Frauen für den Frieden“ waren wiederum in einen DDR-weiten operativen Vorgang zusammengefasst. Die Staatssicherheit hatte ein klares Feindbild. Das galt zum einen den jungen Menschen, die Jugendlichen wurden zu Feinden dieses Staates erklärt und bearbeitet, und eben die Frauen, weil sie nicht so einfach gleichzuschalten, zu disziplinieren waren. Und ich will es mal an dieser Stelle aussprechen, auch jetzt hat wieder eine Frau den Friedensnobelpreis bekommen, weil sie genauso eben nicht funktioniert, wie der patriarchale Staat Iran das vorsieht: die iranische Frauenrechtlerin Narges Mohammadi sitzt seit Jahren im Gefängnis und sagt, ich mache das nicht mit, und ich mache das auch für die anderen Frauen nicht mit.

Ich glaube, das war auch das, was uns da getragen hat, zu sagen, wir rafften uns auf, wir ermutigen uns, und wir wissen zugleich, wir kennen alle zehn andere Frauen, die würden es eigentlich auch machen, oder vielleicht mal irgendwann, aber im Moment sind sie nicht in der Verfassung oder an dem Punkt, das zu tun.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Aber das heißt dann, die Zersetzung hat nicht funktioniert, weil diese Frauen als Gruppe so stark waren.

Birgit Neumann-Becker: Die Zersetzung hat jedenfalls nicht so funktioniert, wie es die Staatssicherheit wollte. Was wir schon sehen, ist, dass sie Folgen hat, einfach weil dauerhaft Ängste ausgelöst werden. Wenn sich Menschen über Jahre damit beschäftigen, was tue ich, wenn ich verhaftet werde, was passiert dann mit meinen Kindern? Auch das hat Folgen. Es gibt schon die Beobachtung, dass eine ganze Reihe der Frauen, nicht nur bei uns in der Gruppe, sondern auch in den anderen Frauengruppen und auch bei den oppositionellen Gruppen, an sehr eigenartigen Erkrankungen leiden, seltene Erkrankungen haben und auch durchaus früher sterben als andere. Und auch das wissen wir ja, aus der Haftzeit ohnehin, dass das lebensverkürzend sein kann, nicht bei allen zum Glück, aber sein kann durch körperliche Prozesse, die ausgelöst worden sind durch diesen Stress und die dauerhafte Belastung.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Wollen Sie, Frau Köhler, noch etwas sagen dazu? Nein. Dann können wir noch drei Wortmeldungen aus dem Publikum annehmen.

Angelika Schmidt: Ich danke vor allem Frau Köhler für ihren Vortrag. Also das hat mich sehr berührt. Klar, wir waren im Gefängnis wegen eines missglückten Fluchtversuchs, aber irgendwann, irgendwann waren wir dann im Westen. Aber was Sie alle riskiert haben! Am Ende stand auch manchmal Verhaftung und Haft. Ich weiß zum Beispiel von der Schwester meiner Schulfreundin in Merseburg, die hat sich in „Schwerter zu Pflugscharen“ organisiert und mitgemacht, die war Lehrerin von Beruf. Und sie wurde umgehend zum Schulleiter zitiert, und er hat nur einen Satz gesagt: Fräulein! Noch einmal so eine Aktion, und Sie gehörten die längste Zeit zu unserem Lehrerkollegium.

Aus dem Publikum: Also, ich möchte mich vielmals bedanken. Es hieß „Schwerter zu Pflugscharen“, und dann Kaffeetrinken, habe ich immer wieder besucht, und ich bin froh und dankbar, dass ich dort war. Ihr Vortrag war einfach fantastisch. Ich danke vielmals.

Birgit Neumann-Becker: Wenn sich niemand mehr meldet, hätte ich noch einen Gedanken: Brunhild Köhler hat berichtet, dass wir Treffen der Frauengruppen gemacht haben, und ich glaube, das erste war hier in Halle, und die wurden dann einmal im Jahr fortgesetzt. Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Basis auch für das Weitermachen, für das Durchhalten, auch für immer wieder neue Impulse gewesen ist. Mir ging so der Gedanke durch den Kopf, ob diese Vernetzungstreffen nicht ein früher Beginn Ihres Frauenforums gewesen sind und wir hier an der Stelle auch ein Stückchen anschließen. Deshalb herzlichen Dank auch dafür, dass für dieses Thema hier Zeit eingeräumt worden ist.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Also vielen herzlichen Dank an Sie beide für diesen tiefen Einblick, und ich finde, das Forschen in den Akten ist wirklich nötig, um die Dimension aufzuzeigen, die diese ganzen Friedensbewegungen in den 80er Jahren dann doch haben.

Traumafolgestörungen

Körperliche und psychische Folgen politischer Haft

Tolou Maslahati,
Psychologin Charité
Universitätsmedizin Berlin



Meine Aufgabe ist es, Ihnen heute etwas über Traumafolgestörungen zu erzählen und insbesondere auf die Folgen politischer Haft in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR einzugehen.

Ich werde das erstmal allgemein halten: Was ist überhaupt ein Trauma? Was für Folgen können sich daraus entwickeln für die körperliche und psychische Gesundheit von Betroffenen? Kurz gehe ich auch auf die zweite Generation ein: Was für Folgen können sich daraus für die Nachkommen von Betroffenen ergeben? Wir haben an der Charité eine Studie durchgeführt, die sich „DDR-Unrecht“ nennt, wo wir ehemals politisch Inhaftierte der DDR und der SBZ untersucht haben und auch deren Nachkommen. Ich präsentiere Ihnen hier erste vorläufige Ergebnisse.

Ich arbeite in dem Forschungsverbund Landschaften der Verfolgung. Das ist ein großer Verbund mit vielen anderen Projektbeteiligten, die Gedenkstätte Hohenschönhausen zum Beispiel gehört auch dazu. Ziel unserer Studie war es zu erfassen, was hatte denn jetzt die Haft für Auswirkungen für die Betroffenen?

Dabei untersuchen wir Traumafolgen. Ein Trauma ist definiert im ICD-11, einem Diagnose Manual, das in Deutschland verwendet wird, um alle möglichen Erkrankungen zu klassifizieren. Dort steht für „Trauma“: „Ein Trauma ist ein extrem bedrohliches Ereignis beziehungsweise eine Serie von extrem bedrohlichen Ereignissen“. Inzwischen gibt es auch die Diagnose einer komplexen posttraumatischen Belastungsstörung. Da geht man davon aus, dass die sich entwickeln kann, wenn man lang andauernde Traumata erlebt. Das heißt, wir haben nicht nur ein einzelnes traumatisches Ereignis, wie zum Beispiel einen schlimmen Unfall, sondern immer wieder wird man traumatisiert, wie zum Beispiel während der Haft.

Ich habe Ihnen hier als nächstes die Typologien von Traumata mitgebracht. Die hat Herr Professor Maercker aufgestellt, und ich finde, da sieht man nochmal ganz schön, was es für Ausmaße gibt.



Typologien von Traumata (nach Maercker, 2009)

	Akzidentelle Traumata	Man-made Traumata (Interpersonell)
Typ-I Traumata Einmalige, akute Lebensgefahr, unerwartet	<ul style="list-style-type: none"> • Unfälle • Kurzandauernde Naturkatastrophen (z.B. Wirbelsturm) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kriminelle und körperliche Gewalt • Vergewaltigung • Zivile Gewalterlebnisse (z.B. Banküberfall)
Typ-II Traumata Wiederholt, langanhaltend, unvorhersehbarer Verlauf	<ul style="list-style-type: none"> • Langanhaltende Naturkatastrophen (z.B. Flut) • Technische Katastrophen (z.B. Giftgasunfall) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sexuelle und körperliche Misshandlungen in der Kindheit • Geiselnhaft • Kriegserlebnisse • Folter und politische Inhaftierung


 Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie

Es gibt die sogenannten Typ-I-Traumata, die akzidentell passieren, zum Beispiel ein Unfall. Auch das kann schon sehr traumatisch für Betroffene sein. Typ-2-Traumata sind lang andauernde Traumata, wie zum Beispiel bei lang andauernden Naturkatastrophen. In der rechten Hälfte sehen wir die sogenannten man-made-Traumata, das

sind interpersonelle Traumata, also von Menschen zugefügt. Man geht davon aus, dass das für die Betroffenen nochmal schwerwiegender ist als akzidentelle Traumata, da es ihr Weltbild sehr beeinflusst: Ein Mensch hat mir das willentlich zugefügt, dass mir etwas Schlechtes passiert.

Auch da unterscheidet man Typ I und Typ II, das heißt einmalig oder mehrfach. Ein einmaliger Überfall wäre ein Beispiel für ein man-made-Trauma des Typ I. Langandauernde Traumatisierungen sind sexuelle und körperliche Misshandlungen in der Kindheit oder Kriegserlebnisse und politische Inhaftierung. Wir sehen also, bei Menschen, die in politischer Haft waren, wie zum Beispiel in der DDR, handelt es sich um die schwerwiegendste Traumatisierung, die es geben kann. Die ist man-made, von Menschen gemacht, wiederholt und lang andauernd. Hier sehen wir sogar das Kriterium für eine komplexe posttraumatische Belastungsstörung erfüllt.

Was ist das eigentlich? Das ist die typischste Diagnose, die, glaube ich, alle immer im Sinn haben, wenn man von einer Traumafolgestörung spricht.

Für die Diagnose einer PTBS muss zunächst mal das Kriterium erfüllt sein, dass man ein Trauma erlebt hat. Weitere Kriterien sind Intrusionen, Vermeidung und Hyperarousal.

Zu Intrusionen gehören sogenannte Flashbacks: Man hat auf einmal wieder die Bilder von damals im Kopf, die Bilder von der Traumatisierung. Die Bilder sind aber nur eine mögliche Form der Intrusion. Es kann auch einfach ein Gefühl sein, ein ungutes Gefühl, wie man sich damals gefühlt hat, ein Sich-Ausgeliefert-Fühlen, ein Hilflos-Fühlen. Auch das ist eine Form der Intrusion. Albträume sind das nächste typischste Intrusionsmerkmal, unter dem viele Menschen leiden. Intrusionen unterscheiden sich von Erinnerungen, weil sie sich anfühlen, als wäre es im Hier und Jetzt. Es fühlt sich an, als wäre diese Bedrohung wieder im jetzigen Moment real.

Das nächste Symptom ist die Vermeidung. Man versucht zu vermeiden, über das Trauma nachzudenken. Das heißt, man meidet

Themen, die damit im Zusammenhang stehen, man meidet Orte, die damit im Zusammenhang stehen, man meidet Personen. Das Knifflige bei einer PTBS ist, dass man nicht immer weiß, welche Sachen stehen im Zusammenhang mit dem Trauma. Manchmal sind es Gerüche oder Geräusche, und dessen ist man sich nicht unbedingt bewusst. Das heißt, Menschen, die davon betroffen sind, ziehen sich oft immer weiter zurück, weil sie unerwartet diese Erinnerung ausgelöst bekommen und für sich nicht mehr gut unterscheiden können: Wann kommt es jetzt, und wann kommt es nicht? Und dann versuchen sie, alles Mögliche zu vermeiden, manchmal verlassen sie kaum noch das Haus aus Angst, diese unerträglichen Erinnerungen wieder zu bekommen.

Der letzte Punkt ist das sogenannte Hyperarousal. Das ist wie ein durchgehender Anspannungszustand bei den Personen. Manche sind sehr schreckhaft, weil sie so angespannt sind, oder leicht reizbar, auch Wutausbrüche hängen damit zusammen. Das liegt dann daran, auch biologisch kann es nachgewiesen werden, dass wegen erhöhter Stresssymptome die Personen nie in einen Entspannungszustand kommen. Wenn jemand die ganze Zeit angespannt ist, ist nachzuvollziehen, dass es zu emotionalen Ausbrüchen kommen kann.

Was mir hier wichtig ist: Die posttraumatische Belastungsstörung ist eine Traumafolgestörung, aber gar nicht mal die häufigste. Es gibt auch viele andere psychische Erkrankungen, die im Zusammenhang mit Traumata stehen, zum Beispiel affektive Störungen wie Depressionen gehören dazu, und die sind tatsächlich viel häufiger als eine PTBS. Etwa ein Viertel der Menschen in Deutschland erleiden ein Trauma in ihrem Leben, aber nur drei Prozent entwickeln eine posttraumatische Belastungsstörung. Viel häufiger entwickeln Menschen andere psychische Störungen, die aber auch auf das Trauma zurückzuführen sein können, wie zum Beispiel die Depression. Die häufigsten Erkrankungen, die nach Trauma entdeckt wurden oder damit im Zusammenhang stehen, sind:

- Abhängigkeitserkrankungen
- Angststörungen

- Schlafstörungen
- Essstörungen
- eine erhöhte Suizid-Versuchsrate.

Es gibt nicht nur psychische Folgestörungen, auch körperliche Erkrankungen können eine Folge von Traumatisierungen sein. An oberster Stelle stehen die kardiovaskulären Erkrankungen, also Störungen des Herz-Kreislauf-Systems:

- Herzinfarkt
- Schlaganfälle
- Bluthochdruck.

Ebenfalls häufiger beobachtet werden inflammatorische Erkrankungen wie zum Beispiel Gelenkbeschwerden, Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes Mellitus oder Autoimmunerkrankungen, so Schilddrüsenerkrankungen zum Beispiel.

Wir wissen also, Menschen, die traumatisiert wurden, haben ein erhöhtes Risiko für psychische und körperliche Erkrankungen verschiedener Arten. Wie sieht es in der nächsten Generation aus?

Die ersten Forschungen dazu kamen von der Gruppe um Rachel Yehuda. Sie hat viel geforscht zu Holocaust-Überlebenden. Die Nachkommen von Menschen, die zum Beispiel in Konzentrationslagern waren, hatten ein erhöhtes Risiko für posttraumatische Belastungsstörungen, Depressionen und Substanzabhängigkeit, also Abhängigkeitserkrankungen. Dabei hatte die Forschungsgruppe um Rachel Yehuda festgestellt, dass vor allem, wenn die Mutter eine PTBS hatte, das Risiko bei den Nachkommen um ein Vielfaches erhöht war, ebenfalls eine psychische Erkrankung zu entwickeln.

Inzwischen gibt es auch Forschungsergebnisse zu anderen Gruppen, nicht nur zu Holocaust-Überlebenden, zum Beispiel zu Betroffenen von politischer Folter aus dem Irak oder dem Libanon. Eine Gruppe in Schweden hat das untersucht, und hier wurden Nachkommen von geflüchteten Menschen, die politische Traumata erlebt haben,

verglichen mit Nachkommen auch von geflüchteten Menschen, die aber nicht politischer Folter und Traumatisierung ausgesetzt waren. Im Vergleich zu diesen Nachkommen, wo die Eltern nicht traumatisiert wurden, hatten die anderen Kinder häufiger Angststörungen, posttraumatische Belastungsstörung, und sie haben vermehrt Aufmerksamkeits- und Verhaltensstörungen gezeigt, eine häufige Diagnose bei Kindern.

Wie kommt es dazu, dass diese Nachkommen auch traumatisiert sind? Man könnte im ersten Moment denken, wenn die Eltern inhaftiert werden und die Kinder in ein Heim kommen, ist das für sie auch sehr stressig und traumatisierend. Dann entwickeln die eben irgendwelche Symptome. Wir wissen aber inzwischen, dass auch Kinder, die erst nach der Haft geboren wurden, ebenfalls ein erhöhtes Risiko aufzeigen. Man hat früher immer gedacht, dass das eben auf Umweltfaktoren zurückzuführen ist. Zum Beispiel, die Eltern sind krank. Das ist anstrengend für die Kinder, also entwickeln sie ein höheres Risiko zu erkranken.

Inzwischen gibt es aber Hinweise darauf, dass auch biologische und epigenetische Faktoren wirken. Man geht also davon aus, dass auch, wenn die Mutter traumatisiert wird und das Kind erst einige Jahre später zur Welt kommt, es ein erhöhtes genetisches oder biologisches Risiko hat, eine Erkrankung im Nachhinein zu entwickeln. Da ist es nicht so, dass die DNA an sich verändert wird, die bleibt die gleiche, aber es wird verändert, inwiefern bestimmte Gene aktiviert werden oder nicht. Und bei psychischen Traumata geht man davon aus, dass ein bestimmtes Gen, was auf Stress anspringt, überaktiviert sein kann, und durch diese Überaktivierung kann es bei den Kindern dazu kommen, dass, wenn sie später selbst Stress erleben, sie stärker darauf reagieren. Normalerweise kann man Stress eine Weile abpuffern, aber wenn es diese genetische Veränderung gibt, ist man biologisch anfälliger dafür, auf diesen Stress zu reagieren und deswegen auch bestimmte Folgeerkrankungen zu entwickeln.

Nun zu unserer Studie. Wir haben noch keine statistischen Analysen durchgeführt, wir sind aber am Ende der Rekrutierung. Die Studie endet dieses Jahr 2023, und dann werden wir die Daten ordentlich auswerten. Da freue ich mich auch auf Diskussionen und auf Ihre Meinung, was Sie denken, was wir auf jeden Fall beachten sollten bei den Auswertungen. Ich zeige Ihnen erstmal, was wir bisher haben.

Wir haben über ganz viele verschiedene Kanäle versucht, Menschen zu gewinnen, die an unserer Studie teilnehmen. Vielen Dank an jede einzelne Person, die teilgenommen hat! Wir haben Kooperationen gebildet mit verschiedenen Vergleichsstudien. Wir haben nämlich das Problem, dass, wenn wir die Menschen heute untersuchen, uns dann gesagt wird, na ja, wer weiß, ob die Haft in der DDR jetzt für die Erkrankung irgendwie verantwortlich ist oder nicht. Und das stimmt. Auch wir können keine Kausalität eindeutig feststellen. Was wir aber versuchen, ist, Menschen, die in der DDR inhaftiert waren, zu vergleichen mit der allgemeinen Population in Deutschland. Dafür haben wir diverse Vergleichsstudien kontaktiert. Wir benutzen genau die gleichen Instrumente und untersuchen nach den gleichen Kriterien wie die folgenden Studien:

- NAKO-Gesundheitsstudie
- **Study of Health in Pomerania (SHIP)**
- DEGS-Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland
- Berliner Initiative Studie (BIS)

Besonders wichtig ist die hier hervorgehobene Studie „Health in Pomerania“, weil sie Menschen in Mecklenburg-Vorpommern untersucht hat und auch geographisch gut zu unserer Untersuchung passt.

Hier ein paar demografische Daten: Die Personen haben also bei uns teilgenommen, wir haben Interviews gemacht, haben Blut abgenommen, Gedächtnistests durchgeführt. Denn es gibt Hinweise, dass mit zunehmendem Alter die Gedächtnisleistungen nachlassen

Demografische Daten – ehemals politisch Inhaftierte (n = 283)

	Frauen (n = 61; 21.6%)	Männer (n = 222; 78.5 %)
Alter in Jahren	$\bar{X} = 67.4$ ($SD = 8.5$)	$\bar{X} = 69.2$ ($SD = 8.9$)
Berufsstatus		
Vollzeit	8.2 %	17.6 %
Teilzeit	4.9 %	5.9 %
Altersrente	70.5 %	56.8 %
Erwerbsminderungsrente	4.9 %	5.4 %
Arbeitslos	1.6 %	4.5 %
Haftdauer in Mon.	$\bar{X} = 14.4$ ($SD = 9.5$)	$\bar{X} = 24.3$ ($SD = 15.5$)
Mehrfachverhaftung	13.1 %	20.3 %
Rehabilitiert	96.7 %	91.9 %
Empfinden Rehabilitation als ausreichend	18.0 %	34.7 %

CHARITÉ | Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie

bei Menschen, die traumatisiert wurden. Ungefähr 20 Prozent der Personen, die teilgenommen haben, waren Frauen und fast 80 Prozent Männer. Ich glaube, das spiegelt in etwa das Verhältnis, wie es tatsächlich damals in der DDR war, also dass circa 80 Prozent männliche Personen inhaftiert waren und 20 Prozent Frauen.

Die durchschnittliche Haftdauer bei Frauen betrug 14 Monate. Mehrfach inhaftiert waren zirka 13 Prozent der Frauen, die bei uns teilgenommen haben. Ein Großteil war rehabilitiert. Das war aber nur in unserer Studie so und sagt nichts über die allgemeine Quote bei der Rehabilitation aus.

Nur 18 Prozent der Frauen, die bei uns teilgenommen haben, haben gesagt, sie empfinden die Rehabilitation als ausreichend oder auch die Aufarbeitung als ausreichend. Das ist für mich ein wichtiger Punkt.

In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse unserer Studie zu sehen, was die Häufigkeit psychischer Erkrankungen bei ehemals Inhaftierten im Vergleich zum Rest der Bevölkerung betrifft. Dazu muss man sagen, dass der bundesweite Durchschnitt nicht nach Geschlechtern getrennt ist.

Psychiatrische Diagnosen ehemals politisch Inhaftierter (n = 244)

Diagnose	Frauen (n = 52) Lifetime in %	Männer (n = 192) Lifetime in %	Prävalenz in Deutschland in %
Keine Diagnose	15.4	21.9	---
Angststörungen (F40 – F41)	59.6	23.4	15.3
Affektive Störung (F32 – F34)	53.9	31.8	16 - 20
Somatoforme Störung (F45)	43.3	30.2	12.9
PTBS (F43.1)	40.4	22.4	1,5 - 2
Alkoholmissbrauch (F10.1)	17.3	30.2	15
Alkoholabhängigkeit (F10.2)	15.4	19.8	5
Zwangsstörung (F42)	5.8	1.0	2 - 3
Esstörung (F50)	1.9	0.0	0.9

CHARITÉ | Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie

Frauen haben grundsätzlich ein erhöhtes Risiko für die meisten psychischen Erkrankungen, für die Posttraumatische Belastungsstörung, für affektive Störungen wie Depressionen und für Angststörungen. Männer haben ein erhöhtes Risiko für Alkoholabhängigkeit im Vergleich zu Frauen. Nur 15 Prozent der Frauen, die bei uns teilgenommen haben, hatten in ihrem Leben niemals eine psychische Erkrankung. Alle anderen hatten irgendwann mal in ihrem Leben

Körperliche Erkrankungen ehemals politisch Inhaftierter (n = 283)

Erkrankung (Lifetime)	Frauen (n = 61) in %	Männer (n = 222) in %	Prävalenzen in Deutschland in %
Keine der genannten Erkrankungen	3.3	9.5	---
Muskel-Skelett-Erkrankung	73.8	50.5	ca. 40
Krebserkrankung	42.6	38.3	5,3
Diabetes Mellitus	6.6	20.7	8,9
Nierenerkrankung	22.9	12.2	2.3
Chronisch obstruktive Lungenerkrankung	14.8	19.4	4.5

CHARITÉ | Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie

31

Angststörungen oder Depression oder eine Somatoforme Störung, dazu gehören Schmerzstörungen. Solche psychischen Erkrankungen treten bei den Teilnehmerinnen unserer Studie deskriptiv eindeutig häufiger auf als im Bundesdurchschnitt.

Bei den körperlichen Erkrankungen zeigt sich ein ähnliches Bild. Muskel-Skelett-Erkrankungen sind bei 70 Prozent der Frauen, die bei uns teilgenommen haben, erfüllt gewesen, Krebserkrankungen auch bei 40 Prozent. Sie sehen dazu stets auf der rechten Seite die Zahlen in der Allgemeinbevölkerung, nicht nach Geschlechtern getrennt. Allerdings möchte ich auch betonen, dass es sich um reine Häufigkeitsbeschreibungen handelt.

 **Körperliche Erkrankungen ehemals politisch Inhaftierter**
(n = 283)

Herz-Kreislauf-erkrankunge n (Lifetime)	Frauen (n = 61) in %	Männer (n = 222) in %	Prävalenz in Deutschland in %
Keine Herz-Kreislauf-erkrankung	63.9	65.8	---
Bluthochdruck	47.5	27.5	31.8
Herzrhythmusstörungen	22.9	48.2	2.5
Herzinsuffizienz	6.6	11.7	3,4
Herzinfarkt	4.9	11.3	4,7

Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind hier wegen ihrer besonderen Relevanz ein bisschen genauer aufgeteilt. Bluthochdruck ist ohnehin eine häufige Erkrankung in Deutschland, 30 Prozent in Deutschland entwickeln irgendwann Bluthochdruck in ihrem Leben, aber bei den Frauen, die bei uns teilgenommen haben und inhaftiert waren, waren es 47 Prozent. Die Herzrhythmusstörung tritt mit knapp 23 Prozent auch deutlich häufiger auf.

Bei den Nachkommen der Betroffenen sehen Sie hier zunächst die psychischen Erkrankungen: Somatoforme Störungen, affektive

Psychiatrische Diagnosen: Nachkommen ehemals polit. Inhaftierter (n = 138)

Diagnose	Frauen (n = 69) Lifetime in %	Männer (n = 69) Lifetime in %	Prävalenz in Deutschland in %
Keine Diagnose	28.9	46.4	---
Somatoforme Störung (F45)	46.4	18.8	12.9
Affektive Störung (F32 – F34)	39.1	4.4	16 - 20
Angststörungen (F40 – F41)	40.6	14.5	15.3
PTBS (F43.1)	21.7	5.8	1.5 - 2
Alkoholmissbrauch (F10.1)	2.9	17.4	15
Alkoholabhängigkeit (F10.2)	2.9	10.1	5
Zwangsstörung (F42)	4.4	0.0	2 - 3
Essstörung (F50)	5.8	1.5	0.9

UO KG
CHARITÉ | Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie 23

Störungen und Angststörungen treten deutlich häufiger auf als im Bevölkerungsdurchschnitt. Immerhin jede fünfte Person der Nachkommen, die bei uns teilgenommen haben, hat irgendwann eine Posttraumatische Belastungsstörung entwickelt. Also auch hier können wir bestätigen, was die bisherigen Forschungsergebnisse gezeigt haben, dass die Nachkommen von Menschen, die in der DDR und SBZ in politischer Haft waren, zumindest deskriptiv erhöhte psychische Erkrankungen aufweisen, viele Jahre nach dem Mauerfall.

Die körperlichen Erkrankungen treten bei den Nachkommen ebenfalls durchweg häufiger auf. Soweit zu unseren Ergebnissen.

Ich finde es wichtig, dass weiter zu diesem Thema geforscht wird, damit man endlich belastbare Zahlen hat. Es gibt bereits einige wichtige Studien auch zu Menschen, die in der DDR inhaftiert waren. Aber bei weitem nicht genug, und bei weitem sind sie nicht aussagekräftig genug. Wir versuchen, diese Lücke zu schließen. Wir werden auch von der Politik immer wieder angefragt, von Menschen, die Gutachten erstellen. Die wissenschaftliche Grundlage ist anscheinend noch nicht gut genug, dass wir bekräftigen können für die Betroffenen: Ihre gesundheitlichen Probleme sind eine Folge der politischen Haft und der Traumatisierung in der DDR.

Körperliche Erkrankungen Nachkommen ehemals polit. Inhaftierter (n = 151)

Erkrankung (Lifetime)	Betroffene in %	Prävalenz in Deutschland in %
Keine körperliche Erkrankung	16.4	---
Muskel-Skelett-Erkrankung	53.7	ca. 40
Nierenerkrankung	19.9	2.3
Krebserkrankung	25.2	5.3
Diabetes Mellitus	14.6	8.9
Chronisch obstruktive Lungenerkrankung	7.9	4.5

Gleichzeitig wollen wir Faktoren identifizieren, die dazu beitragen, dass es den Menschen besser geht. Das ist vielleicht auch wichtig zu sagen: Nicht alle, die bei uns teilgenommen haben, fühlen sich beeinträchtigt, nicht alle haben körperliche oder psychische Erkrankungen. Da ist interessant zu schauen, was führt denn dazu, dass manche krank werden und manche nicht? Wo können wir soziale Unterstützung leisten? Können wir Faktoren identifizieren, die für Personen hilfreich sind? Die dazu beitragen, dass diese Personen resilient sind? Frau Professor Glaesmer wird darauf nachher noch eingehen. Die Ergebnisse solcher Studien sind auch für andere traumatisierte Populationen wichtig. Die Erkenntnisse lassen sich zum Beispiel in Präventionsprogramme mit einbringen, es ist also auch für andere Gruppen sehr wichtig, dass das erforscht wird.

Fragerunde Traumafolgestörungen



Isabel Fannrich-Lautenschläger: Sie haben bereits gesagt, das ist nicht die erste Studie. Was war anders als bei den vorhergehenden Studien? Haben die Ergebnisse Sie überrascht oder eher bestätigt in dem, was man bisher wusste?

Tolou Maslahati: Der erste Unterschied ist, dass bisher körperliche Erkrankungen, also tatsächliche körperliche Diagnosen bei Menschen, die in der DDR inhaftiert waren, noch gar nicht untersucht wurden. Vorher wurden körperliche Beschwerden untersucht, dass man weiß, okay, die haben mehr Rückenschmerzen zum Beispiel. Aber tatsächlich, welche körperlichen Erkrankungen, welche Diagnose liegt vor, das wurde bisher noch gar nicht untersucht.

Auch psychiatrische Diagnosen wurden noch nicht so systematisch untersucht. Oft handelte es sich um Fragebögen, oder wenn richtige Diagnosen gestellt wurden, wurden Menschen untersucht, die schon

in Behandlung waren. Das war dann auch nicht repräsentativ, weil das nicht alle Betroffenen waren, sondern nur die, die sich in Behandlung begeben haben.

Überrascht haben mich die Ergebnisse nicht. Wir konnten eher bekräftigen, was bisher schon vermutet wurde. Was mich aber überrascht hat, ist, wie wenig nach wie vor die Betroffenen gehört werden, also wie oft angezweifelt wird, dass ihre gesundheitlichen Einschränkungen Folgen der politischen Haft sind. Das war mir, glaube ich, vorher nicht so klar, bevor ich in die Materie eingestiegen bin.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Die körperlichen Folgeerscheinungen, die Sie genannt haben, sind das direkte Folgeerscheinungen, oder sind das psychosomatische? Kann man da schon eine Antwort geben?

Tolou Maslahati: Ich kann die Antwort noch nicht geben. Es ist vielleicht wichtig zu sagen, eine somatoforme Erkrankung ist eine psychiatrische Diagnose, aber ein Bluthochdruck liegt zum Teil auch bei Menschen vor, die keine psychische Diagnose haben, und liegt mehr vor als in der allgemeinen Bevölkerung. Diese beschreibenden Ergebnisse könnten darauf hindeuten, dass das eine Folge der Haft ist, die nicht psychosomatisch ist.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Haben Sie diese körperlichen und psychischen Erkrankungen auch in Zusammenhang setzen können zum Haftzeitraum und Haftort möglicherweise? Es wäre auch mal interessant, ob es in einer bestimmten Zeit, also für Inhaftierte, in der bestimmten Zeit erhöhtes Vorkommen gibt und auch an bestimmten Haftorten vielleicht. Ich meine, das ist schon sehr speziell.

Tolou Maslahati: Das ist etwas, was wir auf jeden Fall nochmal untersuchen wollen. Ich habe das noch nicht auf die Schnelle herausfinden können bei dem ersten Blick in die Daten. Aber es gibt Voruntersuchungen, es gibt die sogenannte Dresden-Studie. Die wurde in den 90er Jahren durchgeführt von Professor Maerker unter anderem auch, und dort wurde kein Zusammenhang mit der Haftperiode gefunden. Man würde es annehmen, weil am Anfang, in den ersten Jahren,

es mehr Hungerphasen und körperliche Gewalt gab. Das wurde dann weniger, aber die Traumatisierung wurde nicht weniger, die wurde nur weniger körperlich. Die psychische Traumatisierung war weiterhin gegeben, und es ließ sich kein Unterschied feststellen in Hinblick auf die Folgeschäden.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Sie haben politische Haftfolgen untersucht, und es gab auch andere Formen politischer Verfolgung, Zersetzung beispielsweise. Können Sie dazu etwas sagen, wie da die Folgen waren?

Tolou Maslahati: Da gebe ich weiter an meine Kollegin Anne Maltusch, die speziell die Zersetzungsmaßnahmen zum Thema hat. Was ich vielleicht ein bisschen vorwegnehmen kann: Es gibt eine neue Arbeit, die wurde vor kurzem publiziert und zeigt: auch Zersetzungsmaßnahmen sind für Betroffene traumatisierend, sie erfüllen das Trauma-Kriterium. Vielleicht nur so viel.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Die Arbeit des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“ geht leider nicht weiter. Gibt es irgendeine Aussicht auf weitere Förderung Ihrer Forschungen?

Tolou Maslahati: Wir wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. Diese Förderung ist ausgelaufen im April. Die Charité arbeitet jetzt gerade aus anderen Töpfen für sich trotzdem weiter, eigenfinanziert, um die Studie noch zu Ende zu führen. Es sieht nicht so aus, als würden wir weiter gefördert werden, aber wir sind bemüht, andere Finanzierungen zu finden, weil wir diese Forschung ganz wichtig finden und die Arbeit gerne fortsetzen würden. Zum aktuellen Zeitpunkt haben wir aber keine Zusagen.

Edith Tust: Wie fasst es der Gesundheitsminister Lauterbach auf? Und zum anderen: Geht diese Studie auch an die Krankenkassen, sind die Ärzte im Bundesgebiet darüber informiert? Gibt es Entschädigung für die Opfer? Wie weit ist da die Politik? Also, ich glaube, so, wie mir bekannt ist, sind die nicht so weit. Man merkt das auf anderen Gebieten, das mit diesem Haushalt auch dort der Rotstift regiert.

Waltraud Thiele: Ich bin im Roten Ochsen geboren, und meine Mutter ist danach nach Sachsenhausen gekommen. Ich mit. Als die Lager Sachsenhausen und alle geschlossen worden sind, war dann der Sammeltransport. Für die Frauen in die Haftanstalt Hoheneck, und die 26 Kinder, die in Sachsenhausen waren, sind mitgekommen nach Hoheneck. Dort waren wir ein halbes Jahr, und dann sind die Kinder aufgeteilt worden in Heime um Leipzig herum. Ich kann mich an das meiste nicht erinnern. Bis zu fünf, sechs Jahren habe ich keine Ahnung, ich lag nur in meinem Bett. Ich konnte mit fünf Jahren, sechs Jahren nicht laufen, nicht sprechen, und das sind die Schädigungen, die ich durch den Knast hatte. Bei jedem war es anders.

Die Erzieher, die waren nicht etwa liebevoll. Ich kann mich an eins erinnern, wo wir dann entlassen worden sind. Da kam ein Mann im Anzug, der schenkte mir Äpfel. Der sah aus wie Wilhelm Pieck. Wir hatten in dem Heim an den Wänden nur Bilder von Führern der DDR oder der Sowjetunion. Der Mann und eine der Schwestern, in unserem Heim haben nur Schwestern gearbeitet, zwar wenige, aber es waren immer zwei, die sagten dann, du kriegst jetzt eine Mutti und einen Vati, und du kommst jetzt raus aus dem Heim.

Natürlich hat sich die kleine Waltraud gefreut. Wir sind dann mit dem Bus nach Halle auf den Bahnhof transportiert worden und dort übers Rote Kreuz den Eltern übergeben worden. Ich wollte mir die Mutti aussuchen, aber das ging ja nicht. Ich hatte eine, die mich wollte und die mich abgeholt hat. Auf dem Roßplatz in Halle war Jahrmarkt, es war 14 Tage vor meinem sechsten Geburtstag, und meine Mutter ist mit mir auf den Jahrmarkt gegangen, die Oma war auch dabei. Ich weiß nur, ich hab an der Zuckerwatte geschleckt, und ich bin einmal Karussell gefahren. Die Konsequenz war, ich bin zusammengerutscht, ab ins Krankenhaus, und da lag ich dann erst einmal ein Vierteljahr. Dann haben sie bei mir noch gefunden: eine Meningitis und eine Stirnhöhlenvereiterung. Also ich stand bis zum 15. Lebensjahr unter ärztlicher Kontrolle. Das sind Schäden, die man auch mal mit in die Untersuchung reinnehmen sollte. Ich habe eine Gruppe gebildet, die hieß „Kinder hinter Stacheldraht“.

Petra Morawe: Ein Haftopfer hat in der Regel auch Zersetzungsmaßnahmen erlitten, im weitesten Sinne, vielleicht nicht ausdrücklich deklariert von Stasi-Seite. Die Methoden der Vernehmung und danach besonders, also diese Maßnahmen, die viele auferlegt bekommen haben, hatten immer auch einen zersetzenden Charakter. Das heißt, dass man das so trennen kann, wie es jetzt getrennt wird, ist für mich ein bisschen ein Problem. Wenn man die Folgeschäden nur der Haftzeit, so wie es in den Gesetzen vorgeschrieben ist, zuordnet, ist es eben ein sehr verkürzter Blick. Haben Sie das in der Forschung irgendwie berücksichtigt? Es kann andererseits auch sinnvoll sein, beides zu trennen, denn es gibt Personen, die haben „nur“ Zersetzung erlitten, aber von Haft Betroffene haben eben beides erlitten.

Tolou Maslahati: Am Anfang war da die Frage: Sind die Leute über die Ergebnisse informiert? Wir sind darum bemüht, und wir wissen auch um das Problem, dass vor allem in Westdeutschland, also in den westlichen Bundesländern, Menschen, wenn sie zum Arzt oder zur Ärztin gehen, gar nicht verstanden werden. Dass die das gar nicht nachvollziehen können und manchmal vielleicht sogar nicht mal glauben können. Und wir sind darum bemüht, in verschiedenen Zeitschriften, sowohl Fachzeitschriften als auch anderen Zeitschriften, Fallberichte zu veröffentlichen, um darauf aufmerksam zu machen: Das gibt es, das ist tatsächlich so. Wir werden auch sehr darum bemüht sein, unsere Ergebnisse gut zu platzieren, damit möglichst viele darüber informiert werden.

Dann gehe ich als nächstes direkt auf die Zersetzung ein. Ja, wir erfassen das mit. Also wir haben auch gefragt, sind Sie nach der Haft in die DDR entlassen worden oder in die damalige Bundesrepublik? Das wird ja sicher eine Rolle spielen, und das werden wir versuchen, in die Analysen mit reinzunehmen.

Wir würden auch gerne, wenn wir noch weitermachen dürfen, ganz gesondert Menschen untersuchen, die in Jugendwerkhöfen und ehemaligen Kinderheimen waren, weil wir wissen, dass das eine eigene

Traumatisierung war, ganz unabhängig davon, was für ein Trauma die Eltern erlebt haben.

Tanja Germer: Ich arbeite in der Beratungsstelle der UOKG, und mir sind zwei Sachen aufgefallen. Ich habe das Gefühl, dass die Betroffenen, die sich an mich wenden, häufig die Kriterien für eine posttraumatische Belastungsstörung zwar erfüllen, aber nicht den Vermeidungsteil. Wie würden Sie das einschätzen? Das war die eine Frage, und die andere ist: Sie hatten gesagt, ich weiß ja auch nicht so genau, wo es jetzt wirklich herkommt und was die Folgen der Haft sind oder ob es woanders herkommt. Das scheinen Gutachter häufig besser einschätzen zu können, wenn Sie verstehen, was ich meine. Die haben da ein anderes Selbstbewusstsein und sagen, alles klar, das kommt ja gar nicht aus der Haftzeit, und deswegen gibt es dann eben auch keine Entschädigung. Wie schätzen Sie das ein, wie sehen Sie das?

Tolou Maslahati: Das ist ein Problem. Man sagt immer, man müsste eigentlich die Menschen vor der Haft untersucht haben und dann nach der Haft, um sicherzustellen, die sind vorher ganz sicher gesund gewesen, und das ist jetzt die Folge der Haft. Das hat natürlich keiner gemacht. Da gibt es ganz viel, was Gutachtende versuchen zu berücksichtigen, um dann die Entscheidung zu treffen. Wir versuchen unsererseits, die wissenschaftliche Grundlage zu liefern, um zu zeigen, wissenschaftlich nachgewiesen ist es eben erhöht bei Menschen, die in Haft waren. Bitte berücksichtigen Sie das bei den Gutachten, um da dann drauf eingehen zu können.

Und die erste Frage war: Vermeidung ist nicht erfüllt, ja spannend! Ich glaube, da gibt es auf jeden Fall auch Studien dazu, dass das damit im Zusammenhang steht, wie gut es den Menschen geht, je nachdem, ob sie sich ganz viel mit dem Thema beschäftigen oder eher weniger. Es gibt Ergebnisse, die darauf hinweisen, dass Menschen, die in der DDR inhaftiert waren und sich übermäßig viel damit beschäftigen, auch eine erhöhte Psychopathologie haben. Die haben mehr Symptome, und da müsste man dann im einzelnen Fall vielleicht mal gucken, wie ist das jetzt bei der Diagnose? Werden bestimmte Dinge vielleicht vermieden,

bestimmte Gedankengänge, wo dann doch das Vermeidungskriterium erfüllt ist, obwohl es sonst auf den ersten Blick danach aussieht, als würden sie sich dem ständig stellen. Das wären jetzt meine ersten spontanen Gedanken dazu.

Tanja Germer: In der Realität ist es dann aber oft so, dass es bei der Diagnostik heißt, die sind ja gar nicht ganz so krank!

Tolou Maslahati: Weil man das dann schnell abbügelt und denkt, das ist nicht erfüllt. Das ist ein Problem, da sollte man nochmal genauer draufgucken.

Dieter Dombrowski: Eine Anmerkung noch. Es gibt ein weiteres Projekt, gesundheitliche Langzeitfolgen. Das haben wir, Frau Neumann-Becker und die UOKG, federführend vor Jahren angestoßen. An dem sind vier Universitäten beteiligt, wo es genau darum geht, angemessene, hilfreiche Therapien zu entwickeln, weil natürlich Psychologen in der Regel mit dem Klientenkreis bisher wenig zu tun hatten oder gar nichts und deshalb das anwenden, was sie bisher gelernt haben, ohne den speziellen Zugang zu haben. Unser Ziel in dem Projekt war gewesen, so eine Art Kompetenzzentrum zu schaffen, wohin sich sowohl Begutachtende als auch Patienten oder Hilfesuchende wenden können, so ähnlich wie das Deutsche Herzzentrum. Das ist der zweite Schritt jetzt in dem Projekt, damit das Wissen, das da angesammelt wurde, dann auch angewendet werden kann und einen praktischen Nutzen hat.

Wir kennen die Fehldiagnosen, die nicht aus böser Absicht, sondern aus Unkenntnis in der Regel von Psychologen aufgeschrieben werden, die dann von Landesämtern zugrunde gelegt werden, um letztendlich Entscheidungen zu treffen, die dem Antragsteller nicht helfen können. Das ist der ganze Hintergrund dabei. Leider muss man diesen Weg gehen. Sie schaffen die wissenschaftlichen Grundlagen, die man zur Hand nehmen kann, die man auch anführen kann. Und Psychologie ist ganz viel Statistik. Das heißt aber nicht, dass hier nicht die betroffenen Menschen im Mittelpunkt stehen, ganz im Gegenteil.

Zersetzung

Körperliche und psychische Langzeitfolgen von Zersetzungsmaßnahmen



Anne Maltusch
Universitätsmedizin Rostock

Anne Maltusch erforscht im Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ noch bis Juni 2024 die Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit und deren Langzeitfolgen.

Ich freue mich, dass ich Ihnen das Thema „Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit“ etwas näherbringen kann. Denn ich habe in letzter Zeit sehr oft festgestellt, dass nur wenige Menschen wissen, was Zersetzung war oder ist, wie Maßnahmen der Zersetzung angewendet wurden und was im Ministerium für Staatssicherheit dazugehörte.

Nach einer Einführung, was Zersetzung gewesen ist, beziehungsweise wie Zersetzung angewendet wurde, möchte ich Ihnen speziell etwas zu der Richtlinie 1/76 erzählen. Dann möchte ich Ihnen ein paar vorläufige Ergebnisse unserer Studie präsentieren. Genau wie bei Frau Maslahati handelt es sich um vorläufige Ergebnisse. Anschließend möchte ich auf ein paar Probleme eingehen, die wir während der Studie festgestellt haben, und würde mich sehr freuen, wenn wir vielleicht aus der Diskussionsrunde hier noch ein bisschen Input dazu bekommen und vielleicht einige Probleme lösen könnten.

Was ist Zersetzung? Zersetzung wurde als die „leise Repressionsmethode“ bekannt. Man versteht unter Zersetzung eine Maßnahme, die vom Ministerium für Staatssicherheit als erfolgversprechender eingeschätzt wurde als zum Beispiel eine Inhaftierung. Die Zersetzung an sich spielte dabei eine zentrale Rolle bei der politischen Disziplinierung der DDR, der eigenen Bevölkerung. Hubertus Knabe nannte sie auch die „Strafe ohne Strafrecht“, weil es nicht zu einer offiziellen Verurteilung vor einem Gericht kam oder man vielleicht nicht unbedingt gegen ein Gesetz verstoßen hatte, jedenfalls nicht offiziell. Man bekam diese Strafe zu spüren, ohne dass man wusste, wo sie direkt herkam. Man wurde nicht inhaftiert, sondern man wurde psychisch zermürbt.

Was war das Ziel dieser Zersetzung, was wollte die Staatssicherheit erreichen, wenn sie Zersetzung anwendete? Es ging darum, Personen und Personengruppen zu zersplittern, zu lähmen, zu desorganisieren und „feindlich negative Kräfte“ in ihren Handlungen einzuschränken, aber auch vorbeugend einzuschränken, das heißt, diese von zukünftigen Handlungen abzuhalten. Schon ein Ausreiseantrag konnte Anlass sein für die Einleitung einer solchen Maßnahme.

Es gab aber nicht die eine große Maßnahme, die die Staatssicherheit angewendet hat, um Personen zu zersplittern oder sie psychisch mürbe zu machen, sondern die Maßnahmen waren insgesamt erstaunlich vielfältig in der Anwendung. Das kann man auch sehen, wenn wir mit Betroffenen über die Dinge sprechen: Die Geschichten sind völlig unterschiedlich und die Maßnahmen manchmal an Vielfältigkeit kaum zu fassen, wenn man über sie liest. Das heißt: Die Maßnahmen und ihre Umsetzung wurden genauestens geplant und manchmal sogar in sogenannten Maßnahme-Plänen in den Akten vermerkt. Es wurde präzise von erstens bis zehntens durchnummeriert, welche Maßnahmen angewendet werden sollen und welches Ziel diese Maßnahmen verfolgen.

Die Zersetzung gleicht einem Psychokrieg, da alles Vertraute im Leben aus den Fugen gerät. Wissenschaftler bezeichnen diese

Zersetzung auch als Zersetzung der Seele, denn alles Vertraute im Leben sollte aus den Fugen geraten. Die Betroffenen sollten ihren Halt im Leben komplett verlieren, damit man sie besser lenken konnte. Zersetzungsmaßnahmen sollten das Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen untergraben, Angst, Panik und Verwirrung erzeugen. Das Schlimme an diesen Zersetzungsmaßnahmen war, dass die Kombination aus Bildungsverweigerungen, Berufsverbot, Schikanen gegen die Familie, Reisesperre und Druck als wirksamste Repressionsstrategie galt. Das heißt also, die Kombination hat die Zersetzung so gefährlich gemacht, wie sie gewesen ist.

Was war außerdem charakteristisch für die Zersetzung? Vor allen Dingen die Persönlichkeitsorientierung. Bevor ein sogenannter operativer Vorgang eingeleitet wurde, wo dann konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden, ging es der Staatssicherheit darum, den schwächsten Punkt der Zielperson ausfindig zu machen. Und dafür war dem Ministerium im Prinzip alles recht. Selbst wenn es in der vorhergehenden Beobachtung keine Anhaltspunkte gegeben hat, hat sich das Ministerium einfach Dinge ausgedacht, um gegen die Opfer vorzugehen.

Die Zersetzung begann für gewöhnlich mit einer sogenannten operativen Personenkontrolle: Sie diente dazu, diesen schwächsten Punkt der Person ausfindig zu machen. Oft waren zwei oder noch mehr Mitarbeiter angesetzt auf die Zielperson. Sie hatten die Aufgabe, umfassend aufzuklären, das Persönlichkeitsbild herauszufinden, die familiäre Situation, ob er oder sie weitere DDR-Verbindungen hatte, wie viel er oder sie über das aktuelle Forschungsprojekt wusste, an dem er arbeitete, ob er vielleicht irgendwelche sexuellen Vorlieben hatte, ob er schon mal gestohlen hatte, ob er irgendwo anders in Erscheinung getreten war. All das sollte herausgefunden werden, um dann entsprechend gegen diese Person vorzugehen und den operativen Vorgang einzuleiten, um diese Person zu zersetzen.

Nun zur Richtlinie 1/76: Sie wurde am 1. Januar 1976 von Erich Mielke persönlich erlassen und war eine bindende Dienstanweisung, die

für jeden Mitarbeiter des Ministeriums galt. Man hat diese Richtlinie erlassen, um eine Normierung zu erreichen, eine Regelung von Zersetzung festzulegen. In dieser Richtlinie wurden Mittel beschrieben, die sich in der Zersetzung als besonders effektiv erwiesen hatten. Das heißt also, man hat aufgenommen, welche Zersetzungsmaßnahmen sich in der Vergangenheit bewährt haben und welche man anwenden sollte, wie diese angewendet werden sollten, wie das zu dokumentieren ist und zu welchem Ziel diese führen sollen.

Wie sieht es nun aus mit den bisherigen Befunden zu Folgen von nicht strafrechtlicher Repression inklusive Zersetzungsmaßnahmen? Ich habe hier zwei bedeutende Studien herausgesucht. Eine Studie von meinem Chef, Carsten Spitzer: Sie hat 2007 herausgefunden, dass bei jedem Probanden mindestens eine psychische Erkrankung festgestellt werden konnte als Folge nicht strafrechtlicher Repression. Außerdem gab es 1994 eine Studie von Priebe et.al., die auch festgestellt haben, dass die posttraumatischen Belastungsstörungen bei einem Großteil der Erkrankten eine höhere Prävalenz haben als in der allgemeinen Bevölkerung. Auch Schlaflosigkeit, Reizbarkeit und Unruhe können zu den Folgen von Zersetzungsmaßnahmen gehören.

Bevor ich Ihnen erste vorläufige Ergebnisse unserer Studie präsentiere, möchte ich mich nochmal ganz, ganz herzlich bei den Teilnehmern bedanken, dass Sie bisher so zahlreich teilgenommen haben und vor allen Dingen sich auch diesen Gesprächen ausgesetzt haben. Ich weiß, dass es Ihnen nicht leichtgefallen ist, über das Erlebte zu sprechen. Unsere Studie besteht aus einem persönlichen Interview, in dem wir über die erlebten Zersetzungsmaßnahmen sprechen, einem psychologischen Leitfadenterview, in dem erfasst wird, ob es in der Vergangenheit im Lebenslauf psychische Erkrankungen gab, ob man mal eine depressive Phase hatte und ob eine posttraumatische Belastungsstörung oder ähnliches vorliegt. Ansonsten machen wir noch eine vollständige körperliche Anamnese sowie Fragen zur Selbstbeurteilung. Bis September konnten wir jetzt 44 Betroffene vollständig befragen. Fünf Interviews stehen bisher noch aus.

Der Altersdurchschnitt der befragten Personen liegt derzeit bei 71 Jahren. Die jüngste Studienteilnehmerin war 53 Jahre alt und die älteste 87. Jede zweite Betroffene weist mindestens eine psychische Störung auf.

Wir haben versucht, die Maßnahmen der Zersetzung, die angewendet wurden, in Kategorien einzuteilen. Bei 91 Prozent der Befragten stand die Zerstörung des Privatlebens im Vordergrund. Also:

- Abhören und Überwachung
- Postkontrolle
- Einbrechen oder Eindringen in die Wohnung
- Verstellen von Gegenständen
- ständige nächtliche oder tägliche Telefonanrufe
- die offensichtliche Positionierung vor dem Haus, damit die Leute auch wissen, dass sie beobachtet werden.

Weitere 88,6 Prozent der Betroffenen, die wir befragt haben, wurden durch Verunsicherung und Disziplinierung versucht zu zersetzen. Dazu gehören:

- ständige Verhöre
- Bekanntgabe auf der Arbeitsstelle, dass man sich in irgendwelchen Gruppen engagiert. Da musste man dann ständig vorsprechen und sagen, warum man das macht, und dass man das zu unterlassen hat.
- Auch die Gängelung war eine Maßnahme der Zersetzung.

Mit 84 Prozent fand häufig die Inszenierung von beruflichen Misserfolgen Anwendung. Dazu gehörte die Bildungsverweigerung, also zum Beispiel, dass man kein Abitur machen durfte, weil man eine andere politische Gesinnung hatte, aber natürlich auch die Exmatrikulation vom Studium oder unausgesprochene Berufsverbote.

Was die psychischen Diagnosen betrifft, sieht es ähnlich aus wie bei den Haftopfern. Vor allen Dingen affektive Störungen sind vertreten, depressive Episoden, Panikattacken. Die Betroffenen haben in den Gesprächen häufig Angst vor Ämtern erwähnt oder auch die

Angst vor irgendwelchen Autoritäten oder Institutionen, die über für das Leben der Betroffenen existenzielle Leistungen zu entscheiden haben. Weiterhin kann man sagen, dass es verschiedene Re-traumatisierungen gibt, wenn Jugendämter sich einschalten oder irgendwelche anderen Ämter, bei denen man sich rechtfertigen soll für irgendetwas, das man in der Vergangenheit getan hat. Es kommt immer wieder die Angst auf, Repressionen zu erleiden. Es wird auch immer wieder gesprochen über die schweren Rehabilitierungsvorgänge, die Gespräche mit den Gutachtern, dass Gutachter die Lebensgeschichten anzweifeln. Ich habe Kommentare gehört von Gutachtern, die mir von Betroffenen berichtet wurden: „Sie wussten doch, was Ihnen passiert. Warum haben Sie denn da nicht die Füße stillgehalten?“ Das sind alles Dinge, die ich in Gesprächen höre, die ich natürlich sehr erschreckend finde, und da müssen wir auf jeden Fall einen Ansatz finden, die Betroffenen zu unterstützen oder das zu ändern.

Bei den Herz-Kreislaufkrankungen, hier in einem Kreisdiagramm dargestellt, decken sich die Befunde mit denen von Frau Maslahati. 52 Prozent der Betroffenen leiden unter Bluthochdruck, 23,5 Prozent unter Herzrhythmusstörungen, 11,8 Prozent leiden unter der Schafenster-Krankheit, und dann eben noch die anderen Dinge. Allerdings, wir sind noch mitten in der Erhebung, wir befragen noch, und die Ergebnisse können sich ändern.

Wichtig fand ich die Frage, wie würden Sie Ihren Gesundheitszustand im Allgemeinen beschreiben? Hier ging es um die subjektive Beschreibung der Betroffenen. Wie fühlen Sie sich? Und wir können hier sehen, dass niemand mit ‚ausgezeichnet‘ geantwortet hat. Ungefähr 10 Prozent haben mit ‚sehr gut‘ geantwortet, immerhin über 50 Prozent sagen, mir geht’s gut, unter 30 Prozent aber sagen, mir geht es weniger gut, und die anderen beziehungsweise unter 10 Prozent sagen, es geht ihnen heute schlecht.

Das hat verschiedene Gründe, die wir natürlich auch versuchen, mit der Studie herauszufinden. Was sind die Gründe? Warum geht es Ihnen heute schlecht? Warum würden Sie Ihren Gesundheitszu-



stand als weniger gut beschreiben? So viel erstmal zu den vorläufigen Ergebnissen.

Was wir innerhalb des Forschungsverbundes immer wieder diskutieren, ist, ob es eine Lobby für die Betroffenen von Zersetzungsmaßnahmen gibt. Wir haben die Zahl der Betroffenen gesehen, die Frau Maslahati für ihre Studie befragen konnte, 244 Personen.

Unser Projekt läuft seit zwei Jahren, und wir haben gerade mal 44 Betroffene befragt, obwohl wir alles Mögliche auf verschiede-

nen Kanälen versucht haben, um auf die Studie aufmerksam zu machen. Wir haben in Zeitungen veröffentlicht, wir haben Gedenkstätten kontaktiert, wir haben Artikel in Zeitungen rausgebracht, sogar einen Fernsehbeitrag und einen im Radio, und wir haben die Landesbeauftragten um Hilfe gebeten. Aber der Rücklauf ist relativ gering, und wir fragen uns, woran könnte das liegen?

Wir sind auf jeden Fall darauf aufmerksam geworden, dass die politisch Inhaftierten ein sehr großes Netzwerk haben. Die meisten Leute, das können Sie sicherlich bestätigen, kennen sich untereinander oder sind in verschiedenen Netzwerken aktiv, der eine erzählt dem anderen von der Studie. Also dieses Schneeballsystem, das wir uns eigentlich für uns gewünscht haben, funktioniert bei Zersetzungsoptionen leider nicht. Die Frage ist, sind die Betroffenen nicht vernetzt genug untereinander? Haben sie vielleicht keine Lobby?

Dazu gehört, dass es erst seit 2019 eine Rehabilitierung speziell für Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen gibt. Das ist der Paragraph 1a in der verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung, wo Betroffene einen Antrag stellen können, die Maßnahmen der Zersetzung nachweisen müssen und dafür eine Einmalzahlung in Höhe von 1500 € erhalten. Die wenigsten, die bei mir in der Studie saßen, wussten davon oder überhaupt um ihre Rehabilitierungsmöglichkeiten. Da ist schon die Frage, ob zu wenig von Seiten der Politik darauf aufmerksam gemacht wird.

Sie können das auch sehen anhand der bewilligten Anträge seit 2019. Ich habe mir mal die Mühe gemacht und mich mit den Justizministerien auseinandergesetzt. Da haben wir für Berlin 13 bewilligte Anträge, in Brandenburg waren es unter zehn, in Mecklenburg-Vorpommern 78 und für Sachsen-Anhalt 18. Die große Frage, die sich hier stellt, ist, kommt die Studie zu früh, kommt die Studie zu spät, weil es eben diesen Paragraphen jetzt erst gibt? Wir haben in punkto Einschlusskriterien gesagt, dass wir einen Nachweis brauchen, dass Maßnahmen der Zersetzung angewendet wurden. Es gibt aber viele Personen, die gar keine Akten haben.

Keine Lobby für Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen?

Ziel n=250 nicht mehr erreichbar, warum?

- Betroffene untereinander nicht vernetzt
- Nach 30 Jahren keine Sinnhaftigkeit mehr an Studie teilzunehmen
- Opfervereine, Hilfsverbände und andere Einrichtungen teilweise keine Reaktionen auf Vorstellung der Studie und Bitte um Mithilfe
- Erst seit 2019 Rehabilitation speziell „Zersetzungsmaßnahmen“
- Bewilligte Anträge:
Berlin: 13; Brandenburg: <10;
Meck.Pom.: 78; Sachsen-Anhalt: 18
- Studie zu früh? Zu spät?
- Einschlusskriterien aufweichen?
 - Wissenschaftlichkeit gefährdet, ohne Nachweise aus Akte oder Rehabilitation?

Bemühungen nach Bundesländern:

- Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern:
 - Landesbeauftragte, Bürgerberatung & Rehabilitierungsbehörden
 - weitere kontaktierte Einrichtungen u.a. Gedenkstätten, Stiftungen, Rechtsanwälte (spezialisiert auf DDR Unrecht), Vereine, Museen, Zeitzeugenbüros, Dokumentationsstellen, Jugendwerkhöfe, Sozialberatungsstellen, Foren für Aufklärung, Veranstaltungen
- Weitere Bemühungen: Artikel und Studienaufrufe in *dic.* Zeitungen, z.B. der FAZ, Ostseezeitung Apothekenumschau, NDR, Nordkurier etc.

Sie rufen bei uns an, und jede Geschichte ist glaubhaft, jedem, der bei uns anruft, ist etwas in der DDR widerfahren. Aber wir brauchen auch einen Nachweis, dass Sie sich das nicht ausdenken, um eben die Wissenschaftlichkeit nicht zu gefährden. Wenn wir nachher die Studienergebnisse veröffentlichen, dann heißt es vielleicht, wie haben Sie sich denn versichert, dass die Leute das, was sie erzählen, auch tatsächlich erlebt haben? Und wir haben leider gar keine andere Möglichkeit außer der Rehabilitation oder einen Nachweis in Akten, dass Maßnahmen der Zersetzung angewendet wurden. Wir sind jedenfalls immer noch bemüht, auf unsere Studie aufmerksam zu machen. Ich wäre Ihnen daher sehr verbunden, wenn Sie vielleicht den einen oder anderen kennen, der von Maßnahmen der Zersetzung betroffen war, dass Sie sie oder ihn auf die Studie aufmerksam machen. Je mehr Leute wir befragt haben, desto besser sind die Ergebnisse, desto aussagekräftiger.

Fragerunde Zersetzung



Isabel Fannrich-Lautenschläger: Es gab diese Richtlinie 1/76 – aber wo fing Zersetzung an, wo hörte sie auf? Ich war doch überrascht über Reiseverbote als Zersetzungsmaßnahme oder Berufsverbote oder das Verbot, das Abitur zu machen und dann zu studieren, das habe ich immer getrennt davon gesehen. Ich weiß nicht, inwieweit es da Veränderungen in der Forschung gibt, das dem zuzuordnen, oder ich habe es einfach falsch eingeschätzt, gibt es dazu Erkenntnisse?

Anne Maltusch: Die Erkenntnisse, die wir über die Maßnahmen der Zersetzung und auch über die Umsetzung haben, stammen größtenteils aus dem Buch von Sandra Pingel-Schliemann: „Zersetzung – Strategien einer Diktatur“. Sie hat sich sehr intensiv damit auseinandergesetzt, welche Maßnahmen der Zersetzung es gab, welche zur Anwendung kamen, und darunter fällt eindeutig auch Berufsverbot, Reisesperren und so weiter. Das ist eindeutig belegbar aus

den Unterlagen der Staatssicherheit, die Frau Pingel-Schliemann monatelang, wenn nicht sogar jahrelang gewälzt und studiert hat.

Petra Morawe: Wenn man unter Zersetzung ganz allgemein fasst, dass die Persönlichkeit zerstört werden soll, die Struktur, jegliches Urvertrauen, dieses Vertrauen in den Mitmenschen, dann ist es etwas, was von Anbeginn der Repression an immer eine Rolle gespielt hat, nicht als Richtlinie 1/76, aber als Methode. Wenn jemand in der Haft saß, und es wurde gesagt, Ihnen hat Ihre Freundin geschrieben, den Brief zeige ich Ihnen aber nicht, die sagt, sie will Sie nie wieder sehen, dann ist es eine klassische Zersetzungsmaßnahme, um denjenigen zu destabilisieren. Wenn jemand nicht in Haft war, und ihm wird jeden Tag der Fahrradschlauch zerstoichen, dann ist es auch eine Zersetzungsmaßnahme, weil er die Realität nicht überprüfen kann, er weiß nicht, woran es liegt. In seinem Kopf laufen Filme ab, und das ist auch eine Destabilisierungsmaßnahme, und so ist das etwas, was sich durch die gesamten Repressionsjahre zieht.

Das ist nicht lokalisierbar, und was mich ein bisschen bei der heutigen Betrachtung aufmerksam werden lässt, ist, dass es immer nur in den Kontext der Stasi gerückt wird. Das ist zwar das Hauptinstrument, was es durchgeführt hat, aber Zersetzung fand von Seiten aller staatlichen Organen statt. Sie waren alle dazu aufgerufen, das zu betreiben, sei es die Betriebsleitung, sei es die Universitätsleitung, Personalabteilungen, alle, die in diesem Bereich waren, hatten solche Mittel zur Hand oder wurden dazu angeleitet, das in dem Einzelfall umzusetzen. Insofern ist die Fokussierung allein auf die Stasi zu eng, um den Lebensalltag von Zersetzten zu erfassen. Also, es ist nur die Spitze des Eisberges.

Christian Sachse, UOKG: Ich will mal aus der Perspektive eines Betroffenen und gleichzeitig Wissenschaftlers sprechen. Ich habe 13 Jahre in einer Scheinwelt gelebt, die von der Staatssicherheit partiell, nicht komplett, aber partiell organisiert worden ist. Ich habe irgendwelche merkwürdigen Misserfolge gehabt. Da sind Gerüchte

aufgetaucht. Das hätte ich nie rausgekriegt, wenn nicht meine Akte zumindest in Teilen noch da gewesen wäre, wo das drinnen steht, und da ist dann wieder das Problem. In der Akte steht zum Teil wieder was anderes drin, als sie nachher an mir ausprobiert haben. Woher kriege ich die Sicherheit?

Erstmal persönlich gesprochen: Ist das, was ich da erlebt habe, meiner eigenen Phantasie, Neurose oder was auch immer entsprungen, oder hat das realen Hintergrund? Das ist unglaublich schwierig. Ich selbst komme damit einigermaßen klar. Jetzt ruft mich aber jemand an und sagt: Ja, ich bin da und da verfolgt worden. Ich arbeite mit Martina Kegel zusammen in Sachen Rehabilitation, ich möchte die Zersetzungsrehabilitation haben. Haben Sie Akten? Nein, ich kann aber minutiös beschreiben. Zum Beispiel: Ich bin aus dem Haus gekommen nachts, da raste ein Auto auf mich zu mit aufgeblendeten Scheinwerfern. Kennt jeder aus dem Fernsehen. Historiker sagt sich, na ob das stimmt. Die Frau hat das aber erlebt.

Gibt es ein Instrumentarium, irgendwie da der Wahrheit ein Stück näher zu kommen? Ich glaube fast nicht, also, dass man in diesem Grauzonenbereich weiterleben muss. Aber das ist die allgemeine Angst. Die Stasi sollte ja nicht nur zersetzen, die sollte in der gesamten Bevölkerung ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit und der Handlungsvermeidung erzeugen. Und die Opfer, die kriegt man nicht gefasst, das ist das eine, das andere hängt damit zusammen.

Sie haben gefragt, warum sich die Leute nicht melden. Ich habe am Anfang in aller Harmlosigkeit bestimmte Geschichten erzählt. Da standen die Leute mir gegenüber und sagten, okay, der ist kurz vor der Klapse! Denn das sind Sachen, die wirklich schwer glaubbar sind. Was ist passiert? Im kleinen Kreis unter Bürgerrechtlern, die alle irgendwie Ähnliches erlebt haben oder jemanden kennen, der was Ähnliches erlebt hat, haben wir abends die Storys erzählt, also Front Storys im Prinzip. Und genau da liegt das Problem, wie jemand die Ermutigung schafft, einerseits in dieser Unsicherheit und dann auch in dieser dreißigjährigen Frustrationsgeschichte nochmal aus sich rauszugehen. Ich halte das für ausgesprochen schwierig. Also

da reichen keine Aufrufe, ich habe mich auch nicht gemeldet bei Ihnen. Man ist dann frustriert und sagt sich, mir glaubt ja eh keiner. Sie wahrscheinlich doch, aber das ist so singulär, weil man 30 Jahre lang was anderes erlebt hat.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Die 44, die sie befragt haben, und fünf weitere noch, da sind aber in den Stasiunterlagen Nachweise zu finden.

Anne Maltusch: Genau! Da sind Akten vorhanden, wo Maßnahmen der Zersetzung beschrieben sind, Beobachtungen und so weiter und so fort. Ich wollte nochmal kurz, bevor wir darauf zurückgehen, etwas ergänzen zu Ihrem Einwand mit dem Berufsverbot, dass Ihnen nicht klar war, dass das auch zur Zersetzung gehört.

Sie müssen sich das so vorstellen: Sie haben Ihren Job verloren, und Sie bewerben sich auf alle möglichen Stellen und werden überall abgelehnt und wissen nicht warum. Sie wissen einfach nicht, was passiert ist, weil, wie Frau Morawe schon gesagt hat, alle Stellen untereinander und miteinander gearbeitet haben. Und was passiert mit Ihnen? Ihr Selbstvertrauen wird so untergraben, dass Sie sich gar nicht mehr trauen, entweder irgendwas zu sagen oder irgendwas zu machen, weil Sie anfangen, an sich selbst zu zweifeln. Und das war ja letztendlich das Ziel. Man wusste nicht, wo das herkommt, man wusste nicht, wo das hinführt, sondern es hat einfach nur einen selbst psychisch zerstört, und deshalb war das eine sehr, sehr konkrete und auch sehr zielführende Maßnahme.

Dieter Dombrowski: Ich bin ja einer der Mitverursacher dieser Studie, aber die Fachleute entscheiden dann, wie die Studie geführt wird. Was mir noch nicht ganz klar geworden ist, auch in den vergangenen Monaten nicht, das Ausschlusskriterium beim Thema Zersetzung von ehemaligen politischen Häftlingen, das habe ich nicht verstanden. Ich bin 1975 freigekauft worden, habe da am Ende der 70er Jahre mich sehr engagiert und habe natürlich gewusst, dass das MfS und auch der KGB, wie ich dann später erfahren habe,

immer an mir dran waren. In meinen Akten sind auf 14.000 Seiten diese Zersetzungsmaßnahmen über zehn Jahre hinweg wunderbar dokumentiert. Ich konnte es mir damals nicht erklären, aber in der Nachschau sag ich ganz ehrlich, mir haben diese Jahre der Zersetzung, die ich ja nur gefühlt habe und keine Beweise dafür hatte, die haben mir mehr geschadet als die Haftzeit. Ich bin nun mal kein gelernter Agent vom BND, und wenn man eben gezwungen ist, über Jahre sich quasi konspirativ zu verhalten, wenn man anderen nicht mehr vertrauen kann oder will, wenn man vorsichtig ist, dann macht das natürlich was mit einem. Von daher ist mir dieses Ausschlusskriterium bisher nicht klar geworden. Aber vielleicht haben Sie eine Erklärung dafür.

Anne Maltusch: Ich versuche, mich kurz zu fassen in der Erklärung. Es ist doch tatsächlich so: Sie waren inhaftiert und sind danach noch zersetzt worden. Das ging sehr vielen Betroffenen so. Aber für uns ist es folgendermaßen: Erstmal gibt es die Studie an der Charité, die politisch Inhaftierte untersucht, und für unseren Chef, den Professor Spitzer, war die Frage sehr wichtig, wie können wir das auseinanderhalten. Sie haben für sich subjektiv entschieden, die Zersetzung war für Sie schlimmer als die politische Inhaftierung. Aber wir können, wenn wir Sie jetzt befragen, als Inhaftierten und gleichzeitig von Zersetzungsmaßnahmen Betroffenen, nicht unterscheiden, woher Ihre Folgen heute stammen. Stammen die von der politischen Inhaftierung oder stammen die von der Zersetzung? Weil das dann so vermischt wird, und wir versuchen, uns darauf zu konzentrieren, was die Zersetzung mit Menschen gemacht hat, die nicht inhaftiert gewesen sind. Das mag Ihnen ein bisschen merkwürdig erscheinen, und wir haben innerhalb der Arbeitsgruppe darüber auch sehr, sehr lange diskutiert, aber sind eben zu dem Entschluss gekommen, dass wir am Ende nicht mehr auseinanderhalten können, woher diese psychischen oder körperlichen Folgen kommen, ob von der Inhaftierung oder von der Zersetzung?

Aus dem Publikum: Die Menschen, die die Zersetzungsmaßnahmen zu DDR-Zeiten durchgeführt haben, die waren ja 1989 nicht alle vom

Erdboden verschwunden und auch nicht alle abgewickelt, wie man gesagt hat. Die sind auch heute noch in Stadtverwaltung, in Sozialämtern, Gutachter und so weiter. Man redet von politischer Bildung für Jugend, aber Demokratiebildung für diese Leute gab es, glaube ich, nicht. Also was mir jetzt viele berichtet haben, die DDR-Oppositionellen, und gerade die Ausgereisten sind ja in den neuen Bundesländern nicht unbedingt beliebt. Die werden zum Teil nach wie vor als Verräter des Sozialismus bezeichnet: Sie haben die schöne DDR kaputt gemacht. Also wenn die dann kommen, so wurde mir des Öfteren schon berichtet, und Anträge stellen, sind sie weiterhin von solchen Zersetzungsmaßnahmen, von den Zersetzungsgeübten, die heute immer noch in der Bundesrepublik im Osten tätig sind, betroffen. Mir hat auch eine gesagt, seitdem sie diesen Antrag gestellt hat auf Rehabilitierung, wird sie noch mehr zersetzt, verfolgt oder wie immer man es nennt. Wie können sie dann in Ihrer Studie rausfinden, welche gesundheitlichen Folgen die Zersetzung damals gemacht hat oder ob das nicht auch auf die Weiterführung der Zersetzung heute zurückzuführen ist?

Anne Maltusch: Das ist natürlich eine Frage, die sehr schwierig zu beantworten ist, weil auch wir das Problem der Kausalität haben. Also festzustellen, dass die Zersetzung tatsächlich maßgeblich verantwortlich ist für den heutigen psychischen und körperlichen Zustand, das funktioniert nicht. Was wir aber tun können, genau wie in der Studie von Frau Maslahati, ist, im Prinzip die Gesundheit der Betroffenen mit denen der Allgemeinbevölkerung zu vergleichen. Kausal können wir nie schlussfolgern, ob die Zersetzung damals oder die Zersetzung heute, wie Sie sie bezeichnen, dafür maßgeblich verantwortlich ist. Da würde ich mich, glaube ich, auch zu weit aus dem Fenster lehnen, wenn ich sagen würde, das können wir eindeutig unterscheiden: Das können wir nicht.

Waltraud Thiele: Ich bin Bezirksvorsitzende der Gruppe Halle/Saale, und wir haben zwei Mitglieder, die haben gleich, wo das rausgekommen ist, den Antrag auf Rehabilitierung gestellt. Eine hat eine

Antwort gekriegt vom Sozialamt, und die Antwort hieß, Sie kriegen eine höhere Rente. Sie haben eine höhere Punktzahl, und damit ist die Sache erledigt. Und der andere Partner, der saß im Gefängnis und wurde danach degradiert in seiner Arbeit. Der war Ingenieur und hat sein Leben lang als einfacher Drucker arbeiten müssen. Den haben sie gar nicht angeschrieben. Das ist durchgerutscht. Haben die Leute keinen Anspruch auf die 1.500 €, weil sie eine Rente kriegen, auf bestimmte Punkte auf Zersetzung?

Anne Maltusch: Also die Rentenpunkte an sich haben nichts mit der Rehabilitierung für Zersetzung zu tun. Aber ich muss jetzt auch vorsichtig sein mit der Antwort, weil ich für diese Rehabilitierungsverfahren nicht zuständig bin. Ich weiß, dass es Rentenpunkte gibt, die nachher anerkannt werden, wenn man in der DDR zum Beispiel Berufsverbot hatte. Aber den meisten Betroffenen geht es gar nicht um diese Geldleistung. Es geht nicht darum, 1.500 € zu bekommen oder den Rentenpunkt noch anerkannt zu bekommen. Es geht um die Anerkennung des Unrechts, was ihnen widerfahren ist. Von Bundesland zu Bundesland scheint es sehr verschiedene Regelungen zu geben, wer unter welchen Voraussetzungen wie rehabilitiert wird. Das ist auch nicht einheitlich, so wie ich das jetzt festgestellt habe, in den unterschiedlichen Bundesländern. Aber da sind wir mit unserer Studie nicht zuständig. Das sind andere Leute, die diese Rehabilitierung und auch die Rentenvorgänge regeln. Da kann ich leider nicht unterstützend in irgendeiner Form tätig sein oder Ihnen etwas dazu sagen, weil das nicht mein Aufgabengebiet ist.

Anna Haase: Ich gehöre auch zu den Zersetzungsopfern, und ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass ich Teilnehmerin der Studie in Rostock sein durfte. Ich durfte 2014 meine Akte einsehen, und ich habe in der DDR eben nicht begriffen, was machen die mit mir. Das war sehr subtil. Ich wurde also verfolgt von zwei jungen Männern von der Staatssicherheit, die zu allen möglichen Anlässen auftauchten mit ihrem beigen Lada. Wo ich nicht gewusst habe, was wollen die von mir. Ich kam nach Hause, beim Fahrrad war die Luft

raus, irgendwie kaputt. Ich kam nach Hause, die Blumentöpfe waren durchstochert. Ich kam nach Hause, auf meinem Schreibtisch war alles ganz anders. Und ich habe dann nur noch mit Freunden ein Klingelzeichen ausgemacht. Ich war beschäftigt an der Komischen Oper und kam in ein nie offen ausgesprochenes Berufsverbot mit einem Einkommensverlust von über 500 Mark im Monat, so dass ich kaum existieren konnte. Und so waren diese subtilen Zersetzungsmaßnahmen für das tägliche Leben eine Folge, wo man dann nicht mehr wusste, bin ich verrückt oder sind die anderen verrückt?

Es ging über fünf Jahre, und Mielke hatte ja auch zu Zersetzungsmaßnahmen geschrieben, die Leute, die weg wollen, sind so zu zersetzen, dass sie nicht mehr brauchbar sind für die Gesellschaft. Und dann habe ich mich auch, als ich im Westen war, dafür geschämt, was da so abgelaufen ist, und habe immer geglaubt, ich bin schuld daran. Das kann nur mein Verhalten sein. Das haben die gut erreicht, und die Folge ist, dass man Angst gekriegt hat, dass man nicht mehr so offen ist wie früher, dass man sich nicht mehr anderen Menschen anvertraut und sein Leben so im kleinen Kreis mit sich selbst ausmacht, und das ist natürlich sehr traurig. Es hat sich was verändert, das man gar nicht richtig beschreiben kann. Dafür eine Rehabilitierung zu bekommen, ist eben auch schwierig. Man weiß ja gar nicht, wie soll man das formulieren, wie soll man das den Gutachtern klarmachen? Das ist eigentlich unsere Problematik, mit der wir leben müssen, und die bedrückt mich schon sehr. Ich erwarte medizinische Unterstützung und auch soziale Unterstützung seitens der Politik. Das ist unbedingt notwendig.

Karin Sorger: Mir geht es nicht um Rehabilitierung. Ich wollte nur sagen, dass ich mich sowohl im Gefängnis zersetzt fühlte, zum Beispiel, wenn man Kinder hat. Da war ja immer der Kampf, bekommst du dein Kind, und das ging vom ersten Tag an. Das war eine Zersetzung während der ganzen Zeit. Nach dem Gefängnis habe ich Folgendes erlebt, als ich meine Akte einsah, da kriegte ich, das war 1992 in Leipzig, in der Runden Ecke, acht Ordner hingelegt. Neben

einem saß eine Betreuung, und ich schaute die Ordner alle durch. Ich war nicht sehr überrascht, so viel stand da gar nicht drin, sondern die hatten dauernd nur meine Wohnung beschrieben, und was in der Wohnung war. Aber der achte Ordner war leer, und das habe ich nicht verstanden. Und dann habe ich die Betreuerin gefragt: Was bedeutet das denn? Und dann hat die gesagt, gucken Sie mal im Ordner, die Metallbügel, wo das eingeklebt ist, da hängt so ein bisschen Papier dran. Das heißt, dass jemand aus der Akte rausgerissen hat, wenn man zehn Seiten auf einmal aus einer Akte herausreißt, bleibt Papier hängen. Das war mir gar nicht aufgefallen. Und sie sagt, das bedeutet, dass noch nach der Haft jemand Sie im Westen beobachtet hat. Das ist natürlich ein dummes Gefühl. Der Ordner war leer. Ich weiß es nicht, wer mich beobachtet hat.

Ich habe dann noch ein zweites Mal meine Akte angefordert, und da war das nicht mehr in den Ordnern. Also wenn ich das später angefordert hätte, hätte ich das überhaupt nicht bemerkt. Beim zweiten Mal waren die Akten dann einfach gestapelt, zusammengefasst, und man konnte diesen Ausriss nicht mehr sehen. Aber die Angst, dass mich jemand beobachtet, die ging so weit: Ich habe 2016 meine Autobiografie geschrieben, und da habe ich immer die Wahrheit gesagt, aber manches habe ich nicht gesagt aus Angst.

Zum Beispiel wusste ich dann, ich konnte ein paar Bilder reinmachen, Fotografien von der Familie. Da hatte ich Angst, die Bilder meiner Tochter und deren Kinder und meines Schwiegersohns reinzumachen, so wie sie 2016 gewesen sind, sondern ich habe mich entschieden, Bilder reinzutun, wo mein Enkel getauft wurde, und der nächste, etwas ältere, stand daneben im Alter von drei oder vier Jahren. Das entsprach gar nicht der Realität, die waren viel älter. Aber ich habe immer gedacht, wenn einer diese Bilder sieht, und dann schießt er vielleicht, sucht meine Familie auf. Das ist für die Stasi kein besonderer Aufwand. Die kriegen das schon raus, wo die Angehörigen leben, und dann schießt er durchs Fenster, und er tut meiner Familie was an.

Oder in Hoheneck habe ich einen Vortrag gehalten vor drei Jahren dort, und dann hatte ich auch Angst. Ich habe gedacht, wenn du den Vortrag hältst, vielleicht kommt einer aus Stollberg. Da leben immer noch die, die früher da waren, die Aufseher oder deren Nachfolger, und ich hatte immer Angst, dass einer während meines Vortrages aufsteht und mir an den Kragen geht. Ich hatte Konstanze gebeten, die war da, ich hab gesagt, Konstanze, bitte in die erste Reihe. Es kamen auch noch Freunde aus Chemnitz und brachten noch ein paar mit, und die habe ich alle vorne postiert, damit keiner mich angreift. Gott sei Dank ist es nicht passiert. Aber diese Angst ist ja auch bezeichnend und nicht gerade positiv.

Tatjana Janda: Ich bin auch Zersetzungsoffer. Im letzten Jahr habe ich an einer Befragung teilgenommen, die über den Verteiler vom Frauenforum kam. Ein Aufruf von einer Frau Nussmann. Da habe ich über eine Woche gebraucht und mir die Seele aus dem Leib geschrieben, und es kam leider überhaupt kein Echo. Also ich musste der Frau immer mal hinterherrufen, immer so vierteljährlich. Das fand ich nicht schön. Aber ich würde mich riesig freuen, wenn das, was ich geschrieben habe, vielleicht bei Ihnen dann noch landet. Müsste ich das selbst in Bewegung setzen, oder könnten Sie das auch tun?

Anne Maltusch: Ich kenne die Studie von Hannah Daria Nussmann von der Fachhochschule Dortmund. Sie macht auf jeden Fall eine qualitative Studie. Was wir machen, ist eine sogenannte quantitative Studie. Das heißt also, das, was Sie geschrieben haben, ist sicherlich sehr interessant zu lesen. Aber für unsere Studie müssten wir schon nochmal persönlich miteinander kommunizieren. Ich habe ein paar Flyer mit dabei, da würde ich Ihnen gerne einen geben. Vielleicht können wir miteinander mal telefonieren und dann schauen, dass wir da zusammenkommen. Auf jeden Fall vielen lieben Dank für die Bereitschaft Ihrerseits.

Irmgard Sinner: Meine älteste Tochter ging in Rostock auf die Sportschule, und zwar 1966 bis 1971, und dann musste sie die

Sportschule verlassen, weil sie keine Jugendweihe mitmachte. Jugendweihe war damals etwas anderes, als es heute ist. Das war damals ein politisches Bekenntnis zur DDR-Regierung, und sie musste sie verlassen. Ihre Langzeitstudie hier, die hat mich so erschüttert, weil ich es einfach wusste: sie war psychisch am Ende. Aber sie war nachher ganz glücklich, von der Sportschule runter zu sein. Und als wir in den Westen gingen, da wollte sie mit ausreisen, mit ihrer Familie. Das wurde ihr aber wieder verwehrt. Und dann, als sie endlich die Ausreise bekam, 1988, da hat sie dann noch in Hamburg bis 1989 im Mai gelebt, und dann hat sie ihren Olympia-Sprung gemacht. Sie ist vom fünften Stock in den Tod gesprungen. Langzeitstudie! Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Langzeitstudie, sie ging in Rostock auf die Sportschule. Meine andere Tochter Christine, die mich hierher begleitete, könnte beim nächsten Frauenkongress an dieser Stelle die Erzählung fortführen.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ja, da sind wir jetzt erstmal sprachlos. Alle hier, glaube ich, Frau Sinner.

Anne Maltusch: Das tut mir sehr leid.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ich glaube, wir beenden jetzt an der Stelle am besten mal die Runde hier, die große. Das zeigt einfach, wohin das Ganze auch führen kann, und ich glaube, es zeigt auch, wie viel Gesprächsbedarf es gibt. Es gibt ganz viele Geschichten rund um Zersetzung und auch noch viel Klärungsbedarf. Man muss auch nochmal hinschauen, was Zersetzung im Westen bedeutet hat. Ich hoffe, Frau Maltusch, Sie gewinnen noch weitere Teilnehmende für die Studie. Vielen Dank, dass Sie alle Ihre Geschichten erzählt haben. Jetzt ist erstmal Pause.

UOKG-Projekt „Vergessene Kinder“



Sandra Czech
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin der UOKG

Einführung

Ich stelle Ihnen nun das UOKG-Projekt „Vergessene Kinder“ vor. Ich werde anfangs auf die Initiative und die Intention zum Projekt eingehen. Dann erläutere ich Ihnen konkret, um welche Gruppe Betroffener es sich bei den „Vergessenen Kindern“ handelt. Die Durchführung des Projektes, auch mögliche Probleme sollen in einem weiteren Punkt thematisiert werden. Anschließend werde ich die vorläufigen Ergebnisse im Rahmen der Auswertung vorstellen. Den letzten Punkt der Fallbeispiele werde ich bereits in die Auswertung einfließen lassen.

Mit Fallbeispielen sind hier Äußerungen und Anmerkungen von betroffenen Kindern gemeint, die ich in Zitatform wiedergeben möchte. Alle Zitate werden anonym vorgetragen. Trotzdem habe ich die anwesenden Eltern von betroffenen Kindern bereits darauf hingewiesen, sodass sie hoffentlich vorbereitet und nicht allzu erschrocken sein werden.

Initiative

Die Initiative zu diesem Projekt ging wie meist von den Betroffenen aus, genauer von den Eltern der betroffenen Kinder. So möchte ich Christina Krahnert († 2022) erwähnen, die mich immer wieder anrief und mir die Wichtigkeit des Projektes deutlich machte und es somit stetig voranbrachte. Weitere Personen, die sich stark eingebracht haben, sind Elke Schlegel als betroffene Mutter und Konstanze Helber als Vorsitzende des Forums für politisch Verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur.

Die Eltern der betroffenen Kinder waren in politischer Haft. Absichtlich hatten sich die meisten aber nur im Rahmen der Gesetze der DDR widerständig verhalten. Sie hatten beispielsweise einen Ausreiseantrag gestellt, aber ganz bewusst keine Republikflucht gewagt, um eine Verhaftung und somit eine Trennung von ihren Kindern zu verhindern. Ein anderer Teil dieser Elterngruppe wiederum hat mit dem Wissen einer möglichen Verhaftung, aufgrund ihres kritischen Engagements oder Widerstandes, eine Vollmacht ausgestellt. Mittels dieser Vollmacht wurde das Erziehungsrecht auf die jeweils benannte Person übertragen. Diesen Kindern ist zumindest ein Heimaufenthalt während der Trennung erspart geblieben.

Intention

Die UOKG möchte erreichen, dass diese vergessenen Kinder in einer breiteren Öffentlichkeit als Opfergruppe wahrgenommen werden. Wir möchten, dass ihr persönliches Leid offiziell anerkannt und sie in der nächsten Novellierung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes als Opfergruppe aufgenommen werden.

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Exkurs in Richtung Russland machen. Wir wissen, Deutschland ist in Sachen Aufarbeitung und Entschädigung viel weiter, als es Russland jemals war oder zumindest nach jetzigem Stand sein wird. Umso mehr war ich persönlich erstaunt, als ich auf dem Bundeskongress in Wernigerode den beeindruckenden Vortrag von Irina Scherbakowa hörte. Sie be-

richtete, dass in Russland die Kinder von politisch Inhaftierten von Anfang an als Opfergruppe anerkannt und mit in die Gruppe der Rehabilitierten aufgenommen worden waren.

Beschreibung

Um welche Kinder geht es konkret? Es geht um Kinder, die während der Inhaftierung eines oder beider Elternteile nicht ins Heim eingewiesen wurden oder zumindest nicht so lange, dass sie ein Anrecht auf Opferrente haben. Viele von Ihnen werden wissen, dass auch Kinder, wenn sie mindestens 90 Tage im Heim waren, eine Opferrente bekommen. Voraussetzung dafür ist immer die strafrechtliche Rehabilitierung der Eltern.

Durchführung

Die Durchführung des Projektes obliegt innerhalb der UOKG meiner Person. Eine große Problematik besteht darin, die vergessenen Kinder zu finden. So möchte ich mich bei den Eltern bedanken, die sich in der Aufarbeitung stark engagieren und diese Fragebögen an ihre eigenen oder mögliche betroffene Kinder weitergeleitet haben. Insbesondere bei Konstanze Helber vom Frauenforum. Auch wenn sie selbst nicht als Mutter inhaftiert wurde, hatte sie immer ein offenes Ohr für die Problematik und schrieb zahlreiche Leute an. Im besten Fall löste dies einen Schneeballeffekt aus. Weitere Unterstützung habe ich von der Beratungsstelle der UOKG und der Beratungsstelle Gegenwind bekommen. Die Mitarbeitenden haben die in Frage kommenden Klienten und Klientinnen auf das Projekt hingewiesen. Ebenso bedanken möchte ich mich bei Tolou Maslahati, die im Rahmen ihres Forschungsprojektes Kinder von politisch Inhaftierten einbezogen und befragt hat. Somit wurden all die Kinder, die bei der Stiftung der ehemaligen politischen Häftlinge mit Sitz in Bonn registriert sind, angeschrieben.

Als ich das Projekt startete, war es mein Ziel, mindestens 100 Fragebögen zusammen zu bekommen. Dann habe ich irgendwann

gedacht, 50 wären auch schön. Und nun im Ergebnis sind es 42 ausgefüllte Fragebögen geworden. Trotz der geringen Anzahl an Fragebögen, die leider keine repräsentativen Aussagen zulassen, war es mir wichtig, dieses Projekt im Rahmen des zweiten Bundesfrauenkongresses in Halle als solches vorzustellen.

Struktur des Fragebogens

Der Fragebogen umfasst insgesamt 30 Fragen, die in drei Abschnitte unterteilt sind.

- Der erste Abschnitt behandelt Fragen zum Ereignis der Verhaftung der Eltern. Wie alt waren die Kinder zum Zeitpunkt der Verhaftung? Waren die Kinder bei der Verhaftung anwesend? Haben die Kinder erfahren, wohin die Eltern gebracht wurden? Oder hatten die Kinder Kenntnis darüber, dass die Eltern sich politisch betätigen?
- Der zweite Abschnitt beinhaltet Fragen für den Zeitraum der Trennung. Wie und wo wurden die Kinder untergebracht? Hatten die Kinder/Eltern erfahren, wohin die jeweils anderen Familienmitglieder gebracht wurden? Hatten die Kinder während der Trennung Kontakt zu ihren Eltern? Wie und was wurde den Kindern über die Abwesenheit der Eltern gesagt?
- Der dritte Abschnitt thematisiert die persönliche und innerfamiliäre Aufarbeitung. Wurde in der Familie über die Zeit der Trennung gesprochen? Sind die Kinder wütend auf die Eltern? Welcher Art ist der heutige Kontakt zu den Eltern? Hatten die Kinder eine andere Bezugsperson? Leiden die Kinder an gesundheitlichen Problemen, die auf die Trennung zurückzuführen sind?

Abschließend bestand die Möglichkeit, Anmerkungen zu machen. Dieses offene Feld wurde u.a. für sehr persönliche Äußerungen genutzt, die dem Außenstehenden einen guten Einblick in die individuelle Gefühlswelt der damaligen Kinder geben und die ich in der Auswertung einfließen lassen werde.

Auswertung

Die Auswertung erfolgt anhand der statistischen Ergebnisse und mithilfe eindrücklicher Aussagen von betroffenen Kindern. Von den insgesamt 42 eingetroffenen Fragebögen sind 28 von Töchtern und 14 von Söhnen ausgefüllt worden.

Trotz der Einschränkung der Betroffenenengruppe auf Kinder, die für den Zeitraum der Trennung nicht in Heimen, sondern bei Verwandten/Bekanntem untergebracht waren, gibt es 17 Kinder, die angaben, in einem Heim gewesen zu sein. Dabei betrug die Dauer des Heimaufenthaltes von wenigen Tagen bis zu zwei Jahren. Zumindest die kurzen Zeiträume von wenigen Tagen bis zu vier Wochen lassen sich folgendermaßen erklären: Wenn beispielsweise ein alleinerziehendes Elternteil verhaftet wurde, kamen die Kinder vorübergehend ins Heim und erst dann zu den eventuell weiter entfernt wohnenden Verwandten/Bekanntem. Oder bei einem Republikfluchtversuch, zum Beispiel Richtung Jugoslawien, kamen die Kinder zur Überbrückung ins Heim und dann zu den Verwandten/Bekanntem. Ein längerer Heimaufenthalt war auch möglich, wenn die Kinder bei Großeltern untergebracht waren, die so schwer erkrankten, dass sie die Kinder nicht mehr betreuen konnten oder durften.

Die Geburtsjahre der Kinder der 42 Fragebögen erstrecken sich über alle Jahrzehnte der DDR. So sind sechs in den 40er Jahren, sieben in den 50er Jahren, zwölf in den 60er Jahren, elf in den 70er Jahren und fünf in den 80er Jahren geboren worden. Es ist anzunehmen, dass die Gruppe aus den 60er und 70er Jahren deswegen den größten Anteil ausmacht, weil sich deren Eltern in der Aufarbeitung engagieren und den Fragebogen an ihre betroffenen Kinder weitergeleitet haben. Da die Anzahl der politisch Inhaftierten sich in den 80er Jahren nicht verringerte, ist davon auszugehen, dass sich zukünftig mehr Kinder melden werden, die in den 80er Jahren geboren wurden.

Das Alter des jeweiligen Kindes zum Zeitpunkt der Verhaftung der Eltern ist für die Prägung des Kindes entscheidend. Grundsätzlich

werden bei diesem Projekt Kinder bis 18 Jahre als Kinder gewertet. Bei den eingereichten Fragebögen liegt das Alter der Kinder im Verhaftungsmoment zwischen 0 und 15 Jahren. Dabei ist jedes Alter vertreten.

- Jeweils ein Kind war 0, 5, 6, 8, 12 und 15 Jahre alt.
- Jeweils zwei Kinder waren 7, 13 und 14 Jahre alt.
- Jeweils drei Kinder waren 1 bis 2 und 11 Jahre alt.
- Jeweils vier Kinder waren 3, 4 und 10 Jahre alt.
- Fünf Kinder waren 9 Jahre und sechs Kinder 2 bis 3 Jahre alt.

Man könnte sich an dieser Stelle zu Vermutungen hinreißen lassen. In welcher Lebensphase entscheiden Eltern für sich selbst oder im Hinblick auf ihre Kinder, dass sie ein besseres und vor allem freieres Leben führen möchten? Genauso wäre zu fragen, inwieweit die am meisten vertretene Gruppe der 2- bis 3-Jährigen sich unbewusst oder bewusst an die Geschehnisse der Verhaftung erinnern kann.

Auch wenn ich keine Psychologin bin, als Historikerin und Mutter würde ich meinen, dass auch ältere Kinder durch ein derart einschneidendes Ereignis stark beeinflusst werden. Ihre Welt wird auf den Kopf gestellt.

Die Dauer der Trennung von Mutter und Vater ist ein weiterer Anhaltspunkt, um den Einfluss auf das Kind einschätzen zu können. Die Angaben zur Dauer erstrecken sich von weniger als einem Jahr bis über mehr als sechs Jahre. Hier war die Gruppe der 1- bis 2-jährigen Trennung die am stärksten vertretene, wobei sich diese 15-mal auf die Mutter und 12-mal auf den Vater bezog. Während bei den Angaben zu mehr als 6 Jahren dies nur einmal in Bezug auf die Mutter, aber fünf Mal in Bezug auf den Vater angegeben wurde.

Ausgehend vom Strafgesetzbuch der DDR wissen wir, dass für Republikflucht (§213 StGB) in der Regel eine Haftstrafe von 1, 2 oder 3 Jahren ausgesprochen wurde. Ab 1979 konnte man in besonders schweren Fällen auch bis zu 8 Jahren verurteilt werden. Der § 214, welcher die Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher

Tätigkeit beinhaltete, ist ein klassischer Paragraf für Menschen, die beispielsweise ihren Ausreiseantrag immer wieder bekräftigten oder Flyer und Transparente an öffentlichkeitswirksamen Orten platzierten. In der Regel ist man mit einer Haftstrafe von bis zu 2 Jahren, ab 1979 bis zu 3 Jahren verurteilt worden.

In den 42 Fragebögen gab es auch zwei Kinder, die eine 19 Jahre währende Trennung von der Mutter angegeben haben. In den freiwilligen Anmerkungen wurde es als Zwangsadoptionen beschrieben. Einer dieser sogenannten Ausreißer konnte eindeutig als Zwangsadoption verifiziert werden. Und erst nach Jahren hatten sich Mutter und Kind wiedergefunden.

Persönliche Eindrücke der Betroffenen

Die Bedeutung der Trennung von den Eltern über einen langen Zeitraum, aber auch die teils sehr schlimmen Erfahrungen der Eltern in Haft, möchte ich an dieser Stelle mit Zitaten der Kinder verdeutlichen.

Zitat 1: „Eltern kamen geschieden aus der Haft zurück.“

Zitat 2: „Wiederkehr meiner Mutter aus der Haft, sie war völlig verändert, ich konnte keinen Bezug zu ihr aufbauen“

Zitat 3: „Durch die Verhaftung war mein Vater anschließend traumatisiert. Meine Mutter durch die Verhöre und Wohnungsdurchsuchungen. Ich denke, dass sie dadurch nicht in der Lage waren, gute Eltern zu sein. Mein Vater hat erst zwanzig Jahre später von seiner Verhaftung erzählt. Meine Eltern haben im Laufe meines Lebens oft den Kontakt zu mir abgebrochen. Heute geht es mir gut, aber ich habe schlimme Jahre hinter mir und lange eine Therapie gemacht. Ich finde, das ist auch wichtig zu erwähnen.“

Eine andere Frage behandelte das Wissen der Kinder über den Verbleib der Eltern. Was haben die Kinder bei Fragen nach den Eltern gesagt bekommen? Die Antwortmöglichkeiten gingen von

Gefängnis, Urlaub, Dienstreise, über abgehauen bis zu gar nichts. Mehrfachnennungen waren möglich. Die knappe Hälfte der 42 Kinder, nämlich 20 haben die Information bekommen, dass ihre Eltern im Gefängnis seien. Drei Kindern wurde gesagt, dass es sich um eine Dienstreise handelte. In einem Fall hatte ein Kind erst die Information Dienstreise und dann, nachdem sich jemand in der Familie verquatscht hatte bzw. annahm, das Kind wüsste Bescheid, die Information Gefängnis erhalten. Die andere Hälfte der Kinder, insgesamt 17 haben angegeben, dass sie gar nichts erfahren haben. Dies ist wohl vor allem abhängig vom Alter. Wie soll man einem Kleinkind von unter einem Jahr erklären, dass die Eltern im Gefängnis sind.

Kontakt zu Eltern im Gefängnis

Ebenso beachtenswert ist die Frage nach dem Kontakt zwischen Kindern und Eltern während der Trennungszeit. Wenn die Kinder wussten, dass die Eltern im Gefängnis waren, bestand weiterhin ein Kontakt. 20 der Kinder gaben an, per Brief mit den Eltern kommuniziert zu haben. Erlaubt war ein Brief pro Monat, sachlich und nicht besonders persönlich geschrieben, denn er musste die Zensur passieren. Zusätzlich gab es zwei Kinder, die zum Zeitpunkt der Verhaftung 14 und 15 Jahre alt waren. Als diese dann 16 Jahre alt wurden, konnten beide den Vater im Gefängnis besuchen.

Eine andere Frage beschäftigte sich mit dem Wissen der Kinder zu den möglichen Aktivitäten der Eltern. Hier ist davon auszugehen, dass es das betroffene Kind vielleicht nicht ganz unvorbereitet traf. Wussten die Kinder von Fluchtplänen, Ausreiseanträgen oder dem politischen Engagement der Eltern? Auch hier setzt die eigentliche Wissensweitergabe ein gewisses Alter des Kindes voraus. So hätte ein Kind wissen können, dass die Eltern, abgeholt mit dem Spruch „Zur Klärung eines Sachverhalts“, durchaus nicht mehr nach Hause zurückkommen. Laut den Fragebögen verfügten 30 der 42 Kinder nicht über ein derartiges Wissen. 12 Kinder gaben an, von den Eltern ins Bild gesetzt worden zu sein.

Innerfamiliäre Aufarbeitung

Der dritte Abschnitt des Fragebogens beschäftigte sich u.a. mit der innerfamiliären Aufarbeitung. So wurde gefragt, ob über die Zeit der Trennung gesprochen wurde. Unser erster Frauenkongress hatte den Titel „Das Schweigen brechen“. Wir alle wissen, dass es in einer Familie nicht immer leicht ist, über unangenehme Sachen zu sprechen. Oft ist es eine Frage des Moments. Heute habe ich Lust dazu. Morgen wieder nicht. Es ist nie einfach, einen Moment zu finden, der allen passt. Das Spektrum der möglichen Antworten umfasste *ja, oft, selten, nie* und *nur einmal*. An dieser Stelle waren Mehrfachnennungen möglich. Dabei wurde in der Regel die Nennung *ja* mit *oft* verbunden. Und wenige benannten *selten* in Verbindung mit *nie*. So kreuzten 14 Kinder ja an, 12 oft, 14 selten und 9 nie.

Eine weitere Frage, vielleicht finden einige sie unangebracht, war, ob die Kinder wütend auf ihre Eltern sind, weil sie das Gefühl haben, die Eltern hätten sie im Stich gelassen. Hier gab es wieder mehrere Antwortmöglichkeiten von *nie, selten, manchmal, oft, ja* und *weiß nicht*. Erfreulicherweise, aus Sicht der Eltern, kreuzten die Hälfte der Kinder *nie* an. Ein Viertel, 10 der 42 Kinder gaben an, manchmal wütend zu sein, und nur jeweils zwei gaben *ja* in Verbindung mit *manchmal* an.

Nun möchte ich gerne die zwei letztgenannten Fragen zueinander in Beziehung setzen. Wie lauten die Angaben zu der Wütend-Frage, wenn in der Familie über die Erfahrungen der Trennung gesprochen oder nicht gesprochen wurde? Die 14 Kinder, die angegeben haben, dass in ihrer Familie darüber gesprochen wurde, gaben bei der Wütend-Frage 9-mal nie, 2-mal manchmal und 1-mal ja an. Die 9 Kinder, bei denen nie in der Familie darüber gesprochen wurde, gaben nur 1-mal nie, 1-mal weiß nicht, 3-mal manchmal, 2-mal oft und 1-mal ja an. Demnach würde ich hier schon eine Tendenz feststellen wollen. Das Sprechen, also der Verständigungsprozess als solches, erleichtert und vergrößert zugleich das Verständnis für die Eltern.

Auch an dieser Stelle möchte ich, in Form von Zitaten, den Kindern eine Stimme geben.

Zitat 1: „Ich hätte mir einfach gewünscht, davor, währenddessen oder wenigstens danach mit irgendjemandem reden zu können.“

Zitat 2: „Im Jahr der Trennung von meiner Mutter hatte ich psychische Auffälligkeiten wie gelegentliches nächtliches Einnässen, starke Albträume über den Verbleib meiner Mutter und Auffälligkeiten, dass ich auf der Straße fremde Frauen von hinten für meine Mutter hielt und hinterherlief. Ich wurde aber sehr gut aufgefangen von meinem Vater und besonders von seiner Frau, die mich wie ein eigenes Kind behandelt hat, ohne jemals die Existenz meiner Mutter in Frage zu stellen. Eine wichtige Rolle spielte auch, dass meine wichtigsten Bezugspersonen immer betonten, dass meine Mutter wiederkommt. Und schließlich war eine der wichtigsten Personen mein neu geborener Bruder, dem ich eine wichtige Bezugsperson wurde, und dessen erstes Lebensjahr ich sehr intensiv erleben durfte. Mein größtes Leid war, dass ich das ganze Jahr nicht wusste, wohin meine Mutter ohne Vorwarnung verschwunden war. Für meine eigenen Kinder bedeutet das bis heute, dass ich jedes noch so tragische Ereignis in kindgerechter Form erkläre, es bleibt kein Thema unausgesprochen.“

Zitat 3: „Bei mir keine Wut, eher Trauer. Die eigenen Gefühle sind schwer kommunizierbar bei selbst traumatisierten Eltern. Aus deren Sicht ist ihre eigene Traumatisierung schlimmer. Außerdem sind sofort Schuldgefühle da, wenn eigene Gefühle angesprochen werden. Dadurch ist der Dialog über das Thema sehr erschwert.“

Einfluss bis in die Gegenwart

Eine der letzten Fragen in diesem umfangreichen Fragebogen lautete: Wie hat Sie die Trennung von den Eltern aus heutiger Sicht

beeinflusst? Die Antwortmöglichkeiten waren: *gar nicht*, *ein wenig*, *stark* und *sehr stark*. Ich finde es nicht überraschend, dass 39 der 42 Kinder stark und sehr stark und nur dreimal ein wenig und einmal gar nicht angegeben haben. Vielmehr zeigt es, dass insbesondere in der Retrospektive, mit dem eigenen Elterndasein, die damaligen Kinder durch die Trennung von ihren Eltern massiv beeinflusst wurden. Der ganze weitere Werdegang der Familie wurde von der Inhaftierung der Eltern geprägt. Im schlimmsten Fall ist die Familie daran zerbrochen.

Zitat 1: „Ich gehe stark davon aus, dass, wenn man als Siebenjähriger seine Eltern ein Jahr lang nicht sieht und erfährt, dass die Eltern im Gefängnis waren, dies in jedem Fall seelische Auswirkungen mit sich bringt. Ich habe heute (zumindest bewusst) nicht das Gefühl, dass mich diese Zeit damals noch seelisch beeinflusst; aber unterbewusst kann ich mir das sehr gut vorstellen; als mein eigenes Kind im Alter von sieben, acht Jahren war, ist die Thematik bei mir hochgekommen; vermutlich hätte ich die damalige Zeit mit einem Psychologen aufarbeiten müssen, was ich jedoch nie getan habe.“

Zitat 2: „Ich wurde aus meinem Leben rausgerissen, alles war anders.“

Zitat 3: „Ich habe meine gesamte Kindheit durch das Trauma meiner Eltern mit und durchgemacht, psychische Probleme meiner Mutter erlebt und mitgetragen, die Familie ist am Ende zerbrochen.“

Letztlich möchte ich noch kurz die Frage nach den gesundheitlichen Problemen ansprechen. Wir haben heute bereits beim Vortrag von Frau Maslahati gehört, dass Traumata auch an die Kinder und gemäß den Erkenntnissen der Epigenetik sogar an weitere Generationen weitergeben werden. Die Umfrage unter 42 Personen deutet ebenfalls in diese Richtung: Es gaben 32 der Kinder an, dass die Trennung von den Eltern im Rahmen der aufgezeigten individuellen

Bedingungen schwere langfristige gesundheitliche Schäden hervorgerufen hat. Es wurde nach physischen und psychischen Folgen gefragt. Bei den physischen Erkrankungen wurden unter anderem Muskelerkrankungen, Schlafstörungen, Autoimmunerkrankungen und Asthma aufgezählt. Bei den psychischen wurden am meisten Angststörungen, Bindungsstörungen, Verlustängste, depressive Verstimmungen und PTBS angeführt.

Zitat 1: „Man hatte sich entfremdet. Vor allem ist mein Vater sehr ernst und nachdenklich geworden. Anfangs war ich sehr wütend und enttäuscht. Um das zu verarbeiten, hatte ich Psychotherapie. Meine Eltern erklärten mir auch, dass sie keine Schuld an der Trennung hatten, sondern der Unrechtsstaat, der sich nicht einmal an seine eigenen Gesetze gehalten hat. – Multiple Sklerose – kurz nach der Ausreise in den Westen mit 12 Jahren.“

Zitat 2: „Anbei sende ich Atteste, eine Studie der Charité sowie ein Interview. Seit Jahren versuche ich meine Rehabilitation zu erreichen! Gleichwohl sind meine beiden Elternteile verstorben, mit dem Bewusstsein nichts, außer Übersiedlung, so richtig erreicht zu haben. Viele Dinge, die ich als Jugendlicher erlebte, sind nicht bei mir vergessen. Sie treten immer wieder mal zu Tage.“

So viel zur Auswertung der 42 eingereichten Fragebögen von Kindern, deren Eltern in politischer Haft waren. Ich hoffe, Ihnen damit einen Einblick in die Welt der Kinder gegeben zu haben. Zusätzlich möchten wir, die UOKG und andere Initiativen, dass eben diese Kinder nicht mehr vergessen werden, sondern auch ihnen die notwendige Aufmerksamkeit zuteil wird.

Beenden möchte ich die Vorstellung des UOKG-Projektes „Vergessene Kinder“ mit dem Zitat eines Kindes: „Schön, dass dieses Thema nach so langer Zeit mal aufgegriffen wird. [...] Es hat große Spuren in meiner Familie hinterlassen.“

Fragerunde „Vergessene Kinder“



Isabel Fannrich-Lautenschläger: Die Kinder, mit denen du gesprochen hast, waren das Kinder, die sich schon überwiegend länger mit ihrer Vergangenheit beschäftigt haben? Oder waren das auch Kinder, die erstmals aufmerksam geworden sind auf dieses Thema und dann auch erstmals die Möglichkeit hatten?

Sandra Czech: Es sind Kinder von Eltern, die sich stark engagieren in ihrer eigenen Aufarbeitung oder wie jetzt hier Leute, die anwesend sind. Und es sind Kinder, die wie bei Frau Seifert über die Eltern langsam mit reinkommen. Vor 15 Jahren wäre das in dem Fall nicht möglich gewesen. Ich habe bisher keinen Fragebogen von einem Kind erhalten, das noch nie mit der Thematik in irgendeiner Form zu tun hatte oder noch nie auf einer Veranstaltung wie dieser hier war. Die lesen nicht den Stacheldraht. Ich habe mich an die Beratungsstelle Gegenwind gewandt. Ich hatte auch mal die Ambition, viele psychotherapeutische Einrichtungen in der Bundesrepublik

anzuschreiben, mit diesem Hinweis, wenn sie Klienten haben, dass sie diese auf das Projekt aufmerksam machen. Das war aber zeitlich nicht zu schaffen.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Bei politisch Inhaftierten gibt es Schätzungen, was die Größenordnung angeht, man geht von 180.000 bis 250.000 Betroffenen in der DDR-Zeit aus. Es wird wahrscheinlich sehr schwierig sein, eine Schätzung von Kindern aufzustellen. Wie viele waren es denn?

Sandra Czech: Das wird richtig schwierig sein. Wir wissen, wer als Elternteil in Haft war. Aber dann ist die Frage, hast du ein Kind, zwei oder drei? Es ist schwierig, wie will man das fassen. Und Stichwort „Vergessene Kinder“: Sie bekommen gar nichts. Diese Kinder müssen darauf warten, dass ihre Eltern verstorben sind, um dann einmal jährlich in einer Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Bonn einen jährlichen Betrag zu bekommen. Das ist so eine Grundvoraussetzung bis dato für diese Gruppe.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Kann man da eine Zahl erfahren bei der Stiftung, wie viele Kinder sich überhaupt gemeldet haben?

Sandra Czech: Das sind die Fälle, die die Charité dann eben auch befragt hat. Das lief über die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und das waren 39 Kinder, die angeschrieben wurden, und ich hatte da einen Rücklauf von 28.

Konstanze Helber: Ich möchte dazu sagen zu dem Projekt, das schwelt ja schon lange. Also der Süddeutsche Freundeskreis Hohen-eckerinnen, als wir uns in den Anfangsjahren getroffen haben, haben wir darüber gesprochen. Unsere Kinder, die eben von den Eltern getrennt wurden, sei es bei der Verhaftung gewesen oder auch von zu Hause weggeholt, und wir haben uns eigentlich oft mehr oder weniger intensiv damit beschäftigt. Wie gehen wir das Thema an, was machen wir? Wir sind auch zweimal ins Familienministerium, bin ich mit den Müttern nach Berlin gereist und haben das da vorgetragen. Das war natürlich schwierig. Wir hatten ja keine

Ahnung, wie geht man sowas an. Wir sind auch unterstützt worden von einer Bundestagsabgeordneten, die hat uns das alles vermittelt, dass wir da ins Familienministerium kamen. Aber es war irgendwo alles so ein bisschen schwammig, und es wurde dann in der UOKG mal vorgestellt, das war 2018, und der Name entstand, und jetzt stehen wir hier und reden darüber. Und es gibt einen Fragebogen, der ist übrigens auch auf der Webseite vom Frauenforum eingestellt und kann immer abgerufen werden, falls sich noch jemand dafür interessiert, oder eben bei der UOKG, und es wäre natürlich schön, es beteiligen sich noch Eltern und Kinder, und man kommt weiter vorwärts. Also, das ist ein Projekt, das muss irgendwo gut werden, und es muss irgendwo einen Erfolg haben. Also das geht schon über viele, viele Jahre, aber das war sehr schwierig, auch die Kinder zu erreichen, dass die reden. Ich bin ganz erstaunt, bei 42 bist du gelandet, sei stolz! Wenn jetzt vielleicht der Kongress noch dazu beiträgt, dass einige sich bewegen lassen, den Bogen auszufüllen, dann denke ich, kommen wir irgendwann weiter vorwärts. Es muss ein fundierteres Wissen geben. Klar!



Martina Gefrörer, Konstanze Helber.

Karin Sorger: Wir haben da mitgemacht bei dieser Befragung, und ich möchte nochmal erklären, wir sprechen immer von vergessenen Kindern. Das sind natürlich jetzt erwachsene Leute. Meine Tochter ist Mitte 50 inzwischen, zur damaligen Zeit waren die Kinder. Sie hat gesagt, es hat große Spuren in unserer Familie hinterlassen, aber diese Spuren sind positiv. Ich habe mit meiner Tochter ein sehr enges Verhältnis, und als ich aus dem Gefängnis entlassen wurde, da habe ich noch drei Wochen Zeit gehabt, bis ich mit der Arbeit begann, und meine Tochter hätte eigentlich schon zur Schule gehen müssen, als wir in den Westen kamen. Aber ich habe entschieden, die geht jetzt nicht in die Schule, sondern diese drei Wochen verbringen wir damit, uns alles zu erzählen, was wir erlebt haben. Ich habe erzählt, wo ich war, was ich in der Haftzeit erlebt habe, und sie hat mir erzählt, sie war damals neun Jahre, als ich sie dann wiederholte, und sie hat mir erzählt, was sie erlebt hat.

Die Spuren in ihrer Familie oder in unserer Familie sind, dass sie politisch ganz wach ist. 2015, als diese Flüchtlingswelle über Deutschland hereinbrach, hat sie sofort einen Afghanen, einen unbegleiteten Jugendlichen, aufgenommen in ihrer Familie, und da hat sie mich nicht gefragt, ich sage ja, die Kinder sind groß, und sie hat mir dann davon berichtet. Und ich bin natürlich sofort dann zu ihr gefahren und wollte den Geflüchteten kennenlernen, und der hatte Abitur und konnte Englisch. Und dann habe ich gesagt, hier wird nicht englisch gesprochen, du musst Deutsch lernen. Und wenige Wochen später hat er mich angerufen und hat gesagt, hier ist Akbal, und sprach deutsch, also hat angefangen, Deutsch zu lernen. Meine Tochter hat ihn sieben Jahre bei sich behalten, der hat sieben Jahre bei ihr gewohnt, der kann perfekt Deutsch, so wie sie und ich. Er hat eine Ausbildung bei Fielmann gemacht und ist total integriert. Der Akbal war nach sieben Jahren raus. Dann kam jetzt die Ukraine-Krise im Februar. Meine Tochter hat sofort wieder eine ukrainische Familie aufgenommen und hat also nur positive Erfahrungen. Diese Familie hat ein kleines Kind, und die wohnen eben jetzt seit Februar 2022 bei ihr. Also, das sind die Auswirkungen auf unsere Familie.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Eine wichtige Rolle spielt ja sicherlich auch, wo dann diese Kinder untergekommen sind, wie eng da das Verhältnis war zu Oma, Tante, wie auch immer. Hast du das auch erfragt?

Sandra Czech: Ich habe gefragt, ob man eine Bezugsperson zur Zeit während der Trennung hatte und ob die heute noch relevant ist. Bei vielen war die dann verstorben, weil es Großvater oder Großmutter waren, weil es natürlich schon ein bisschen länger her ist. Was mir jetzt aber auch noch wichtig ist, das hatte ich vorhin vergessen zu sagen, dass es natürlich auch Kinder gibt, wo die Eltern stark in der Aufarbeitung tätig sind und die Kinder keine Lust auf das Thema haben. Das ist vielleicht auch, ist jetzt aber auch eher so ein Gefühl, dass es manchmal eine Generation überspringt. Die Kinder wollen nicht hören, was die Eltern erzählen, die Enkelkinder dann schon. Also ich kenne es so bei uns, aber es muss natürlich nicht zwangsläufig bei allen so sein. Insofern haben wir auch Kinder von Eltern, die einfach nicht wollen, denen ist es zu viel.

Elske Brault: Im Westen ist es doch eher so gewesen, dass man, wenn man im Gefängnis gesessen hat, man sich dafür geschämt hat. Ich weiß es zum Beispiel von einem Freund, der eine Zeit lang im Gefängnis gewesen ist. Hingegen in der DDR, wenn man in politischer Haft war, ist es mindestens nach 1989 eine Auszeichnung gewesen. Macht es für die Kinder einen Unterschied, oder macht das einen Unterschied im Erzählen?

Sandra Czech: Im Großen und Ganzen muss ich widersprechen. Gefängnis ist Gefängnis, und davon berichtet man nicht in der Regel. Ich sag doch nicht auf meiner neuen Arbeitsstelle, dass ich drüben im Knast war. Wer weiß, vielleicht hat die ja doch was gestohlen. Also es ist immer erstmal, würde ich jetzt behaupten, von der Wahrnehmung der anderen mit einer negativen Einschätzung behaftet, es sei denn, man ist unter Gleichgesinnten, die wissen, worum es gehen kann.

Claus Kurth: Das sehe ich ganz anders. Wir sind 1984 in die Bundesrepublik gekommen, nicht in die BRD, sondern die Bundesrepublik Deutschland. Da lege ich auch Wert drauf. Wir hatten nie Probleme, wirklich, und wir sind nach Bayern gegangen. Wir sind überall freundlich aufgenommen worden. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir im Gefängnis waren, haben das immer und überall erzählt. Ich bin permanent unterwegs an Gymnasien, in diesem Jahr noch sechsmal als Zeitzeuge. Da gibt's überhaupt keine Diskussion. Unsere Kinder erzählen das stolz, was sie für Eltern haben, wie ihre Eltern das gemeistert haben. Unsere Schwiegertochter hat mal in einem Gespräch was gehört, dass jemand was Schlechtes über die Ostdeutschen gesagt hat, da hat sie gesagt: Nein, das können sie nicht sagen! Ich habe Schwiegereltern, die stammen aus Ostdeutschland, und das sind so tolle Leute, und die waren im Gefängnis. Im Gegensatz dazu, wenn ich an meinen Schwager denke, der lebt hier noch im Osten, in Bernau, und der ist immer noch überzeugt, im Osten kam niemand unschuldig ins Gefängnis. Da haben wir sehr harte Diskussionen in der Familie gehabt, aber keinen Kontakt mehr.

Rehabilitierung: § 249 StGB/DDR

Michael Körner

Referent der Beauftragten
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der
kommunistischen Diktatur



Friedemann Muhme

Da Michael Körner erkrankt war, hat Friedemann Muhme seinen Text vorgetragen. Er ist Sozialarbeiter bei der Aufarbeitungs-Beauftragten des Landes Brandenburg und berät Opfer der Kommunistischen Diktatur.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin gebeten worden, heute ein kurzes Referat über § 249 des DDR-Strafgesetzbuches, welcher das sogenannte asoziale Verhalten unter Strafe gestellt hat, und seine Rolle im Rehabilitierungsrecht zu halten. Dem komme ich gerne nach.

Die Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch „asoziales“ Verhalten, so die Kurzbeschreibung des Tatbestandes des § 249, ist kein klassisch politisches Delikt im Sinne des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes. Er gehört nicht zu den dort genannten Regeltatbeständen (wie Republikflucht oder staatsfeindliche Hetze), welche – wie der Name schon sagt – in aller Regel als rechtsstaatswidrig anerkannt werden, es sei denn, es sprechen

nachweislich gravierende Gründe dagegen. Die Rehabilitierung nach Verurteilung gemäß § 249 erfordert indes immer eine gerichtliche Einzelfallprüfung, was das Verfahren komplexer macht und den Antragsteller grundsätzlich in eine Nachweispflicht bezüglich der zu bewertenden Tatsachen bringt.

Warum ist das so?

Der Gesetzgeber ging davon aus, dass Verurteilungen nach diesem Paragraphen nicht von vornherein rechtsstaatswidrig wären und die als asozial beschriebenen Verhaltensweisen, insbesondere die Nichtarbeit, aber auch Prostitution und sonstiges „asoziales“ Verhalten (Herumtreiben, Schmarotzertum, Betteln, Trunksucht etc.) in Rechtsstaaten westlichen Musters unter Umständen auch strafbar sein können. Deshalb solle sich das Rehabilitierungsgericht diese Fälle genau anschauen. So blieb beispielsweise der dem § 249 vorausgehende und ähnliche Tatbestände umfassende § 361 Reichsstrafgesetzbuch, welcher in der Zeit des Nationalsozialismus Ausgangspunkt für die Verbringung zehntausender sogenannter „Asozialer“ in die Konzentrationslager war, auch in der Bundesrepublik noch bis 1974 gültig.

Worüber Einigkeit in der juristischen Fachwelt besteht, ist, dass jemand, der allein wegen Nichtarbeit verurteilt wurde und sich sonst nichts hat zuschulden kommen lassen, grundsätzlich zu rehabilitieren ist. Denn die bloße Nichtarbeit wird durch Art. 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt, dem Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit.

Wenn die Nichtarbeit allerdings mit der Schädigung Dritter einhergeht, also beispielsweise Diebstahl oder Betrug, gern auch Unterhaltspflichtverletzungen oder Mietschulden, erhöht das die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung des Rehabilitierungsantrages deutlich. Und genau an dieser Stelle beginnen die Probleme, die sich im Fall einer gerichtlichen Einzelfallprüfung auftun.

Zum einen die Beweisführung. Die Nichtzahlung von Unterhalt könnte einem beispielsweise nicht vorgeworfen werden, wenn man

sich nach Kräften um einen Arbeitsplatz bemühte, aber überall nur Ablehnungen erhielt. Vielen gelingt es jedoch nicht, diese Bemühungen heute noch durch Dokumente oder Zeugen nachzuweisen, weil vor 40 oder 50 Jahren niemand auf die Idee kam, dass solche Unterlagen irgendwann mal für eine Rehabilitierung relevant werden könnten.

Zum anderen kann die Bewertung der Schwere einer solchen Drittschädigung durch die Gerichte doch recht unterschiedlich ausfallen. Die Drittschädigung darf nämlich nicht unerheblich gewesen sein. In einem Beschluss wurde eine solche Erheblichkeit bereits bei einem zweimonatigen Mietrückstand in Höhe von insgesamt 40 Mark der DDR angenommen und die Rehabilitierung deshalb abgelehnt. Andere Gerichte berücksichtigen Mietrückstände generell nicht, da es sich nach ihrer Auffassung lediglich um zivilrechtliche Ansprüche handeln würde, die für ein strafrechtliches Verfahren keine Relevanz haben dürfen.

Auch wenn der Gesetzgeber in § 249 nicht unbedingt ein politisches Delikt wie Republikflucht sah, so hat dieser Paragraf doch durchaus eine starke politische Dimension.

§ 249 sah ein Strafmaß von bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe, in besonders schweren Fällen von bis zu 5 Jahren vor. Hinzu kam die Möglichkeit der Anordnung Staatlicher Kontroll- und Erziehungsmaßnahmen. Das war viel, insbesondere, wenn man bedenkt, dass in der Bundesrepublik bis zur Aufhebung des § 361 StGB im Jahr 1974 eine Strafe von maximal 6 Wochen Haft verhängt werden durfte.

Dies lag in erster Linie an dem hohen Stellenwert, den die Arbeitspflicht in der DDR hatte. Denn eine der wesentlichen Pflichten des DDR-Bürgers war, gemeinsam mit allen anderen Werktätigen den Aufbau des Sozialismus voranzubringen. Wenn man sich diesem gemeinsamen Ziel verweigerte, konnte man im real existierenden Sozialismus schnell zum Staatsfeind werden.

So hatten beispielsweise viele Oppositionelle, die aufgrund ihres widerständigen Verhaltens ihren Arbeitsplatz verloren, sowie

Ausreiseantragsteller, denen das nach der Antragstellung passierte, zu Recht Angst, wegen § 249 verhaftet und verurteilt zu werden. Ihnen wurde oftmals der Zugang zum staatlichen Arbeitsmarkt verwehrt, deshalb blieben nur noch die Kirchen und die wenigen verbliebenen privaten Unternehmen als letzte Möglichkeit, Arbeit zu bekommen und einer Verhaftung zu entgehen.

Sicherlich war die Nichtarbeit der Hauptanwendungsfall des § 249. Er stellte neben der sogenannten „Arbeitsscheu“ aber auch generell die Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten unter Strafe. Dieses asoziale Verhalten war so unbestimmt, dass es sich hervorragend zur Kriminalisierung von unliebsamen, als feindlich-negativ oder kriminell-gefährdet eingestuften Personen eignete. Denn letztlich kam hier jedes Verhalten in Frage, dass von der vorgegebenen sozialistischen Verhaltensnorm abwich oder zumindest von den Systemträgern als abweichend eingestuft wurde.

An dieser Stelle möchte ich gern den Bogen zum hier stattfindenden zweiten Bundeskongress verfolgter Frauen schlagen.

Nicht zuletzt aufgrund der in der DDR geltenden Vorstellungen von der Rolle der Frau im Sozialismus, war dieser Paragraf ein zentrales Instrument zur Kriminalisierung und damit auch zur Diskriminierung von Frauen, die nicht dem sozialistischen Frauenbild entsprachen. Denn das in Absatz 2 normierte asoziale Verhalten setzte eben nicht notwendig die sogenannte „Arbeitsscheu“ voraus, sondern konnte auch das Herumtreiben, Übernachten in Parkanlagen, Bahnhöfen etc. oder auch das Veranstalten von Treffen mit anderen Andersdenkenden unter Strafe stellen. So wurden gerade Frauen, die in der DDR auf der Suche nach Freiheit und Selbstbestimmung waren und ihren eigenen Weg gehen wollten, über § 249 kriminalisiert und diszipliniert. An den Folgen dieser Behandlung leiden die meisten betroffenen Frauen bis heute.

Exemplarisch hierfür steht der Umgang mit dem sexuellen Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Denn Frauen, die sich nicht auf eine

Beziehung festlegen, sondern die Freiheiten, die Ihnen das Leben bot, auch nutzen wollten, wurde von staatlicher Seite schnell das Kürzel „hwG“ für häufig wechselnde Geschlechtspartner angeheftet. Und das war dann oft schon der erste Schritt in Richtung einer „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“ und damit einer Verurteilung nach § 249. Solch einer Verurteilung ging nicht selten ein Aufenthalt in einer der berüchtigten geschlossenen venerologischen Stationen, die es ja auch hier in Halle gab, voraus. Diese waren im Übrigen ausschließlich für Frauen vorgesehen. Geschlechtskranke Männer hatten demgegenüber das Privileg, grundsätzlich ambulant behandelt zu werden.

Wie menschenverachtend und rücksichtslos das Regime mithilfe des § 249 gegen die Betroffenen vorging, möchte ich mithilfe eines Beispiels aus der Brandenburger Beratungspraxis veranschaulichen.

Frau P. war zum Zeitpunkt des Geschehens – 1976 – noch keine 18 Jahre alt. Sie hatte die Schule mit guten Noten abgeschlossen und befand sich im 2. Jahr ihrer Ausbildung zur Buchhändlerin. Sie wuchs als einziges Kind strenger, systemnaher Eltern auf, die ihre Erziehungsvorstellungen nicht selten auch mit Schlägen vermittelten.

Während ihrer Ausbildung begann sie sich für Jungs zu interessieren. Ihre erste große Liebe war ein junger Mann, der bereits wegen asozialen Verhaltens vorbestraft war. Das missfiel nicht nur ihren Eltern, nein, auch ihre Kolleginnen machten ihr deshalb schwere Vorhaltungen. Letztendlich beugte sie sich dem Druck und trennte sich schweren Herzens von ihrem Freund.

Einige Zeit später verliebte sie sich erneut, diesmal in einen polnischen Staatsbürger. Erneut hagelte es Vorwürfe von Elternhaus und Arbeitsstelle, was sie nun zunehmend frustrierte und ihr zusätzlich die Freude an der Arbeit nahm.

Von ihrem Sommerurlaub, den sie ohne Erlaubnis ihrer Eltern mit Freunden an einem See verbrachte, kehrte sie – hauptsächlich aus Angst vor ihren Eltern – erst eine Woche zu spät nach Hause zurück. Die massiven Vorwürfe, die sie anschließend erhielt, hielt sie nicht

lange aus. Eine Woche später verschwand sie, ohne die Absicht, nach Hause zurückzukehren, in Richtung Berlin. Frau P. war sehr kontaktfreudig, und so lernte sie viele Menschen kennen, bei denen sie unterkam, denen sie half und mit deren Hilfe sie weitere Menschen kennenlernte, mit denen sie quer durch die DDR umherzog. Sie jobbte in der Gastronomie und als Babysitter, sie half Menschen beim Renovieren ihrer Wohnungen und war auch Teil einer Gruppe, die Ausreiseantragsteller beim Sachen-Packen unterstützte, wenn die Ausreise tatsächlich bewilligt war und alles schnell gehen musste. Im Gespräch sagte sie mir, dass das die schönste Zeit ihres Lebens gewesen sei. So frei und ungebunden wie damals fühlte sie sich nie wieder.

Nach ca. einem halben Jahr wurde Frau P. im Mai 1977 in Berlin von der Polizei verhaftet und kam erst in die Untersuchungshaftanstalt der Volkspolizei in der Keibelstraße und anschließend in die Untersuchungshaftanstalt Cottbus. Dort blieb sie bis zu ihrem Prozess im August 1977. Während dieser Zeit war sie zahlreichen Verhören und sonstigen Schikanen ausgesetzt. Frau P. war schwanger, als sie verhaftet wurde. Aufgrund der in der Haft erfolgten körperlichen und seelischen Misshandlungen verlor sie ihr Kind.

Sie wurde vom zuständigen Kreisgericht zu einem Jahr Freiheitsstrafe mit anschließender staatlicher Kontroll- und Erziehungsaufsicht verurteilt. Die Freiheitsstrafe musste sie in einem Arbeitserziehungslager verbüßen. Von den Folgen dieser Haft hat sie sich nie erholt.

Ich lernte Frau P. vor einigen Jahren an einem Beratungstag in einer Brandenburgischen Kleinstadt kennen. Frau P. litt zu diesem Zeitpunkt an einer manifesten posttraumatischen Belastungsstörung, an Agoraphobie mit Panikstörungen und an Depressionen. Zu mir kam sie hauptsächlich, weil es Probleme mit ihrem Strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren gab.

Die Anerkennung ihrer Haftzeit als staatliches Unrecht – so sagte sie mir später – war wesentlicher Teil ihres damals beginnenden therapeutischen Prozesses.

Leider habe ich Frau P. im Laufe der Zeit aus den Augen verloren. Bei dem Versuch, sie einige Jahre später als Zeitzeugin zu gewinnen, stellte sich heraus, dass weder Adresse noch Telefonnummer stimmten. Ich hoffe jedenfalls, dass ihre Therapieversuche erfolgreich waren und sie einen guten Weg gefunden hat, mit den Erlebnissen von damals umzugehen.

Ein weiteres Fallbeispiel ist Frau U. Sie hatte mit 19 Jahren den leidenschaftlichen Wunsch, Sängerin zu werden. Sie trat mit einer Band auf und sang erfolgreich westliche Rocksongs. Ihre Erfolge als Sängerin im beliebtesten Tanzlokal des Ortes machte die staatlichen Organe auf sie aufmerksam. Sie wohnte zur Untermiete und übernahm aus Freundlichkeit für den sehbehinderten Vermieter einen Kaufkredit für einen größeren Fernseher, doch der Vermieter konnte schon bald die Raten nicht mehr regelmäßig zahlen. Beide Tatsachen nahmen die staatlichen Organe zum Anlass, Frau U. wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Betrugs zum Nachteil sozialistischen Eigentums zu Arbeitserziehung und anschließenden Kontrollmaßnahmen zu verurteilen.

Allein die Tatsache, dass Frau U. während des Ermittlungsverfahrens durch die Staatssicherheit verhört wurde, lässt erkennen, dass die staatlichen Organe der DDR nicht vorrangig wegen angeblich krimineller Straftaten gegen Frau U. vorgingen. In einem solchen Falle wäre es ausschließlich zu polizeidienstlichen Ermittlungen gekommen. Es lag im Charakter der politischen Strafverfolgung, dass kriminalisierende Vorhalte gesucht und konstruiert wurden, um Menschen verurteilen zu können, ohne dass der politische Charakter der Verurteilung offensichtlich wurde.

Im Falle von Frau U. sollten schlicht weitere Auftritte einer nicht systemkonformen Band verhindert werden.

Frau U. befand sich deshalb vom Juli 1970 bis Oktober 1972 in Haft, mit einer 3 ½ monatigen Strafaussetzung aus gesundheitlichen Gründen. Bei Haftantritt war sie 19 Jahre alt.

Fragerunde Paragraf 249 StGB/DDR



Isabel Fannrich-Lautenschläger: Die beiden Beispiele zeigen eine große Bandbreite auf: Welche Rolle spielt der § 249 insgesamt bei Ihnen in der Beratung?

Friedemann Muhme: Die größte betroffene Gruppe oder die meisten Menschen, die sich zurzeit an uns wenden, sind ehemalige Heimkinder. Sie profitieren von der Gesetzes-Novellierung 2019 und wenden sich im Rahmen dessen an uns. Die Verurteilungen nach § 249 ziehen sich aber schon durch die gesamte Beratungszeit durch. Ich bin jetzt seit sechs Jahren Mitarbeitender der Landesbeauftragten, und es ist durchgängig ein Thema, aber auch kein riesengroßes Thema. In der Regel sind es Männer, die davon betroffen waren, also auch von politischer Haft, und es war mir ein großes Anliegen, da auch nach Frauen-Beispielen zu suchen, damit es zu dem Kongress passt.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Ich hätte jetzt auch an Frauen gedacht, weil es um diese Geschichten ging wie häufig wechselnden Geschlechtsverkehr oder die sogenannten Herumtreiber, und wir hatten gerade hier in Halle die venorologische Station. Insofern kamen Ihnen solche Fälle auch unter?

Friedemann Muhme: Ja, solche Fälle gehören dazu, und wie gesagt, es ist nicht im großen Rahmen, aber sie sind kontinuierlich da. Ich könnte mir denken, dass es auch mit Stigmatisierung zu tun hat, dass es den Betroffenen immer noch schwerfällt, sich anderen Menschen anzuvertrauen und das zu thematisieren. Es gibt aber auch Menschen, die ein starkes Unrechtsempfinden haben, weil sie aufgrund dieses Paragraphen verurteilt wurden und die Sache nicht ruhen lassen können und nach Rehabilitierungsmöglichkeiten suchen. Das gibt es ebenfalls.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Sie hatten von einer gewissen Bandbreite von Fällen erzählt. Könnten Sie das hier nochmal erläutern?

Friedemann Muhme: Ich habe mal überlegt, in welchen Kontexten oder wer denn am häufigsten diszipliniert oder bestraft worden ist durch diesen Paragraphen. Gerade wenn es unter 18-Jährige waren, waren es Frauen, die sich der gängigen Sexual- und Arbeitsmoral nicht anpassten. Sie wurden teilweise auch über den Paragraph 249 kriminalisiert. Ein anderer größerer Bereich, insbesondere bei Frauen, die über 18 Jahre alt waren, waren häufig alleinerziehende Frauen. Es ist schwierig, ein Muster zu finden, weil es verschiedenste Konstellationen gibt, und ich kann jetzt nur sagen, welche Situationen Frauen besonders vulnerabel machten für Verurteilung oder Kriminalisierung, und das waren alleinlebende Frauen. Es waren Frauen, die nicht gearbeitet haben, die politisch engagiert waren. Wenn eins oder mehrere dieser Kriterien zutrafen, die sich gegenseitig verstärkten, war es wahrscheinlicher, dass man über den Paragraphen 249 sanktioniert wurde.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Und Sie beraten ja auch zur Rehabilitation. Welches Problem gibt es konkret, wenn Betroffene zu Ihnen kommen?

Friedemann Muhme: Einerseits geht es um die Beweislast, die bei den Antragstellenden liegt, und die Möglichkeiten der Beweiserbringung, das ist zum Teil schwierig oder gar nicht mehr möglich. Zum zweiten besteht eine Schwierigkeit darin, dass halt die Sachverhaltsaufklärung durch die Gerichte, naja, da gibt's noch Luft nach oben, sag ich jetzt mal. Es wird einfach nicht erkannt, was der Kontext war, und es passiert häufig, dass auf die Schädigung Dritter sehr stark abgehoben wird und der Kontext, der dazu geführt hat, nicht in den Blick gerät und Rehabilitierungen dann abgelehnt werden.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Sie haben auch das Problem der Stigmatisierung angesprochen, also dass es manchmal einen Zusammenhang gab mit anderen kleinen Delikten und es dann schwierig wird zu zeigen, dass man auch aus politischen Gründen verurteilt wurde.

Friedemann Muhme: Ja, das System ist so ein bisschen, dass es halt kein System gab. Es gibt auch einzelne Fälle, wo jemand nur aufgrund des Paragraphen 249 verurteilt wurde. Oft war es aber auch ein Zusammenspiel. Ich habe unlängst eine junge Frau beraten, die kam mit 16 in ein Jugendhaus. Sie war wie die Frau aus dem ersten Fallbeispiel verlängert im Urlaub geblieben und hatte sich dann durchgeschlagen mit Bagatelldelikten, also kleineren Diebstählen und ähnlichem, und die wurde dann wirklich zu einem Jahr im Jugendhaus verurteilt. Das ist schon eine unverhältnismäßig schwere Strafe. Es fiel der Frau auch schwer, sich damit auseinanderzusetzen, weil sie kriminalisiert wurde und in der Akte las, dass sie der Prostitution nachgegangen sei und ähnliches. Das war sehr kränkend und entsprach einfach nicht den Tatsachen.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Es fällt auf, dass dieses Themenfeld nicht so gut erforscht ist. Christian, kannst du dazu etwas sagen? Vielleicht warum das so ist oder was es dazu gibt bisher?

Christian Sachse: Die Jugendhäuser sind ein relativ kompliziertes Phänomen. Die wurden eigentlich zur Kaiserzeit schon erfunden, langsam aufgebaut und gut entwickelt. Ich schreibe da gerade einen Aufsatz darüber, in vier Wochen im Internet zu lesen: Die DDR hat auf diese Jugendhäuser zurückgegriffen. Wir als Aufarbeitungsleute, alle Juristen, alle Journalisten, die ich kenne, haben die Jugendhäuser komplett vergessen. Dort wurden Jugendliche eingesperrt, die Straftäter waren, anders als in den Jugendwerkhöfen, aber manchmal galten sie als Straftäter wegen irgendwelcher Banalitäten.

Der Unterschied zwischen Jugendhaus und Jugendwerkhof ist kaum zu erklären, ist nur, deswegen habe ich diesen Vorspann gemacht, historisch zu erklären, dass die Justiz oder später das Innenministerium eine eigene Jugendhaftanstalt haben wollte. Denen hat es nicht gereicht, dass die Margot Honecker und Vorgänger die Jugendwerkhöfe als Repressionsmittel hatten. Es gibt auch in der Zeitschrift „Neue Justiz“ wirklich die Beschreibung: Der Unterschied zwischen Jugendwerkhof und Jugendhaus besteht darin, dass die Jugendhäuser abgeschlossen sind. Sie wussten es selber nicht ganz genau.

Wenn man jetzt in die Praxis reinguckt, sind die meisten Jugendhäuser vergleichbar mit Torgau, mit dem Geschlossenen Jugendwerkhof. Der wird immer als das Ende des Niedergangs bezeichnet, als Anfang der Hölle. Wir hatten aber eine Menge Höllen dieser Art in der DDR.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Das war jetzt sehr stark auf den Unterschied zwischen Jugendhäusern und Jugendwerkhöfen abgehoben.

Christian Sachse: Es gibt wenig Forschungsprojekte zum Paragraphen 249, es gibt da keine geschlossene Untersuchung, ich kenne jedenfalls keine.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Das ist schwer zu verstehen, weil es viele betroffen hat. Warum dann nicht genauer hingeguckt wird, oder hast du da eine Vermutung?

Christian Sachse: Es gibt ein paar blinde Flecken, für die es keine wirkliche Erklärung gibt. Eine mögliche Erklärung: § 249 ist vorwiegend gegen junge Leute und Jugendliche angewandt worden, und die DDR war Staat der Jugend. Demzufolge ist man in diesem Bereich auch in der Wissenschaft auf starke Widerstände gestoßen, wenn man das aufarbeiten wollte, in Kindergärten, Kinderheimen.



UOKG-Beraterin Cornelia Kurtz kennt die Arbeit im Jugendwerkhof aus eigener Erfahrung.

Das ist sehr Ideologie-belastet gewesen, und man hat sehr viel Ärger bekommen, wenn man in dem Bereich geforscht hat.

Friedemann Muhme: Ich wollte nochmal den Aspekt der Stigmatisierung ansprechen. Der Paragraph 249 betraf häufig Menschen oder in den meisten Fällen Menschen, die einen Unterstützungsbedarf hatten. So würde man das heute sagen, und man hat dann halt wenig die Menschen unterstützt, sondern wirklich eher drangsalieren. Heutzutage ist Alkoholismus beispielsweise eine Erkrankung und dafür würde man nicht ins Gefängnis kommen. Wenn man aber mit so einem Label „249“ heute noch rumläuft,

ist es für viele ein Grund, warum es ihnen schwerfällt, damit nach außen zu gehen, weil es einfach nachwirkt und sehr viele Erklärungen nötig macht. Die Annahme das Umfeld, auf das man stößt, versteht es nicht, oder es wird die Erfahrung gemacht, dass es so ist. Ich glaube, das sind die wichtigsten Punkte, die Menschen davon abhalten können ihre schmerzhaften Erinnerungen aufzuarbeiten.

Aus dem Publikum: Ich war hier in Halle in Haft gewesen wegen Republikflucht. Wir wurden mit diesen Damen zusammengewürfelt,

und eine Dame, mit der hatte ich mich angefreundet, und die hat mir gesagt, was sie so macht. Die war zu fünf Jahren Haft verurteilt. Sie wurde draußen auf der Messe von der Stasi angeheuert, die westdeutschen Männer anzumachen, und das wollte sie dann nicht mehr, und dann hat sie so eine hohe Haftstrafe gekriegt. Wird die dann rehabilitiert?

Friedemann Muhme: Es würde unter die Rehabilitierungsgesetze fallen, und ich hatte ja gesagt, es geht immer um die Beweislast: Wenn die Betroffene belegen kann, dass es politische Hintergründe gab, dann ist eine Rehabilitierung möglich. Zwischen den einzelnen Landgerichten gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Deswegen kann ich keine pauschale Aussage treffen. Die Aussage, die ich Ihnen geben kann, ist, dass es unter die Gesetze fällt und rehabilitiert werden kann.

Waltraud Thiele: In meiner Beratung habe ich einige Fälle von Paragraph 249 gehabt, und ich möchte das an zwei Fällen verdeutlichen. Einmal eine Frau, der ging es ähnlich, wie meine Vorrednerin erzählt hat. Sie wollte nicht mehr für die Stasi arbeiten, und man hat sie geschickt drangsaliert, bis ihre Arbeit gekündigt wurde vom Arbeitgeber und sie einen Tag ohne Arbeit war. Das war asoziales Verhalten, dafür hat sie ein Jahr und acht Monate gekriegt. Der zweite Fall: Hier in Halle gab es auch Männergruppen, Kriegsdienstverweigerer und Umweltschützer. Wenn die sich in einer Wohnung trafen und berieten, dann wurden sie von der Polizei aufgesucht, und es kam dazu, dass die Leute festgenommen wurden. Einer hat sich gewehrt, der ist dann eingesperrt worden wegen Paragraph 249 und Angriff auf die Staatsgewalt. Dieser Fall wurde aufgrund der Aktenlage der Stasi rehabilitiert, während der von der Frau nicht rehabilitiert worden ist. Bei Paragraph 249 habe ich erlebt, dass die meisten Fälle nicht rehabilitiert wurden, und ich habe sehr viele Beratungen gemacht bis vor drei Jahren.

Friedemann Muhme: Das ist auch meine Erfahrung. Ich kenne einen Fall aus der Beratungsstelle, da hat jemand die Arbeitsstelle

gewechselt, und zwischen der alten und der neuen war eine Woche Zeit. Also er hatte schon einen neuen Arbeitsvertrag und wurde dennoch auf Grundlage des Paragraphen 249 verurteilt. Der konnte dann aber rehabilitiert werden, und wir hatten nach einer langen Auseinandersetzung schließlich die Möglichkeit, ihn zu unterstützen, dass er vom Versorgungsamt auch Unterstützungsleistungen erhalten hat. Diese Kriminalisierung hat sehr viele Facetten. Es sind nicht viele Fälle, aber es gibt sie, dass Frauen zur Prostitution gedrängt werden sollten im Rahmen von Messearbeiten oder ähnlichem. Sie waren dann im Gefängnis, um dazu gebracht oder dafür gewonnen zu werden. Das sind Fälle, die mir bekannt sind aus der Beratungspraxis.

Brunhild Köhler: Ich habe Ihren Vortrag sehr bewusst wahrgenommen, weil ich zwei Leute kenne, die auf Grundlage von Paragraph 249 in Haft kamen. Die Diskussion jetzt zeigt für mich eine grundsätzliche Frage auf, wie wir mit dieser Beweisführung umgehen. Es ist eben in dem Beitrag schon gesagt worden, da wurde eine Frau von der Stasi beauftragt, bestimmte Dinge zu machen. Die haben das natürlich nicht aufgeschrieben. Also wir verlassen uns bei der Chance, dafür rehabilitiert zu werden, auf die Akten von denen, die uns eigentlich in die Scheiße reiten wollten. Das ist für mich ein ganz grundsätzliches Problem, dass wir auf die angewiesen sind. Gibt es vielleicht Überlegungen bei Fällen, die nachweislich kaum in den Akten gut beschrieben worden sind, dass wir anders damit umgehen könnten in der Rechtsprechung? Gibt es Ansätze zu sagen, das war ein System-immanentes Verhalten der Täter, und die Opfer, denen müssen wir doch auch glauben? Man kann nicht alles an den Akten nachweisen. Also in meinem Fall weiß ich, dass ich nur Glück hatte, dass die Frau, die uns bespitzelte, alles brav aufschrieb.

Friedemann Muhme: Leider muss ich sagen, dass mir da nichts bekannt ist. Und was sie berichten, speziell die politische Verfolgung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, wo einfach durch Vernichtung der Akten wenig dokumentiert ist, ist wirklich ein großes

Problem, weil keine Nachweise vorliegen. Wir versuchen in unserer Beratungspraxis, die Menschen so zu orientieren, dass sie die Nadel im Heuhaufen vielleicht doch finden. Der Gesetzgeber sieht die Möglichkeit der Glaubhaftmachung vor. Ein Richter kann durchaus auch eine eidesstattliche Erklärung eines Angehörigen oder des Betroffenen selbst als einen Beleg für eine Verfolgung anerkennen, muss es aber auch nicht, und man kann das nicht einfordern. Also das ist die aktuelle Situation, und es ist nachvollziehbar, dass es für denjenigen, der diesen Beweis nicht hat oder nicht bringen kann, unbefriedigend ist. Aber eine Lösung habe ich leider auch nicht für diese Situation.

Resilienz / Widerstandsfähigkeit

Heide Glaesmer
Professorin für
Medizinische Psychologie
und Medizinische Soziologie
an der Universität Leipzig



Die Arbeitsgruppe von Heide Glaesmer beschäftigt sich mit den gesundheitlichen Folgen traumatischer Erfahrungen in verschiedenen Gruppen, wie z. B. der Weltkrieg-II-Generation, den Besatzungskindern des Zweiten Weltkrieges, geflüchteten Menschen oder unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Darüber hinaus werden die gesundheitlichen Folgen von Missbrauchs- und Vernachlässigungserfahrungen in der Kindheit untersucht.

Ich habe ein positives Thema, in dem Hoffnung steckt, und ich hoffe, die kann ich Ihnen jetzt am Ende des Tages noch bringen. ‚Resilienz‘ ist ein etwas sperriger Begriff, es geht darum: was Menschen hilft unter extremen Belastungen und danach. Ich kann heute nur einen Exkurs wagen und werde der Komplexität des Themas nur zum Teil gerecht werden. Resilienz heißt auf deutsch so etwas wie Widerstandsfähigkeit. Das kommt eigentlich aus der Materialforschung. Sie müssen sich die großartige Bratpfanne oder den nichtrostenden Gartenzaun vorstellen, und jetzt übertragen wir das auf Menschen. Da wird es langsam schwierig, weil der Begriff viel verwendet

wird. Sie finden ihn in ganz vielen Beiträgen. Es gibt Bücher, es gibt Fernsehbeiträge, und die Krux da dran ist, dass es nicht richtig gut definiert ist, was Resilienz eigentlich ist, im psychologischen Sinne. Schaut man allerdings ein bisschen in die Geschichte, dann gibt es gute Beispiele, wie man sich der Sache nähern kann.

Eine Studie ist da richtungsweisend, sie hat überhaupt nichts mit politischer Inhaftierung zu tun. Das ist die Children-of-Kauai-Studie von Emmy Werner, einer Entwicklungspsychologin. Sie hat sich in den 1970er Jahren mit der Frage beschäftigt, wie Kinder unter verschiedenen Entwicklungsbedingungen aufwachsen auf dieser schönen Insel Kauai. Das ist eine der Inseln, die zum Inselstaat Hawaii gehören. Die Forschenden haben Kinder von kurz nach der Geburt begleitet bis weit ins Erwachsenenalter. Manche dieser Kinder wuchsen unter widrigen Bedingungen auf, also in einem Elternhaus, in dem nur ein Elternteil da war, in dem Suchterkrankungen eine Rolle spielten oder psychische Erkrankung oder häusliche Gewalt oder ein niedriger Bildungsstand, und es gab vielfältige Kombinationen aus solchen Risikofaktoren. Die Forschenden konnten zeigen, dass ein Drittel der Kinder unter solchen Bedingungen trotzdem eine positive Entwicklung nehmen, dass sie also die Schule abschließen, nicht kriminell werden, Familien gründen und so weiter. Das ist eigentlich das große Geheimnis, was uns Psychologen viel mehr interessieren sollte als all die negativen Folgen von schwierigen Bedingungen und Traumatisierungen: Was kann uns helfen, auch unter widrigen Bedingungen uns gut zu entwickeln, gesund zu bleiben oder nach einer Belastung wieder gesund zu werden?

Unter anderem wurden in dieser Studie bereits schützende Persönlichkeitsmerkmale beschrieben, darunter so etwas wie ein positives Temperament, also Menschen, die man sympathisch und freundlich findet, ein stabiler Selbstwert, positive Beziehungen zu anderen Menschen und auch pro-soziales Verhalten. Das heißt also, dass man auf andere zugeht, dass man deren Bedürfnisse erkennt, anderen hilft. Das ist aus meiner Sicht richtungsweisend.

Es gibt auch Resilienzforschung zu Holocaustüberlebenden, darüber werde ich heute nicht sprechen. Aber es ist ein Thema, das nicht neu ist und in den letzten Jahren eine unglaubliche Renaissance erlebt. Wie erwähnt gibt es keine einheitliche Definition von Resilienz. Unser größtes Problem ist, dass die klassische Resilienz-Definition eine Persönlichkeits-Definition ist. Demnach gibt es resiliente Menschen und Persönlichkeitseigenschaften, die Resilienz ausmachen. Das klingt erstmal schön, hat aber die Schattenseite, dass man auch sagen kann, jemand, der nicht widerstandsfähig auf Belastung reagiert, dem fehlen bestimmte Eigenschaften, und das klingt ja eher entmutigend für diese Personen.

Ein moderneres Verständnis von Resilienz betrachtet das Thema dynamischer und prozessorientierter: Man sagt nicht, entweder jemand hat Resilienz oder hat sie nicht, und man kann auch nicht nur diese Persönlichkeitsebene anschauen, sondern kann Resilienz aus einer sozialen Perspektive betrachten. Also: was bieten die anderen? Was bietet die Familie, das soziale Umfeld? Resilienz entsteht auch aus dem, was die anderen mit mir tun, wie sie mich betrachten und mich unterstützen, und das werde ich gleich versuchen, näher zu erklären.

Ein neues Resilienzmodell unterscheidet drei Aspekte von Resilienz: Resilienzkapazität, Resilienzmechanismen, also Dinge, die wir tun, wie wir handeln, wie wir denken, und resiliente Ergebnisse. Das erste, die Resilienzkapazität, ist das klassische Verständnis von Resilienz als etwas, das in der Person selbst liegt, das können bestimmte Persönlichkeitseigenschaften sein. Ich habe zu Heimkindern geforscht, auch zu anderen Gruppen. Man sieht immer wieder, dass es Kinder gibt, die unter sehr schwierigen Bedingungen aufwachsen und es schaffen, jemanden zu finden, der für sie sorgt, der sie schützt und sie stärkt. Das wäre so eine resiliente Eigenschaft, wenn ich es schaffe, irgendjemand zu finden, der für mich einsteht. Mir ist dazu die Umweltperspektive wichtig, dass also nicht der Mensch allein die Dinge bewältigen muss, sondern dass es staatliche Unterstützungsangebote oder soziale Unterstützung gibt, also

Menschen um uns herum und eine Gesellschaft um uns herum. Das ist gerade bei politischen Traumatisierungen aus meiner Sicht ein wichtiger Aspekt.

Als zweites kann man sich die Resilienzmechanismen anschauen, bei denen ich nur auf eins eingehen will, nämlich das sogenannte Coping. Coping heißt auf deutsch Bewältigung: Was kann ich tun, um mit bestimmten Widrigkeiten umzugehen? Vieles hat damit zu tun, wie ich das in meinem Denken und in meinem Fühlen verarbeite. Wenn ich eine ungünstige Erfahrung mache, kommt es darauf an, ob ich sage, ich habe es immer schon gewusst, dass es nichts wird, oder ob ich sage, manchmal geht's schief, manchmal gelingt es aber auch. Also wie verarbeite ich Enttäuschung oder ungünstige Erfahrungen?

Als letztes will ich den Blick auf die resilienten Ergebnisse wenden. Oft hören wir von psychischen und körperlichen Erkrankungen als Langzeitfolgen von Traumatisierungen. Aber es gibt neben diesen Erkrankungen andere Aspekte: Ein ganz bekanntes Konzept ist das posttraumatische Wachstum. Neben psychischen Problemen, die nach einem Trauma entstehen können, gibt es andere psychische Veränderungen. Wenn wir über politische Traumatisierungen in der DDR sprechen, ist das Problem, dass die gesellschaftlichen Kapazitäten erst später geschaffen wurden. Erst nach dem Ende der DDR hatte man die Möglichkeit, über das Erlittene zu sprechen und sich Hilfe zu holen in einem größeren Rahmen, wenn man jetzt mal von vertrauten Personen, die man vielleicht vorher hatte, absieht.

Ich werde das jetzt nochmal ein wenig genauer betrachten. Schauen wir als erstes auf die Person. Resilienz wäre da

- Ein stabiler Selbstwert
- Flexibles Denken, also die Fähigkeit, mit bestimmten Situationen, die man erlebt, flexibel umzugehen
- gute Problemlösestrategien, zum Beispiel, dass man nicht gleich aufgibt, sondern denkt, ich probiere es nochmal auf einem anderen Weg

- Positives Temperament
- soziale Offenheit.

Dies sind Schutzfaktoren oder Resilienzfaktoren, und gleichzeitig gibt es manchmal Konstellationen, wo auch die versagen können.

Wenn wir mehr in den Bereich der staatlichen Unterstützungsangebote gehen, gehört dazu auch die Anerkennung von Leid und Unrecht. Dazu gehört eine Gedenkkultur, und dass man die Möglichkeit hat, das, was man erlebt hat, zu benennen und zu besprechen. Wichtig ist, dass einem aufrichtig zugehört und das Unrecht anerkannt wird. Das bedeutet, dass man eben nicht Bagatellisierung erfährt oder jemand sagt: Ach, so genau will ich es nicht wissen. Oder: Irgendeinen Grund gab es bestimmt. Menschen, die Unrechtserfahrungen gemacht haben, erleben oft, dass Leute es nicht hören wollen oder dass sie eine andere Meinung dazu haben, statt einfach erstmal zuzuhören. Das soziale Umfeld und die Gesellschaft haben somit auch eine Verantwortung für Resilienz.

Wenn wir auf die Resilienz-Mechanismen blicken, beschränke ich mich auf den Aspekt der Bewältigung. Ein Beispiel ist die sogenannte positive Neuinterpretation: Es bedeutet, dass, wenn man eine bestimmte Situation durchläuft, man nicht in der Situation verharrt. Statt zu sagen: Es geht alles ganz schlecht, da kann man jetzt nichts mehr machen, erkennt man einen kleinen Aspekt, der sich positiv verstehen lässt. Den kann ich benutzen, um nicht aufzugeben in einer schwierigen Situation, und das ist auch erforscht: Es hilft, besser damit umzugehen. Mit Blick auf Unrechtserfahrungen und politische Traumatisierungen heißt das konkret, das Schweigen brechen, darüber erzählen, ist ein ganz wichtiger Punkt in der Bewältigung. In der Arbeit mit Zeitzeugen habe ich oft erlebt, dass es nicht nur darum geht, dass mir mal jemand zuhört, sondern dass man Zeugnis ablegt, also dass man Erlebtes sichtbar macht, auch für andere, auch für die Nachwelt. Beispielsweise in Schulen zu berichten, aufmerksam zu machen auf das, was passiert ist, damit es möglichst nicht wieder passiert, ist eine Form von Bewältigung.

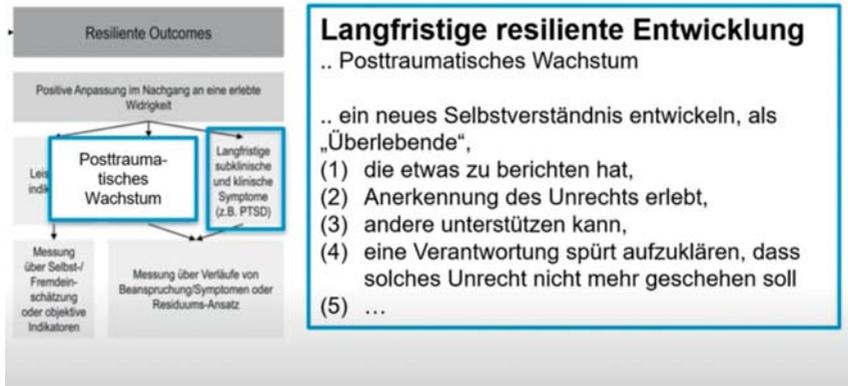
Nicht jeder von Ihnen wird all diese Dinge tun, aber jeder tut wahrscheinlich irgendetwas davon.

Das sind stets Prozesse, und aus meiner Sicht gehört dazu auch die Entscheidung, ob man eine Rehabilitierung anstrebt. Der Begriff „Wiedergutmachung“ ist dabei durchaus zwiespältig zu betrachten, weil man solche Dinge, glaube ich, nicht wiedergutmachen kann. Man kann sie nur anerkennen, und natürlich kann man, wenn man psychische Probleme hat aufgrund der Inhaftierung zum Beispiel, sich auch entscheiden, sich psychotherapeutische oder psychosoziale Hilfe zu suchen. Auch das ist Bewältigung.

Kommen wir zum Schluss zu den Resilienzergebnissen. Da geht es um eine längerfristige Entwicklung. Wir sind im Jahr 2023, das bedeutet, die ursprünglichen Erfahrungen, die Sie gemacht haben, liegen inzwischen relativ lange zurück. Die Tatsache, dass man psychische Folgen durch eine Inhaftierung oder andere politische Traumatisierungen oder Unrechtserfahrungen hat, heißt nicht, dass man nicht trotzdem Resilienz besitzt. Sie alle sitzen heute hier, und das ist der Beweis, Sie alle haben einen Weg gefunden, im Leben damit in irgendeiner Art und Weise umzugehen. Es ist wichtig, dass man das immer im Blick behält.

Eine langfristige resiliente Entwicklung nennt man posttraumatisches Wachstum. Es bedeutet, dass man ein neues, gestärktes Selbstverständnis entwickelt. Im Deutschen wird im Trauma-Forschungsbereich häufig von Opfern gesprochen. Das finde ich schwierig, weil es eine sehr passive Sicht auf die Menschen betont und diese Menschen nicht ausschließlich Opfer sind, sondern weil jeder von uns ganz viele Identitäten hat. Im Englischen gibt es den „Survivor“-Begriff. Die deutsche Übersetzung „Überlebende“ ist nicht wirklich schön. Deswegen habe ich die auf dem Schaubild in Anführungsstriche gesetzt. Es geht um ein Weiterleben mit neuem Selbstverständnis. Das heißt, dass man etwas zu berichten hat, dass man hoffentlich auf irgendeine Art und Weise durch wen auch immer Anerkennung des Unrechts erlebt, dass man vielleicht auch

Integratives Resilienzmodell



andere unterstützen kann. Ich habe hier von vielen gehört, dass Sie organisiert sind oder andere beraten haben. Das wäre aus meiner Sicht immer ein Zeichen für eine resiliente Entwicklung, bis hin zu dem Punkt, dass man die Verantwortung spürt, aufzuklären, damit solches Unrecht nicht mehr geschieht. Von Studienteilnehmern, mit denen wir gearbeitet haben, habe ich häufig gehört: Ich nehme nicht unbedingt an Ihrer Studie teil, um Ihnen zu erzählen, was mir passiert ist, sondern mir ist wichtig, dass das sichtbar wird und dass es nicht nochmal passiert und dass vielleicht andere davon auch profitieren können, selbst wenn es mir nicht hilft.

Das posttraumatische Wachstum gibt es als Konzept schon länger in der Trauma-Forschung, und zwar geht es bei posttraumatischem Wachstum darum, dass man eine positive psychische Entwicklung nimmt in seinen Gefühlen und Gedanken, dass man aus einer Krise heraus wächst. Wichtig ist, dass das immer aus der Verarbeitung des Erlebten entsteht. Dazu gehört die Veränderung hin zu einer neuen positiven Selbst- und Weltsicht, also auf sich selbst und auf die Welt als solche. Dies kann verschieden erlebt werden: Sei es in Form einer neuen Wertschätzung, dass man sagt, ich bin froh, dass ich noch lebe, dass ich rumlaufe, dass ich heute hier an diesem Tag

bin. Sei es, dass man persönliche Beziehungen schätzt, sich sagt, für mich ist das so ein Geschenk, dass ich zwei Freunde habe, denen ich alles erzählen kann und die für mich da sind, oder dass ich eine Familie habe. Sei es, dass man aus so einer Krise heraus versteht, dass man eine Stärke besitzt, die Stärke nämlich, durch die Krise hindurch zu gehen und nicht aufzugeben. Es kann also sein, dass man völlig neue Möglichkeiten für sich entdeckt. Wahrscheinlich kennen Sie alle Menschen, die eine Krise erlebt haben und hinterher gedacht haben, ich muss nochmal darüber nachdenken, womit ich den Rest meines Lebens verbringen will, ob ich einen anderen Job machen will, etwas Neues lernen will, ein Instrument lernen oder Sport machen, bis hin zu spirituellen Veränderungen, also dass Menschen irgendeine Form von spirituellen Überzeugungen in einem positiven Sinne entwickeln.

Wichtig ist dabei, posttraumatisches Wachstum entsteht aus einer bestimmten Belastung heraus. Wir wissen heute, dass da zwei Stränge einer Entwicklung nebeneinander herlaufen. Es gibt ein initiales traumatisches Ereignis, und dann gibt es einerseits die posttraumatischen Folgen, also eher das, was die psychischen Erkrankungen sind, und auf der anderen Seite läuft das Wachstum nebenher als zweiter Strang. Das ist inzwischen auch empirisch gut untersucht, nicht bei politisch Inhaftierten, aber bei anderen Menschen. Unter anderem hat eine Doktorandin von mir eine Studie gemacht zu Frauen, die im Bosnienkrieg sexualisierte Kriegsgewalt erlebt haben. Zwanzig Jahre danach lässt sich erkennen, dass sie auch posttraumatisches Wachstum haben, neben allen Belastungen, die fort dauern. Wichtig ist auch, dass es ein bestimmtes Ausmaß an Belastung braucht, um überhaupt dieses Wachstum entstehen zu lassen. Wenn man jetzt wieder auf Unrechtserfahrung blickt, dann ist das Gehört-Werden, also dass einem zugehört und das Unrecht anerkannt wird, ein wichtiger Punkt für ein posttraumatisches Wachstum. Das werde ich noch an einem anderen Konzept erklären.

Im Rahmen unserer Studie zu Heimkindern in der DDR haben wir uns an dem Konzept der amerikanischen Philosophin Jill Stauffer

orientiert, und wir tun das momentan auch in anderen Zielgruppen. Jill Stauffer hat sich beschäftigt mit Holocaustüberlebenden, mit Menschen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, aber auch mit Zeugenaussagen vor der Wahrheitskommission in Südafrika. Sie hat sich gefragt, wie verarbeiten Menschen Unrechtserfahrungen, oder warum verarbeiten manche sie vielleicht auch ungünstig? Daraus hat sie das Konzept der „Ethical Loneliness“ entwickelt. Ein Gefühl des ethischen Alleingelassenseins: wenn man das Gefühl hat, von der Menschlichkeit verlassen zu sein, und dass einem nicht zugehört wird in dem, was man erlebt hat.

Stauffer betont in diesem Konzept, dass es eine Verantwortung des sozialen Umfeldes gibt und dass eine Gesellschaft eine Verantwortung hat für Aufarbeitung von Unrecht. Es geht dabei nicht nur um juristische Aufarbeitung, sondern um Gedenkkultur und all die anderen Dinge, die da reingehören können. Sie hat sich viel mit Biografien beschäftigt und sagt, unsere Identität ist eine Erzählung. Wenn ich Sie frage, wer sind Sie denn, dann erzählen Sie mir eine Geschichte. Sie werden mir eine andere Geschichte erzählen als einem Arbeitgeber oder der Nachbarin, weil es bei diesen Selbstdarstellungen immer auf das Gegenüber ankommt. Die eigene Identität ist somit letztendlich immer eine Erzählung, die man über sich hat, und die kann man zunächst mal selbst konstruieren, aber sie wird immer mitkonstruiert von dem, wie andere Menschen auf uns blicken.

Wenn man zum Beispiel keine Anerkennung von Unrechtserfahrungen erlebt, also Sie kommen auf ein Amt, und da sitzt jemand, der hat da früher schon gesessen, und der sagt, Ihren Antrag unterstütze ich nicht, dann erlebt man das Unrecht nochmal. Es bedeutet auch, ich habe Schwierigkeiten, diese Anerkennung des Unrechts in meine Erzählung hineinzukonstruieren, und damit ist es schwerer, dieses Unrecht in meiner Lebenserzählung zu verarbeiten. Die fehlende Anerkennung von Unrecht und Leid ist ein dynamischer Akt: Es gibt nicht nur ein initiales traumatisches Ereignis wie eine Inhaf-

tierung oder eine Verurteilung, sondern immer dann, wenn erneut solche Dinge passieren, immer wenn jemand sagt, das war gar nicht so schlimm oder du warst nicht zu Unrecht da, dann wird im Prinzip das Unrecht wiederholt, und daraus entsteht ein tiefes Empfinden von Unrecht, das ist mit diesem Konzept gemeint.

Ich finde an Stauffers Konzept wichtig, dass es Traumata und Unrechtserfahrungen in eine Beschreibung von Identität einbettet und die Bedeutung der sozialen und gesellschaftlichen Umwelt betont. Wenn man über die Bewältigung von Unrecht oder über Resilienz spricht, geht es nicht darum zu sagen, der Einzelne, der betroffen ist, der muss jetzt mal irgendwie Resilienz entwickeln und das hinkriegen. Mir ist wichtig, dass wir verstehen, es ist etwas, das die anderen mittun müssen. Die Gesellschaft, die Familie, das soziale Umfeld müssen mitwirken. Wir haben die Studie zu Heimkindern noch nicht komplett ausgewertet, aber es gibt Hinweise darauf, dass die Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung unterschiedlich stark auftreten, je nachdem, ob jemand ein Gefühl von Ethical Loneliness hat. Je stärker jemand dieses Gefühl hat, umso mehr posttraumatische Belastungssymptome haben wir gefunden.

Ich fasse zusammen: Wenn wir die drei Aspekte von Resilienz anschauen, ist es so, dass wir alle eine Grundausstattung mitbringen für Zeiten von Krisen, im Sinne von Persönlichkeit. Aber es ist auch so, dass die Verantwortung für die Bewältigung nicht bei den Menschen allein bleiben darf, sondern dass es immer auch eine Verantwortung der Umwelt gibt. Es braucht die Anerkennung des Unrechts, Rehabilitierung, den Versuch der Wiedergutmachung, das Gehört-Werden, eine Gedenkkultur. In der nimmt man am besten eine aktive Rolle ein, indem man anderen hilft, als Zeitzeuge aktiv wird, seine Geschichte irgendwo niederschreibt und in ein Zeitzeugen-Archiv gibt. Die gemeinsame Bewältigung ist das, was am besten funktioniert aus meiner Sicht.

Falls Sie mehr über dieses Thema erfahren wollen: Bei Klett-Cotta ist das Buch meiner Forschungsgruppe „Heimkinder in der DDR“ er-

schiene, mit dem Untertitel: Traumatische Erfahrungen und deren Bewältigung über die Lebensspanne. Wir haben uns also auch dort Mühe gegeben, den Aspekt der Bewältigung und wie es im Leben dann weitergeht, mitzubeleuchten. Ich bin außerdem Teil eines größeren Forschungsprojektes zur Zwangsadoption in der DDR, und wir suchen immer noch Zeitzeuginnen. In Leipzig suche ich mit meiner Mitarbeiterin betroffene Kinder, meine Kolleginnen in Berlin suchen leibliche Eltern, denen ihre Kinder entzogen wurden. Falls Sie Betroffene kennen, freuen wir uns, wenn Sie darauf aufmerksam machen und sich diese Menschen bei uns melden.

Fragerunde Resilienz / Widerstandsfähigkeit



Isabel Fannrich-Lautenschläger: Vielen Dank für diesen Vortrag und für das Mut machen. Meine Frage schließt an vorherige Vorträge an, die die Schwere der Traumatisierung thematisiert haben: Politische Verfolgung ist besonders schwerwiegend. Wenn jemand sexuell

missbraucht wurde, ist das sehr schlimm, kann aber eine individuelle Tat sein, und hier handelt es sich um politische Verfolgung in einem Land, in einem System. Es ist nochmal anders, nämlich in etwas ganz Großes eingebettet, und das spielt sicher eine entscheidende Rolle für das, was Sie gesagt haben: Das Umfeld muss beteiligt werden.

Heide Glaesmer: Wenn wir bei sexuellem Missbrauch über Kinder sprechen, dann ist es ja leider so, dass viele da nicht singuläre Ereignisse haben, sondern dass es die Kindheit prägt und früh in die Entwicklung eingreift. Wenn es um sexualisierte Gewalt im Erwachsenenalter geht, ist es nochmal etwas anderes. Das trifft auf eine erwachsene Person. Grundsätzlich ist es so, je schwerer und chronischer traumatische Ereignisse sind, umso schwerwiegender sind die Folgen. Es gibt auch Grenzen von Resilienz. Nicht jeder Mensch, der ein Trauma erlebt, bekommt zum Beispiel eine posttraumatische Belastungsstörung. Selbst bei Vergewaltigung ist das Risiko etwa bei 50 Prozent. Wenn wir hingegen Folterüberlebende untersuchen, dann geht das nahezu auf 100 Prozent. Das muss man sich klar machen. Es gibt also Grenzen dessen, was ein Mensch bewältigen kann, aber es vergeht auch Zeit, und es gibt immer wieder Heilungsprozesse.

Mir ist wichtig, dass wir uns klar machen: Die Heilung, also die Verantwortung für Heilung, liegt nicht nur bei den Personen selbst, sondern andere sollen da mittun. Eine zentrale Rolle spielt, dass das Unrecht überhaupt als Unrecht anerkannt wird. Da geht es nicht unbedingt um Geld. Geld spielt sicher auch manchmal eine Rolle, weil man manchmal Nachteile hat in seinem beruflichen Leben. Aber oft ist der Aspekt, dass das Erlebte überhaupt gehört und anerkannt wird, extrem wichtig.

Tatjana Janda: Arbeiten Sie auch mit Einrichtungen wie Reha-Kliniken zusammen? Oder gibt es Plattformen für Betroffene, aber auch für Menschen, die im Gesundheitswesen tätig sind, wo die sich untereinander austauschen können?

Heide Glaesmer: Wir arbeiten mit denen in den Studien nicht direkt zusammen. Aber ich glaube, das Thema Resilienz ist relativ weit verbreitet im ganzen psychosozialen Sektor. Ein großes Problem sehe ich darin, dass viele Menschen, die Traumatisierung erlebt haben, nicht mit dem Behandlungsanlass Traumafolgestörung irgendwo auftauchen, sondern mit völlig anderen Sachen, und dass dieser biografische Hintergrund häufig nicht gesehen wird. Wenn ich an den therapeutischen Bereich denke, haben wir da zum Beispiel Menschen mit Schmerzstörungen, die werden dann auf ihre Schmerzstörung behandelt, und niemand schaut auf den biografischen Hintergrund. Und das ist natürlich ein Fehler, weil es ganz wichtig ist, auf diese Folgen der Traumatisierung zu schauen und die mitzubehandeln. In diesem Sinne gibt es da noch einiges zu tun. Wir geben uns Mühe, das in Weiterbildungen zu platzieren.

Tatjana Janda: Ich kann mal sagen, was mir selber sehr geholfen hat, dass ist einmal das Tagebuch schreiben, das Malen auch. Überhaupt Dinge so aus mir rauszulassen, die ich dann eben auch sehen und in die Hand nehmen kann. Den nächsten Schritt, das mit anderen zu teilen, da scheue ich mich noch.

Heide Glaesmer: Auf jeden Fall hilft das. Es gibt ja auch in der Traumatherapie narrative Ansätze, in denen man Lebensgeschichten zum Beispiel schreibt mit bestimmten Aufgaben und das auch bespricht. Das ist auf jeden Fall etwas, was hilfreich ist. Das kann ich bestätigen.

Aus dem Publikum: Sie sprachen davon, dass die Anerkennung durch die Gesellschaft mehr stattfinden muss, und all die Leute, die heute hier sind, haben schon einen Schritt geschafft. Ich denke dann aber doch wieder an meine beiden Brüder, die allein zu Hause sitzen mit schlimmen Schmerzen, psychischen Belastungen, und die diesen Schritt wahrscheinlich nie wagen werden. Dieser Punkt um die gesellschaftliche Anerkennung, deswegen sitzen wir hier, deswegen werden Resolutionen formuliert, weil nach 34 Jahren diese Anerkennung noch gar nicht stattgefunden hat. Nicht was Entschädigungsleistungen anbetrifft, sondern wenn meine Brüder mit

Schmerzen zum Arzt gehen, jetzt endlich mal zum Arzt gehen nach vielen, vielen Jahren, dann kommen sie nicht auf die Idee, das anzusprechen, was eigentlich dazu beigetragen hat. Und die Hoffnung schwindet, dass die Menschen, die irgendwo in ihrem Kämmerlein allein sitzen, dass die heraus kommen aus diesem Ungesehen-Sein und Klein-Sein.

Heide Glaesmer: Ich kann Sie gut verstehen. Unsere Erfahrung ist aber, dass Menschen sich an unterschiedlichen Punkten in ihrem Leben öffnen, manche eher, manche später, manche leider auch nie. Also ich würde die Hoffnung nicht aufgeben. Manchmal kann auch das Zuhören einer einzelnen Person helfen. Also wenn man irgendjemand seine Geschichte erzählen kann.

In unserer Studie mit ehemaligen Heimkindern war es auch so: Wir hatten Menschen, die waren aktive Zeitzeugen in Gedenkstätten, und wir hatten andere, die haben sich bei uns gemeldet und gesagt, ich habe noch nie jemandem davon erzählt, das weiß nicht mal meine Frau oder mein Mann oder meine Kinder. Es gibt auch heute noch, über 30 Jahre nach Ende der DDR, das ganze Spektrum. Man kann sie nur immer wieder motivieren und Angebote machen.

Konstanze Helber: Frau Professor, vielen Dank erstmal für den Vortrag und für diese Anregung zur Resilienz. Es war mein Wunsch-Thema, dass wir mal über Resilienz sprechen. Manche wagen das gar nicht, daran zu denken, und ich merke doch jetzt, wie verhalten hier diese Runde wird, und denke, in allen Frauen steckt jetzt noch eine Frage drin. Kann ich das, wie soll ich es machen, meine eigene Resilienz zu fördern? Sie haben ein wunderbares Wort oder zwei Wörter geprägt: positives Temperament. Das sollte man doch mal in sich entdecken! Also ich habe das, ich bin wahrscheinlich damit geboren, ich habe ein Glück, aber ich möchte es gern weitergeben. Und ich möchte wirklich darüber nachdenken, oder wir müssen das noch vertiefen, dass wir die Frauen oder überhaupt alle Betroffenen dazu kriegen, mal über Resilienz und über ihre Widerstandsfähigkeit nachzudenken, denn sie haben sie, sie sitzen hier! Wenn wir uns

anschauen, wie weit sind wir gekommen, doch recht weit! Und die Anerkennung, die ist doch schon da hier in Halle.

Heide Glaesmer: Sie geben die sich auf jeden Fall untereinander. Das ist schon mal was, und ich glaube, alle, die hier sitzen, haben natürlich Resilienz, weil sie hier sind.

Konstanze Helber: Ja, aber das war mir ein Bedürfnis, das zu sagen, wir haben das noch nie unter uns angesprochen, und jetzt ist es ausgesprochen, und das finde ich gut.

Aus dem Publikum: Zuerst mal wollte ich sagen, sehr erfrischend Ihr Vortrag. Also vielen Dank. Auch posttraumatisches Wachstum hatte ich noch nie gehört, obwohl ich mich schon viel mit Traumata beschäftigt habe. Die Anerkennung der Gesellschaft, das finde ich insofern schwierig und habe das in anderen Beiträgen schon mal anklingen lassen: In Ostdeutschland lebt man ja noch immer in dem Land der Täter und Täterinnen des Unrechts, die auch zum großen Teil für meinen Eindruck und auch, was ich gehört habe, sehr uneinsichtig sind. Also kann man wenig auf die Anerkennung der Gesellschaft bauen. Und im Westen ist das Thema, glaube ich, so fern und so fremd. Also ich finde es ganz schwierig, und gerade im Osten ist für mich die Frage, wie kriegen wir das hin mit der Anerkennung des Unrechts, wenn die Täter und Täterinnen immer noch in Machtpositionen sitzen?

Heide Glaesmer: Ich glaube, da gibt es schon Mechanismen. Also ich verstehe Ihre Probleme damit. Erstens, heute klangen schon mal irgendwann die Enkel an, die Enkel stellen ja andere Fragen und gehen vielleicht auch unbefangener mit so was um. Wir können also auch auf nachfolgende Generationen setzen. Ich kann das jetzt nur sagen, weil ich immer mit Studierenden nach Torgau in die Gedenkstätte gehe, und die sind Anfang 20 und sind zutiefst bewegt und sagen, ich habe davon noch nie gehört. Für die ist das ein zeitgeschichtliches Thema. Die sind um das Jahr 2000 geboren, meine jetzigen Studierenden, die im Seminar sitzen, und da steckt auch viel Hoffnung drin.

Andererseits, da könnten wir jetzt ein Riesenfass aufmachen, das müssen wir nicht mehr vorm Abendessen, gab es auch eine Anerkennung von Unrecht und im Prinzip eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Dritten Reiches, obwohl die Täter auch unter uns waren und jetzt nicht mehr, oder fast nicht mehr. Es gibt immer noch eine Ebene, die nicht an eine einzelne Person gebunden ist: Eben, dass es Gedenkstätten gibt oder dass es bestimmte Möglichkeiten gibt zur Rehabilitierung, auch wenn die natürlich Schattenseiten haben, weil sie nicht immer so einfach und geschmeidig funktionieren, wie wir uns das wünschen. Da gibt es schon noch Mechanismen, wo das, glaube ich, auf irgendeine Art und Weise funktioniert. Dass es andere Aspekte gibt, wo das nicht funktioniert, ist mir bekannt, aber dafür können wir nur weiterarbeiten, dass es besser wird.

Anna Haase: Frau Professor Glaesmer, ich möchte mich erstmal bei Ihnen bedanken. Sie haben heute Denkanstöße gegeben, die uns bestimmt nachhaltig helfen werden. Aber ich habe eine Frage. Ist eigentlich Resilienz und posttraumatisches Wachstum messbar? Ich arbeite seit 1991 als Zeitzeugin im Notaufnahmелager Marienfelde. Mal denke ich, wenn wieder rote Socken kommen, oh, jetzt hast du mal richtig Informationen gegeben, und fühle mich erfolgreich. Dann kommen Kritiken, und dann bin ich wieder ganz unten. Ich denke, dass ist so ein Prozess, der uns wie eine Sinuskurve begleitet. Ich würde gerne rauskommen aus den Tiefs, und da habe ich die Frage an Sie: Ist das messbar?

Heide Glaesmer: Es gibt Fragebögen, mit denen man das messen kann, und dass das immer wieder ein Prozess ist, wie Sie das beschreiben, der nicht linear ist, das ist leider so. Aber sicher kann man da dran arbeiten, dass die Ausschläge kleiner werden.

Aus dem Publikum: Also, ich lebe schon so knapp mehr als 40 Jahre in der Bundesrepublik. Ich komme immer wieder in Gegenden, wo man nichts von der DDR und von der politischen Vergangenheit hören will. Aber da stelle ich mich hart dagegen, und da sage ich, Freunde, so nicht! Ich hab's selber erlebt!

Dieter Dombrowski: Bei dem Thema gesellschaftliche Anerkennung haben Sie gesagt, dass es nicht nur Aufgabe des Staates ist oder der Behörden, für Anerkennung zu sorgen oder auch für Entschädigung, sondern dass es eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Das ist, glaube ich, eine ganz große Baustelle für die Menschen, die in der DDR in Konflikt geraten sind mit dem Staat oder die wie ich auch versucht haben zu flüchten. Sie sind aus verschiedensten Gründen geflüchtet, aber eben nicht nur wegen SED und Diktatur, sondern weil das ganze Umfeld nicht mehr gepasst hat. Wenn ich mal zurückblicke auf 30 Jahre Deutsche Einheit, da gab es Feierlichkeiten und Städte-Partnerschaften zwischen Osten und Westen. Ich habe das schon damals kritisiert, weil ich im Grunde kein wirkliches Ost-West-Problem in dem Zusammenhang sehe, sondern ich bin der Meinung, dass erstmal die Ostdeutschen sich untereinander ehrlich machen sollten.

Einer meiner Freunde, Helmut Haase, ein Arzt, der vor drei Jahren verstorben ist, hat, als die Grenzen aufgingen, gesagt, da kommen alle die hier rüber, vor denen ich geflüchtet bin. Und wenn ich das so zitiere, dann höre ich keine Buhrufe oder so, sondern es war insgesamt ein Piefke-Staat gewesen. In der heutigen Demokratie leben wir doch davon, dass man nicht nur Verantwortung für sich selbst übernimmt, sondern auch Mitverantwortung und Anteil nimmt am Leben anderer. Und von daher finde ich, muss man noch ein Format finden. Da fällt mir auch noch was ein. Freiwillig kommt es ja nicht.

Wir sehen genau das Gegenteil, dass an bestimmten Orten wie Freienwalde, Kindergefängnis, das als Gedenkstätte abgelehnt wird von der Bürgerschaft, und das kann man so nicht akzeptieren. Denn solange, wie man nochmal darunter leiden muss, dass Leute, die es eigentlich wissen mussten oder gewusst haben oder auch nicht wissen wollen, sagen: Ich will es weiterhin nicht wissen, betrifft das die Menschen, die eigentlich betroffen waren. Von daher finde ich, man darf nicht vernachlässigen oder nicht verkennen, dass die gesellschaftliche Anerkennung, wie Sie es gesagt haben, in einem

größeren Kreis der Bevölkerung, und für mich zuallererst hier im Osten Deutschlands, erarbeitet werden muss.

Heide Glaesmer: Da gebe ich ihnen Recht.

Isabel Fannrich-Lautenschläger: Das ist ein gutes Abschlusswort. Vielen Herzlichen Dank, Frau Professor Glaesmer, dass Sie hier waren. Heute morgen habe ich gesagt, der Titel „Verronnene Zeit“ steht für die Zeit damals in politischer Verfolgung, aber auch seitdem bis heute: die Zeit, die verronnen ist, bis man Dinge erreicht, nämlich Resilienz, Entschädigung. Ich würde nach dem Tag heute einen anderen Begriff bevorzugen, der etwas positiver ist, nämlich verrinnende Zeit, weil der zeigt, dass wir hier in einem Prozess sind. Es gibt Mitmachaktionen, um sich sichtbar zu machen, und ich glaube, es haben viele auch mitgemacht bei den Fotografien. Das fand ich schön, immer wieder gingen Menschen nach hinten.

Es ist wichtig, die Zeitzeugen zu hören, die wir heute gehört haben, zum Beispiel Frau Sinner, die schon so ein hohes Alter hat, und die Erinnerung dadurch wachzuhalten. Es ist wichtig, das haben wir auch gehört, Gespräche zu führen zwischen den Eltern und den Kindern; die Forschungsprojekte zu verstetigen, die jetzt ausgelaufen sind; und die Akten zu retten, damit weiter Forschung passieren kann. All dies war heute hier Thema, und ich finde, das gibt doch auch Anlass zu einer guten Hoffnung und dass es weitergeht. Ich möchte mich jetzt herzlich bedanken bei allen für dieses lange Ausharren, für dieses intensive Vortragen und Mitdiskutieren. Das fand ich wieder großartig wie beim ersten Kongress. Ganz herzlichen Dank!

Andacht



Stiftungspfarrerin **Gabriele Zander**

Pfarrerin **Birgit Neumann-Becker**, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Text der Predigt von Birgit Neumann-Becker

Liebe Kongress Gemeinde,

ich freue mich sehr, dass wir miteinander heute Morgen hier im Freylinghausen-Saal eine Andacht feiern. Wir sind zusammenkommen als Frauen und Männer, die selbst verfolgt wurden, als Angehörige davon betroffen sind oder sich mit dieser Frage wertschätzend befassen. Eine Andacht feiern heißt, Worten, Melodien und Liedern zu begegnen, in denen Frauen und Männer vor uns vor Gott getreten sind, ihm ihr Leid geklagt, ihr Lied gesungen, ihre Freude, Trauer oder Wut entgegengebracht haben. Und auch wenn das für viele von Ihnen mit der Vorstellung von Gott schwierig sein mag, so

kennen doch die meisten die Hoffnung darauf, dass es jemanden gibt, der mich kennt, mich sieht und hört und mir beisteht – das nennt man Hoffnung auf Gott.

Das Thema des Kongresses: „Verronnene Zeit“. Darin steckt: Wir können Zeit nicht festhalten, die Erinnerungen an politisches Unrecht könnten verblassen. Ich höre darin aber auch die Klage über gestohlene Zeit. Gestohlene Jahre im Jugendwerkhof, in Haft, durch Zersetzung, Beobachtung – den Versuch und den Anspruch der Staatsmacht DDR, Kontrolle über mein Leben auszuüben. Gestohlene Zeit



Musik: Almuth Schulz

für die Kinder, denen die Mütter genommen wurden. Das alles hat uns Zeit gestohlen. Hat es uns Zeit gestohlen? Jede und jeden hier in diesem Raum wird diese Frage für sich immer wieder bewegen. Und doch: mit allem, was geschehen ist – es ist doch immer mein Leben, so oder so. Und jede Minute unseres Lebens ist kostbar und einmalig. Umso größer ist Trauer oder Wut um gestohlene und verronnene Zeit: „Denn mein Leben ist hingeschwunden in Kummer, und meine Jahre in Seufzen“.

Wir haben Psalm 31 miteinander gesprochen. Ein Psalm ist ein Lied aus der Bibel, der wahrscheinlich ursprünglich als Wechselgesang gesungen wurde. Und es ist einer der Psalmen, der deutlich macht: wer mit Gott redet, kann und soll das aus seiner Lebenssituation heraus tun. Das Gespräch mit Gott ist ein Gespräch durch den Lauf des Lebens. Der Beter dieses Psalms wird verfolgt, er sitzt in der Klemme, er erwartet Rettung und sagt: „Hilf mir eilends“, er wurde verfolgt: „Du wolltest mich aus dem Netz ziehen, das sie mir heimlich stellten.“ Er wird kraftlos: „Mein Auge ist trübe geworden vor Gram, matt meine Seele und mein Leib.“ – All das, was verfolgte Frauen und Männer erlebten und erleben: Niedertracht, Verrat, Gewalt, Schändlichkeit, Beschämung, Kraftlosigkeit und Einsamkeit – all das spricht der Beter des Psalms aus. Mit diesem Erleben – so sagen es viele – war ich nicht mehr ich selbst. Ich wurde mir selbst fremd. Der Beter des Psalms ringt darum – im Angesicht Gottes – er selbst zu sein und sich im tiefsten Innern den Fängen seiner Feinde zu entziehen. Er nennt seine Feinde beim Namen. Er spricht es aus: Sie sind Bedränger, sie sind Feinde, sie sind Verfolger, Verleumder. Hier wird nichts beschönigt. Da muss nichts korrekt sein, wenn man mit dem lieben Gott spricht. Denn: Die Welt ist auch feindlich und kein geschützter Raum – und schließlich: „Ich bin wie ein zerbrochenes Gefäß“ sagt er. Ein starkes Bild. Ich bin wie ein zerbrochenes Gefäß – das war mal schön, aber es ist nicht mehr, wie es einmal war. Auch unser Leben ist durch Verfolgung gezeichnet und nicht mehr, wie es einmal war. Ein zerbrochenes Gefäß ist nutzlos; von einem Moment zum andern nicht mehr, wie es war.

Ich gehöre zu denen, die zerbrochene Gefäße versuchen, zusammen zu kleben. In Japan ist dies zur Kunst geworden: Kintsugi bedeutet übersetzt etwa „reparieren mit Gold“. Ein zerbrochenes Gefäß ist zerbrochen, das ist nicht rückholbar. Aber ein zerbrochenes Gefäß kann neu zusammengesetzt werden, die Brüche werden mit Gold geklebt, die Risse sind sichtbar und glänzen golden. Das Gefäß ist ein neues. Wenn wir nun sagen: „Ich bin danach nicht mehr dieselbe gewesen“ – dann ist das nicht das Ende, sondern der Auftrag, eine neue zu werden. Einmalig und kostbar. Goldene Risse und geheilte Brüche.

Und noch eines: die Stärke dieses Gebetes ist es, dass der Sprecher inmitten all seines Elends immer wieder Freiheit findet: „Du übergibst mich nicht in die Hände des Feindes; du stellst meine Füße auf weiten Raum“ – natürlich war er in den Händen des Feindes, aber nicht vollends, nicht aufgegeben, nicht verloren und von allen guten Geistern verlassen. Einen Anker gibt es, einen, auf den er Hoffnung setzt. Und überhaupt inmitten des Elends Hoffnung zu setzen und zu sagen: „du bist mein Gott“ – auch wenn um mich herum Feindschaft und Verderben Oberhand haben. Du – bist – mein – Gott.

Und er sagt: Meine Zeit steht in deinen Händen – also mein Leben liegt in deinen Händen; mein Leben in dieser Zeit. In diesem Satz steckt Freiheit – das Leben haben wir uns nicht selbst gegeben, dieses kostbare Geschenk. Und er hofft und vertraut – ein nächstes – in all diesem Elend nicht unterzugehen. Errettet zu werden, nicht verrückt zu werden und sich auch nicht in Rache und Feindschaft zu verlieren: auch die Rache überlässt er Gott. „Die Frevler sollen zuschanden werden und verstummen im Totenreich“, das ist doch ganz klar. Auch das ist Freiheit, die Verfolger ihrem gerechten Schicksal zu überantworten. Es hat mich sehr bewegt, dass Wolfgang Bischof, dessen Vater in Moskau erschossen wurde und der selbst in Haft saß, auf die Frage eines jungen Mannes antwortete, der ihn nach seiner „Botschaft“ fragte: „Es geht darum, den Hass zu überwinden und irgendwie zu vergeben und sich mit seinem Schicksal auszusöhnen.“

„Meine Zeit steht in deinen Händen“ – nicht in unseren. Und das erleben wir immer wieder, in der Begegnung mit anderen Menschen, im inneren Gespräch erleben wir Freiheit und Wert.

Der Psalm endet mit den Worten: „Seid getrost und unverzagt“ – das heißt getröstet und ermutigt, ohne Angst, immer wieder. Ihr seid mit Euren Erfahrungen andere, wachst und seid erwachsen, klebt die Risse mit Goldstaub. Schöpft Vertrauen und Hoffnung. Immer und immer wieder.

Der Beter des Psalms hat diese Erfahrungen, die wir teilen können, vor ca. 3.500 Jahren gemacht. Schon immer waren Menschen Verfolgung ausgesetzt. Wir greifen zurück auf seinen Erfahrungsschatz nicht nur zum Überleben, sondern zum guten Weiterleben. Verrinnt die Zeit? Oder ist es nicht auch so, dass wir durch unsere Lebenszeit hindurch gehen, als Veränderte, als diejenigen, die Spuren des Lebens tragen und davon Zeugnis geben.

Dann ist unsere Vergänglichkeit nicht aufgehoben, aber die Vergeblichkeit. Vergeblichkeit ist dann keine Kategorie mehr. Welchen Sinn unsere Lebenserfahrungen ergeben, können wir häufig erst im Rückblick verstehen. Deshalb: Seid getrost und unverzagt, denn Gott stellt unsere Füße auf weiten Raum.

Amen

Führung durch den Roten Ochsen

Elske Brault, Organisation Bundesfrauenkongress

Elske Brault ist Projektmanagerin, Journalistin und Schriftstellerin. Sie hat gemeinsam mit der UOKG-Mitarbeiterin Sandra Czech den zweiten Bundesfrauenkongress gestaltet.



Der Kongress-Sonntag endete mit einer Führung durch die Gedenkstätte Roter Ochse, alternativ hatten die Teilnehmenden eine Führung über das Gelände der Franckeschen Stiftungen wählen können. Der UOKG-Vorstandsvorsitzende Dieter Dombrowski legte gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten, Evelyn Zupke, und der Vorsitzenden des Frauenforums, Konstanze Helber, einen Kranz im Hof der Gedenkstätte nieder. Dort erinnert eine Gedenktafel an die unschuldigen Opfer von stalinistischer Verfolgung und SED-Unrecht.

Eine erblindete Kongressteilnehmerin betastete ehrfürchtig den Stein und las die Inschrift mit den Fingern.

Im ehemaligen Gebäude für die Untersuchungshäftlinge der Staatssicherheit ist eine Dauer Ausstellung eingerichtet. Im Seminarraum erläuterte Gedenkstätten-Pädagoge Niklas Poppe die Geschichte der Haftanstalt und zeigte Bilder von Häftlings-Zwangsarbeit in der Zeit der DDR. Anschließend hatten die Besucher Gelegenheit, die erstaunlich kleinen Gefängniszellen zu besichtigen und einen Verhörraum der Staatssicherheit. Fotografien von Albert Ammer (1916 – 1991) in der Wechsausstellung riefen die unmittelbare Nachkriegszeit und die Anfangsjahre des DDR-Staates ins Gedächtnis, aber auch





den Aufstand vom 17. Juni 1953. Dank Ammers mutigem Einsatz auf den Straßen sind die Demonstrationen gut dokumentiert. Seine Fotos bildeten die Keimzelle für die folgende Ausstellung im „Roten Ochsen“: „Menschen Recht Freiheit Protest – der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt.“ Nicht nur die etwa 60 Kongressbesucher, auch die junge Sanitäterin und der Sanitäter des Deutschen Roten Kreuzes waren beeindruckt. Sie

hatten den Kongress von Anfang an begleitet, um im Notfall Teilnehmende auffangen zu können.

Mitmach-Aktion von Sandra Czech, UOKG

Eine Mitmachaktion birgt immer ungeahnte Gefahren. Wir haben uns im Team gefragt, was machen wir, wenn keiner mitmacht? Im Zuge dessen kann ich nur an Sie appellieren: Machen sie mit, damit Ihre Geschichten bewahrt werden.

Die Mitmachaktion, die ich Ihnen jetzt vorstelle, finden Sie im Programm unter „Netzwerke schaffen“. Die Idee der Netzwerkrunde ist für uns ein sehr wichtiges Anliegen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der UOKG haben alle Erfahrungen mit Betroffenen gesammelt. Diese rufen manchmal an, weil sie jemanden brauchen, mit dem sie sprechen können. Oft hören wir Sätze, wie: „Ja, ich wohne hier in ... und es gibt hier leider niemanden in der Gegend, der ein ähnliches Schicksal erleben musste und mit dem ich mich austauschen könnte.“ Daraufhin haben wir uns gefragt: Wie können wir erreichen, dass Sie, liebe Teilnehmende, auch abseits derartiger Veranstaltungen andere Betroffene kennenlernen, sich austauschen und gemeinsam etwas unternehmen können?

So ist die Idee für die Mitmachaktion „Netzwerke schaffen“ entwickelt worden. Letztlich haben wir uns überlegt, dass wir eine bessere Vernetzung für drei Bereiche erreichen möchten. Diese drei Bereiche werde ich jetzt vorstellen und kurz erläutern.

Netzwerk „Betroffene“

Der erste Bereich umfasst die Gruppe der Betroffenen. Damit Betroffene sich untereinander vernetzen können, ist es notwendig, Kontaktdaten wie eine Mailadresse, eine postalische Adresse oder eine Telefonnummer preiszugeben. Das ist ein sensibler Bereich, da er zwangsläufig personenbezogene Daten abfragt. Wir hoffen, Sie haben dieses Vertrauen zu uns.

Jede interessierte Person kann für sich schauen und entscheiden, welche Art der Vernetzung sie wünscht. Die eine sucht eher jemanden in der Nähe, sozusagen um die Ecke, für persönliche Treffen. Die

andere zieht es vielleicht eher vor, dass die andere Person ähnliche Erfahrungen gemacht hat. Diese Erfahrungen können sich auf die Art oder den Ort der Repression beziehen wie beispielsweise Haft oder Verfolgung oder Zersetzung. Aber Sie können auch ganz konkret angeben, dass Sie jemanden suchen, der oder die in derselben Haftstätte war, um sich darüber auszutauschen.

Alle personenbezogenen Angaben, die Sie auf unserem Kontaktformular angeben, sind freiwilliger Natur und werden nur nach den Richtlinien, die Sie bestimmen, weitergegeben. Das bedeutet, dass Sie entscheiden, ob, bei Anfragen von Betroffenen aus Ihrer Region, Ihre Daten direkt weitergegeben werden können oder ob Sie vorab nochmal kontaktiert werden wollen. Wie eingangs gesagt, ist das der sensibelste Bereich.

Die anderen beiden Bereiche beinhalten keine personenbezogenen Daten, sondern umfassen Anlaufstellen für Rehabilitierungsfragen und Therapeutische Angebote und Selbsthilfegruppen.

Netzwerk „Beratungsstellen“

Wir kennen alle die Beratungsstellen der jeweiligen Landesbeauftragten in den neuen Bundesländern oder die Beratungsstelle Gegenwind in Berlin mit ihren spezifischen Angeboten für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur. Aber wir wissen auch, dass es diese Ansprechpartner in den alten Bundesländern nicht gibt. Auch die SED-Opferbeauftragte Frau Zupke ist sich dessen bewusst und bemüht, in Gesprächen mit Verbänden wie der Diakonie und der Caritas diese Lücke langfristig zu schließen.

Also, wenn Sie beratende oder therapeutische Einrichtungen kennen, bei denen Sie oder andere gut aufgehoben waren, dann teilen Sie doch bitte dieses Wissen mit anderen Betroffenen und nutzen dafür unsere Mitmachaktion „Netzwerke schaffen“.

Sollten Sie die Visitenkarte dieser Einrichtung nicht dabei haben, können Sie uns im Nachgang dieser Veranstaltung die Angaben zusenden. Wir werden diese in die Datenbank „Netzwerke“ einspeisen.

Wir bemühen uns, diese Datenbank ohne personenbezogene Daten weiterzuführen, und hoffen, dass es langfristig zu einer Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der Aufarbeitung oder Beratungsstellen kommt.

Netzwerk „Selbsthilfegruppen“

Der dritte Bereich umfasst die Selbsthilfegruppen. Hier fällt mir als Beispiel die von Corinna Thalheim ins Leben gerufene Selbsthilfegruppe „Verbogene Seelen“ ein. Wenn Sie in diesem Bereich aktiv sein sollten oder Gruppen kennen, dann teilen Sie bitte auch hier Ihr Wissen mit den anderen. Sie haben auch die Möglichkeit, die Aktivitäten der Gruppe näher zu benennen. Die einen treffen sich zum Kaffeeklatsch oder Stammtisch, die anderen besuchen gerne kulturelle Veranstaltungen oder betätigen sich sportlich in Form von Wanderungen durch die Natur.

Ich möchte nochmal auf den ersten Bereich mit den personenbezogenen Daten zurückkommen und Ihnen mögliche Bedenken nehmen. Wir gehen umsichtig mit Ihren Daten um. Eine dazugehörige Datenschutzerklärung liegt vor und muss für eine Teilhabe unterschrieben werden.

Eine Datenbank ist für viele ein abstraktes Konstrukt. Deshalb haben wir zur Verdeutlichung eine Deutschlandkarte mitgebracht, und auf dieser werden die Datenbankeinträge mittels eines Klebepunktes veranschaulicht. Ebenso möchte ich Sie dazu auffordern, die Zeit während des laufenden Kongresses in Halle zu nutzen. Wir haben alle in der Regel ein Namensschild. Kleben Sie einen grünen Punkt drauf, um zu zeigen: Ja, ich suche den Kontakt und den Austausch mit anderen Betroffenen von SBZ/SED-Unrecht!

In den Bereichen Rehabilitierung, Therapeutische Angebote und Selbsthilfegruppen wünschen wir uns noch deutlich mehr Informationen. Diese Bereiche sind leider noch nicht gut vertreten. Das kann aber daran liegen, dass neben den bekannten und in der Einführung genannten Beratungsstellen keine weitreichenden Angebote und kompetenten Anlaufstellen existieren.

Auf dem Weg vom Hotel zu unserem Tagungsort Franckesche Stiftungen habe ich mich heute mit einer Dame unterhalten, die mir berichtete, dass es bei Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern möglich sei, selbst einen Gutachter zumindest zur Auswahl anzugeben. Sie selbst wäre mit ihrem Gutachter der Universitätsmedizin Rostock sehr zufrieden gewesen. Das wäre zum Beispiel ein Fall für unsere Datenbank: Im Rahmen der Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden müssen sich die Betroffenen begutachten lassen. Dieser Punkt kann nachträglich in der Datenbank erfasst werden.

Wir freuen uns über jeden Eintrag, der hier vor Ort seinen Weg in die Datenbank gefunden hat. Zusätzlich möchten wir darauf hinweisen, dass Sie jederzeit Informationen zu weiteren Anlaufstellen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der UOKG senden können. Schön wäre, wenn wir nach dem dritten Bundesfrauenkongress eine Broschüre mit deutschlandweit gestreuten Angeboten für Betroffene von SBZ/SED-Unrecht herausgeben könnten. Der Anfang ist gemacht und wir werden dieses Projekt weiterführen.

Fotoaktion von André Wagenzik

Während der drei Kongresstage konnten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ein Hinterzimmer der Franckeschen Stiftungen begeben, um sich dort von dem Fotokünstler André Wagenzik porträtieren zu lassen. In seinem kleinen Studio



sprach er mit den Menschen, notierte ihre Geschichten, hielt sie im Bild fest. So wurde das Projekt „STAATSSICHERHEITSINHAFTIERUNG / PORTRAIT 2023-2024“ um 28 Personen bereichert. Er selbst schreibt dazu:

Mein Name ist André Wagenzik, ich arbeite seit 1992 als freier Fotograf und lebe mit meiner Familie in Berlin.

Im August 1983 wurde ich von der Staatssicherheit in meiner Ost-Berliner Wohnung verhaftet und im Dezember zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt (§ 214, StGB-DDR: Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit). Die Hälfte meiner Haftzeit als politischer Häftling habe ich in der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Pankow verbracht, den Rest in der Strafvollzugseinrichtung Naumburg.

Dort musste ich, ebenso wie kriminelle Mithäftlinge, Zwangsarbeit innerhalb und außerhalb der Einrichtung leisten. Unter anderem wurden Zubehörteile für das schwedische Möbelunternehmen IKEA hergestellt.

Im April 1984, meine Haftzeit betrug 223 Tage, wurde ich im Rahmen eines Häftlingsfreikaufs aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen, zog ins damalige West-Berlin und begann ein Fachstudium als Foto-techniker.

In der vierzigjährigen Geschichte der DDR wurden etwa 250.000 Menschen aus politischen Gründen von der Staatssicherheit inhaftiert. Als politische Haft werden politisch motivierte Inhaftierungen in der DDR bezeichnet. Nahezu alle politischen Verurteilungen durch die DDR-Justiz hatten Haftstrafen zur Folge. Die Urteile wurden unter anderem begründet mit „ungesetzlichem Grenzübertritt“, Spionage, „öffentlicher Herabwürdigung“ und Wehrdienstverweigerung. Der Strafvollzug war eine tragende Säule der SED-Diktatur, um politisch Andersdenkende zu isolieren. Die Menschenrechte und – würde der Inhaftierten wurden fundamental verletzt. Als politische Häftlinge der DDR werden auch jene Personen gezählt, die ohne rechtskräftige Verurteilung aus politischen Gründen in Untersuchungshaft saßen.

Nach geheimen Verhandlungen mit der DDR-Regierung begann die Bundesregierung ab 1963 mit dem Freikauf politischer Häftlinge. Bis 1989 kamen auf diesem Weg mehr als 33.000 politisch Inhaftierte frei und im Gegenzug erhielt das SED-Regime circa 3,5 Milliarden D-Mark. Für die DDR war der Verkauf politischer Gefangener eine erhebliche Einnahmequelle. Es gibt Indizien, dass die SED-Führung in den 1980er Jahren sogar gezielt Menschen verhaften ließ, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, um sie gegen Devisen an den Westen zu verkaufen.

Einige Inhaftierte wurden aber auch aus politischer Willkür wieder in die DDR entlassen und mussten danach mit ihren traumatischen Erlebnissen weiterleben. Viele der Betroffenen leiden noch heute unter dem Erlebten und werden von Beratungsstellen betreut. Ich selbst bin der damaligen Bundesregierung für den Freikauf noch immer sehr dankbar. Damit endete der lange Weg meiner von unzähligen Anträgen begleiteten Ausreise aus der DDR.

Zu jeder Person, die von der Staatssicherheit verhaftet und später eventuell in die Bundesrepublik Deutschland entlassen wurde, gibt es ein Gesicht und eine individuelle Geschichte. In meinem fotografischen Projekt möchte ich diese Personen portraitieren. Es sind

ähnliche Schicksalsschläge, die sie miteinander verbinden: Stasi-Willkür, politisch motivierte Unrechtsurteile, Haft und gebrochene Lebensläufe.

Das fotografische Projekt soll diesen Menschen eine angemessene Aufmerksamkeit schenken und dafür sorgen, dass ihre Geschichten nicht in Vergessenheit geraten.



Angelika Cuno



Angelika Schmidt



Birgit Krüger



Birgit Schlicke



Brigitte Selke



Christel Kurth



Edith Tust



Gisela Lotz



Heidi Knoth



Heidi Mellenthin



Irmgard Sinner



Karin Sorge



Kerstin Seifert



Konstanze Helber



Martina Gefrörer



Silvia Krause

Schlusswort von
Konstanze Helber
Forum für politisch verfolgte
und inhaftierte Frauen
der SBZ/SED-Diktatur



Ein sehr umfangreiches Kongressprogramm hat uns viel Wissen über die Frauen als Betroffenen-Gruppe vermittelt: Traumafolgestörungen – Körperliche und psychische Folgen politischer Haft, Zersetzungsmassnahmen mit Langzeitfolgen, die Rehabilitation zum § 249, die „Vergessenen Kinder“ und ganz besonders und für viele Frauen ein wichtiges Thema „Resilienz“. Die publikumsoffenen Fragestunden wurden lebhaft angenommen.

Neben den informativen Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurde in den zwei Tagen des zweiten Frauenkongresses mittels einer Mitmach-Aktion die Vernetzung unter den Betroffenen vorangebracht. Hier in Halle wurden Kontakte, ja Freundschaften erneuert und viele neue Bekanntschaften geschlossen. Ins Gespräch miteinander kommen und bleiben, Erfahrungen austauschen, um nicht allein mit dem individuellen Leid fertig zu werden, in irgendeinem Ort im Bundesgebiet Deutschlands.

Das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“ möchte allen Frauen und deren unmittelbar und mittelbar betroffenen Angehörigen die Möglichkeit geben, gesehen, gehört, geachtet und anerkannt zu werden.

Die Resolution, die aus dem zweitägigen Kongress erarbeitet wurde, wird an die politischen Entscheidungsträger übergeben werden mit

der Aufforderung, die Anliegen der betroffenen Frauen aktuell zu berücksichtigen und Lösungen zu erarbeiten. In Anbetracht des hohen Alters der Frauen darf es keinen Zeitverzug geben. Wie ich in meinem Grußwort am Freitag bereits erwähnte: „Und draußen fliegt die Zeit vorbei.“

Unsere Forderungen der Resolution 2023 sind in 7 Punkte zusammengefasst, was aber nicht heißen soll, dass die bereits erarbeitete Resolution mit 16 Punkten von 2021 unberücksichtigt bleibt. Sie sind unser Leitfaden und bleiben bestehen.

Ich hoffe, Sie hatten alle einen Kongress mit vielen Eindrücken, Begegnungen und der Zuversicht, nach all den Jahren des Schweigens zu reden. Glauben Sie mir, das Erinnern an das an Ihnen verübte Unrecht in der SBZ und DDR kann die Schmerzen lindern. Mit Ihrer Teilnahme hier geben Sie vielen Frauen eine Stimme, auch denen, die sich ihrer Verfolgungssituation bisher nicht stellen konnten oder wollten.

Ich verabschiede Sie in diesem Sinne, bleiben Sie gesund und zuversichtlich bis zum nächsten, dritten Bundesfrauenkongress in zwei Jahren.

Resolution

Übergeben auf dem 2. Bundeskongress politisch verfolgter und inhaftierter Frauen der SBZ/DDR-Diktatur



Evelyn Zupke, Konstanze Helber

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundesfrauenkongresses 2023 richten an die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern ihre Forderungen. Sieben Forderungen stellen wir in den Mittelpunkt:

1. Anerkennung der Kinder politisch verfolgter und inhaftierter Opfer als „Opfer des SED-Regimes“.

Eine gesetzliche Regelung in Bezug auf die Kinder zu Unrecht politisch verurteilter Frauen ist von besonderer, längst überfälliger Dringlichkeit.

2. Begutachtung von Haftfolgeschäden.

Vereinfachung der komplizierten Verfahrensweise bei der Antragstellung auf Anerkennung verfolgungsbedingter gesundheitlicher Folgeschäden. Schaffung einer bundesweit einheitlichen zentralisierten Antragstellung durch sachkundige Begutachter mit fundiertem Wissenstand.

3. Bundesweiter Härtefallfonds.

Der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds vor. Schaffung eines

bundesweiten Härtefallfonds, um politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ und DDR vor finanziellen Notsituationen zu schützen und zu unterstützen.

4. Anerkennung und Entschädigung von
Zwangsarbeit von politischen Gefangenen.

Sie mussten in allen Haftstätten der DDR unter Zwang arbeiten. Vorrangige Unterstützung zur Erforschung der Zwangsarbeit und der daraus entstandenen Folgeschäden.

5. Errichtung qualifizierter Beratungsstellen
in den ehemaligen alten Bundesländern.

Dort lebende, von politischer Verfolgung der DDR-Behörden Betroffene werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und haben keine adäquaten Beratungsstellen.

6. Angehende Juristinnen und Juristen während ihrer
Ausbildung verpflichtend in Rechtsgeschichte der DDR
und den Herrschaftsstrategien der SED-Diktatur
nachweisbar auszubilden.

7. Erstellen bundeseinheitlicher Lehrpläne
zum Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Wissensdefizite über die Merkmale der DDR-Diktatur sowie der politisch-historischen Bildung müssen nachweisbar behoben, die Demokratieerziehung gefördert werden.

Halle am 6. Oktober 2023

Abschiedsworte von
Dieter Dombrowski
Vorsitzender der UOKG e.V.



Evelyn Zupke, Dieter Dombrowski

Liebe Frauen, sehr geehrte Herren, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich bei allen Mitwirkenden vor allen Dingen bedanken. Ich finde, es war ein wunderbarer Tagungsort.

Lassen sie mich nochmal zu dem, was wir in den letzten beiden Tagen gemeinsam erlebt und gestaltet haben, etwas sagen. Die beiden Tage waren für uns alle, auf jeden Fall für mich sehr eindringlich und haben mir starke Eindrücke hinterlassen, aber auch starke Aufgaben für die Zukunft gestellt. Wie ich zur Eröffnung dieses Kongresses gesagt habe, wollen wir, dass die Frauen, aber natürlich auch die Männer, die hier sind, in der ganzen Republik verteilt, zueinander finden. Wir wollen, dass sie sich austauschen können und nicht das Gefühl haben, dass sie irgendwo allein auf sich gestellt sind. Und dies soll auch meine Bitte und Aufforderung sein: Ich habe aufgehört, als Brunhild Köhler berichtet hat über die Aktion „Frauen für den Frieden“ und gesagt hat, dass sie gar nicht wusste, dass es so etwas wie die UOKG gibt. Mit all dem, was wir auf unserer Webseite haben an Verbänden und Initiativen, mit dem, was die so alles machen, verbindet sich zugleich eine Einladung: Schließen Sie sich uns einfach an! Man braucht dafür kein großer Verein zu sein. Es können auch Einzelpersonen sein, Einzelinitiativen, weil wir gemeinsam einfach mehr bewirken können. So wie wir auch zusammen mit dem

Frauenforum den ersten Bundesfrauenkongress und diesen mitgestaltet haben, denn zusammen geht es einfach besser.

Wir können es nicht den Linken und den Nichtwissenden überlassen, unsere Geschichten zu erzählen oder zu verschweigen. Wir alle wollen niemandem auf die Nerven gehen. Aber wir wollen den Respekt einfordern, den Sie alle, den wir alle verdienen, wie ihn jeder Mensch verdient. Es ist eben einfach nicht erledigt.

Als UOKG sind wir bei Forschungsprojekten beteiligt, in der Regel sind wir die Initiatoren oder Mit-Initiatoren, und wir begleiten diese hier auf dem Kongress genannten Studien. Warum treiben wir diesen Aufwand? Wenn wir Forderungen durchsetzen, wenn wir uns Gehör verschaffen wollen, dann müssen wir das immer auch belegen mit Fakten. Wir wissen alle, dass bei Behörden wir mit unseren Anliegen oftmals gegen Gummiwände laufen und nicht richtig weiterkommen. Das liegt eben nicht daran, dass diese Beamten oder die Entscheider bösen Willens sind. Sie wissen es nicht besser, und sie haben keinen Zugang zu der Thematik. Und weil sie über das Thema nicht Bescheid wissen, können sie sich in die Betroffenen nicht hineinversetzen, können keine Empathie entwickeln. Weitere Forschung zur DDR-Geschichte und die Veröffentlichung dieser Forschung ist also sehr wichtig.

Manchmal müssen wir Forderungen vor Gericht durchsetzen, um ein Umdenken zu erreichen. Unsere Juristin Martina Kegel hat in den letzten Monaten bei drei Klageverfahren mithelfen können, dass drei Verfassungsgerichte im Sinne der Kläger entschieden haben, dabei ging es um ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und zwei Verfahren vor den Verfassungsgerichten des Landes Berlin. Also so weit gehen wir dann damit. Es ist traurig, dass man es so machen muss, aber es ist eben das Ergebnis von Unsicherheiten und Unwissenheit, und da ist es so wichtig, dass wir mit möglichst fundierten Fakten zugehen können auf die Entscheider.

Im Dezember haben wir wieder unsere Dialogrunde, die wird eingeladen von der Opferbeauftragten Evelyn Zupke, da sind dann wichtige Bundesminister mit dabei, wo wir all diese Dinge auskippen und denen

auf den Tisch legen und sagen: Macht mal! Das sind die Aufgaben, die wir wahrnehmen. Ich möchte mich ausdrücklich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, denn Sie haben es sicher bei dem Vortrag von Sandra Czech über die vergessenen Kinder gemerkt: Über solch ein Thema mehr in Erfahrung zu bringen, ist nicht nur Bestandteil der Arbeit, es berührt die Mitarbeiter auch. Daher gilt mein herzlicher Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Arbeit unter großer Belastung tun, und sie zwar gerne tun, aber dabei manchmal auch an ihre Grenzen kommen.

Meine Damen und Herren! Bei allen, die unsere Arbeit unterstützen, möchte ich mich auch an dieser Stelle bedanken. Wenn wir wieder angekommen sind in der Heimat, das ist hoffentlich auch in Ihrem Sinne, werden wir zusammen mit dem Frauenforum ein Dankeschreiben an die Staatsministerin Claudia Roth senden, denn die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien fördert diese Kongresse. Ich bin mir sicher, dass es Ihre Meinung ist, dass wir in zwei Jahren wieder einen solchen Kongress durchführen sollten. Dabei hat sich schon durch die Teilnehmer abgebildet, was dann Thema sein könnte im weitesten Sinne.

Mir ist aufgefallen, dass einige der Frauen, die hier waren, an die sich dieser Kongress richtet, in Begleitung ihrer Kinder oder Enkelkinder waren. Ich möchte deshalb auch den Kindern und Enkelkindern, die ihre Mütter und Großmütter begleitet haben, herzlich danken, dass sie das getan haben. Und ich finde, das könnte ein gutes Überthema werden für den nächsten Kongress: Die Weitergabe von DDR-Geschichte an eine Generation, die diesen Staat nicht persönlich erlebt hat. Laden Sie bitte jetzt schon mal andere ein, vernetzen Sie sich vor Ort, sprechen Sie Bekannte an und sagen Sie ihnen, kommt doch mal mit, mir hat es hier gefallen, mir hat es gutgetan. Dann wird das auch ein Erfolg werden. Ansonsten wünsche ich allen, vor allen Dingen, bleiben Sie gesund, bleiben Sie aufrecht. Ich wünsche Ihnen Gottes Segen! Dankeschön!

2. Bundeskongress politisch verfolgter Frauen der SBZ/DDR-Diktatur 6.–8. 10. 2023 in Halle/Saale

Programmgestaltung

Sandra Czech

Organisation

Elske Brault

Organisation

Franckesche Stiftungen

Babette Hahn

Moderation

Isabel Fannrich-Lautenschläger

Betreuung der Teilnehmer- innen und Teilnehmer

Barbara Bauer,

Petra Dombrowski,

Martina Kegel, Magdalena

Kuhn, Cornelia Kurtz

Mikrofone im Saal

Tanja Germer,

Christian Sachse

Technische Einrichtung

Christoph-Lucas Hütter

Livestream Youtube

Matthias Schoebe

Fotografie

Alesch Mühlbauer

Fotos Roter Ochse

Elske Brault

Catering

Ökoase Halle,

Eric Naumann + Team

Union der Opferverbände

Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. 030 55 77 93 51

E-Mail: info@uokg.de

Montag bis Freitag 10–16 Uhr